

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks †

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Hans-Joachim Schabedoth

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

6 1992
39. Jahrgang

Inhalt

483 Editorial

Aktuelles

485 KLAUS HARPPRECHT
Hans-Dietrich Deng in Bonn?

488 TRAUDL LESSING/
PETER PELINKA
Österreich nach Waldheim

494 KLAUS BLOEMER
»Das Afrika unserer Träume«

499 FRANZ STEINKÜHLER
Rückfragen zur Asyldebatte

SPD unter Erneuerungsdruck

502 GESPRÄCH MIT
KARLHEINZ BLESSING
Im Abseits oder auf dem Sprung?

510 PETER GLOTZ
Die Krise des Parteienstaats

516 ROLF SCHNEIDER
Die Ost-SPD ist ein
kleinbürgerlicher Wahlverein

Thema:

Luxus Wohnen

518 CHRISTOPH ZÖPEL
Luxus Wohnen

525 REINHART CHR.
BARTHOLOMÄI
Das Ende der alten
Wohnungsbauförderung

530 ANDREAS SCHWORCK
Obdachlosigkeit in Deutschland

535 GERD DE BRUYN
Tony Garniers sozialistische
Stadtutopie
oder: Sind Städte planbar?

Kontrovers

541 NORBERT SEITZ
Die Chuzpe des linken Randes

546 RENÉ WEILAND
Michael Walzer und
der Universalismus

550 LOTHAR GUTJAHR
Thatcherismus –
die nächste Generation

552 THOMAS MEYER/
JOHANO STRASSER
Der Streit um das Streitpapier

Kultur

556 DANIELA CASTNER
Herder – der grandiose Dilettant

560 HEINZ-GÜNTER VESTER
Postmodern ist nicht nur
neokonservativ

564 GÜNTER ERBE
Sozialismus als Gemeinschaft?

Kritik

568 THOMAS KREUDER
Die Anekdotensammlung des
Ehepaars Scheuch

570 PETER MERSEBURGER
Carl Schmitt und die
deutschen Männer

573 URSULA HOMANN
Kritische Liebe zu Israel

574 BERNHARD USKE
Kulturkritik – »verspiegelt«

576 Impressum

576 Zu den Autorinnen und Autoren

Titelfoto: dpa – Hammer

Editorial

Zwei Themen unseres *Juni*-Heftes korrespondieren miteinander: Die Asyldebatte – die zureichend nur im Kontext aller Zuwanderungsprobleme erörtert werden kann – und einer der Schwerpunkte dieser Ausgabe; er steht unter der ironisch-kritischen Überschrift *Luxus Wohnen*. Wenn es um die Beschaffung von Wohnraum geht, konkurrieren die einheimischen und einwandernden Unterschichten miteinander. Ein Teil der Empörung über die vielen »Fremden« ist sozialer Protest gegen die unzureichende Versorgung mit Wohnungen, vor allem – aber nicht nur – in Ballungszentren.

Aber nur ein Teil. Der Widerstand gegen Ausländer (ob es nun Asylbewerber, Aussiedler, Kriegs- oder Armutsflüchtlinge sind) grassiert auch in den Mittelschichten, die ungefährdet in abbezahlten Eigenheimen leben. Deswegen ist es ein Irrtum, wenn manche Politiker sich einbilden, den willkürlicherweise *Asyldebatte* genannten Diskurs durch entschiedene wohnungspolitische Initiativen (oder den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und zu schmale Rentenanpassung) beenden zu können. Das völkische Denken sitzt tief in den Deutschen; auch ruft eine ungesteuerte, zu plötzliche und vor allem allzu massive Zuwanderung eben nicht nur neurotische, sondern auch reale Ängste hervor. Die Politiker wären gut beraten, wenn sie den achselzuckenden Agnostizismus aufgeben würden, mit dem viele auf die Forderung nach der Steuerung der Zuwanderung reagieren (»Das funktioniert ja doch nicht«). Wenn es unserer politischen Klasse mißlingt, in dieser Frage einen Minimalkonsens zustande zu bringen, wird Schönhuber der eigentliche Oppositionsführer. Im übrigen möge uns der liebe Gott, so oder so, einen deutschen Jörg Haider oder Umberto Bossi ersparen.

Wir befassen uns in diesem Heft von unterschiedlichen Seiten mit der SPD; sie steht unter *Erneuerungsdruck*. Das ist keine programmatische Frage, das Berliner Programm der SPD von 1989 formuliert die Herausforderungen der Zeit durchaus zutreffend. Nur ist es (notwendigerweise) zu allgemein als Leitlinie

für die Machtpolitik des Tages. Wenn die SPD wieder regieren will, muß sie über ihre kompromißhafte Beschlußlage hinaus. Wem Amerika genauso wichtig ist wie Frankreich, die Erweiterung der EG genauso ein Herzensanliegen wie ihre Vertiefung, Pflegeversicherung so prioritär wie die Rettung unserer vollgestopften Hochschulen, der nistet im Ungefähren. Natürlich wird die längst fetischisierte *Einheit* der Partei aufs Spiel gesetzt, wenn man (z. B.) das Individualrecht auf Asyl im Artikel 16 des Grundgesetzes durch eine Institutsgarantie ersetzt. Aber wie will man die Begrenzung (Quotierung) der Aussiedler gegen die CDU/CSU durchsetzen, wenn man über eine solche Änderung nicht einmal reden darf? Selbstverständlich gibt es Zoff mit dem NATO-Establishment, wenn man spürbar eine europäische Verteidigungsunion fördert. Aber will man auf ewige Zeiten zuschauen, wie der Frankfurter Flughafen als logistisches Zentrum für Golfkriege fungiert? Die Führung der Partei ist stark genug, in all diesen Fragen 51 Prozent der SPD – und mehr – hinter sich zu bringen. Aber sie muß wollen.

Wir begrüßen einen alten Freund, der lange nicht mehr für uns geschrieben hat. Klaus Harpprechts wunderbarer kleiner Essay über *Hans-Dietrich Deng* ist als Einstand gedacht. Jüngere werden kaum noch wissen, daß dieser weltläufige Publizist, der viele Jahre in den USA gearbeitet hat und heute in Südfrankreich lebt, einmal der Chef der Schreibstube Willy Brandts war; die berühmte *Compassion*-Rede Brandts stammt aus seiner Feder. Wir hoffen auf epigrammatische Kommentare genauso wie auf kulinarische Reiseberichte – und auf die Übersicht, die Bilder vermitteln, die ein scharfes Objektiv aus großer Entfernung aufgenommen hat.

Abschließend stellen wir auch unser neues Redaktionsmitglied vor – es ist Hans-Joachim Schabedoth, ein kluger Gewerkschaftsintellektueller aus der Denkstube Franz Steinkühlers. Wir erwarten uns viele praktische Denkanstöße.
Peter Glotz

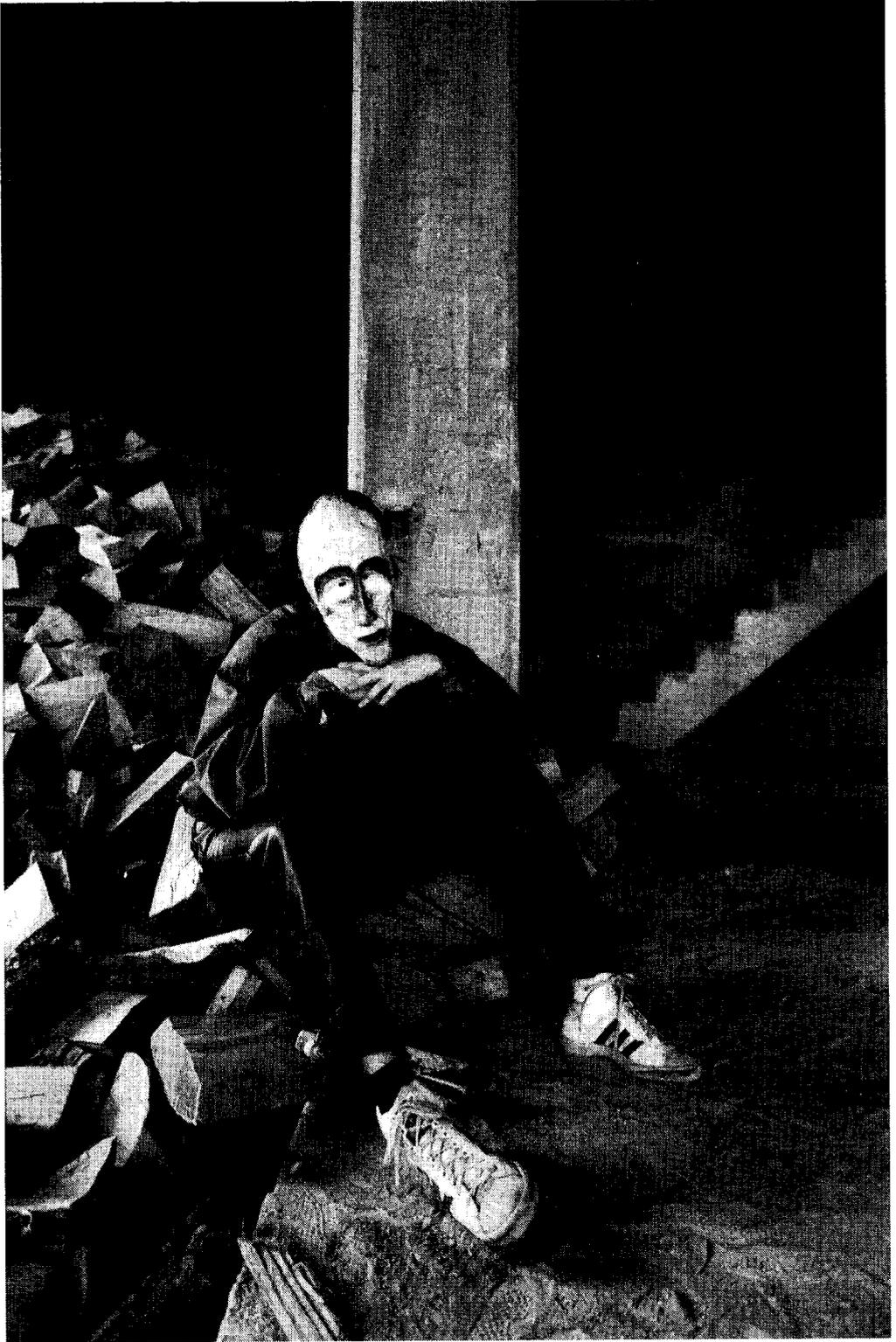


Foto: JOKER

KLAUS HARPPRECHT

Hans-Dietrich Deng in Bonn?

Er hatte der Regierung noch nicht den Rücken gekehrt: dennoch schien in Bonn, kaum hatte er den Abschied von seinem Ministerium angekündigt, alle Ordnung zu wanken. Die FDP spielte absurdes Theater. Aus München flogen die Bierkrüge. Die Opposition lispelte dünnlippig dies und das. Der Bundeskanzler thronte schweigend über der Szene. Kein Buddha. Kein gelassenes Lächeln. Eher brütender Grimm.

War die Konfusion, von der die Führung der Freien Demokraten und mit ihr die Koalition heimgesucht wurde, eine Art Abschieds-Triumf für Genscher, den er selbst in aller Verborgenheit inszenierte (die traurigen Auftritte überließ er den anderen)? Wollte er so rasch den Nachweis geführt wissen, daß er sich in den langen Jahrzehnten seiner Omnipräsenz den Ruf der Unentbehrlichkeit mit Fug und Recht erdient hatte? Oder wurde, im Gegenteil, der plötzliche Verfall seiner Autorität demonstriert? Dafür spricht nicht allzu viel.

Hatte er nicht angekündigt, daß mit ihm auch künftig zu rechnen sei? Ohne auf ein Amt gestützt zu sein? Nur durch das Gewicht seiner Erfahrung? Durch die Macht der bloßen Präsenz (die ihm freilich kaum auf solch natürliche, unangestregte Weise zuwachsen wird wie dem sozialdemokratischen Ehrenpräsidenten Willy Brandt)? Durch das Geflecht der Bezüge, die ihn mit Gott und der Welt verbinden – mehr mit der Welt –, und die er wie kein anderer zu nutzen weiß? Schwebt ihm vor, seinen Einfluß hinter den Kulissen spielen zu lassen? Wird man künftig von Hans-Dietrich Deng reden müssen? Der starke Mann, der keine Institution braucht, um Macht auszuüben? Peking in Bonn?

Das chinesische Beispiel wird im vereinigten Deutschland kaum Schule machen. Die miserable Vorstellung, die Führung und Fraktion der Freien Demokraten beim Kampf um die Nachfolge im Auswärtigen Amt vor dem konsternierten Publikum des In- und Auslandes gaben: der alte Chef der Liberalen, der den Titel eines Routiniers wie eine Auszeichnung zu tragen verstand, hätte sie als eine groteske Katzen-Musik empfinden müssen, die ihm zum Abschied veranstaltet wurde – wenn sie nicht als eine Art Generalprobe gedacht war, bei der die neuverteilten Rollen geübt werden sollten. Ver-

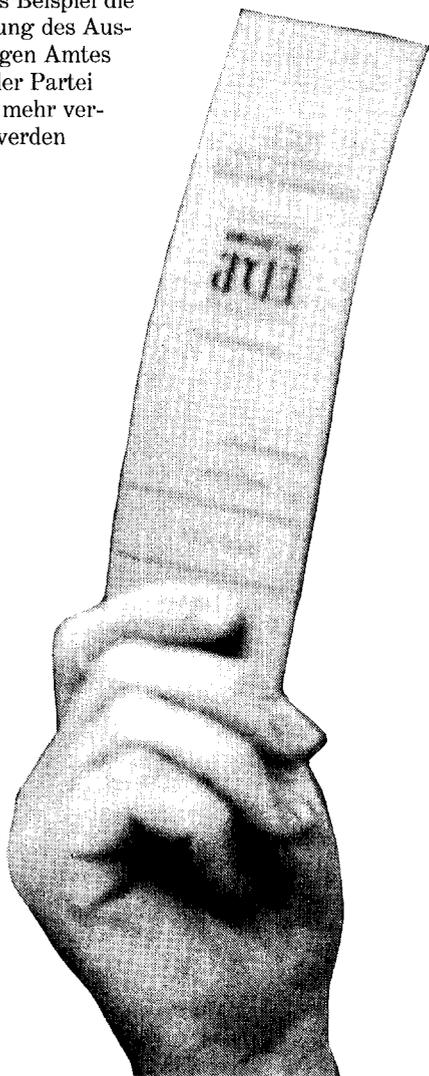
hielt es sich so, dann wäre zu attestieren, daß sie zwischen Vorstadt-Intrige und Provinz-Posse auf eher klägliche Weise gescheitert ist.

Geht es in Bonn so zu, seit es seine hauptstädtische Funktion an Berlin abzutreten hatte? Übt man sich nun auch am Rhein in flotten Forschheiten, die neu-wilhelminisch oder weiß der Teufel was sein mögen: alles, nur kein guter Stil? Der ferne Zeuge, der weit vor den Toren wohnt, würde gern zornigen Einspruch erheben. Nein, möchte er rufen, so könne man mit der Reputation des Mannes nicht umgehen, der 18 Jahre die deutsche Außenpolitik repräsentierte, seit langem der Dienst-Älteste unter seinen Kollegen, in aller Welt respektiert, wenn auch nicht allerorten geliebt, ein Garant der Kontinuität und – um das Wichtigste zuletzt zu sagen – auch der europäischen Verlässlichkeit: das könne, das dürfe er nicht einmal selber. Auch wenn er seine Fingerchen, seine allzu geschickten, im Spiel gehabt haben sollte: durfte man es erlauben, daß er sich mit seinen Tricks am Ende so fatal verhedderte? Wäre es – zum guten Schluß – nicht die Menschen- und Kollegen-Pflicht aller Beteiligten gewesen, Genscher vor sich selber zu schützen? Auch wenn nicht er es war, der platt auf den Hintern fiel, als er sich selber ein Bein stellte, sondern – Höhepunkt der Artistik – die ganze Riege der anderen: die arme Frau Schwaetzer, der Graf Lamsdorff, der Fraktionsvorsitzende Solms. Auch Klaus Kinkel, erst der heimliche, dann der offene Favorit, geriet ganz ungraziös ins Straucheln. Und Genscher? Nein, auch ihm stand das traurige Spiel, wenn es denn seines war, nicht gut zu Gesicht, obwohl er dem bösen Scheine nach ein Musterexemplar von Unschuldsmiene spazieren trug. Wenn ihm einer auf die Schliche zu kommen droht, sieht er immer aus, als wenn er Paulchen hieße und aus der Gegend von Halle an der Saale stammte.

Kinkel mag die Nachfolge mit ruhigen Händen verwalten, auf die Verantwortung genauer vorbereitet als Irmgard Schwaetzer. Doch der Schwabe mit seinem ruhigen Ehrgeiz wird an dem peinlichen Sieg, mit dem er ins Amt befördert wurde, bitter zu leiden haben. Man müßte es beinahe hoffen, ohne ihm damit Böses zu wünschen (im Gegenteil): es gibt einen Mangel an Stil, der ins Amoralische umschlägt, selbst

in Bonn. Kinkel kann dafür womöglich weniger als andere.

Gerüchte, die an keiner Grenze halt machten, deuteten in der Tat hartnäckig an, daß Hans-Dietrich Genscher an der grotesk mißglückten Regelung seiner Nachfolge in der Tat nicht unbeteiligt gewesen sei. Man raunte, er habe mit dem *Grand Guignol*, das er über die Bonner Bühne gehen ließ, seinem politischen Zieh-Sohn Jürgen Möllemann die Anwartschaft auf den Vorsitz der FDP zu sichern versucht: vor und gegen Frau Schwaetzer, die von dem Donnerschlag, der ihr verpaßt wurde, fürs erste zu betäubt sei, um als Konkurrentin noch aufzutreten. Auch vor Klaus Kinkel, der auf eine Kandidatur verzichten müßte, da nach Genschers Beispiel die Führung des Auswärtigen Amtes und der Partei nicht mehr vereint werden



Rote Karte für die Liberalen?

Foto: Danetzki

sollten. Mehr noch: Möllemann, flüsterten die Kenner der Verhältnisse, falle der Auftrag zu, eine zweite Wende vorzubereiten: die Rückkehr zu einer sozial-liberalen Koalition, für die nach Genschers Einsicht spätestens nach den kommenden Bundestagswahlen die Stunde gekommen sei, da er das Bündnis mit den Christdemokraten als ausgelaugt betrachte – dies, oder den Übergang in die Opposition, von der nicht ausgemacht sei, daß sie für die Freien Demokraten eine lebensgefährliche Prüfung bedeuten müsse; sie könne sich, auch dafür gebe es vernünftige Hinweise, als eine Verjüngungskur erweisen. Das und nichts anderes sei der geheime Grund des Rücktritts.

Spekulationen. Was immer es mit ihnen auf sich hat: sie annoncieren, daß Hans-Dietrich Genscher nicht nur an den vergangenen Leistungen gemessen werden will: er ist als eine ganz gegenwärtige Schlüsselfigur deutscher Politik zu betrachten. Das heißt aber auch: er wurde ohne Zögern ins Revier der Innenpolitik zurückbefördert, von dem er sich in Wahrheit niemals völlig gelöst hat. Es gab Anlaß, von einem Innenpolitiker *sui generis* zu reden, der er stets geblieben sei, auch im Auswärtigen Amt, trotz der bewundernswerten Hartnäckigkeit, mit der er das Metier der internationalen Diplomatie gemeistert habe. Der Autor dieser Notiz nannte ihn bei Gelegenheit den Binnen-Deutschen schlechthin. Er könnte hinzufügen, daß dies vielleicht auf eine verquere Weise das Geheimnis seiner außenpolitischen Erfolge war: hat es Genscher mit seiner unnachahmlichen Mischung von Verschlagenheit und mittelständischer Naivität nicht verstanden, die Bezugssysteme, die er in der deutschen Groß-Provinz so gründlich studierte, auf den Umgang mit den Nachbarn, ja mit Freund und Feind in der weiten Welt zu übertragen? Er schien sich damit nur selten zu täuschen, denn die Welt ist in Wirklichkeit überall, fast überall die schiere Provinz.

In der Anwendung seiner schlichten Psychologie und simpler Techniken im Umgang mit der Macht demonstrierte er manche Ähnlichkeiten mit Konrad Adenauer. Der Ur-Kanzler aus dem Rheinland nahm an, daß alle Menschen Rheinländer seien – und er irrte damit *nicht* völlig. Dem Sachsen Hans-Dietrich Genscher schien der Instinkt zu sagen, der liebe Gott habe nahezu sämtliche Mitglieder der menschlichen Rasse als Sachsen gedacht – und auch er ging damit nicht fehl. Seine Fremdheit in der sogenannten großen Welt der Diplomatie erwies sich als ein unschätzbare Vorzug. Anders als sein Vorgänger, der kühle Jongleur Walter Scheel, konnte er auf jede offene und

durchschaubare Präntion verzichten. Aristokratische Anmut, weltmännische Manieren, geschliffene Aphorismen, intellektuelle Brillanz erwartete niemand von ihm. Er machte, wenn das Bild erlaubt ist, ausgebeulte Hosen salonfähig, selbst in der Sprache. Dafür imponierte er seinen Gesprächspartnern durch die Präzision seines Denkens, sein glänzendes Gedächtnis, sein taktisches Geschick, seine Fähigkeit zum Kompromiß und eine fast unbezwingbare Vernunft, die nicht immer bieder, sondern des öfteren von der durchtriebenen Sorte war. Gelegentlich wollte er allzu schlaue sein. Seine Listen bezeichneten eine gewisse Beschränktheit. Er büßte für sie nicht oft.

Für die Deutschen blieb er der Nachbar von gegenüber: eine grundvertraute Figur, die niemals zu dem Verdacht einlud, sie könne sich des unlauteren Umgangs mit der Dämonie der Macht schuldig machen: der Advokat, der's in der Welt zu Ansehen gebracht hat und mit dem sich dennoch in der Kneipe nebenan ein Bier trinken läßt. Wohl führte er sich manchmal wie Hans Dampf in allen Gassen auf: doch einer, dem man trotzdem zutraute, daß es bei ihm zu Haus eher gemütlich zugehe. Man vermutete in ihm eine Seele, die einem Sofakissen nicht unähnlich sei: ein bißchen dicklich mit zwei spitzen Ohren und einem herzigen Knick in der Mitte. Ein deutscher Gemütsmensch. Anders ließ sich seine konstante Popularität nicht erklären. Es versteht sich, daß die komplexe Natur dieses Mannes dem treuherzigen Bild niemals entsprach.

Hans-Dietrich Genscher kann nachgesagt werden, daß er einer der erfolgreichsten Außenminister in der Geschichte der Deutschen war (von denen es in der Tat nicht zu viele gab). Er kann mit Helmut Kohl verbuchen, daß er die Ost-Politik Willy Brandts fortgeführt hat, ohne die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis zu gefährden, daß er das Seine dazu beitrug, die Chance der Wiedervereinigung zu nutzen, ohne die Allianz mit den Vereinigten Staaten und das Gefüge der Europäischen Gemeinschaft zu sprengen, daß er am Ende durch Maastricht den Weg zur Europäischen Union wies, während er zugleich zur Verantwortung für das Geschick der osteuropäischen Nachbarn mahnte. Das ist viel. Es zählt mehr als die Erschöpfung, der Mangel an Konzentration und die nachlassende Sensibilität, die ihm zu Beginn dieses Jahres sagten, daß es nach 18 Jahren an der Zeit sei, in allen Ehren den Hut zu nehmen.

Man lasse ihn gern in Frieden ziehen, von aufrichtiger Dankbarkeit geleitet. Doch sagte er nicht, man müsse mit ihm rechnen? Bahnte

er nicht dem Wirtschaftsminister Müllemann den Weg zum Amt des Vize-Kanzlers? Ein Titel, nicht viel mehr. Dennoch ist es nicht gleichgültig, wer ihn führt. Man mag einwenden, daß ihn als erster Franz Blücher trug, den die Geschichte einem freundlichen Vergessen überantwortet hat: sie vermerkt ihn nur als Adenauers allzu leichten Schatten. Die Bundesrepublik ist an ihm nicht gescheitert. Sie nahm auch an Erich Mende keinen Schaden, der eitel und voll konservativer Ressentiments, doch ganz gewiß nicht unredlich war.

Mit Jürgen Müllemann aber meldet sich ein neuer Typus des Politikers zur Stelle, der sozu-



Foto: Danetzki

sagen nur noch Typus ist: anders als Genscher ein völlig gebügelter Mensch. Eine Art deutscher Doppelgänger des Vizepräsidenten Quayle. Angepaßt. Auf vorstädtische Weise smart. Geltungsbedürftig und selbstbesessen (über das Normalmaß der Politiker – das kein geringes ist – weit hinaus). Konjunkturbewußt, vom Scheitel bis zur Sohle. Jeden Anflug von Originalität und geprägter Individualität durch die höchste Aufmerksamkeit fürs Gängige ersetzend. Geschöpf einer Epoche, in der die *public relations* aufhören, ein Instrument der Politik zu sein: sie sind im Begriff, die Politik selber zu werden.

Niemand hat in den vergangenen vier Jahrzehnten das Rätsel gelöst, das Präsident George Bush seinen Landsleuten aufgab, als er den jungen Senator von Indiana, der als Muster eines Leichtgewichts galt, als seinen Vertreter ins Weiße Haus berief. Man sagte schließlich, er habe einen Vize-Präsidenten gesucht, der noch farbloser sei als er selber. Und Hans-Dietrich Genscher? Auch in ihm könnte, jenseits allen Witzes, eine eher fahle Seele wohnen. Suchte er einen Nachfolger in der Partei, der niemand den Verdacht aufzwingt, er sei eine kraftvolle und scharf konturierte Persönlichkeit, trotz des robusten Selbstbewußtseins?

Will er dem unermüdlichen Öffentlichkeits-Arbeiter und Medien-Beweger Möllemann wahrhaftig den Auftrag vererben, den Hebel zur nächsten Wende anzusetzen? Die Sozialdemokraten wären gut beraten, den künftigen Partner genau zu betrachten, ehe sie mit ihm diese und jene Experimente riskieren. Das Opportune kann nicht das letzte Vermächtnis sein, das Bonn den Bürgern hinterläßt, ehe es in Berlin auf- oder untergeht. In der Geschichte der Bundesrepublik verband sich mit der Politik in guten Stunden der Begriff der Qualität, der menschlichen und der moralischen. Auch dafür ist Genscher ein Zeuge. Er sollte sich nicht durch Möllemann widerlegen.

Herr Botschafter Thomas Klestil, nach 14 diplomatischen Jahren in den USA und daher mit dem Englischen bestens vertraut, hätte sich sicher als »dark horse«, als »dunkles Pferd« oder krassen Außenseiter im Rennen gegen den roten Minister Rudolf Streicher bezeichnet. Der Außenseiter hat in einem bis zu jetzt offenen Rennen um eine Nasenlänge gewonnen. Daß der konservative, von der Volkspartei nominierte Kandidat Österreichs neuer Bundespräsident wird, war noch vor wenigen Monaten nicht vorauszusehen. Noch weniger, daß dieser Wahlkampf zwischen zwei *Teflonmännern* von bestem Ruf und lauterster Vergangenheit doch noch einen interessanten Zieleinlauf bieten würde.

Requiem für Streicher

Noch zu Beginn des Wahlkampfes sagte Professor Paul Lendvai, einer der Chefkommentatoren des österreichischen Rundfunks und Fernsehens, »Nun, da die weltweit bekannteste österreichische Persönlichkeit bald die politische Szene verlassen wird, kehren wir zur alten Fadesse zurück. Die Österreicher haben zwischen zwei ausnehmend verlässlichen Kandidaten zu wählen – ganz gewiß kein Stoff für Schlagzeilen.« Eines der ersten Bilder aus diesem Wahlkampf, das im Gedächtnis blieb, war Rudolf Streicher, der vor der ersten TV-Konfrontation am 9. April mit langen Schritten durch die Gänge des Fernsehgebäudes eilte und die Garderobentüre seines Kontrahenten öffnend, jovial fragte: »Tommy, wie geht's dir?«

Selbst bei der zweiten TV-Diskussion am 14. Mai war die höflich-scherzhaftige Stimmung zwischen den beiden Kandidaten noch unverändert. Streicher vor der Diskussion, daher noch im üblichen *Du*: »Tommy, ich hab eine ganze Mappe mit Sachen über Dich!« Klestil zu Streicher: »Also gut, Du wirst über mich sprechen, ich werde über mich sprechen, wer spricht dann über Dich?«

Diese friedfertig-fröhliche Stimmung war ganz im Sinne des Wahlvolks, das gerade in diesen Tagen die Schlägerei im italienischen Parlament während der dortigen Präsidentschaftswahlen miterlebt hatte. Auch der überaus stille Abgang von Präsident Waldheim wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Die Abwesenheit des noch Amtierenden von Innen- wie Außenpolitik war gegen Ende seiner Amts-

periode so augenfällig, daß sich nicht nur Tages- und Wochenzeitungen, sondern sogar ein wirklicher Verfassungsrechtler, Professor Manfred Welan, ernsthaft mit der Frage der Abschaffung des Präsidentenamtes beschäftigte. Das allerdings geht dem österreichischen Bürger zu weit: nach einer Umfrage der Tageszeitung DER STANDARD wünschen sich 80,4 % der Bevölkerung einen Bundespräsidenten. Vielleicht noch immer als Kaisersersatz, oder um genauso mit so einem Moralapostel protzen zu können, wie Österreichs Nachbarn, die Deutschen und die Tschecho-Slowaken.

Für Rudolf Streicher, Minister für Öffentliche Betriebe und Verkehr, geschätzt und gelobt wegen seiner zähen Verhandlungen um eine Verringerung des Transitverkehrs durch Österreich, beliebt wegen seines Aufstiegs vom Werkzeugmacherlehrling zum *Studierten* und Minister, schien die Wahl zum Staatsoberhaupt, wie man in Wien sagt, eine »g'mahte Wies'n«, eine gelaufene Sache.

Aber Klestil macht's möglich. Der Diplomat, von dem die Österreichische Volkspartei einen Achtungserfolg gegen den orchesterdirigierenden, populären roten Minister erhoffte, rückte seinem Duzfreund und Gegner schon im ersten Durchgang gefährlich nahe. Hatten alle

Auguren einen Abstand von 5-8 % vorausgesagt, trennten den Konservativen am Abend des 26. April nur mehr 3,5 % vom Favoriten. Echte Meinungsforscher, Parteigranden und Amateurpropheten hatten sich gleichermaßen geirrt: Die Voraussage 44 % für Streicher war ebensoweit von den 40,7 % des Kandidaten entfernt, wie Klestils bescheidener Wunsch nach 30 %, die nach Auszählung der Stimmen zu 37,2 % anwuchsen. Die Voraussagen für die Stichwahl, die die professionellen Auguren nach diesem Debakel abgaben, waren entsprechend vorsichtig oder blieben unveröffentlicht in den Schreibtischladen.

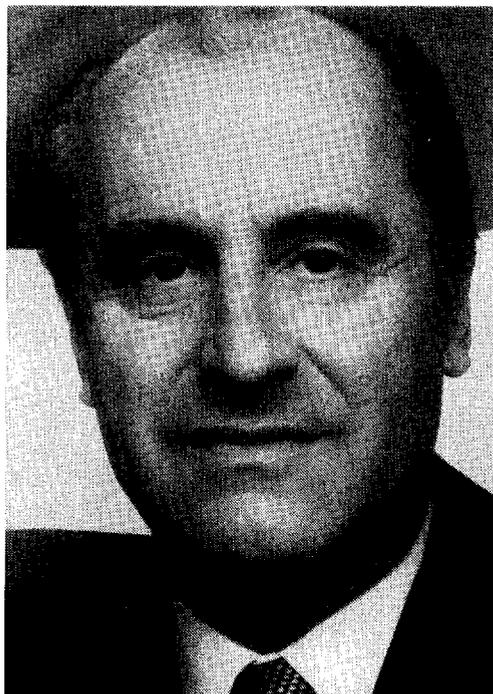
Die *Volkspartei* hingegen war euphorisch und feierte Klestils Halbzeitsieg wie ihren eigenen. Zu lange hatte die Durststrecke für Österreichs zweitgrößte Partei gedauert, zu lange war Kanzler Franz Vranitzky im Licht unveränderter Popularität gestanden, zu lange hatte auch die bürgerliche Presse gespottet. »Sie können natürlich auch Klestil wählen«, schrieb die konservative WIRTSCHAFTSWOCHEN noch am 23. April. »Geben Sie's auf. Der ÖVP ist nicht zu helfen.«

Jetzt aber, so ZEIT-IM-BILD-Moderator Robert Hochner, ist das anders. »Wenn Popeye the Sailor Kraft tanken will, greift er zur Spinatdose.

Endzeit für SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky?

Foto: Regina Schmeken





Waldheim-Nachfolger Thomas Klestil

Wenn Erhard Busek, der Obmann der ÖVP, Kraft braucht, greift er zu Thomas Klestil und bekommt Flügel . . .«

Der Karrierediplomat, den die ÖVP aus dem schwarzen Hut gezaubert hatte, erwies sich als maßgeschneidert: 1932 als Kind einer Wiener Straßenbahner-Familie geboren (so viel für die schwankenden roten Wähler); ein Bruder im Krieg vermißt (das für die Kriegsgeneration, die Präsident Waldheim zum Sieg verholfen hatte); mit Unterbrechungen daheim fast 14 Jahre in den Vereinigten Staaten, als UN-Botschafter und zuletzt als österreichischer Botschafter in Washington, wo ihn Präsident Reagan, laut ÖVP-Pressedienst *Tom* nannte (das für alle Österreicher, die in den Beziehungen Österreichs zu den USA ein gewisses Defizit während der Waldheimjahre orteten); katholisch, mit untadeligem Familienleben und drei Kindern (für die ÖVP-Stammwähler). Liebenswürdig, redegewandt (zum Unterschied vom etwas unsicheren Streicher) und, bei aller Höflichkeit sichtbar wild entschlossen, das hohe Amt zu erringen.

Nach dem knappen Sieg im ersten Wahlgang und zwei eher zugunsten Klestils ausgefallenen TV-Debatten, wurde SPÖ-Funktionären und Basis klar, daß die Präsidentenkür kein Osterspaziergang im Wienerwald mit gesicher-

tem Ausgang und Siegesfeier beim nächsten Heurigen wäre. Der schwarze Schatten des erfolgreichen Diplomaten Klestil legte sich über die gesenkten roten Fahnen.

Nun setzte Hektik ein, um zu retten, was noch zu retten war. Zunächst begann natürlich die Suche nach den Schuldigen. Zentralsekretär Josef Cap, nomineller Leiter des Streicherkomitees, der am Wahltag am Wiener Stadtmarathon teilnahm, bot sich als idealer Sündenbock an. »Wir setzen uns um 230 Schilling an einem schönen Sonntag als Beisitzer in ein Wahllokal«, murrt die Genossen aus Wien, »und der Herr Wahlkampfleiter galoppiert 42 km durch die Stadt, wie ein Privatmensch!« Der Zorn der Parteibasis entlud sich auch auf den Zweitverantwortlichen, den Organisationssekretär Peter Marizzi, der eigentlich für die Stimmung der Wahlkämpfer verantwortlich zeichnete. »Schon die erste Sendung aus der Parteizentrale in der Löwelstraße habe den Eindruck einer Livesendung aus einem Leichenschauhaus vermittelt«, kritisierte ein ärgerlicher Landessekretär bei einer Nachwahl-Trauersitzung.

Auch Kritik an Streicher wurde laut: während Thomas Klestil ständig, auch durch seine Körpersprache, klar zeige, daß er dieses Amt mit allem Ehrgeiz suche, sähe man Rudolf Streicher immer noch an, daß er sich zu dieser Kandidatur habe überreden lassen, daß er den *Biß*, der den guten Sportler zum besten mache, eben nicht besitze. Was im siegessicheren ersten Teil dieses Wahlkampfes noch als *locker* und selbstsicher gelten mochte, schien nun plötzlich eine unerlaubte *Wurschtigkeit* dem hohen Amt gegenüber.

Selbst gute Freunde des sozialdemokratischen Kandidaten waren entsetzt darüber, was Wahlmanager, oder der Druck des kommenden Amtes, aus dem hemdsärmeligen, witzigen und fachlich so beschlagenen Streicher gemacht hatten. Hölzern, oft wie auswendig gelernt, leierte der Kandidat vorfabrizierte Sätze ins Mikrofon, ganz gegen seine sonstige Art offensichtlich bemüht, niemandem wehzutun und keines der vielen brennenden Themen – EG-Beitritt, Fremdenangst und -haß, die politische Rechte, das Flüchtlingsproblem, eine Revision der Neutralität, entschieden und mit klaren Aussagen zu diskutieren.

Er verstand »manche Anliegen der Frau Schmid«, der im ersten Wahlgang ausgeschiedenen Kandidatin der FPÖ, er »könnte sich vorstellen, Professor Jungk (den erfolglosen Kandidaten der GRÜNEN) als Ratgeber in Ökologiefragen in die Hofburg zu holen«, kurz, war darauf getrimmt worden, jedem jedes zu sein, was ganz offensichtlich nicht sein Stil ist.

Die Wählerstromanalysen waren auch nicht dazu angetan, die rote Reichshälfte zu beruhigen: etwa 230 000 traditionelle SPÖ-Wähler waren nicht zur ersten Wahl gegangen oder hatten andere Kandidaten gewählt, davon schätzungsweise 70 000 die Kandidatin der FPÖ, Heide Schmid. Etwa 10 000–20 000 Rote waren bei Jungk hängengeblieben. Streicher hat in der Stichwahl offensichtlich nur einen kleinen Teil dieses Potentials ausschöpfen können.

Die Ergebnisse beider Kandidaten, besser als seine Partei für den als unabhängiger empfundenen Klestil, schlechter als seine Partei für den bekannt roten Streicher, deuteten auf eine gewisse Parteimüdigkeit des Wahlvolkes, also mühten sich beide Kandidaten, je näher die Stichwahl kam, die Partei, an deren Busen sie sich genährt hatten, zu verstoßen. »Die Interessen Österreichs sind wichtiger als jede Partei,« verkündete ein lächelnder Klestil vom Plakat. Er sei nie Funktionär gewesen, habe seine Karriere im Außenamt nicht der Volkspartei, sondern (mit einem Seitenblick auf die roten Nichtwähler) dem Herrn Bundeskanzler Kreisky und dessen objektiver Beurteilung von Leistung zu verdanken. Auch Streicher war bemüht, seine Erfolge als Manager verstaatlichter Betriebe und als Minister im Kabinett Vranitzky aus dem Dunstkreis der Sozialdemokratischen Partei zu lösen, eine Haltung, die Manfred Deix wieder einmal zu einer seiner vernichtenden Karikaturen anregte: Streicher, ein SPÖ-Fähnchen in der Hand, hustet. »Ich huste auf die SPÖ.« Klestil, am Rande des Erbrechens, meint »Wenn ich nur das Wort ÖVP höre, kommt mir sofort das Frühstück wieder herauf.«

In einem letzten, verzweifelten Anlauf versuchte die SPÖ zu retten was noch zu retten war: Projekt *Rudi Neu*, wie PROFIL spottete, basierte auf dem längst zerrissenen Netz der vielen hundert Wiener Sektionen, von denen man ungewohnte Anstrengungen erwartete, die aber größtenteils ausblieben. Hier fehlte die historische Figur des Parteikassierers, der jeden Monat einmal den Mitgliedsbeitrag einhob, dabei die Politik der Partei erklärte und Kandidaten empfahl. Auch letzte Briefe von Parteigranden, die auf Verdienste der SPÖ hinwiesen (»Ab 1. Juni 1992 gibt es eine Senioren-Jahres-Netzkarte für Frauen. . .«) verursachten keine Aufbruchsstimmung. So konnte also nur das Vorführen des Kandidaten Streicher helfen: noch einmal und noch gründlicher wurde er von früh bis spät einem staunenden Wahlvolk vor Augen geführt, vom Besuch bei den Fahrern der Müllwagen um 6 Uhr früh, bis zum Spätnachmittag im Pensionistenheim. Während Kontrahent Klestil einen ruhigen Tag auf dem Land mit



Vom haushohen Favoriten zum klaren Verlierer: Rudolf Streicher (SPÖ) Foto: Haslinger

dem Betrachten kranker Wälder verbrachte, mußte Streicher im Wiener Prater Riesenrad fahren und am Muttertag ein Konzert im Wiener Rathaus dirigieren. Die vorzügliche Konstitution des 53jährigen engagierten Tennisspielers mochte ihm geholfen haben, die Wünsche von Wahlmanagern zu überleben, deren Hektik eine zielgerichtete, professionelle Betreuung ersetzen sollte.

Streicher hat offensichtlich die sozialdemokratischen Nichtwähler nicht zurückgewonnen, die ihm wegen der Arbeitslosen grollen, die seine erfolgreichen Rationalisierungen zurückgelassen haben. Auch mag sich so mancher Sozialist, in einer Zeit, in der steirische Politiker eine Veranstaltung der »Kameradschaft IV« Angehöriger der WAFFEN-SS mit ihrer Anwesenheit zu beehren gedachten, von einem sozialistischen Kandidaten mit lupenreiner Arbeiterabstammung eine deutlichere Absage an die Neue Rechte und Herrn Haider erwartet haben. Die Beteuerung, gewiß kein Funktionär und Geschöpf der SPÖ zu sein, konnte die sozialdemokratischen Wahlabstinenten auch nicht zur Urne treiben.

Bei den GRÜNEN war auch nicht viel zu holen. Vor allem im radikalen ökologischen Flügel galt Streicher immer noch als »Betonierer« und

als »der Stalinist vom Dienst in der Verstaatlichten«, was ihm auch da wenig Sympathie einbrachte.

Die FPÖ schließlich, mit 757 000 nun kandidatenlosen Wählern, mußte mehr zu einem bürgerlichen Klestil tendieren. Bevor seine Partelstrategen aus Streicher einen *Rudi Neu* gemacht hatten, war er, zusammen mit Bundeskanzler Franz Vranitzky, einer der ausgesprochenen Gegner Jörg Haiders, der an der politischen Ausgrenzung des Ex-Landeshauptmannes von Kärnten und jetzigem Klubobmann der Freiheitlichen Parlamentsriege lebhaft beteiligt war. Und daß den *Blauen* eine bürgerliche Koalition mit der ÖVP, das oft verkündete politische Fernziel Haiders, unter einem *schwarzen* Präsidenten leichter zu erreichen scheint, als unter einem roten, mußte Streicher weitere Stimmen kosten. Obwohl beide Kandidaten schamlos nach blauen Stimmen fischten: Klestil mit seinem Plakat »Macht braucht Kontrolle«, eine Direktkopie eines Wahlslogans, den die FPÖ im Jahr 1983 weidlich benützt hatte. Streicher hingegen wollte nicht nur »die Ausländerproblematik offen ansprechen«, sondern auch dem Innenminister helfen, »zusätzlich 400 Polizisten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu bekommen.« Und das, obwohl Haider mit allen ein lustig-listiges Katz-und-Maus-Spiel trieb, bald eine Wahlempfehlung in Aussicht stellt, bald »genaue Beobachtung« der Kandidaten versprach, und jedenfalls seine Stellung als Zünglein an der Waage in vollen Zügen genoß. Ob er wirklich die Präsidentschaftswahlen entscheiden konnte, wie das manche Kommentatoren ärgerlich voraussagten, sei dahingestellt. Sein und seiner *Bubenspartie* Vergnügen, die anderen mit immer neuen Ankündigungen seiner Präferenzen ärgern zu können, war so offensichtlich, daß so mancher sich von dieser Art der Wahlwerbung abgestoßen fühlen mußte.

Traudl Lessing

*

Ein Erdrutsch, kein Erdbeben

Kein Zweifel. Die 57 Prozent, die Thomas Klestil, Kandidat der konservativen ÖVP, am 24. Mai im zweiten Wahlgang der österreichischen Präsidentschaftswahlen erzielt hat, gleichen einem innenpolitischen Erdrutsch. Noch nie – sieht man vom Sonderfall der Zweitkandidatur Rudolf Kirchschräglers ab, der 1980

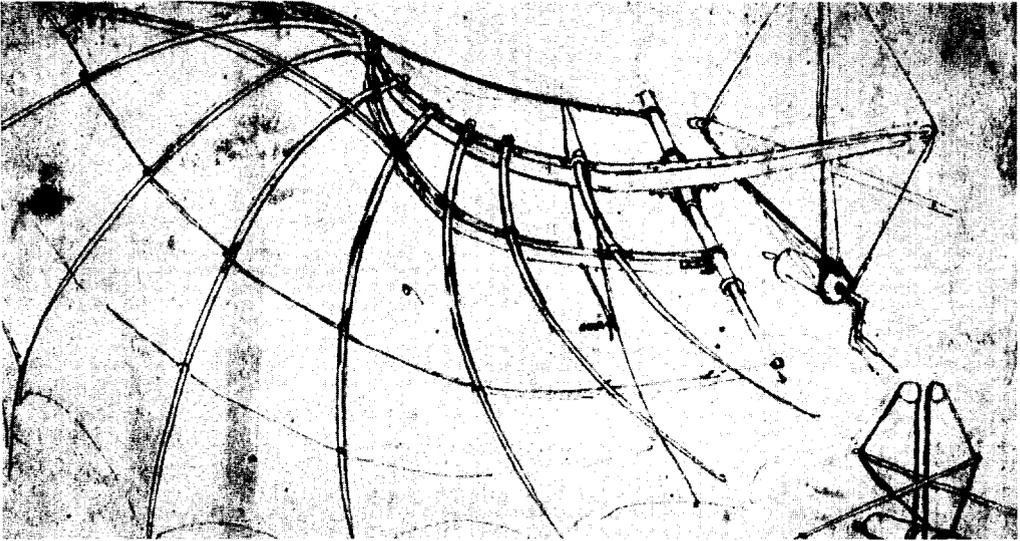
aber von beiden Großparteien unterstützt worden war – hat sich ein Kandidat in einer Volkswahl derart souverän durchgesetzt wie diesmal Klestil gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Rudolf Streicher mit seinen 43 Prozent. Dabei hatte der als Verkehrsminister populäre Streicher zu Beginn des Wahlkampfes als eindeutiger Favorit gegolten, schon die knapp 41 Prozent beim ersten Wahlgang am 26. April waren für ihn eine Enttäuschung. Nun hat es der Karrierediplomat Klestil geschafft, fast das gesamte Stimmenpotential der FREIHEITLICHEN Heide Schmid (16 Prozent) und sogar die Mehrheit des GRÜNEN Robert Jungk (knapp 6 Prozent) an sich zu binden.

Der Sieg Klestils ist weniger auf direkte Veränderungen in der österreichischen Parteienlandschaft zurückzuführen als indirekt auf solche der gesamten politischen Kultur. Auch Österreichs bislang in ganz West- und Mitteleuropa durchorganisiertestes Parteien- und Sozialpartnersystem gerät in Erosion. Die Zahl der Parteimitglieder sinkt (noch immer geben die Großparteien offiziell aber zwischen 600 000 und 700 000 Mitglieder an), die der Wechselwähler und Wahlverweigerer steigt kontinuierlich. Die fix und weitgehend etablierte Sozialpartnerschaft stößt an die Grenzen innenpolitischer Akzeptanz und außenpolitischer (EG!) Möglichkeiten. Die beiden Großparteien, die jahrzehntelang durch ein straffes Patronagewesen die Gesellschaft vereinnahmt haben, haben derzeit – auch durch die rechtspopulistische Offensive Jörg Haiders und der mit ihm sympathisierenden KRONEN-ZEITUNG (mit mehr als zwei Millionen Lesern die relativ auflagenstärkste der Welt) – ein katastrophales Image: skandalbelastet, inhaltlich profillos, strukturell erst am Beginn des Umbaus zu modernen Wähler- und Medienparteien. Thomas Klestil hat sich noch ein Stückchen mehr und biographisch glaubwürdiger von seiner ÖVP distanziert als Streicher von seiner SPÖ. Insbesondere die Wiener SPÖ, die nach wie vor, wenn auch nicht mehr mit satten absoluten Mehrheiten im *Roten Wien* herrscht, hat eine klare Schlappe erlitten. Erstmals hat ein »bürgerlicher« Kandidat eine – wenn auch ganz knappe – Mehrheit erhalten, die Wahlbeteiligung sank in der Bundeshauptstadt trotz versuchter »Sektionsmobilisierung« auf 61 Prozent.

Jörg Haider hat mit einer »indirekten« Wahlempfehlung für eine »Niederlage Vranitzkys« das Schmid-Potential erfolgreich zu Klestil umgeleitet, die GRÜNEN haben nichts dergleichen oder dagegen getan. Vor allem zogen noch zwei weitere Faktoren für Klestil: Sein »internationales« Profil entsprach für die Nach-

„Alles, was ein Mensch
sich vorstellen kann,
werden andere Menschen
verwirklichen.“

Jules Verne



Skizze für ein Schwingenflugzeug
von Leonardo da Vinci. Um 1487.

DAIMLERBENZ

Die Unternehmen im Daimler-Benz-Konzern:
Mercedes-Benz, AEG, Deutsche Aerospace, Daimler-Benz InterServices (debis)

Waldheim-Zeit dem Amtsverständnis der Mehrheit mehr als das des innenpolitisch erfolgreichen Ministers und »Machers« Rudolf Streicher. Und ein bedeutendes Motiv liegt im Gleichgewichtsbedürfnis der Österreicher: *Schwarzer* Bundespräsident gegen *roten* Bundeskanzler! Dennoch bedeutet der unerwartet hohe Sieg Klestil kein innenpolitisches Erdbeben, eher das Gegenteil.

Die Koalition der Großparteien ist gefestigt; der scheinbar unaufhaltsame Zerfall der övp ist gebremst, der Großkoalitionär und Haider-Gegner Erhard Busek als Obmann und Vizekanzler gestärkt. Klestil selbst hat sich am Wahlabend neuerlich scharf von den Vereinnahmungsversuchen Haiders distanziert. Er gilt – vor allem auch als erfahrener Außenpolitiker – als Gegner jedes schwarz-blauen Experimentes. Schließlich gilt auch Franz Vranitzky mittelfristig eher als Sieger denn als Verlierer. Er hat zwar einen seiner populärsten Minister verloren – Streicher wird als Spitzenmanager ins Wirtschaftsleben zurückkehren – aber: Sowohl die offensichtlich gewünschte internationale »Herzbarkeit« als auch das dann umgekehrt anzuwendende Gleichgewichtsargument sprechen 1994 bei den nächsten Nationalratswahlen für ihn und seine Partei. Und deren arithmetisch schwere Niederlage beschleunigt wohl eher den von Vranitzky bisweilen mit zu wenig Konsequenz und Unterstützung betriebenen Prozeß der grundlegenden Umstrukturierung und der inhaltlichen (Neu)profilierung.

Peter Pelinka

KLAUS BLOEMER

»Das Afrika unserer Träume«

Am Kap soll eine gemeinsame Nation entstehen

Während im europäischen Großraum die politische Szenerie von nationalistischen Fieberschüben, veitstanzähnlichen Stammesritualen und kriegerischen Sezessionsorgien verfinstert ist, zeichnet sich fernab am Horizont des *Vergessenen Kontinents* ein Silberstreif vernunftbetonten Gestaltungswillens ab. Der

nach globalem Maßstab nahezu einzigartige Lichtblick vom unteren Rande Afrikas her ist jedoch keineswegs als unerwartetes Naturereignis eingetreten, wie das eine vielerorts »mit Überraschung« registrierte Wahrnehmung der vorherrschenden Stimmung im weißen Bevölkerungsspektrum des Kaplandes glauben machen könnte. Mitverantwortlich für diesen Täuschungseffekt politischer Optik dürfte auch hier die ambivalente Wirkungsweise elektronischer Kommunikation sein, die *ex machina* dazu verführt, ein ohnehin reizüberflutetes Medienpublikum mit hechelnd besprochenen *action*-Streifen zu bedienen. Auf diesem Grobaster bleiben Beachtung und Expertise von Zustandsänderungen im breiten *mainstream*, der für gewöhnlich ohne hohen Wellenschlag verläuft, weitgehend unbemerkt. Was draußen ankommt und den Gesamteindruck entscheidend beeinflusst, sind indessen Schlaglichter auf sporadisch inszenierte Bluttaten in Schwarzensiedlungen oder martialisch kostümierte Burenreiter sowie Bombenanschläge gegen Gemeinschaftsschulen und Postämter auf dem platten Land – allemal scheußliche Begleitwehen bei »Geburt der südafrikanischen Nation« (de Klerk), die letztlich jedoch desinformativ verzerrte Momentaufnahmen vom realgesellschaftlichen Entwicklungsstand im Kap-Staat vermitteln.

Entscheidende Ansätze zur Herausbildung eines pauschal nationalen Identitätsbewußtseins werden im Alltagsleben der bedeutenden Wirtschaftszentren und Ballungsregionen am ehesten deutlich, wo Mitte März auch die weißen Wahlberechtigten, etwa von Johannesburg, Kapstadt, Durban, Port Elizabeth und East London, mit satten Vierfünftelmehrheiten für eine konsequente Weiterführung des Integrationskurses votiert haben.

In dem hier vorzufindenden Sinnes- und Mentalitätswandel werden die Beobachtungen von Gräfin Dönhoff (DIE ZEIT) voll bestätigt: »Wer regelmäßig nach Südafrika kommt und in über 30 Jahren nur geringe Veränderungen bemerken konnte, erkennt dieses Land heute nicht mehr wieder, so ganz und gar verändert ist es. Die Fragestellung ist nicht mehr: Weiß oder Schwarz? – Weiß und Schwarz, lautet nun die Parole.«

»Wir brauchen uns gegenseitig«

Mögen aus der Apartheidsdiktatur herrührende Schwierigkeiten bei der Überwindung der katastrophal menschenunwürdigen Mißverhältnisse im weiß-schwarzen Sozialvergleich auch erdrückend erscheinen, so bewirken doch bereits



Kundgebung mit Nelson Mandela

Foto: JOKER/Rainer Steußloff

wirtschaftliche Organisationszwänge, daß sich aus geschäftsmäßiger Routine ergebende Kontakte auf Dauer gegenseitiges Verstehen und professionelle Anerkennung entwickeln, was wiederum ein gewisses Empfinden von Zusammengehörigkeit nach sich ziehen sollte. Dieser, auf Gewöhnung basierende, emanzipatorische Vorgang tritt vorrangig an den vielfach »gemischt« besetzten Arbeitsplätzen der Dienstleistungsbranchen zutage, wo immer häufiger auch Schwarze und Farbige in Positionen des mittleren Managements anzutreffen sind. Das gilt für Banken, Versicherungen, Werbe- und Makleragenturen, Kaufhäuser, Handels- und Reisebüros, deren Inhaber oder Vorstände weißer Hautfarbe sind (daneben gibt es auch große Unternehmen in schwarzem Besitz) – ebenso wie für staatliche Verkehrsbetriebe, Post usw.

Am ersten Januar dieses Jahres ist ein zweites öffentliches Fernsehprogramm (in Ablösung der Kanäle 2/3/4 für einzelne Sprachgruppen) auf Sendung gegangen. Der Generaldirektor dieses personell vollintegrierten SABC-Senders CONTEMPORARY COMMUNITY VALUES (CCV) ist der 55jährige *Madala Mphahlele* aus der Schwarzen-Township Soweto, ein Diplomsoziologe (Universität Kapstadt), der es bisher beim Multi-Konzern UNILEVER zum Chef der Werbeplanung gebracht hatte. Sein Motto: Die

schrecklichsten Gettos sind die Gettos in Euren Köpfen! Bemerkenswert dabei ist, daß Madala mit seinem Programmschema wesentlich auf die Altersgruppe der 24- bis 35jährigen, »die Yuppies, wenn man so will«, abzielt, wobei er NEWS und EDUCATION (Englisch gilt ihm als *die* politische Umgangssprache) an die Spitze seiner *Gemeinsamen Werte*-Tabelle stellt; die universale Sprache der Musik und das verbindende Interesse an Sport und zeitgenössischer Unterhaltung runden den Sendebetrieb ab.

Der hier gefahrene Kurs weist den mentalitätsgeprägt pragmatischen Sinn einer schwarzen Intelligenzschicht aus, die auf psychologischen Konsens innerhalb des mehrrassischen, multiethnischen und vielsprachigen Gemeinwezens hinzuwirken bemüht ist.

Für *Richard Maponya*, den studierten Lehrer aus Pietersburg, der es mittlerweile zum Besitzer einer großen Supermarktkette und erfolgreichen Pkw-Importeur gebracht hat, kommt der verstärkten Teilhabe einer schwarzen Unternehmerschaft an Produktion und Handel im ganzen Lande eine hervorragende Rolle zu. Aus seiner Sicht erweist sich die geschäftliche Integration als ein solider Transmissionsriemen, um auf organische Weise das erdrückende sozioökonomische Gefälle überwinden zu helfen. So wichtig die politische Emanzi-

pation auch sei, meint er im Hinblick auf eine anstehende neue Staatsverfassung, sollten seine schwarzen Landsleute nur ja nicht versäumen, am Hauptstrom der Gesamtwirtschaft zu partizipieren: »Wir dürfen nicht die gleichen Fehler machen wie unsere Nachbarn, die zwar frei sind, deren Wirtschaft aber immer fast ausschließlich noch in der Hand der Weißen ist . . . Aber auch die Weißen haben keinen Anlaß zur Sorge; denn *zwei* Dinge sind unbestreitbar: Wir brauchen uns gegenseitig, und wir werden hier immer zusammenleben. Südafrika ist ein reiches Land, das seine Bevölkerung problemlos versorgen kann.«

Daß die Präsenz dynamischer Schwarzer in verschiedenen Wirtschaftszweigen schon effektiv eine Art Pilotfunktion in Richtung auf gesellschaftliche Annäherung und Gleichstellung ausübt, läßt sich beispielsweise bereits bei Ankunft in einem Johannesburger Viersterne-Hotel feststellen, das zu der landesweit bedeutendsten PROTEA-Gruppe gehört. Dort fühlt man sich, womöglich als einziger weißhäutiger Gast, in einem ausnahmslos von Schwarzen geführten Haus, was aufmerksamen Service und räumliche Gepflegtheit anbietet, auf das beste untergebracht. Im erstklassigen Restaurant sitzt man unter schwarzen Geschäftsleuten und Paaren, für die Apartheid ein abgeschlossenes Kapitel ist.

Auf Marktwirtschaftskurs

So ermutigend derartige Aufbruchsignale und Frühsymptome gesellschaftlichen Ausgleichs auch erscheinen mögen, reflektieren sie vorerst doch nur eine quasi-elitäre Ebene großstädtischen Milieus. Im südafrikanischen Gesamtspektrum der Postapartheid-Ära türmt sich indessen eine schier erdrückende Problemmasse auf, zu deren Bewältigung ein ganz außergewöhnliches Maß an politisch praktizierter Vernunft und volkswirtschaftlicher Flexibilität vonnöten ist. Als vordringliche Aufgabe stellt sich dabei die Trockenlegung des sozialen Sumpfgeländes, wie es sich in den schwarzen Homelands, Townships und *wilden* Elendsquartieren an den Rändern des Farmlandes (zu 9/10 in weißem Besitz) darbietet. Ein hier, unter ärmlichsten Drittweltverhältnissen, zusammengepferchter Großteil der schwarzen Bevölkerung ist ohne Ausbildung geblieben, so daß die Mehrzahl der 15- bis 30jährigen sich zu lebenslanger Arbeitslosigkeit verurteilt sieht, also ein stetig anwachsendes Gewaltpotential darstellt.

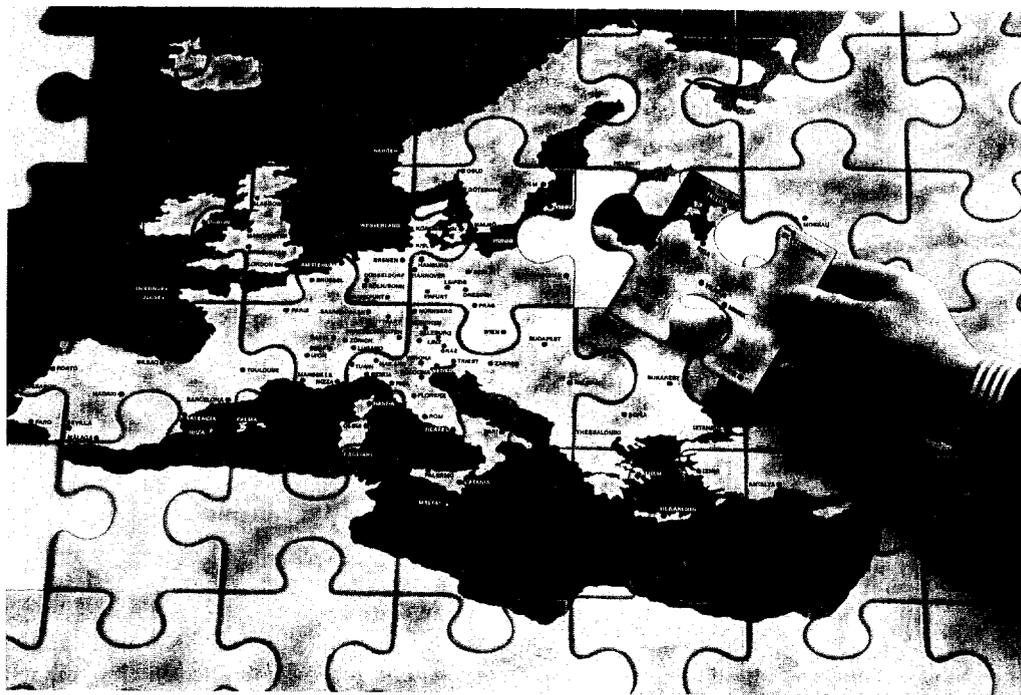
Da zeugt es kaum für einen großen Entwurf zur nationalen Versöhnung, wenn die

noch exklusiv weiße Regierung eine Etatumschichtung für das kommende Jahr beschließt, die – nach Gießkannenprinzip – zusätzliche Ausgaben für Wasser- und Elektrizitätsversorgung, den Bau fester Wohnungen sowie einiger Schulen und Krankenstationen in den schwarzen Zwangsreservaten vorsieht. Solche verspätet ausgestreuten Wohltaten allein greifen nicht bei den Wurzeln einer total gestörten Gemütslage, die von aufgestaunter Perspektivlosigkeit und Verzweiflung geprägt ist. Aber immerhin gibt es auch schon Erwägungen, die im Radikalverfahren rassistischer Ausgrenzung völkerrechtswidrig konstruierten vier *souveränen* Homelands Transkai, Ciskai, Bophuthatswana und Venda demnächst wieder in den südafrikanischen Staatsverband einzugliedern. In diesem Zusammenhang böte sich für einen multirasistisch besetzten Exekutivrat der Beschluß eines imposanten Projektes an, mit dem er seine Funktionalität und Durchsetzungskraft bestätigen würde. Wäre es doch ein demonstrativer Schritt auf dem Wege zum inneren Frieden, wenn man sich auf eine Initiative zur Arbeitsbeschaffung großen Stils, etwa nach dem Vorbild von Roosevelts *New Deal*, einigte, indem die Infrastruktur in den *schwarzen* Territorien generell dem Standard der Nachbarregionen angepaßt und mit diesen organisch verbunden wird.

Der für diesen Kraftakt erforderliche Einsatz öffentlicher Mittel dürfte sich in psychologischer, damit auch materieller Hinsicht als äußerst lohnend erweisen. Denn nichts ist rund ums Kap der Guten Hoffnung in dieser Phase staatlichen und gesellschaftlichen Neubeginns wichtiger, als konkret wahrnehmbare Zeichen zu setzen, die durch selbstverantwortliches Handeln ein stabiles Klima des Vertrauens sowohl im Innern als auch auf internationalen Ebenen erzeugen. Wie weit hierbei der Erwartungshorizont reicht, läßt sich einem Kommentar von WASHINGTON POST entnehmen: »Während das neue Südafrika um die Fragen ringt, wie sich das Unrecht der Apartheid mittels Ausformung einer neuen Wirtschaftspolitik zum Wohle der Gesamtbevölkerung beseitigen läßt, würden die Amerikaner gut daran tun, ihre eigenen Erfahrungen und ihre geteilte Nation im Kopf zu behalten.« Wie das gemeint war, sollte sich bald schon in L.A. und anderswo erweisen.

In seiner Tristheit ähnelt tatsächlich das sozioökonomische Erscheinungsbild der Kaprepublik frappant der Innenansicht des gegenwärtigen Amerika. (Auch den USA könnte daher, im Rückgriff auf das erfolgreiche F.D.R.-Modell der dreißiger Jahre, ein staatlich angekurbeltes Wiederbelebungsprogramm zur Generalüber-

Die Kunst, mehr aus Ihrer Zeit zu machen: Europa lückenlos? Nur mit Lufthansa.



TEAM
OLYMPIA
1992



Lufthansa ist offizielle Fluggesellschaft und Förderin der deutschen Olympiamannschaft 1992

Lufthansa bietet die meisten Verbindungen in Europa.

Über 1.600 stehen zur Wahl.

Alle arbeiten am neuen Europa. Wir auch. Mit mehr Zielen, mehr Frequenzen, mehr Nonstop-Flügen. Wo immer Sie in Europa geschäftlich unterwegs sind, bieten wir Ihnen ein lückenloses Angebot. Ganz besonders wichtig: 96% unserer Verbindungen fliegen wir nonstop mit Schwerpunkten morgens

und abends. Und auch unseren Bord- und Boden-Service haben wir verbessert. Vor allem in Osteuropa. So bieten wir Ihnen zum Beispiel in Warschau eigene Service-Schalter für schnelles und reibungsloses Einchecken. Nähere Informationen bei Lufthansa oder im Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Einfach ein bißchen mehr.



Lufthansa

holung ihrer maroden Infrastrukturen aus der Patsche helfen, gäben dort nicht die Orthodoxen der reinen Marktlehre sozialdarwinistischer Prägung weiter den Ton an.)

An ein mögliches Abweichen vom Pfad sozialorientierter Marktwirtschafts-Tugenden wird in den Führungsriege schwarzer Politiker und Gewerkschaften Südafrikas heute nicht mehr gedacht. Pläne für Verstaatlichung in Bereichen der Industrie oder gar Landwirtschaft sind praktisch zum Anathema erklärt worden; selbst seitens der KOMMUNISTISCHEN PARTEI wird kein *Nationalisierungsdruck* mehr auf die Leitung des Afrikanischen Nationalkongresses ausgeübt, wie der ANC-Direktor für Auswärtige Angelegenheiten neulich versichert hat. Inzwischen wird sogar von einer wachsenden Zahl widerborstiger Buren und Inkatha-Parteigänger des Zuluhauptlings *Buthlezi* ein stiller Konsens darüber mitgetragen, daß einzig auf der Grundlage prosperierender Wirtschaft sozialer Spielraum und ein annehmbarer Grad regionaler Selbstverwaltung gewonnen bzw. erhalten bleiben kann. Die Protagonisten des nationalen Konsolidierungsprozesses, de Klerk und Mandela, sind sich sehr wohl bewußt, daß sie mit ihrem Vertrauenskapital zu Hause sorglich umgehen und im Ausland wuchern müssen. Sie wissen auch, daß ihr *power sharing* auf den Stufen zu demokratisch etablierten Regierungsformen und eine vom Volk akzeptierte *neue Verfassung* lediglich der schützende Verpackungsrahmen für ein Reformpaket sein werden, dessen substantieller Inhalt ein zur Normalität werdendes Miteinander von Staatsbürgern unterschiedlicher Hautfarbe wie Mentalität auf der Grundlage menschenwürdiger Lebensverhältnisse und Chancengleichheit zu sein hat. Die praktische Umsetzung dieser Vorschläge kann nur im Marathonlauf gegen die Uhr bewerkstelligt werden. Denn die sich aufzwingende Umkehrung der Spirale wirtschaftlicher Rezession in einen Aufwärtstrend gestaltet sich mit jedem Monat schwieriger.

Im vergangenen Dezennium ist das Brutto-sozialprodukt Südafrikas pro Jahr durchschnittlich um nur 1 % angestiegen; berücksichtigt man jedoch einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 2,5 %, so wird daraus ein effektives *Minus von 1,3 %* an Pro-Kopf-Leistung. Zu Ende 1991 stand die Inflationsrate auf 16 %. Diese progressiv verlaufende Auszehrung ging wesentlich auf eine nachhaltige Verunsicherung in Furcht vor Bürgerkriegschaos zurück, die auch nach Aufhebung von Apartheidsgesetzen latent noch bestehen blieb. Der beständige Abfluß von Kapital und die Abwanderung industrieller Kompetenz ins Ausland, zusätzlich sti-

muliert durch internationalen Wirtschaftsboykott, hatten Selbstwertgefühl und Unternehmungsgeist der Südafrikaner erheblich beschädigt. Daraus erklärt sich auch bis heute ein fataler Mangel an Investitionsbereitschaft aus eigenen Kräften, der nicht nur erforderliche Modernisierungsmaßnahmen zum Stillstand gebracht hat, sondern sogar die Instandhaltung vorhandener Produktionsanlagen vernachlässigt ließ. Als Folge unterbrochener Handelsverbindungen mit westlichen Industrieländern, dem sich daraus ergebenden Zwang zu autarkem Wirtschaften unter Wegfall ausländischer Konkurrenzangebote, ist es zu einer Verteuerung einheimischer Erzeugnisse gekommen, die nunmehr, nach Aufhebung der Sanktionen, eine Wiederbelebung des Exportgeschäfts deutlich beeinträchtigt.

Wirtschaftsexperten des ANC haben berechnet, daß ein jährliches Wachstum des BSP von 9 % notwendig wäre, wollte man allen neu auf den Arbeitsmarkt Drängenden (inzwischen gibt es auch eine steigende Anzahl weißer Schulabgänger ohne Beschäftigung, nachdem für sie die *job reservation* weggefallen ist) eine feste Anstellung bieten. Um lediglich einen 4 %igen Zuwachs beim *output* zu erreichen, bedürfte es aber schon Auslandsinvestitionen in Höhe von etwa 7 Milliarden Dollar! Das sind wahrhaft ernüchternde Zahlen und Daten, die wohl, vor allem bei der schwarzen Bevölkerung, hochfliegende Illusionen dämpfen sollten.

Jedenfalls müssen unverzüglich die Prioritäten in der Finanzpolitik weitestgehend neu gesetzt werden: Im Sinne einer Friedensdividende südafrikanischer Version stünden rigore Kürzungen im Verteidigungshaushalt an erster Stelle; dazu gehörte auch der Verkauf strategischer Ölreserven.

Denn gerade hier heißt Sicherheit: Arbeit statt Waffen! Erhebliche Steuererleichterungen und höhere Abschreibungen für einheimische Investitionsprojekte und ausländische Anleger sind unumgänglich, wenn die multirassische Nation nicht ein flüchtiger Traum bleiben, sondern als die einzig reale Überlebenschance für eine vom Gemeinschaftswillen getragene Zivilisation begriffen werden soll.

Ein Sprecher des BDI in Köln hat, nicht ganz zu Unrecht, darauf hingewiesen, daß neue Engagements der einheimischen Wirtschaft Signalwirkung für ausländische Kapitalinvestoren in Südafrika haben würden; allerdings wäre es verhängnisvoll, daraus ein Prinzip abzuleiten, das zu einer Haltung gegenseitigen Abwartens verführen könnte. Von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank allein dürften durchschlagende Impulse

für ein beschleunigtes Einschleusen des Kaplandes in den globalen Wirtschaftskreislauf kaum zu erwarten sein. Umso enttäuschender muß es wohl für Mandela gewesen sein, daß sein Werben für westeuropäische Beteiligungen an einer *Postapartheid-Entwicklungsbank*, die ein 10-Milliarden-Dollar-Programm auf den Weg bringen soll, nicht nur in Bonn auf taube Ohren stieß. Warum eigentlich findet sich nicht ein Konsortium hochentwickelter Industrieländer, das dem an natürlichen Ressourcen (nebst dazugehörendem Instrumentarium) überreichen Südafrika eine Bürgerschaft zur Verfügung stellt, damit dieses Land sich auf dem Kapitalmarkt das nötige Startgeld für den Neubau von Staat und Gesellschaft besorgen kann?

Die Rückkehr zur »Familie Afrikas«

Nachdem mit dem März-Referendum für die Nostalgiker der weißen Alleinherrschaft die Stunde der Wahrheit geschlagen hatte, sollte in jenen Ländern, die von draußen diese Entwicklung mit herbeigeführt haben, auch eine Stunde der Bekenntnis zu ihren aus dem Wandlungsprozeß herrührenden Verpflichtungen gekommen sein. Südafrikas handelspolitische und kulturelle Isolierung als Mittel zur Überwindung des rassistischen Staatssystems hat diesem Zweck zwar gedient, aber zugleich auch einen zweischneidigen Wirkungsmechanismus offenbart, wie die Zustandsbeschreibung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse zeigt. Die endgültige Abschaffung der Apartheidsgesetze im Juni vergangenen Jahres markierte, dem Buchstaben nach, das Ende einer vom Herrenvolk-Mythos bestimmten Epoche. Deren gewaltige Erblasten jedoch lassen sich nun einmal nicht abgetrennt von den entscheidenden Phasen der Vorgeschichte definieren, weshalb eben auch die Teilnehmer an den Sanktionsmaßnahmen zu aktiver Mitverantwortung aufgerufen sind. Es liefe auf einen verlorenen Sieg in guter Sache hinaus, würde gerade *der Westen*, der sich in Logik von Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten engagiert hat, um den Völkern Schwarzafrikas seine Solidarität zu bekunden, nunmehr bei der aufwendigen Neugestaltung des Landes Zurückhaltung üben.

Das bisher wohl spektakulärste Ergebnis der Entschlossenheit zum inneren Frieden am Kap stellt die beinahe enthusiastische Bereitschaft auf seiten schwarzafrikanischer Staaten dar, ein positives Einvernehmen mit Pretoria herzustellen. Die Vorreiterrolle hatte dabei der Präsident der Republik Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, übernommen, der de Klerk und Mandela in Paris den diesjährigen Friedens-

preis der UNESCO überreichte. Ein dreitägiger Staatsbesuch von de Klerk in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, wurde Mitte April zum Auftakt für den Austausch von Botschaftern zwischen den beiden bedeutendsten Ländern südlich der Sahara. Zur Begleitung des südafrikanischen Präsidenten gehörten auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden, die u. a. erste Gespräche über eine Einrichtung von Handelskammern führten. Das nigerianische Staatsoberhaupt Babangida, zur Zeit noch amtierender Vorsitzender der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), stellte fest, daß der Kampf zwischen Südafrika und dem Rest des Kontinents sich auf beiden Seiten entkräftend ausgewirkt habe; nun aber ließe sich im Verein mit einem neuen Südafrika »das Afrika unserer Träume« bauen. De Klerk bestätigte, sein Land kehre jetzt in die *Familie Afrikas* zurück, und sein Außenminister Botha sprach gar von »wunderbaren Tagen mit den nigerianischen Brüdern«.

Im Zuge allgemeiner Neuorientierung der südafrikanischen Außenpolitik zeichnet sich also klar eine starke Betonung kontinentalbezogener Interessen ab. Auch darin zeigen sich der irreversible Charakter und die weltpolitische Bedeutsamkeit des Umbruchs im südlichen Afrika. Anlaß genug für die Europäer, eine deutlich stabilitätsfördernde Entwicklung auf dem Nachbarkontinent nach Kräften abzustützen.

Daß hierbei lediglich Hilfe zur Selbsthilfe angebracht ist, entspricht voll und ganz dem aktuellen Handlungsmuster nach afrikanischem Selbstverständnis: Schon ist die Mitgliedschaft Pretorias in der OAU so gut wie perfekt, nachdem neulich südafrikanische Politiker und Beamte als Gäste bei der Jahresversammlung der Afrikanischen Entwicklungsbank in der senegalischen Hauptstadt Dakar zugegen waren; und inzwischen auch der kenianische Außenminister am Kap Verhandlungen über einen Botschafteraustausch eingeleitet hat. An der Tourismusmesse in Durban haben sich u. a. Zimbabwe und Uganda beteiligt, deren Diplomaten zugleich mit ihren Kollegen aus dem Kongo und Algerien einer offiziellen OAU-Delegation angehörten, die unter Leitung des nigerianischen Außenministers schwarze Townships im Umkreis von Johannesburg besuchten, bevor sie – im Beobachterstatus – am zweiten CODESA-Plenum Mitte Mai teilnahmen, daß die letzte Pokerrunde über Modalitäten einer verfassunggebenden Versammlung, als einzig noch ausstehenden Voraussetzung für eine »Übergangsregierung der nationalen Einheit« im Laufe dieses Jahres eingeläutet hat.

Rückfragen zur Asyldebatte

In den letzten Wochen wurden Stimmen lauter, die den über 70 Millionen Deutschen angst machen wollen, in ihrem Land in die Minderheit zu geraten, weil auch rund 4,5 Millionen Ausländer – zum großen Teil schon in der zweiten und dritten Generation – in Deutschland leben und immer mehr Flüchtlinge aus der ganzen Welt nach Deutschland wollen. Nicht alle, die darüber reden, sind daran interessiert, daß Ängste abgebaut werden. Wer für die Lösung wirklicher Probleme keine überzeugenden Konzepte hat, benötigt Ablenkungsmanöver und Sündenböcke. Ausländer, die in Deutschland leben, aber nicht wählen dürfen, bieten sich dabei genauso an wie Flüchtlinge, die sich vor einem politischen Ausschlagen ihrer Problemlage selbst nicht schützen können. Nicht nur rechtsradikale Demagogen, sondern auch ansonsten auf Seriösität bedachte Politiker beteiligen sich am politischen Geschäft mit der Bürgerangst vor Überfremdung und vor dem sozialen Abstieg.

Stimmen der Vernunft und der Aufklärung haben es schwer, wenn politische Machtsicherungskalküle höher veranschlagt werden als politische Redlichkeit. Man kann leicht zu dem Eindruck kommen, die Unions-Parteien seien an einer Lösung von Problemen, die sich dabei zusammenbrauen, nur mäßig interessiert. Wie sonst ist es zu erklären, daß die im Oktober 1991 getroffenen Festlegungen für eine Beschleunigung der Asylantragsverfahren bis zu den letzten Landtagswahlen demonstrativ unterlaufen worden sind? Heute wissen wir: Es hat sich auch für die Union nicht ausgezahlt. Man kann die rechtsextremen Parteien nicht dadurch bekämpfen, daß man ihre Themen salonfähig macht.

Wie ist es zu erklären, daß nach wie vor der Bund die notwendige Unterstützung verweigert, um den Berg von mittlerweile 100 000 unerledigten Asylanträgen rechtsstaatlich zu bearbeiten? Die Bundesregierung macht kein Geheimnis daraus, daß sie jetzt eine europäische Lösung und Vereinheitlichung des Asylverfahrens auch deshalb anstrebt, um das deutsche Asylrecht auszuhebeln. Warum streitet sie nicht mit aller Entschiedenheit für ein einheitliches europäisches Asylrecht, das den deutschen Erfahrungen mit Diktaturen und Vertreibungsdruck Rechnung trägt? Wenn die politische Substanz des Grundgesetzartikels 16 auf europäischer Ebene gesi-

chert werden kann, würde eine Grundgesetzänderung ohnehin für die weitere politische Tagearbeit nur noch eine untergeordnete Bedeutung haben. Wie ist es schließlich zu erklären, daß die Bundesregierung immer wieder bekundet, Deutschland sei kein Einwanderungsland, obwohl es dies – auch ungewollt – schon lange geworden ist? Es genügt nicht, wenn dazu der inzwischen äußerst nachdenkliche CDU-Politiker Heiner Geißler der einzige in seiner Partei bleibt, der dies ohne Wenn und Aber auszusprechen wagt.

Da wir zur Sicherung des erreichten Wohlstands den Zuzug von Ausländern nach wie vor benötigen, stellt sich die Frage nach der Rechtssicherheit, die wir ihnen bieten können. Ohnehin ist die Rechtsgleichheit verletzt, wenn die einen nur Steuerzahler sein sollen, auf die Verwendung der Steuern aber keinen Einfluß nehmen dürfen. Bekanntermaßen hat das Bundesverfassungsgericht das Wahlrecht zu einem Exklusivrecht der Inhaber eines deutschen Passes erklärt. In diesem Zusammenhang gab es keinen Aufschrei, das Grundgesetz so zu ändern, daß Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft möglich werden. Es ist leider kein *Eulen-nach-Athen-tragen*, gerade christdemokratische Politiker immer wieder daran zu erinnern, daß ihre Selbstverpflichtung auf christliche Politik nicht vereinbar ist mit der faktischen Duldung von Bürgern erster und zweiter Klasse und der nationalen Abschottung von weltweiten Wanderungsbewegungen.

Wer nicht will, daß immer mehr Menschen mit der Hoffnung auf ein besseres Leben an unseren Haustüren klopfen, der muß ihnen helfen, in ihrer eigenen Heimat menschenwürdig zu leben. Wer Entwicklungshilfe nur als eine andere Form der Exportförderung für die eigene Industrie organisiert, versagt vor dieser Aufgabe. Warum sagt Helmut Kohl z. B. nicht endlich klipp und klar: »Wir bauen den Jäger 90 nicht, und wir kaufen auch kein anderes Jagdflugzeug.« Dies böte nicht unerhebliche Spielräume, um den Menschen in Not ein helfender Nachbar sein zu können. Überall erweist sich die Bundesregierung gerne gefällig, wenn es darum geht, Offizieren aus der ganzen Welt die Teilnahme an Lehrgängen in der Bundeswehr zu ermöglichen. Warum ist sie so zurückhaltend, wenn es um Angebote für die Ausbildung von zivilen Fachkräften geht? Nicht nur in Osteuropa, sondern fast auf dem ganzen Erdball

fände dies eine enorme Resonanz. Auch die verantwortlichen Kräfte in der Wirtschaft haben ihre Phantasie noch nicht ausgeschöpft, um über solche Ausbildungsprogramme konkret nachzudenken.

Wenn es keine oder noch keine Mehrheiten für große Schritte zur Problemlösung gibt, darf dies doch nicht als Entschuldigung herhalten, kleine Schritte zu unterlassen. Es gibt vieles, was bei gutem Willen getan werden kann, um den rechtspopulistischen Parteien in Deutschland und in Europa das Wasser abzugraben und gleichzeitig die Sorgen der Menschen ernstzunehmen. Es gibt vieles, was zum beidseitigen Nutzen getan werden kann, um den weltweiten Emigrationsdruck zu mindern, die Gegensätze in der Weltgesellschaft ein wenig abzutragen und Konflikte zu entschärfen. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß die weltweit fehlenden Arbeitsplätze nicht alle in den westlichen Industrieländern geschaffen werden können und sollen.

Wenn Politiker vom gemeinsamen europäischen Binnenmarkt oder gar vom gemeinsamen Europäischen Haus reden, fügen sie stets eilfertig hinzu, daß es nicht um einen Einheitsbrei in Europa geht. Im Gegenteil solle das europäi-

sche Zusammenwachsen Raum genug lassen für die Vielfalt der verschiedenen Traditionen, Kulturen und nationalen Identitäten. Was also richtiges Ziel für Europa ist, kann doch nicht falsch sein für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Wer glaubwürdig die europäische Einigung befürwortet, der kann doch nicht in Deutschland für Abgrenzungen und Abschottung plädieren. Kein vernünftiger Mensch rechnet wirklich damit, er könnte die Zeit dadurch aufhalten, daß er alle Uhren zurückstellt. Genauso töricht wäre es, durch eine Änderung des Asylrechts die Probleme beseitigen zu wollen, aus denen rechtsextreme Parteien ihren Honig saugen. Diese Probleme sind nur zu lösen, wenn die Bundesrepublik dazu beiträgt, weltweiten Vertreibungsdruck abzubauen. Dazu muß die Einbürgerung erleichtert und gesetzlich abgesichert werden. Und natürlich dürfen die in Deutschland geborenen und hier lebenden Ausländer der zweiten und sogar schon der dritten Generation nicht schlechter gestellt werden als Menschen aus Osteuropa, die vor mehr als 100 Jahren einmal deutsche Stammeltern gehabt haben.

Man muß wirklich kein Psychologe sein, um zu wissen: Ängste lassen sich weder abbauen,

Neue Heimat

Foto: Regina Schmeken



wenn man sie ignoriert, noch wenn man sie anheizt. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bekämpft man besser mit staatlicher Arbeitsmarktpolitik und tarifpolitischen Strategien der Arbeitszeitverkürzung. Und die Angst vor steigenden Mieten und die Wohnungsnot bekämpft man mit einem besseren Mieterschutz und mit dem Neubau von Wohnungen. Die Bundesregierung traut sich hier allerdings nicht, sich mit den schwarzen Schafen auf dem Wohnungsmarkt und ihren Beschützern in der FDP anzulegen.

Die Zivilcourage der Bürger kann sicherlich erheblich mehr gegen Ausländerfeindlichkeit erreichen als Polizeieinsätze und Staatsanwaltschaften. Es ist eine gute Bürgertugend, nicht peinlich wegzuschauen, sondern sich einzumischen, wenn am Arbeitsplatz, in der Straßenbahn, in der Nachbarschaft die Würde ausländischer Mitbürger oder Gäste verletzt wird. Politische Vernunft verlangt es, ausländerfeindlichen Grundstimmungen auch dann zu widersprechen, wenn das nicht unmittelbar mit Wählerstimmen belohnt wird. In der heutigen Bundesrepublik ist inzwischen eine politische Kultur gewachsen, die bislang noch mit jedem Versuch fertig geworden ist, den braunen Ungeist wieder zustimmungsfähig zu machen. Deshalb muß sich auch niemand fürchten, wenn bei den letzten Wahlen eine Handvoll dumpfer Geister ein Landtagsmandat errungen haben.

Die Angst vor dem unbekanntenen Nachbarn läßt sich nicht überwinden, wenn sich jeder in sein eigenes Schneckenhaus zurückzieht und es zur Fluchtburg umrüstet. Eine engstirnige *Laßt-mich-in-Ruhe*-Mentalität wird dem nicht gerecht. Wir brauchen Raum für die Begegnung mit anderen, Offenheit in der politischen Diskussion, Toleranz gegenüber anderen Lebensmustern und Neugier auf Anstöße und Anregungen.

Natürlich haben auch die Gewerkschaften enorm davon profitiert, den ausländischen Kolleginnen und Kollegen nicht nur die Tür zur Mitgliedschaft zu öffnen, sondern ihre Erfahrung, ihre Bereitschaft zum Engagement, ihre Spontaneität, ihre Freundlichkeit und ihre stete Bereitschaft zur Solidarität zu nutzen. Wer heute wieder in den Schablonen des Rassismus und Nationalismus nach Antworten auf die Verwerfungen und Ungewißheit moderner Gesellschaften und weltweiter Umbruchprozesse sucht, muß wissen, daß er damit auch die Gewerkschaften in ihrer Funktion als Menschen- und Bürgerrechtsbewegung herausfordert.

SPD unter Erneuerungsdruck

GESPRÄCH MIT
KARLHEINZ BLESSING

Im Abseits oder auf dem Sprung?

Das Gespräch fand in der Woche nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus statt. Daran teil nahmen Klaus Bloemer, Johano Strasser und Norbert Seitz.

NG/FH: Die Auguren redeten von einem schweren Schlag für die politische Klasse nach den jüngsten Landtagswahlen. Aber Sie redeten unbeeindruckt, fast schon ein wenig dickfellig von einem großen Wahlerfolg in Kiel. Ist die Glaubwürdigkeitskrise der Parteien nicht auch gerade dadurch entstanden, daß Politiker in solchen kritischen Situationen glauben noch so reden zu können wie Sie?

Blessing: Zum einen möchte ich nicht, daß der Wahlerfolg der SPD in Schleswig-Holstein niedergedredet wird. Unter solch schwierigen Bedingungen die absolute Mehrheit zu halten, ist schon ein Erfolg, wenn auch kein triumphaler. Andererseits muß man erkennen, daß die Volksparteien an Bindekraft und Integrationsfähigkeit verlieren. Insofern überrascht mich das, was am rechten Rand passiert ist, nicht grundsätzlich, aber vom Ausmaß her. Das Bittere ist, daß diese gefährliche Entwicklung offenbar bis ins Mark der SPD geht. Nehmen Sie den Wahlkreis Mannheim I, ein Wahlkreis aus dem Arbeiterbilderbuch, wo sehr viele Benz-Arbeiter und andere gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter leben – hier gab es ein Minus von 10 %. Was solche Wahlergebnisse angeht, haben wir viel nachzudenken in Richtung auf '94.

Nun zur »politischen Klasse«. Ich kann mit diesem Begriff nichts anfangen. Gehöre ich etwa zur »politischen Klasse«, nur weil ich knapp ein Jahr Bundesgeschäftsführer bin? Ich will Strukturen und bestimmte Verhaltensmuster nicht in Abrede stellen, aber Politiker in einen Topf zu schmeißen und sie mit dem Etikett »politische Klasse« zu belegen, halte ich analytisch für falsch und politisch für gefährlich. Das erinnert mich sehr an die »führende Klasse«. Ich bin dagegen, die Unterschiede zwischen Politikern und Parteien zu verwischen, wie das in Mode gekommen ist. Schauen Sie sich den Prozeß der deutschen Einheit an. Hier

gab es sehr wohl Unterschiede zwischen CDU und SPD.

Während die CDU die Leute glauben machen wollte, die deutsche Einheit sei zum Nulltarif zu haben, war es die SPD, die sich dafür einsetzte, daß das Volk über die Einheit der Deutschen abstimmt. Hätte diese Volksabstimmung stattgefunden, hätte sich eine überwältigende Mehrheit der Deutschen in Ost und West für die Einheit entschieden. Viele Frustrationen, die heute existieren, gäbe es nicht, hätte man die Vorschläge der SPD befolgt. Heute bestünde dann eine ganz andere Legitimationsgrundlage für die Bewältigung der Probleme und Lasten. Es hätte nicht so schlimm kommen müssen.

NG/FH: Die Legitimationsgrundlage wofür? Für das Einfordern von Opfern? Das Problem scheint doch zu sein, daß die SPD in der Frage des Einforderns von Opfern keine einheitliche Meinung hat.

Blessing: Am 3. Oktober 1990 wäre es möglich gewesen, zu sagen: »Liebe Leute, es kostet Opfer.« In dieser Situation wäre eine *Opfer*-Bereitschaft dagewesen. Daß dieser Einheitsprozeß tatsächlich etwas kostet und dies nicht nur die »oberen Zehntausend« bezahlen können, ist unstrittig. Es gibt keine Meinungsunterschiede in der Parteiführung, daß auch die breite Mehrheit der Bevölkerung von Lasten aus der Finanzierung der deutschen Einheit nicht ausgespart bleiben kann. Auch wir können den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht versprechen, daß in den nächsten zehn Jahren der Reallohn steigen wird. Aber was nicht geht ist, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und gleichzeitig die Unternehmenssteuer zu senken.

NG/FH: Welches sind denn die sozialdemokratischen Alternativen in der Finanzierungsfrage?

Blessing: Es gibt eine ganze Bandbreite von Einsparmöglichkeiten im Haushalt – vom Verteidigungsetat bis zu den Subventionen. Aber was jetzt ansteht, sind strukturelle Veränderungen, sind Debatten über grundsätzliche Strukturfragen, die in den letzten 40 Jahren nicht geführt zu werden brauchten, weil der

Zuwachs des Bruttosozialproduktes uns über manche strukturelle Schwäche hinweghalf. Die SPD muß den Versuch machen, sinnvolle Strukturfragen aus unserer Programmdebatte wieder aufzugreifen und sie auch unter dem Kostenaspekt zu diskutieren, z. B. beim Gesundheitswesen. Müssen wir uns nicht ernsthaft die Frage stellen, ob das Gesundheitswesen noch effektiv ist? Müssen wir uns nicht mit den Ärzten anlegen, mit der Pharmaindustrie, mit den Krankenhäusern? Steht jetzt nicht eine grundsätzliche Strukturreform des Kassenwesens an? Man hat zwar Kostendämpfungsgesetze gemacht, aber die haben nicht allzu viel gebracht. Systemimmanentes Sparen allein hilft uns aus dieser Klemme nicht heraus.

NG/FH: Diese strukturpolitischen Dinge wirken langsam. Wir brauchen aber kurzfristig sehr viel Geld. Ganz ohne Steuererhöhungen wird es vermutlich nicht gehen. Welche Steuern wollen Sie – im Gegensatz zur Regierung – statt dessen erhöhen, wenn man im Jahr 150–200 Milliarden für den Osten aufbringen muß?

Blessing: Zunächst einmal müssen Projekte wie der Jäger 90, der inzwischen 130 Millionen Mark pro Stück kostet, umgehend gestoppt werden. Das gleiche gilt für Unternehmenssteuersenkungen oder die Senkung des Spitzensteuersatzes. Will man dem Aufbau der neuen Länder Priorität einräumen, ist auch zu fragen, ob etwa Hallenbäder und Sportplätze in westlichen Kommunen in diesen Zeiten gebaut oder renoviert werden müssen. Solche Einsparungen reichen für ein seriöses Finanzierungs-

konzept jedoch nicht aus. Wir können Einnahmeverbesserungen für die nächsten Jahre nicht gänzlich ausschließen. Steuererhöhungen sind nicht in jedem Falle ein



Tabu-Thema; sofern sie sozial gerecht ausfallen, können sie unter Umständen besser wirken als eine restriktive Haushaltspolitik.

Wird dabei aber das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht eingehalten – wie in den letzten Jahren unter Federführung der Bundesregierung immer wieder geschehen –, dann wenden sich diejenigen, die Angst um sozialen Besitzstandsverlust haben, noch stärker den Republikanern zu.

Die Asylfrage ist ein emotionaler Fokus, bei dem soziale Statusängste eine große Rolle spielen. Schauen wir uns beispielsweise um in der Facharbeiterschaft. Natürlich gibt es dort immer – und gab es auch schon 1989 – einen Teil, der anfällig ist für rechtsradikales Gedankengut und ein rechtsradikales Weltbild, Leute, die man gemeinhin als Modernisierungsverlierer bezeichnet, die auch sicherlich anfällig sind für Chauvinismus.

NG/FH: Aber sind es nur die Verlierer?

Blessing: Die Wahlen in Baden-Württemberg haben in der Tat gezeigt, daß es so einfach nicht ist. Es sind eben nicht mehr nur die Modernisierungsverlierer, die rechtsradikal wählen, sondern es sind auch diejenigen aus der Facharbeiterschaft, die Angst haben um sozialen Statusverlust. Das ist die eine neue Qualität, gerade auch für die SPD. Das *zweite* ist, daß es auch für die SPD schwieriger wird, zündende Botschaften für diese Leute zu entwickeln. Die soziale Sicherheit war immer eine Botschaft. Beim anderen Thema – innere Sicherheit – wird's schon schwieriger. Dazu gehört auch die äußere Sicherheit – in einer Zeit, in der Orientierungslosigkeit herrscht angesichts des Verlustes der bisherigen internationalen Ordnungssysteme. Hinzu kommt, daß wir weder durchgängig über Parteistrukturen noch über Personen verfügen, die ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit vermitteln. Die klassischen sozialdemokratischen Milieus bröckeln mehr und mehr.

Natürlich gibt es immer Leute, die eine Behemutung brauchen und diese eher im *Völkischen* sehen als in einer Gesellschaft, die nach innen multikulturell und nach außen europäisch ist. Ich stelle mir jedoch die Frage, was uns im Inneren zusammenhält, Ost und West.

Früher fürchtete ich, es sei ein übertriebener Nationalismus, heute sehe ich, daß dem nicht so ist. Zum Glück. Aber was gibt uns dann Identität?

NG/FH: . . . Dies betraf ja auch die Reserviertheit in Westdeutschland gegenüber der Wiedervereinigung . . .

Blessing: Im Osten war es ganz klar gewesen, aber auch im Westen, Patrick Süskind hin oder

her, gab es eine klare eindeutige Mehrheit für die deutsche Einheit. Im übrigen halte ich das für etwas völlig Normales, daß Leute gleicher Herkunft und gleicher Sprache in einem Staatsverband leben wollen. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun.

Aber die Bundesregierung hätte den Leuten auch reinen Wein einschenken müssen, denen im Osten, daß es ein tiefes langes Tal geben wird, denen im Westen, daß es etwas kosten wird und jeder mitzutragen hat. Helmut Kohl hätte die Ziele nicht so hoch stecken dürfen, mit dem Gerede vom *blühenden Land*. Zudem hätte man diesen Übergangsprozeß auch langsamer gestalten müssen, vor allem im ökonomischen Bereich. Nun sind die Auswirkungen dieser falschen Politik der Bundesregierung verheerend, man wird noch lange darunter zu leiden haben. Die Spannungen zwischen Ost und West haben deutlich zugenommen.

NG/FH: Aber wie sehen denn die Grenzen einer sozialdemokratischen staatlichen Stützungspolitik aus, vor allen Dingen, wenn eine Sanierung erfolglos bleibt und es sich herausstellt, daß die sanierten Unternehmen nicht konkurrenzfähig sind? Soll dann trotzdem eine Dauersubventionierung stattfinden?

Blessing: Helmut Schmidt hat völlig recht, wenn er nunmehr kritisiert, daß die Treuhand-Anstalt von vornherein eine Fehlkonstruktion war; außerdem scheiterte deren Politik der Sanierung durch rasche Privatisierung etwa mit dem Verkauf von Filetstücken an westliche Unternehmen, die nur das Interesse hatten, ihre Produktpalette zu erweitern oder potentielle Konkurrenten auszuschalten. Eine große Debatte zu führen über eine Strukturveränderung der Treuhand-Anstalt, ist gegenwärtig allerdings sekundär. Entscheidend ist, daß die Treuhand jetzt wirklich den Weg der Sanierung beschreitet. Da gilt es, von den Management-KG's über MBO bis hin zu Holdings eine ganze Bandbreite auszuschöpfen.

Eine Dauersubventionierung von Unternehmen, die nicht marktfähig sind, das geht natürlich nicht. Aber es gibt ein Spektrum dazwischen. Was zunehmend außer acht gelassen wird, und wo auch die Treuhand bislang relativ untätig war, das sind Marktöffnungsstrategien. Wir haben beispielsweise Betriebe in den neuen Bundesländern, die von ihrer Kapitalausstattung, von ihren betriebswirtschaftlichen Grundlagen, von ihrem Produkt wie von ihrer Produktionstechnologie her durchaus konkurrenzfähig wären. Nur haben sie kein Vertriebssystem, sie haben keine Marketing-Konzepte, und sie treffen auf gesättigte, abgeschottete Märkte.

NG/FH: Können Sie ein Beispiel nennen?



Klaus Bloemer und Johano Strasser im Gespräch mit Karlheinz Blessing

Fotos: JOKER/R. Steußloff

Blessing: Das Motorradwerk MZ in Zschopau, das jetzt von der Treuhand ein halbes Jahr Gnadenfrist bekommen hat. Die Belegschaft hat sogar Lohnverzicht geübt. Hier wurde ein neues Motorrad entwickelt, das ein konkurrenzfähiges Produkt wäre, wenn das Werk in ganz Westeuropa nicht nur zwei Vertriebsstellen hätte. Wir wissen doch, wie bedeutsam der ganze Service-Bereich ist, den man für ein Produkt anbietet; damit man z. B. innerhalb von wenigen Stunden eine ausgefallene Maschine wieder reparieren kann. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Marketing-Konzepten und Service-Einrichtungen. Für ostdeutsche Unternehmen ist es deshalb mehr als schwierig, in neue Märkte einzudringen; man kann ja nicht einmal die Heimatmärkte halten, und die ehemaligen COMECON-Märkte sind weitgehend weggebrochen.

NG/FH: Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit der deutschen Einheit katastrophale Fehler gemacht. Wo sind aber die Fehler der SPD zu sehen? Denken wir etwa an die seit langem ständig ansteigende Zahl der immer jünger werdenden Nichtwähler? Was kann man dagegen machen, und wo ist das große Projekt der SPD, das über den Tag hinaus Menschen begeistern kann? Wo ist für junge Leute eine lohnende Herausforderung, die ihnen von der SPD geboten wird?

Blessing: Eine Utopie oder ein Projekt läßt sich nicht am grünen Tisch entwickeln. Ich stelle sogar die These auf, daß die Utopien, auch die Ideologien vielleicht, die im Laufe unserer Geschichte entwickelt wurden, der Ausfluß von real vorhandenen Bedürfnissen und Bewegungen waren. Das läßt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung oder aber auch in der Phase der sozialliberalen Regierungszeit nachvollziehen. Dort hat die SPD zur richtigen Zeit die richtige Botschaft und auch die richtige politische Perspektive gehabt. Gegenwärtig sind aus meiner Sicht solche Mega-Trends, aus denen sich Utopien entwickeln könnten, nicht erkennbar. Wir hatten in den achtziger Jahren die große Zäsur mit dem Aufkommen des Ökologie-Themas, das auf den Erhalt des ökologischen Status quo gerichtet war. Diese Politik ist richtig, aber es ist keine mobilisierende Utopie, den *Status quo ante* an Umweltqualität erreichen zu wollen.

NG/FH: Unter dem Begriff Qualität des Lebens, 1972, hatte das Thema noch eine andere Dynamik.

Blessing: Es gab damals sicherlich diese Ansatzpunkte. Sie sind dann leider in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr aufgenommen worden, nicht in Politik umgesetzt worden. Das wäre eine positive Botschaft gewesen. Momentan sehe ich solche Ansatz-

punkte nicht, zumal in einer Situation, in der die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Grunde darum kämpfen, daß ihre Verteilungsposition nicht schlechter wird. Nicht einmal mehr dem Facharbeiter können wir anbieten, daß er unberührt bleibt von Einkommensverlusten. Die SPD hätte ihre Daseinsberechtigung allerdings verloren, wenn sie sich in dieser Zeit nicht zur Gralshüterin des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit machte.

Was das Nichtwählerverhalten angeht, das Sie ansprechen, so möchte ich meine Kritik aus den achtziger Jahren wiederholen, die ich damals an der SPD formuliert hatte: der Modernisierungspfad, auf den sich die Partei damals begab, war einseitig und wurde von unserer traditionellen Schicht als ein Ausblenden ihrer Interessen empfunden. Man schielte nach neuen Schichten, nach den Modernisierungsgewinnern, und vernachlässigte die traditionelle Klientel. Ich habe damals – auch im Zusammenhang der Programmdebatte – immer gesagt: Das sogenannte ›Stamm‹-Wählerpotential ist uns nicht von Gott gegeben, darum muß man sich bemühen; auch in diesen Teilen der Bevölkerung bewegt sich etwas. Eine Partei, die dies politisch-programmatisch, aber auch in ihren Organisationsstrukturen vernachlässigt, die wird irgendwann in die Situation geraten, daß sie keine Bindewirkung mehr gegenüber ihren traditionellen Wählerinnen und Wählern ausüben kann.

NG/FH: Und die Alternative? Wenn die Lage so ist, daß man diese Traditionsgruppen nur gewinnen kann mit herkömmlicher Wohlstandsmehrung, dies aber finanziell nun erst recht nach der deutschen Einheit überhaupt nicht drin ist, was bleibt dann noch übrig?

Blessing: In der gegenwärtigen Zeit knapper Kassen liegt zugleich eine große Chance: die Chance für Reformen und Phantasie in der Politik, die Chance für eine Reformpolitik, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Denn sicher ist: Wir brauchen eine neue Politik, die Botschaft: »Wir müssen den Gürtel enger schnallen«, reicht für die Sozialdemokratie nicht aus. Das heißt, wir stehen jetzt u. a. in der Projektgruppe »Deutschland 2000« unter Vorsitz von Björn Engholm vor der Aufgabe, wie wir die Dinge, die wir etwa im Parteiprogramm oder im Wahlprogramm angedacht haben, Stichwort: ökologischer Umbau, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik und Sozialpolitik, umsetzen können. Wenn es uns nicht gelingt, eine neue Politik einzuleiten, die im übrigen unter dem Strich in mittlerer Frist auch weniger kostet, dann sehe ich die Gefahr, daß wir nur noch Krisenmanagement betreiben.

Die Verkehrskampagne beispielsweise ist ja so angelegt, daß wir vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion aus nicht etwa Hochglanzbroschüren verbreiten, sondern daß kommunale Initiativen gestärkt werden sollen, damit dort konkrete Verkehrsprojekte entwickelt werden. Schließlich ist die ganze Debatte ja aus kommunalen Verkehrsproblemen entstanden. Das, was unter dem Projekt Parteireform (»SPD 2000«) verstanden wird, kann nur funktionieren, wenn wir Inhalte und Methode miteinander verknüpfen. Nur eine organisationspolitische Debatte zu führen, ohne sie mit Inhalten zu verknüpfen, führt ins Leere.

Ein weiteres Thema ist die notwendige Öffnung der Partei für Nichtmitglieder – ich rede immer von der Erhöhung der Beteiligungskompetenz von Nichtmitgliedern – und einer Erhöhung der Entscheidungskompetenz von Mitgliedern. Wir müssen Nichtmitglieder stärker beteiligen bei der Erarbeitung von Konzepten, bis hin dazu, daß sie auch die Chance haben müssen, für ihre Umsetzung einzutreten. Und wir müssen unsere Mitglieder stärker beteiligen. Ich bin ein dezidiert Anhänger von Urwahlformen; ich bin sehr dafür, daß wir in unser Statut auf dem Parteitag '93 aufnehmen, daß die Kandidatennominierungen für Kommunalparlamente, Landtage und Bundestag nicht mehr von Delegierten vorgenommen werden, sondern von allen SPD-Mitgliedern der entsprechenden Parteigliederung. Ich kann mir vorstellen, daß man auch interessante kontroverse Themen nicht auf dem Parteitag abstimmen läßt, sondern im Rahmen einer Mitgliederbefragung. Ich beobachte mit großem Interesse, was zur Zeit in Israel abläuft. Dort hat die Arbeiterpartei zum erstenmal Kandidaten per Urwahl nominiert.

NG/FH: Gut. Aber was sagen wir zu denen, die wir in der einen oder anderen Weise zur Kasse bitten lassen? Und vor allem zu denen, denen es ohnehin nicht rosig geht?

Blessing: Denen sagen wir: Ihr werdet nicht die *Out-Casts* dieser Gesellschaft, ihr werdet nicht hingengelassen in dieser Gesellschaft. Die SPD wird nicht zulassen, daß die Substanz unseres Sozialstaates unterhöhlt wird. Es gibt politische Interessenvertreter, die sich eurer annehmen. Wir können ihnen nicht versprechen, daß es materiell besser wird. Was wir aber versprechen können ist, daß die SPD sich in Zeiten knapper Kassen um so mehr als Garantin des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit versteht, als Partei, die sich für die soziale Beheimatung derer verantwortlich fühlt, die sonst ins Bodenlose fielen. Man kann nicht die Witwe mit 600,- DM Witwenrente zur Finanzierung der deutschen

22B-214141

Reichsbanknote

Fünfhundert Milliarden

zahlt die Reichsbankanstalt in Berlin gegen Banknote dem Einlieferer. Vom 1. Januar 1933 kann diese Banknote aufgerufen und unter dem gegenanderegesetzliche Zahlungsmittel eingesetzt werden.
Berlin, den 20. Oktober 1933

Reichsbankdirektorium



Handwritten signatures and text

Der Banknoten nachmacht oder verfälscht, oder nachgemachte oder verfälschte sich verleiht und in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren bestraft

EINE STABILE D-MARK BRINGT DIE SICHERSTE RENDITE

Hohe Zinsen allein bringen noch keine Rendite, wenn der Geldwert nicht stimmt.

Ein stabiler Geldwert bedeutet Gewinn in Mark und Pfennig. Eine hohe Inflationsrate dagegen entwertet die Zinsen und die Einkommen.

Von Stabilität profitieren alle: private Haushalte ebenso wie Industrie, mittelständische Betriebe und die öffentliche Hand. Das gilt auch für den künftigen

gemeinsamen europäischen Binnenmarkt.

Deshalb setzen sich die Sparkassen weiterhin nachdrücklich für eine am Geldwert orientierte Wirtschafts- und Währungspolitik ein. Damit sich Sparen und die persönliche Vorsorge lohnen.



Einheit heranziehen. Da gibt es Grenzen der Belastbarkeit.

Ansonsten muß die Dimension Sicherheit in all ihren Facetten wieder stärker auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Wir standen und stehen für soziale Sicherheit, das wurde leider häufig einseitig mit materiellem Wohlstandszuwachs gleichgesetzt. Gerade in der heutigen Zeit, wo es eben nichts zusätzlich zu verteilen gibt, steht und fällt die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie damit, ob sie garantieren kann, daß die wirklich Bedürftigen nicht verelenden, daß sie sozial gesichert bleiben. Aber Zuwächse können wir den Leuten – vom unteren Drittel einmal abgesehen – in den nächsten Jahren nicht versprechen. Das können auch die Gewerkschaften nicht. Im übrigen sind auch die Gewerkschaften tief getroffen durch das Ergebnis der Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, weil sie sehen, daß es z. T. ihre Klientel ist, die rechtsradikal votiert hat. Für mich wird es, was die Bekämpfung der Republikaner und anderer Rechtstendenzen anbelangt, in den nächsten Wochen eine spannende Frage sein, wie die Gewerkschaften darauf reagieren werden. – Werden sie so reagieren, wie sie 88/89 darauf reagiert haben – offensiv, indem sie gegen Ausländerfeindlichkeit demonstrieren, oder werden sie defensiv reagieren?

NG/FH: Bergen Offensiven dieser Art nicht auch die Gefahr in sich, daß diese Gruppen von Wählern sich den Gewerkschaften noch stärker entfremden?

Blessing: Ja. Nach der alten Antifa-Kiste sollte man jedenfalls nicht vorgehen. Die Erkenntnis aus unserer REP-Studie damals war: Das wirksamste Mittel gegen Rechtsradikalismus ist eine glaubwürdige Sozialdemokratie. Darüber hinaus muß und kann man natürlich Aufklärung betreiben, z. B. deutlich machen, daß eine Stimme für die Republikaner eine verlorene Stimme ist. Gerade wenn man beispielsweise mehr Wohnungen schaffen will und von der etablierten Politik enttäuscht ist – Schönhuber und seine Konsorten sind die letzten, die Politik für kleine Leute machen, die etwa den sozialen Wohnungsbau voranbringen. Man muß die Republikaner an ihren Inhalten packen, sie politisch entzaubern. – Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft allerdings ist die Qualität der Politik der etablierten Parteien, sind die politischen Inhalte und ist mehr moralische Glaubwürdigkeit der Politiker. Jeder Diätenskandal ist Wasser auf die Mühlen von Republikanern.

NG/FH: Zur Frage der Glaubwürdigkeit der SPD. Dazu gehört doch wohl auch, daß nicht ein Mitglied der SPD-Führung dieses sagt, und ein

anderes gleich darauf etwas anderes. Müßte die SPD nicht dringend die verschiedenen Ebenen der Partei zusammenholen: die Führung der Partei, die Führung der Fraktionen, die Ministerpräsidenten und die Bürgermeister und mit ihnen mal wirklich offen über alle Probleme, die anstehen, diskutieren? Was kann von hier, von der Parteizentrale aus, dafür getan werden, daß nicht alle durcheinanderreden?

Blessing: Da haben wir unsere Hausaufgaben noch nicht gemacht, ohne jeden Zweifel. Ich glaube nicht, daß wir einen Mangel an Koordinierungsgremien oder Diskussionsgremien hätten. Wir sitzen ja jeden Montag zusammen, die Fraktionsführung, die Parteiführung, die Ministerpräsidenten. Das Problem, unter dem die SPD-Führung leidet, ist *erstens*, daß wir heute eine neue Führungsgeneration an der Spitze der Partei, an der Spitze der Länder haben, und *zweitens*, daß wir neun Ministerpräsidenten stellen, die in ihrer Rolle als Ministerpräsidenten objektiv zuweilen andere Interessen zu vertreten haben als die Führung der Partei und die Bundestagsfraktion. Sie sind gewählt von ihren Landtagen, von ihrer Bevölkerung. Sie müssen Politik für ihre Länder machen, sonst haben sie sofort den Oppositionsführer im Land, der heruntört: »XY verkauft Länderinteressen«. Das ist ein objektives Problem. Den Punkt zu finden, wo dann Länder, Bund und Parteiführung an einem Strang ziehen, wird zunehmend schwieriger, weil die gegenwärtigen Verteilungsauseinandersetzungen ja auch auf der föderalen Ebene eine Rolle spielen. Das heißt, die A- und B-Länder-Ebene wird immer häufiger überdeckt. Statt dessen formieren sich finanzstarke und finanzschwache, große und kleine, westdeutsche und ostdeutsche Länder zu neuen Bündnissen. Wir werden in der Zukunft im Bundesrat ganz interessante Mehrheiten bekommen. Und natürlich hat jeder Ministerpräsident Medienzugang. Die meisten Leute unterscheiden nicht zwischen Ministerpräsidenten und Bundestagsfraktion, sie sehen nur die SPD.

NG/FH: Aber man kann doch nicht das schlechte Erscheinungsbild des SPD-Zentrums nur auf den großen Individualismus der »schmucken Landesriege« zurückführen.

Blessing: Es geht nicht um die Frage vom Individualismus der Ministerpräsidenten, allenfalls um die Frage, wie man mit den zugegebenermaßen polyzentristischen Tendenzen in der Bundesrepublik umgeht. Und die sind in unserer föderalen Staatsstruktur ja systemimmanent. – Richtig aber ist: Unser Politikparadigma stimmt nicht mehr. Unser Koordinatensystem muß neu justiert werden. Und wir müssen uns mit einer Situation abfinden, in der das

sozialdemokratische Politikparadigma keine Fortsetzung erfahren kann, jenes Politikparadigma, das da lautet: »Wir verteilen die Zuwächse sozial gerechter als die anderen.« Umgekehrt aber gilt, daß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit gerade dann für uns oberste Priorität hat, wenn es keine Zuwächse mehr zu verteilen gibt und möglicherweise in den Bestand eingegriffen werden muß. Wir haben es in der Programmdiskussion angesprochen, es hat sich nicht im Programm niedergeschlagen. Wir hatten Entwürfe für Kapitel unter der Überschrift »Vom Mehr zum Besseren«. Das hat sich leider so nicht durchgesetzt im Programm. Statt dessen blieb als zentrale Botschaft die sozialökologische Orientierung.

NG/FH: Kommen wir zu einem anderen Punkt. Während die deutsche Außenpolitik eigentlich überhaupt erst Profil gewinnen kann, nachdem ein Grad an Souveränität erreicht worden ist, erweckt die SPD zunehmend den Eindruck, als verstünde sie sich gerade in diesem Bereich als des Kanzlers getreueste Opposition. Geht das nun auf mangelnde Kompetenz oder auf unkoordinierte Meinungen in den Führungsgremien zurück?

Blessing: Das ist weder eine Frage mangelnder Kompetenz noch unkoordinierter Meinungen. In der Außenpolitik ganz allgemein stimmen die alten Instrumente nicht mehr, und zwar die aller Parteien nicht. Die Ost- und Entspannungspolitik funktionierte nur unter der Voraussetzung einer bipolaren Welt. Jetzt muß neu justiert werden. Es fehlen noch die Sensoren für neue Entwicklungen. Wir haben beispielsweise noch nicht gelernt, mit nationalistischen Strömungen umzugehen, die sich jetzt in einigen Ländern so erschreckend zeigen. Alle Parteien haben sich bislang mehr oder weniger tagespolitisch durchgehängt.

Was den Maastricht-Prozeß anbelangt, so besteht in der SPD weitgehend Einigkeit, wenn auch unterschiedliche Einschätzungen über die möglichen Auswirkungen existieren, etwa was die Stabilität des ECU angeht. Aber der Prozeß der europäischen Integration wird von niemandem in Frage gestellt. Konsens besteht auch in der Einschätzung, daß es ein europäisches Demokratiedefizit gibt.

Probleme gibt es im föderalen Bereich nach innen, Verhältnis Bund – Länder im Zuge dieses Prozesses, Diskussionsbedarf gibt es, was die Rolle Europas in der Sicherheitspolitik anbelangt: KSZE, NATO.

Ungeklärt in der deutschen Politik ist das Verhältnis zur EG-Erweiterung. Ich habe hier eine dezidierte Meinung, nämlich daß die Formel *Vertiefung und Erweiterung* eine Hohlfor-

mel ist, die in der Praxis nicht funktionieren kann. Man kann nicht vertiefen und gleichzeitig erweitern, das kann man allenfalls mit den EFTA-Staaten machen. Ich habe schon Zweifel, daß das mit Polen, mit der CSFR oder Ungarn geht. Sicher kann es nicht funktionieren mit den Staaten der GUS, wahrscheinlich auch auf lange Sicht nicht mit den baltischen Staaten. Da hat sich die deutsche Politik bislang an einer klaren Antwort vorbeigemogelt. Da fehlt eine Konzeption. Man kann nicht den Leuten ständig versprechen, sie bekämen Assoziierungsabkommen mit dem Ziel des EG-Beitritts, wenn man nicht gleichzeitig sagt, daß dies im Fall der CSFR und Polen einen Prozeß von mindestens 20 Jahren voraussetzt. Man muß den meisten Staaten in Osteuropa sagen, daß der EG-Beitritt – auch wenn mit ihnen Assoziierungsabkommen geschlossen werden – für sie keine Perspektive ist.

Als erstes sollten wir die Grenzen der EG-Erweiterung feststecken; zweitens sollten wir eine koordinierte Aufbauhilfe für die Länder Osteuropas, vor allem auch für die GUS-Staaten entwickeln. Dies setzt aber voraus, daß man eine politische Konzeption hat, in welcher Form die Staaten zusammenarbeiten sollen. Die Atomisierung, die momentan stattfindet, läßt keine tragfähige politische Perspektive zu.

NG/FH: Einverstanden. Wenn man überhaupt in der schwierigen Welt, in der wir leben, einen Bereich der Stabilität erhalten will, dann muß man dafür sorgen, daß die EG nicht uferlos erweitert wird. Aber es ist nicht nur Mittel- und Osteuropa, das unsere Hilfe braucht, sondern auch große Teile der sogenannten *Dritten Welt*, vor unserer Haustür ein ganzer Kontinent, nämlich Afrika, wo es in den achtziger Jahren dramatisch bergab gegangen ist. Zu einer Europavorstellung müßte deshalb doch wohl hinzugehören, daß dieses Europa auch Verantwortung für die *Dritte Welt*, z. B. für Afrika, übernimmt.

Blessing: Das ist richtig. Hierin liegt eine Gefahr. Die Hilfe für die Dritte-Welt-Länder ist zurückgegangen. Das zeigt sich auch im privaten Bereich; die Investitionstätigkeit dort ist deutlich rückläufig. Jetzt kommt es etwa darauf an, daß der mit dem Ende der Rassendiskriminierung in Südafrika sich abzeichnende demokratische Aufbruchprozeß die Kräfte dieses wohl wirtschaftlich am höchsten entwickelten Landes so bündeln kann, daß Impulse auf ganz Afrika ausgehen. Hier können wir dann gemeinsam mit den anderen Europäern Entwicklungshilfe in echte Entwicklungspolitik, d. h. langfristige Kooperation, umsetzen. Denn die Gefahr ist zweifelsfrei groß, daß im Zuge der

Aufbauhilfe für den Osten das Thema *Dritte Welt* völlig unter den Tisch fällt.

NG/FH: Ist das nicht ein innenpolitisches Thema, wenn man an die großen Migrationsströme denkt, die zu erwarten sind, wenn sich die Europäer nicht um die Not an den Entstehungsorten kümmern?

Blessing: Richtig. Aber zur Zeit steht Migration vor allem aus dem Osten auf der Tagesordnung.

NG/FH: Zur Zeit ja, aber im Mittelmeerraum könnte bald eine erhebliche Süd-Nord-Wanderung einsetzen . . .

Blessing: Uli Klose hat in dieser Richtung Akzente gesetzt, die leider etwas untergegangen sind, als er davon sprach, daß wir eine neue Mittelmeer-Politik brauchen, eine Politik in Richtung des arabischen Raumes. Hier kommt deutsche Außenpolitik – denken Sie an Algerien – kaum vor.

NG/FH: Das Thema *Große Koalition* ist wieder hochgespielt worden. Lohnt es sich überhaupt noch, wenn Sie an die Finanzierungsfrage denken, als Sieger aus der Bundestagswahl hervorzugehen? Ist unter solchen Umständen eine Große Koalition nicht tatsächlich sinnvoller, damit diejenigen, die diesen Schlamassel angerichtet haben, zumindest teilweise weiterhin für die Folgen haftbar gemacht werden können?

Blessing: Gegen eine Große Koalition hätte ich schon ein paar Bedenken, denn wir dürfen nicht außer acht lassen, was dies für die Ränder des Parteiensystems bedeuten könnte. Eine Große Koalition wäre Wasser auf die Mühlen von Republikanern, aber auch von Grünen.

Andererseits muß man bedenken: Wenn man Bereiche wie die Reform des Gesundheitswesens, das Thema Pflegeversicherung, die Finanzierungsfrage der deutschen Einheit überhaupt lösen will, darf man sich nicht den Luxus erlauben, einer 7 %-Partei wie der FDP die Chance zu geben, Politik für ihre Klientel zu machen. Die kann alles blockieren. Es wird deshalb eine Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien geben müssen, wenn auch nicht in Form einer Großen Koalition. Die Rentenreform 1957 wurde auch gemeinsam von SPD und CDU durchgesetzt. Die Netto-Renten Anpassung wurde ebenso im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen den großen Parteien verabschiedet. Auch die Reform des Staates, ein ganz wichtiges Thema, verlangt Kooperation zwischen den beiden großen Parteien.

NG/FH: Aber wäre es dann nicht sinnvoller, eine formelle Zusammenarbeit mit sozialdemokratischer Ministerverantwortlichkeit zu installieren? Sonst ernten doch immer nur die ande-

ren die Früchte, wenn etwas Positives dabei herauskommt, während die SPD im Falle des Scheiterns sich der Mitverantwortung wohl nicht entziehen kann.

Blessing: Mir ist dieses taktische Denken aus meiner bisherigen Berufstätigkeit sehr vertraut, aber ich plädiere für eine Zusammenarbeit, allerdings nur dort, wo man auch die Möglichkeit hat, etwas zu bestimmen – deswegen habe ich beispielsweise keine Furcht vor Grundgesetzänderungen – aber unterhalb der Schwelle der Koalition. Ich habe andererseits große Bedenken gegen Formen der Zusammenarbeit, die da lauten: »Jetzt laßt uns alle mal zusammensitzen, und dann reden wir über alles.« Dann wird man mitverantwortlich gemacht, kann aber letztlich keinen wirksamen Einfluß nehmen. Als Steigbügelhalter ist die SPD nicht zu haben. Sozialdemokratisches Profil muß deutlich erkennbar sein. Bundestag und Bundesrat sind auch unter diesen Gesichtspunkten für eine mögliche Kooperation mit der Bundesregierung die geeigneten Gremien. Im übrigen bleibe ich bei meiner These, daß die Felder der Zusammenarbeit besonders lohnenswert sind, wo es große Differenzen gibt.

PETER GLOTZ

Die Krise des Parteienstaats

Kein Zweifel, der Wiedervereinigungseffekt ist beendet. Der Umbruch des Jahres 1989 hatte Helmut Kohl die Chance gegeben, sein Mandat zu verlängern. Er bekam die Gelegenheit, das Charisma seines Amtes voll auszuspielen. Mit leisem Schaudern verfolgten die Bürger, daß Kohl handelte, während alle anderen nur redeten; daß der historische Moment ein Moment der Exekutive ist, fiel ihnen dabei kaum auf. Jedenfalls gelang es dem Kanzler, die Sozialkritik seines Antipoden Lafontaine mit dem nationalen Thema totzuschlagen und gleichzeitig den Rechtspopulisten Schönhuber sprachlos zu machen. Das ist nun vorbei.

I.

Aber die Lage ist schwieriger als in der ersten Hälfte des Jahres 1989. Eine tiefe Krise des Parteienstaates hat sich entwickelt; tiefer als

jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. In den Worten von Elisabeth Noelle-Neumann: »Für die Demokratie ist nichts gefährlicher als die Kombination von answellenden Ängsten, die aus den unmittelbaren Erfahrungen des Alltags rühren und dem Eindruck, daß die Politiker nichts tun wollen oder sich nicht zu helfen wissen.« So ist es. *Erstens* hat die ökonomisch unbewältigte Wiedervereinigung ein gewaltiges Potential von depravierten Menschen produziert: 30 % Defacto-Arbeitslose in einigen neuen Bundesländern, dazu die notwendigerweise oft haßerfüllten Opfer der Stasi-Manie und die oft unnötigerweise ressentimentgeladenen Solidaritätszuschlagszahler im Westen. *Zweitens* bewegt sich die Regierung in einer schwierigen Situation, würdelos und täppisch. Man wählt einen Mann zum Vizekanzler, der allgemein als unseriös gilt (Franz Josef Strauß nannte ihn den »Riesenstaatsmann Mümmelmann«); eine Staatsschauspielerin nennt einen Staatsschauspieler öffentlich »Du intrigantes Schwein«; und das klassische Justizressort wird mit einer jungen Frau besetzt, deren komplizierten Doppelnamen selbst in der politischen Klasse kaum jemand kennt. So bekommen selbst harmlose Anekdoten einen giftigen Unterton: Die CSU verbreitet sich entrüstet über die Tatsache, daß der Dackel jener Dame *Dr. Martin Luther* heißt. Er wird aber *Wutzi* gerufen. Das Kleinbürgerlich-Liebe führt bei wichtigen Teilen des Publikums nicht mehr zum Schmunzeln, sondern zur Verachtung.

Es kommt ein bitteres *Drittens* dazu: Die Opposition ist unvorbereitet auf die Übernahme der Macht und lebte allzu lange, allzu unbekümmert im Einerseits-Andererseits. Die Konsequenz: *Fragmentierung*. Wann immer die nächsten Bundestagswahlen stattfinden, sie dürften die beiden großen Volksparteien unter 40 % – und nahe aneinander – sehen. Rechts wachsen Schönhubers REPUBLIKANER ins Parlament hinein, links bieten ziemlich unentschlossene Grüne eine diffuse *Alternative*. Was tun?

Reden wir nicht herum: Das wahrscheinlichste Szenario ist auf mittlere Sicht eine *Große Koalition*. Jetzt kann man nur noch darum beten, daß die Sozialdemokratie die nicht sehr starke Alternative einer *Ampelkoalition* nicht toredet und sich nicht dazu herbeiläßt, ohne ein Votum der Wähler in die Regierung zurückzukehren. Die Bereitschaft zu einer Großen Koalition ohne vorherige Wahlen wäre verhängnisvoll. Man muß dem Wähler in einer derart desolaten Lage die Chance geben, die Karten neu zu mischen. Eine neue Regierung braucht eine volle Legislaturperiode Zeit, um wenigstens die schwierigsten Problemknoten



Kind essen Birne auf

Foto: Paul Glaser

aufzuknüpfen. Und auch ein Minimum an Egoismus ist erlaubt: die SPD muß, wenn sie schon das Risiko einer Elefantenhochzeit nicht ausschließen will, den Versuch machen, stärker zu werden als die Union, um den Kanzler stellen zu können. Wenn sie es nicht einmal versuchte und klaglos als Juniorpartner Helmut Kohls ins Geschirr ginge, wäre die Gefahr der Selbstzerstörung (nach dem Vorbild der Österreichischen Volkspartei) groß.

II.

Koalitionsfragen pflegen in politischen Parteien mit viel Pathos debattiert zu werden. Begriffe wie *Moral*, *Prinzip* und *Glaubwürdigkeit* werden strapaziert bis zum Überdruß. In Wirklichkeit ist entscheidender als die Frage, mit wem man ein Regierungsbündnis eingeht, die Frage, was man in einem Regierungsbündnis durchsetzen will und durchsetzen kann. In einer Krise des Parteienstaats, die sich zu einer Staatskrise ausweiten kann, geht es zuallererst um die Überwindung der gängigen Lebenslügen. Man muß sich über die *essentials* klar werden. Ich nenne sechs dieser *essentials*:

1. Die Bundesrepublik ist in der Gefahr, bei entscheidenden Hochtechnologien zurückzufallen und von ihren Weltmarktkonkurrenten – den USA und insbesondere Japan – abhängig zu werden. Die Rolle, die Deutschland unter Führung von Helmut Kohl gegenüber einer europäischen Industriepolitik gespielt hat, war de-

struktiv, nicht konstruktiv, sozusagen ordnungspolitisch und englisch, abweisend gegenüber den wie mit Engelszungen redenden Franzosen. Inzwischen ist die Situation in der zentralen Querschnittstechnologie, der Mikroelektronik, bedrohlich. Die SPD muß sich zum Anwalt der dringenden Warnungen der Fachwelt (z. B. des designierten Vorstandsvorsitzenden von SIEMENS, *Heinrich von Pierer*, des langjährigen Planungschefs des Auswärtigen Amts, *Konrad Seitz*, oder des Chip-Händlers *Erich Lejeune*) machen und mit Nachdruck eine europäisch konzipierte Forschungs- und Industriepolitik zur Bedingung machen.

2. In der Außenpolitik muß der Paradigmenwechsel von 1989 umgesetzt werden. Genscher war ein höchst erfolgreicher Außenminister – bis 1989; danach verstieg sich der realistische und sein ganzes Leben von Taktik bestimmte Mann in seltsam weltfremde paneuropäische Illusionen. Wir müssen endlich Schluß machen mit dem Gerede, es gebe *keine Alternative* zwischen der Erweiterung und der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Es wird entweder eine (rasche) Vertiefung geben; oder die Gemeinschaft degeneriert noch in den neunziger Jahren zur Freihandelszone. Im dann

entstehenden Europa der Nationalstaaten würden viele der alten Querelen, die wir endgültig überwunden glaubten, wieder fröhliche Urstände feiern. In der Sicherheitspolitik muß sich Deutschland entscheiden, ob es als Juniorpartner der Vereinigten Staaten auf Dauer die fragwürdige Rolle spielen will, die es im Golfkrieg tatsächlich eingenommen hat, oder ob es entschlossen auf eine europäische Option setzt. Das ist natürlich keine primitive Entscheidung für Frankreich und gegen Amerika; die atlantischen Verflechtungen sind, vor allem ökonomisch, unverzichtbar. Aber die hilflose Unentschiedenheit zwischen zwei gut identifizierbaren und höchst realistischen Alternativen – »Partner in leadership« und der Europäischen Verteidigungsunion – muß aufhören.

3. Beim Problem der Zuwanderung muß die deutsche Sozialdemokratie von der Instrumentendiskussion zu den Inhalten vorstoßen. In Deutschland leben derzeit fünf Millionen Ausländer. Es ist notwendig, die Bürger damit vertraut zu machen, daß es in einem Jahrzehnt sieben oder acht sein werden. Aber zehn oder fünfzehn können es nicht sein; deswegen muß die Zuwanderung von Asylbewerbern, Aussiedlern, Wirtschafts- und Elendsflüchtlingen,

Zu schwach für die schwere Last?

Foto: Paul Glaser



Kriegsflüchtlingen usf. prinzipiell steuerungs-fähig gemacht werden. Wer sich mit dem Satz »Das geht nicht« tröstet, macht sich keine realistischen Vorstellungen vom Migrationsdruck, der uns in den nächsten Jahren bevorstehen dürfte. Am Schluß werden die Deutschen keineswegs moralischer sein als die Amerikaner; wer brutale Grenzsicherungen und Nationalgardisten mit Maschinengewehren, wie sie am Rio Grande postiert sind, vermeiden will, muß rechtzeitig eine vielfältige, alle Einzelprobleme umfassende Regelung der Zuwanderung ins Auge fassen. Dazu gehört auch die vernünftige Behandlung derjenigen Ausländer, die seit vielen Jahren im Lande leben, z. B. die Erleichterung der Einbürgerung und die Ermöglichung der Staatsbürgerschaft. Die Menschlichkeit der Deutschen kann sich nicht abstrakt gegenüber *Fremden* im allgemeinen, sondern nur konkret gegenüber denjenigen Fremden beweisen, die wir ins Land gelassen oder sogar gebeten haben.

4. Die leichtfertige und nicht durchdachte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl führt zu einer nicht mehr akzeptablen Staatsverschuldung, zu Inflation, zu Vernachlässigung der Infrastruktur usf. Die Probleme sind von den zuständigen Politikern der Opposition ausreichend und korrekt dargestellt worden; von den notwendigen Konsequenzen reden wir aber – aus höchst verständlichen strategischen Gründen – nur in rhetorischer Verhüllung. Helmut Schmidt hat einmal, kurz vor dem Ende der von ihm geführten sozialliberalen Koalition, einen Satz gesagt, den ihm die Sozialdemokratie bitter übel genommen hat: »Es muß noch viel tiefer in das soziale Netz geschnitten werden.« Jetzt ist der Satz am Platze. Wer immer in Deutschland in den neunziger Jahren regiert: Er muß sich von der Illusion lösen, daß man eine falsch angepackte Wiedervereinigung auf Kosten der höheren Einkommensbezieher lösen könne. Die Lage ist so, daß auch die mittleren und kleinen Einkommensbezieher nicht geschont werden können. Wer solche Zumutungen ablehnt, muß noch für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, in der Opposition bleiben.

5. Im nächsten Jahrzehnt dürfte es um Deutschland herum eine Reihe begrenzter Kriege geben; das heißt mörderische Auseinandersetzungen von Nationalgarden, Banden und in Auflösung begriffenen Armeen – Bosnien als Modellfall. *Eingreifstruppen* wird man uns Deutschen noch ein Jahrzehnt ersparen; in vielen dieser Konflikte würden sie auch nichts helfen. Trotzdem muß der Sozialdemokratie zur deutschen Armee mehr einfallen als die Idee, daß sie eigentlich überflüssig geworden sei. Die

prinzipielle Beschränkung auf »eigene Angelegenheiten« z. B., also die Verteidigung des eigenen Gebiets, wird in der neuen Lage nach 1989 in einigen Fällen weder ethisch verantwortbar noch politisch mehrheitsfähig sein. Das heißt: Es wird junge Deutsche geben, die sich in risikoreichen Aktionen, z. B. mit blauen Helmen auf dem Kopf, irgendwo in Europa bewähren müssen. Das verlangt eine militärpolitische Konzeption – das Schwierigste, was man einer linken Partei abverlangen kann.

6. Das staatlich vereinigte, sozial aber noch gesplattene Deutschland braucht eine Bildungsidee. Die muß sich auf Institutionen beziehen; z. B. auf Schulen und Universitäten, vor allem aber auf Inhalte. Deutschland braucht ein neues Kern-Curriculum, einen Kanon, der dieses Land nicht in den Verdacht bringen kann, zurückfallen zu wollen in die verhängnisvolle Tradition des Nationalstaates, der einst von Bismarck begründet und von Hitler zugrunde gerichtet wurde. Bisher ist von einer solchen Bildungsidee nichts erkennbar – nicht auf der Rechten, nicht auf der Linken. Wer dieses Land regieren will, darf sich nicht auf die Reparatur der Wirtschaft beschränken. Unser viel zitierter Verfassungspatriotismus hat noch keine wirkliche Krise überstanden. Richtungslose Seelen verfallen allzu leicht in den Fundamentalismus.

Diese sechs Überlegungen sind kein Regierungsprogramm; sie formulieren nur – undiplomatisch – ein paar der wichtigsten Druckpunkte. Man müßte vieles hinzufügen, z. B., daß eine Demokratie nicht zusammenhält, wenn man allzu viele ihrer Bürgerinnen und Bürger als schuldige Versager in die Ecke stellt. Wir werden bei der *Bewältigung* der kommunistischen Vergangenheit des östlichen Teils Deutschlands der seltsamen Koalition zwischen dem Rachebedürfnis der rechtesten Teile der deutschen Bourgeoisie und der Gesinnungsethik tapferer protestantischer Dissidenten nicht mehr allzu viel nachgeben dürfen. Es wird auch verhängnisvolle Folgen haben, wenn die politische Klasse weiterhin bleich und zittrig vor dem Populismus der Steuerzahlerbünde zurückweicht. Statt weinerlich 5 % von Ministergehältern und Abgeordnetendiäten anzubieten, wäre es besser, fragwürdige Übergangsgeldregelungen entschlossen zu korrigieren und im übrigen dazu zu stehen, daß ein Abgeordneter halb so viel verdienen darf wie der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse von Remscheid. Aber das ist ein weites Feld. Sicher ist nur, daß dieser Staat so konstruiert ist, daß er funktionierende Parteien braucht. Der Staat muß nicht zerfleddern, wenn die Volksparteien zerfleddern. Aber er gerät in Gefahr.

III.

Ist die SPD stark genug, um das Land in seiner schwierigsten Phase seit 1955 zu regieren oder mitzuregieren? Potentiell ja, aber sie muß sich zusammenraffen.

1. Der Kern der Führung – Engholm, Lafontaine, Rau, Klose – besteht aus erfahrenen, wirkungsvollen und durchaus hartgesottenen Politikern. Das Problem ist, daß sie – anders als die Brandt-Gruppe der sechziger und siebziger Jahre – noch kein fest verschweißtes Team darstellen. Die *Reformer*, die sich – ausgehend vom Stuttgarter Parteitag 1958 – Anfang der sechziger Jahre um Willy Brandt gruppierten, waren zum Regieren finster entschlossen; wer sich einem von ihnen in den Weg stellte, bekam es mit allen zu tun. Die *Beschlußlage* wurde, wo es nötig erschien, mit Härte verändert. Das Ziel – die Demonstration der Regierungsfähigkeit der SPD – wurde mit einer erkennbaren, nicht immer sympathischen, aber Klarheit schaffenden Rigorosität verfolgt. Man muß (und kann) nicht zu allen Methoden zurückkehren, die der geheime Generalsekretär der damaligen Partei, Herbert Wehner, praktizierte; ein Stück der Machtorientierung der sechziger Jahre aber wird nötig sein, wenn die SPD den schwierigen neunziger Jahren ihren Stempel aufdrücken will.

2. Eine Partei, die regieren will, muß als Partei erkennbar sein. Nichts wäre törichter, als wenn sie den Flötentönen der postmodernen Medienmanager erlänge, die Mitglieder inzwischen für mehr oder weniger entbehrlich halten. Eine moderne, zentral geführte, professionelle Truppe von Schwerpunktsekretären für Mitgliederwerbung ist angesichts der wachsenden Parteiverdrossenheit der Deutschen genauso wichtig wie eine Abteilung für fund raising nach amerikanischem Vorbild. Die SPD muß die Kraft behalten, in jedem wichtigen Ort des Landes präsent zu sein. Gleichzeitig muß die Parteizentrale der Schauplatz öffentlich sichtbarer, symbolischer Kommunikation werden. Das gilt für Regierungszeiten genauso wie für Oppositionszeiten. Kohl machte mit der Entmachtung des Adenauer-Hauses einen schweren Fehler. Die SPD sollte aus diesem Fehler lernen.

3. Wer regieren will, der braucht Personal; und nicht nur gerade so viel wie Kabinettsposten. Es ist eine Schande, daß erstrangige Köpfe wie *Otto Schily* und *Günter Verheugen* in der SPD nur zweite und dritte Rollen spielen. Die Partei müßte bei den kommenden Wahlen ihre Listen öffnen; die italienischen Parteien nehmen seit langem parteilose Kandidatinnen

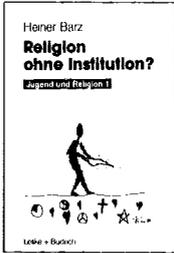
und Kandidaten mit. Diese Partei verfügt in ihrer Mitgliedschaft und ihrem Umfeld über brillante Männer und Frauen, deren Sachverstand zusammenzuführen wäre. Über die Mikroelektronik weiß in Deutschland kaum jemand besser Bescheid als der Kieler Wirtschaftsminister *Thomas*, die Untiefen der Wirtschaftsordnungspolitik kennen wenige so gut wie der Hamburger Staatsrat *Claus Noé*, für die Probleme der Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik ist *Ulrich Pfeiffer* mit seinem INSTITUT EMPIRICA die erste Adresse. Im übrigen: Die neue Begeisterung für Enkel sollte nicht dazu führen, daß die SPD vergißt, daß einige der brilliantesten deutschen Manager Sozialdemokraten sind (Reuter, Ruhnau, Schüler, Pöhl, Klaus von Dohnanyi usw.). Einige davon sind oder werden demnächst frei. Die Maxime wäre: Köpfe sammeln, Köpfe zeigen.

Zum Beispiel, zum Beispiel. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Parteienstaat. Die deutschen Parteien sind in der Krise. Wenn aus der Krise der Parteien keine Krise des Staates werden soll, muß rasch gehandelt werden.

IV.

Der Zeitgeist des Westens ist immer noch euphorisch, voll dilettantischen Schwungs, leichtfertig und gespielt naiv. Das wird sich jetzt rasch ändern. Die harte Rechte wird an Boden gewinnen, die Volksparteien werden nervös und porös. Sie werden das Jahrhundert nur überleben, wenn sie begreifen, daß sie sich viel vornehmen müssen. Die Kultur der Geschäftsführer und Geschäftsträger (man analysiere Kohls Umgebung) ist am Ende, obwohl die Betroffenen ihre Macht noch gelassen genießen. Auch das Ritual der oppositionellen Schein-Radikalität wird an der Wirklichkeit zuschanden – die Formelkompromisse der Beschlußlage beruhigen nur noch die Unentwegten. Es wird Zeit, sich eines berühmten Satzes des altbayerischen Pragmatikers Wilhelm Hoegner zu erinnern: »Man kann nicht ungestraft an Kreuzwegen verweilen.«

Neue Bücher



Heiner Barz
Religion ohne Institution
 Jugend und Religion 1
 1992. 176 S. Kart. 19,80.
 ISBN 3-8100-0993-8

Postmoderne Religion
 Jugend und Religion 2
 Die junge Generation in
 den alten Bundesländern
 1992. 272 Seiten.

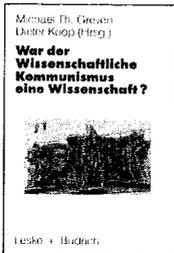
Kart. 22,80 DM.
 ISBN: 3-8100-0994-6

Eine Bestandsaufnahme der religiösen Befindlichkeit Jugendlicher im vereinten Deutschland. In drei Teilen: Forschungsstand (1), Jugend West (2), Jugend Ost (3).



Udo Steinbach
Arabien: Mehr als Erdöl und Konflikte
 Reihe Politisches Streiflicht
 Band 1
 1992. Ca. 300 Seiten.
 Kart. ca. 24,80 DM
 ISBN: 3-8100-0981-4

Im „Streiflicht“, d.h., in einer Fülle knapper Beiträge werden aus verschiedensten Blickwinkeln die politischen und geistigen Befindlichkeiten sowie die ökonomischen Potentiale und die Stellung der arabischen Welt in der internationalen Gesellschaft betrachtet.



**Michael Th. Greven/
 Dieter Koop (Hrsg.)**
War der Wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft?

Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft
 1992. Ca. 250 Seiten.
 Kart. Ca. 36,— DM
 ISBN 3-8100-0961-X

Wissenschaftlicher Kommunismus war Hauptfach-Studiengang an der Universität Leipzig. Der Band beschreibt die Verbindung von Wissenschaft und Ideologie im Spannungsfeld von Parteauftrag und Universitätsprofil.



Roland Sturm
Staatsverschuldung
 Analysen Band 43
 1992. Ca. 160 Seiten.
 Kart. ca. 19,80 DM
 ISBN 3-8100-0975-X

Seit der deutschen Vereinigung ist die Staatsverschuldung dramatisch angestiegen. Das Buch analysiert die Ursachen, Wirkungen und Grenzen statlicher Verschuldungspolitik und erläutert Maßstäbe zur Beurteilung.



Dieter S. Lutz
Deutsche Truppen in aller Welt?
 Das vereinigte Deutschland und die globale Friedenssicherung
 Analysen Band 42.
 1992. Ca. 160 Seiten.
 Kart. ca. 19,80 DM
 ISBN 3-8100-0990-3

Der Autor analysiert die mögliche militärische Rolle der neuen Bundesrepublik und plädiert für die Beschränkung der militärischen Funktion deutscher Streitkräfte im Hinblick auf ein System kollektiver Sicherheit in Europa.



**Gilbert Ziebur/
 Michael Bonder/
 Bernd Röttger**
Deutschland in einer neuen Weltära
 Unbewältigte Herausforderungen
 1992. 227 Seiten.
 Kart. 24,80 DM
 ISBN 3-8100-0978-4

Die Nachkriegsordnung ist zuende. Wo in der neuen Ordnung ist der Platz Deutschlands? Die Autoren liefern eine pointierte Standortbestimmung des neuen Deutschland vor dem Hintergrund weltweiter Veränderungen.

Leske + Budrich

5090 Leverkusen 3

Die Ost-SPD ist ein kleinbürgerlicher Wahlverein

Eine Woche vor der ersten (und letzten) demokratischen Wahl zur DDR-Volkskammer im Frühjahr 1990 hatte ich in Thüringen zu tun. Damals redete die gesamte politisch gebildete Welt noch von einem unmittelbar bevorstehenden Sieg der Sozialdemokratie zwischen Elbe und Oder, und allenfalls die numerische Höhe des Triumphes war umstritten. Als jemand mit Wohnsitz in der Mark Brandenburg, nahe Berlin, schienen mir, wenn ich die unmittelbare von mir erlebbare Wirklichkeit überprüfte, derlei Prognosen durchaus realistisch.

Ich fuhr nach Erfurt. Ich wohnte im Hotel *Erfurter Hof*. Das Schicksal in Gestalt eines Hotelportiers hatte mir genau jenes Zimmer zugewiesen, in dem, bei seinem spektakulären Besuch 1970, Willy Brandt gewohnt hatte, um vom Fenster aus einer enthusiastischen Menge auf dem Bahnhofsvorplatz zuzuwinken. Von politischer Nostalgie gepointet, stellte ich mich jetzt an eben jenes Fenster. Ich blickte hinab. Auf dem Vorplatz waren verschiedene Ständer mit Wahlplakaten postiert. Ein Trupp junger Leute zeigte sich damit beschäftigt, etliche der Affichen zu zerstören. Es handelte sich ausnahmslos um Werbe-Materialien der SPD.

Der *Erfurter Hof* befand sich fest in bayrischer Hand. Ich sah verschiedene Herren, die mir vom Fernsehen her bekannt waren als konservative Politiker im weißblauen Freistaat. Zwischen ihnen bewegte sich hochroten Gesichts und mit einer Haltung, als müsse er sich für seine Gegenwart entschuldigen, der hessische Sozialdemokrat Rudi Arndt. Eine Woche später würde ich wissen, woher sein Unbehagen rührte und wie überaus relevant es gewesen war.

Von der grenzenlosen Enttäuschung am Abend des 18. März 1990 hat sich die SPD in den fünf neuen Bundesländern bis heute nicht erholt. Der Umstand, daß sie damals wenigstens in Ost-Berlin und Brandenburg leidlich abgeschnitten hatte, wog gering gegen den Umstand, daß alte sozialdemokratische Traditionslandschaften wie Sachsen und Thüringen konservativ votierten in einem Maße, daß es einer Desavouierung gleichkam.

Für die bis heute problematische Situation der SPD in den Territorien der ehemaligen DDR gibt es mehrere Ursachen.

Eine ist die einstige deutschlandpolitische Vorstellung des SPD-Kanzlerkandidaten Oskar

Lafontaine. Es handelte sich bei ihr nicht bloß um die Marotte eines Saarländers, für den, aus Gründen der persönlichen Geographie, Ostelbien viel ferner lag als die Provence. Es handelte sich um die durchaus generationstypische Überzeugung vieler zumal linksgewirkter Westdeutscher, daß man, da man mit der deutschen Zweistaatlichkeit groß geworden war, sie nun als das Gegebene empfand. Zur eigenen Entschuldigung sah man sie als gerechte Strafe des Weltgeistes für Hitler und Auschwitz und argumentierte entsprechend. Die Leute aus der DDR fanden sich in dieser Argumentation nicht wieder.

Hinzu kam die starke kirchliche Anbindung der Ost-Partei in den Anfängen. Sie hatte sich dadurch ergeben, daß die Kirche, die evangelische zumal, der einzige Raum einer alternativen politischen Kultur in der spätstalinistischen DDR gewesen war und der Klerus das einzige fähige Personal stellte für eine alternative politische Öffentlichkeit. Entsprechend geschah, daß die SPD in einem evangelischen Pfarrhaus gegründet wurde und noch heute manche ostelbische Parteiveranstaltung einer EKD-Synode zum Verwechseln ähnlich ist. Einer Bevölkerung, die nur noch 17 % Kirchensteuerzahler kennt (gegenüber mehr als 50 % in den alten Bundesländern), entstehen hierbei naturgemäß Identifikationsprobleme.

Der Ungar Imre Poszgay hat schon 1990 geäußert, der Niedergang des Realsozialismus in Osteuropa beschädige maßgeblich auch die europäische Sozialdemokratie. Dieser Anspruch, dem der Rang eines Axioms zukommt, bewahrheitet sich in der Ex-DDR derart, daß alles, was links ist, sich sozialistisch artikuliert, mit roten Fahnen wedelt und die Anrede Genosse verwendet, auf stalinistisch begründete Allergien stößt. Es läßt sich erwarten, daß solche Syndrome mit der Zeit schwinden werden, aber es ist nicht zu übersehen, daß sie die Existenz der SPD in den fünf neuen Ländern immer noch beschweren.

Kommen hinzu: Das fahrlässige und negativ nachwirkende Experiment einer Großen Koalition in der Regierung de Maizière; die vollmundigen Verheißungen des Kanzlers im Wahlkampf 1990, denen immer noch irgendwie geglaubt wird; die Altverstrickungen des Ex-Vorsitzenden Ibrahim Böhme; der empfindliche Mangel an vorzeigbaren Führungsfiguren auf

Landes- und Kommunalebene; die ersten Beispiele von administrativer Unfähigkeit und von Filz.

Die Bereitschaft, über derartige Dinge grundsätzlich nachzudenken, scheint in der Partei gering. Aus einem ziemlich ungunsten aktualpolitischen Zwang heraus lebt man bloß von der Hand in den Mund, programmatische Grundsatzvorstellungen sind so gut wie nicht vorhanden. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern sind aber, Folge der untergegangenen DDR, prinzipielle ideologische Erwägungen keinesfalls verpönt, und ihr Fehlen wird geradezu als Mangel empfunden. Gleichermaßen ungewohnt sind Erfahrungen mit Pluralismus und Flügelkämpfen innerhalb einer einzigen politischen Partei. Überall scheint es die heimliche Sehnsucht nach einer politischen Philosophie und monolithischen Kraft zu geben, auf die man sich guten Gewissens einigen kann.

Die SPD kommt dem nur ungenügend nach. Sie bezieht ihre Hauptwirkung aus dem Abglanz der West-SPD und aus dem Echo der Äußerungen dortiger Protagonisten. Selbst eingeschriebenen Mitgliedern dürfte es schwerfallen, das eigene Engagement von jenem der GRÜNEN, des BÜNDNIS 90 und der PDS abzugrenzen. Außenstehenden fällt dies naturgemäß noch ungleich schwerer. Sie begreifen die SPD ausschließlich als Wahlverein, im Zweifelsfall als einen kleinbürgerlichen.

Berichte von Veranstaltungen in den Ortsvereinen klingen niederschmetternd. Öffentliche Verlautbarungen jenseits der Wahlkampagnen finden nicht statt. Die Angebote der *Friedrich-Ebert-Stiftung* erfolgen zufällig und ohne Kontinuität, Einladungen dazu ergehen nach dem Prinzip des Zufallsgenerators. Das notorische Ungeschick in Sachen Pressepolitik, Medieneinfluß und Kulturpraxis, Erbübels der

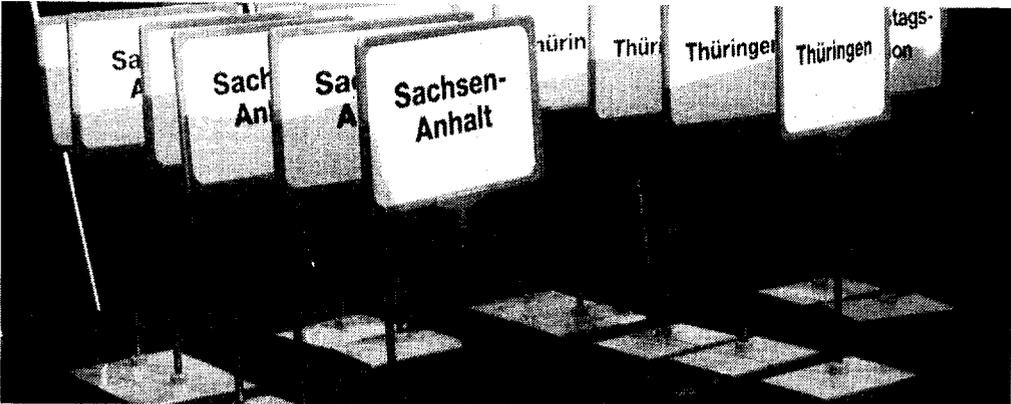
deutschen Sozialdemokratie seit den zwanziger Jahren, schreibt sich in der Ex-DDR ungebrochen fort und stiftet Leere. Die jüngere Parteigeschichte zwischen 1919 und 1989 ist in den Territorien zwischen Elbe und Oder praktisch unbekannt, es sei denn, daß sie in den bösen Verzerrungen der alten SED-Agitation existiert. Namen wie Wels, Schumacher, Erler und Ollenhauer dürften selbst eingeschriebenen Mitgliedern dortselbst kaum viel bedeuten.

Es müßte so etwas wie eine eigene Binnenkultur der Partei entstehen. Die sozialdemokratische Jugendbewegung findet in der Ex-DDR nicht statt, und kaum einer weiß, daß es sie anderswo gibt. Die Einstimmung auf einen noch so allgemeinen Grundkonsens sollte schleunigst beginnen: nicht verordnet, vielmehr im Diskurs; folgend der Tradition und dem Selbstverständnis der Partei, hätte er wohl mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit, mit Willy Brandts *Compassion*, zu tun. Wo sich das, sehr vereinzelt, materialisiert oder personalisiert, etwa in der Figur der ständig am Rande ihrer Kräfte taumelnden brandenburgischen Sozialministerin *Regine Hildebrandt*, erscheint das Bild der Partei am klarsten, nach innen wie nach außen.

Der nächste Programmparteitag sollte demonstrativ in Ostelbien stattfinden, und auch sonst wäre es angebracht, spektakuläre Vorstandstagungen gelegentlich nach Potsdam, Schwerin oder Magdeburg zu holen. Die SPD in den fünf neuen Ländern hat derzeit knappe 30 000 eingeschriebene Anhänger. Legt man die Präsenz der SPD in den Altbundesländern zugrunde, müßte die Mitgliederzahl zehnmal stärker sein. Wenn die Partei es nicht schafft, diese numerische Differenz spürbar zu verringern, wird sich an den politischen Kräfteverteilungen östlich der Elbe auch künftig nichts Wesentliches ändern.

Die SPD kommt im Osten kaum vor

Foto: Danetzki



Thema: Luxus Wohnen

CHRISTOPH ZÖPEL

Luxus Wohnen

Luxus Wohnen? Diese Frage – oder These – verweist auf den Kontrast zwischen Verschwendung und Grundbedürfnis in einer der historisch einmalig reichen Gesellschaften im ausgehenden 20. Jahrhundert, in der Situation des geschichtlichen Sieges der marktwirtschaftlichen Demokratie des Westens über, ja worüber, über den Rest der Welt und der Geschichte, so sehen es ja manche.

Luxus Wohnen? Diese Frage – oder These – ist die lebensweltlich erfahrbare Konkretisierung von ökonomischen Verteilungsdiskrepanzen, anzugehen mit den ökonomischen Instrumenten des Sozialstaats, der allerdings verfangen ist in Bürokratieproblemen, fiskalischen Defiziten, politischen Handlungsblockaden.

Luxus Wohnen? Diese Frage ist für manchen abwegig – denn sie macht die gewollten Ergebnisse des Marktprozesses verächtlich, und sie wird sich folglich verflüchtigen, wenn der Markt nur weiter gelassen wird.

Luxus Wohnen? Diese These ist ein geeigneter Anlaß zur Sozialkritik, zum publizistisch zelebrierten Mitleid, zur Diskussion über konkrete Ausweglosigkeit; nebenbei: der Ausweg in der Wirklichkeit ist oft auch der »Aus-Weg« aus der so schönen und manchmal für die professionellen Diskutanten ertragreichen Diskussion.

Ja, was ist neu, und was gab es schon immer, oder zumindest oft, in der Nachkriegszeit, am Thema Wohnen, das nicht immer auch ein Problem sein mußte? Dabei sei vorweggenommen: Am Anfang der neunziger Jahre ist das Suchen und Finden einer Wohnung ein Problem in Deutschland, ein millionenfach individuelles und damit auch ein gesellschaftliches. Aber bevor das Neue herausgearbeitet wird, soll auf die Klärung des Grundsätzlichen, das sich aus den Be-

griffen herausfinden läßt, nicht verzichtet werden.

Luxus

Luxus, 1981 im Neuen *Fischer Lexikon*: »Üppigkeit, Wohllieben, die durchschnittliche Lebenshaltung weit überschreitender Aufwand, Verschwendung.«

Das ist knapp, ist es geeignet für unsere Frage? Das Historische Wörterbuch der Philosophie Bd. 5, 1980, ist umfassender: Seit seinem antiken Ursprung enthält der Begriff des *Luxus* die Bedeutungskomponente des Ausschweifenden und Unnatürlichen. Erst die Befreiung des ökonomischen Denkens von der aristotelischen Tradition des Denkens vom Haus – oder griechisch »oikos« – brachte mit der Tauschorientierung auch die Erwägung der Frage, ob Luxus tatsächlich unter allen Gesichtspunkten als verwerflich zu gelten habe. Aber die Bewertung bleibt widersprüchlich, und so kann Luxus für eine mögliche Ursache von Bürgerkriegen und eben deswegen auch politisch für unerwünscht gehalten werden – die Hausbesetzer lassen grüßen. Aber zunehmend setzt sich in der Ökonomie die Vorstellung der Wünschbarkeit von Luxus durch – trotz durchgehaltener moralischer Verdammung.

Dieser Gegensatz konkretisiert sich historisch: für Voltaire schon ist die Ungleichheit der Eigentumsverteilung, nicht aber der Luxus Hauptursache der sittlichen Verderbnis. Aber: der Fortschritt der Menschheit ist mit dem Luxus unzertrennlich verbunden, meint derselbe. Damit sind die historische Relativität von Luxus und Verschwendung und der Zusammenhang mit der Verteilung von Eigentum und Einkommen herausgestellt, sie haben auch 1992 Bedeutung.

1992 aber stellt sich eine neue Frage, die wieder zu Aristoteles zurückführt,

nämlich nach der historisch und verteilungsbezogen nicht relativierbaren Verschwendung im gemeinsamen Haus einer Gesellschaft oder der Menschheit. Die Dominanz des oiko-logischen über das oiko-nomische ist damit thematisiert. Konkret: es stellt sich historisch neu die Frage: *Wohnt unsere Gesellschaft verschwenderisch?*

Wohnen

Immerhin: Das wohl umfassendste Lehrbuch der *Wohnungswirtschaft*, von Jürgen Heuer, beginnt in seiner 2. Auflage 1985 mit Heidegger-Zitaten: »Die Art, wie du bist und ich bin, die Weise, nach der wir Menschen auf der Erde sind, ist das Buan, das Wohnen. Mensch sein heißt: als Sterblicher auf der Erde sein, heißt: Wohnen.« Daraus folgt, mit Bollnow und Bergsträsser: Der umfriedete Raum, der Schutz und Geborgenheit vermittelt, schafft die Voraussetzungen für körperliche und geistige menschliche Existenz. Der *unbehauste* Mensch erfährt, daß auch das geistige Haus gefährdet oder gar zerstört ist. Und so kann der Ökonom Heuer zusammenfas-

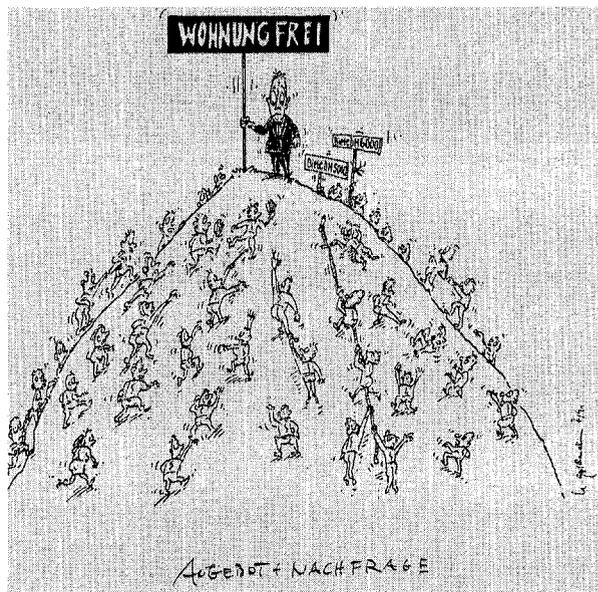
sen: Grundsätzliche Überlegungen zur Bedeutung des Wohnens für die Existenz des Menschen veranschaulichen die fundamentale Bedeutung der Befriedigung des Wohnbedürfnisses für Individuum und Gesellschaft. Spezifikum der Bedürfnisbefriedigung ist die Gewährung räumlicher Geborgenheit durch das nachgefragte Gut Wohnung. Die räumliche Gelegenheit ermöglicht erst menschenwürdiges Dasein.

Wozu hier Heidegger? Nun ja, Friedrich Engels Überlegungen *Zur Wohnungsfrage*, veröffentlicht in: »Über die Umwelt der arbeitenden Klasse« 1872, lassen sich 1992 nicht wirksam zitieren. Dabei: Heidegger und Engels und Heuer haben recht: Die Theorie der Marktwirtschaft, Modelle ohne Zeit und Raum, erklären die Problematik der Wohnbedürfnisse nicht und geben daher unzulängliche Rezepte für ihre Lösung. Die gebaute Umwelt der Gesellschaft ist nicht das Ergebnis einer unsichtbaren Hand, sie ist immer auch Ergebnis politischen Gestaltungswillens. Deshalb sei wieder vorweggenommen: Am Anfang der neunziger Jahre ist das Wohnungsproblem Ergebnis mangelnden Gestaltungs-

Leipzig-Mitte, 1991

Foto: JOKER/A.v.d. Osten-Sacken





willens und mangelnder Gestaltungsfähigkeit des politischen Systems in Deutschland, denn das erschöpft sich entweder im Symbolhandeln oder wird durch die mediale Widerspiegelung der Probleme absorbiert.

Aber zurück: Wohnen ist nicht ein Wirtschaftsgut wie jedes andere, wie Speiseeis oder Oberhemden. Heuer hat seine Spezifika des Wohnens herausgearbeitet. Es sind:

- Heterogenität der Wohnungen: fast jede ist irgendwie anders,
- Immobilität,
- Unteilbarkeit des Konsums einer Wohnung,
- Dauerhaftigkeit einerseits
- und doch Veränderlichkeit der von der Wohnung abgegebenen Dienstleistungen und der Konsumwünsche des Haushalts andererseits,
- lange Produktionsdauer,
- Verkauf und Vermietung als Möglichkeiten der Nutzungsüberlassung,
- Siedlungsbildung.

Vor allem das Spezifikum *Siedlungsbildung* macht die Grenzen marktwirtschaftlicher Lösungsmechanismen deutlich. Die Wohnung ist nicht isoliert für sich gelegen, ihr Wert liegt oft nur zu geringen Teilen in ihr selbst, sondern sie

befindet sich in Gemeinschaft mit anderen Wohnungen. Es gibt also die siedlungsstrukturellen Zusammenhänge, die infrastrukturellen, kulturellen, sozialstrukturellen Aspekte des Wohnens.

Die Relativität des Luxus Wohnen

Interzeitliche und interregionale Vergleiche relativieren, was Mangel und was Luxus ist. Der Wohnungsbestand in der Bundesrepublik Deutschland – in den Grenzen vor der Vereinigung – ist von 10,27 Mio. im Jahre 1950 auf rd. 27 Mio. Wohnungen im Jahre 1990 gestiegen. Die Eckdaten der Entwicklung sind:

1950 10,27 Mio. Wohnungen
 1965 19,02 Mio. Wohnungen
 1980 25,41 Mio. Wohnungen

Mit der Zahl der Wohnungen ist bei seit den siebziger Jahren relativ konstanter Bevölkerung

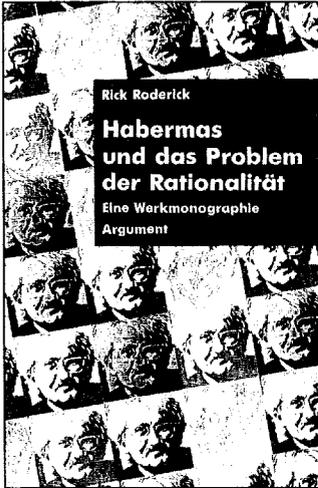
1950: 50,0 Mio. Einwohner
 1975: 61,8 Mio. Einwohner
 1980: 61,6 Mio. Einwohner
 1990: 63,0 Mio. Einwohner

die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner kontinuierlich gestiegen, um ungefähr 1/2 qm pro Kopf und Jahr, von ca. 15 qm 1950 auf ca. 38 qm 1990.

Ein noch längerer Zeitvergleich führt zurück zu den doppelbelegten Schlafstellen der Gründerjahre, zu durchschnittlichen Wohnflächen pro Einwohner von unter 5 qm. In den Gründerjahren waren auch die sozialen Disparitäten besonders deutlich: Den Massenquartieren standen die vorbildhaft großen, bürgerlichen Wohnungen gegenüber. Diese Wohnungen waren Vorbild für das vielleicht bekannteste Beispiel sozialdemokratischer Wohnungsanalyse, für Alexander Mitscherlichs *Unwirtlichkeit unserer Städte*, 1965. Doch schon damals kritisierte er Sozialwohnungen, die der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg utopisch waren.

Im internationalen Vergleich sind die unterschiedlichen Wohnflächen offenkundig. Den 38 qm in der Bundesrepublik Deutschland stehen nach Schätzungen 15 qm in der Sowjetunion und 5 qm in China, andererseits 50 qm in der

Philosophie-Kritik der Moderne



Rick Roderick

Habermas und das Problem der Rationalität

Eine Werkmonographie
A.d. Amerik. von Michael Haupt
210 S., br., DM 28,—

»... sei vor allem Rodericks knappe, aber umfassende Berücksichtigung der amerikanischen Diskussion um Habermas hervorgehoben, die bisher dem deutschsprachigen Publikum so nicht zugänglich war.« *Widerspruch*

»... ein überzeugender Einblick in die zunehmende Vielfalt der theoretischen Quellen Habermasschen Denkens.«

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

Wolfgang Fritz Haug

Jean-Paul Sartre und die Konstruktion des Absurden

M.e. Notiz zur 3., bearb. Auflage
200 S., Ln., DM 28,—

Über die zum ersten Mal 1966 erschienene Dissertation des Verfassers gilt heute, in einer Zeit radikaler Enttäuschungen und Vergleichen, auf bestürzend neue Weise, was der Frankfurter Philosoph Alfred Schmitt damals schrieb:
»Ein für die Analyse des modernen Bewußtseins wichtiges Buch.«



Fredric Jameson

Spätmarxismus

Adorno oder Die Beharrlichkeit
der Dialektik
A.d. Amerik. von Michael Haupt
320 S., br., DM 34,—

Für Jameson, der in den USA längst als Klassiker einer politisch sich verstehenden ästhetischen Theorie gilt, ist Adorno der systematische Kritiker der spätkapitalistischen Gesellschaft. Adorno nämlich hat sich, so Jameson, mit den symbolischen und materiellen Produktionsprozessen der Warengesellschaft nicht arrangiert, sie vielmehr zum eigentlichen Thema seiner Philosophie gemacht. Wie seine Einsichten für die *condition postmoderne* nutzbar zu machen sind, zeigt Jameson in einer brillanten Interpretation der großen Werke aus Adornos zweiter Schaffensperiode.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Schweiz gegenüber. Das Statistische Jahrbuch 1990 weist aus, daß 1988 in der Schweiz 480 Wohnungen auf 1000 Einwohner kamen, in Polen 280 – wir nähern uns den Ursachen der neuen Völkerwanderung.

Für internationale Vergleiche der städtebaulichen Verhältnisse ist wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziges großes westliches Industrieland bauliche und/oder soziale Verslumung vermeiden konnte. Die New Yorker Bronx oder die Suburbs in Los Angeles, Liverpool, Neapel sind bekannte Beispiele städtischen Verfalls. Der bauliche Verfall in der ehemaligen DDR und anderen ehemals kommunistischen Staaten wird derzeit für jeden offenkundig, die Lage in den Entwicklungsländern übersteigt das Ausmaß europäischer Vorstellungen über Elendsquartiere. Auch deshalb kommen die Menschen nach Deutschland.

Alte und neue Ursache für fehlende Wohnungen

Seit Ende der achtziger Jahre kommen zwei gesellschaftliche Entwicklungen zusammen, die das Fehlen von Wohnungen herbeiführen.

Schon seit Jahrzehnten war Wohnungsmangel die Konsequenz kontinuierlichen Wachstums und kontinuierlicher Einkommenssteigerungen.

Die Nachfrage nach mehr und neuem Wohnraum steigt mit zunehmendem Einkommen.

Daher gibt es den kontinuierlichen Anstieg der Wohnfläche je Einwohner von 15 qm auf 38 qm. Die Jahre zwischen 1980 und 1987 mit geringen Steigerungsraten des Sozialprodukts – Tiefpunkt 1982 mit minus 1 % – bestätigen diese Kausalität durch entsprechend geringe Wohnungsnachfrage. Die hohen Wachstumsraten seit 1988 – 3,7 % –, dann 1989 – 3,8 % – und 1990 – 4,5 % – führten zum raschen Wiederanstieg dieser Nachfrage.

Nachfragesteigerungen nach Wohnungen können nun zu steigender Bautä-

tigkeit, aber auch zu Preis- bzw. Mietsteigerungen, zu räumlicher Verknappung und zu sozialer Verdrängung führen.

Die Raumgebundenheit der Wohnung, regionale und lokale Ballungstendenzen der Siedlungstätigkeit führen zu punktuell zentrierten Mangelercheinungen, die zu gesamtgesellschaftlichen werden, weil sie die räumliche Umorientierung, vor allem auch die Dezentralisierung der Siedlungstätigkeit, nur mit großen zeitlichen Verschiebungen durchführen lassen.

Soziale Verdrängung ist die Folge von Einkommensdisparitäten in Verbindung mit der Nachfrage nach bestehenden Wohnungen. Wo sich die Nachfrage nach neuem und größerem Wohnraum auf die Wohnungsbestände richtet, verdrängt die auf hohe Einkommen gestützte kaufkräftige Nachfrage die schwächere der niedrigeren Einkommensgruppen.

Neu ist Wohnungsmangel als Folge der europäischen Völkerwanderung.

Seit 1988 ist die Bevölkerung der Bundesrepublik von 61 Mio. Einwohner auf jetzt über 63 Mio. gestiegen. Dies ist das Ergebnis der Zuwanderungen, überwiegend aus den ehemals kommunistischen Staaten Europas. Es verbinden sich dabei politische und ökonomische Wanderungsmotive.

Es ist allerdings einseitig, diese Zuwanderung als ein deutsches Problem zu begreifen. Die Wanderungsströme aus Osteuropa verbinden sich mit den Wanderungsströmen aus dem Mittelmeerraum und betreffen so ganz Nord- und Westeuropa.

Das gravierende Gefälle in der Wohnungsversorgung zwischen den Abwanderungs- und den Zuwanderungsländern hat – auch in der Bundesrepublik – teilweise bereits zu einer Minderung der durchschnittlichen Wohnungsgröße und -qualität geführt, was auch unter Beachtung der nur längerfristig ausgleichbaren Einkommensdisparitäten zwischen der Mehrzahl der länger ansässigen Bevölkerungsgruppen und den neu hinzukommenden unvermeidbar sein dürfte.



In Westdeutschland fehlen 2,7 Millionen Wohnungen

Foto: Voller Ernst

Kontinuität des wohnungspolitischen Handelns

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten ist offenkundig, was auch den Erfolg der marktwirtschaftlichen Demokratien des Westens ausmacht: die Stabilität der gesellschaftlichen Institutionen und der zwischen ihnen ablaufenden Prozesse. Diese Stabilität erlaubt auch manches Versagen der Politik, so das Erschöpfen im Symbolhandeln oder die Absorption durch die mediale Widerspiegelung der Probleme. Deshalb ist die politisch aufgeregte Suche nach neuen Instrumenten oder gar nach dem Idealkonzept kaum hilfreich. Das System der Wohnungsversorgung hat seine wirksamen Instrumente. Sie lassen sich, zusammengefaßt und grob nach Prioritäten geordnet, in ihrer Relevanz für die neunziger Jahre so darstellen:

a) Ökologisch und sozial verantwortbare Deregulierungen sollten erfolgen, wenn sie die Neubautätigkeit beleben oder verbilligen.

b) Die infrastrukturellen Voraussetzungen, also der Aufschluß neuer und die bessere Nutzung ausgewiesener Baugebiete, ist durch konsequente Anwendung des durchaus zulänglichen Instrumentariums des Baugesetzbuches zu verbessern.

c) Die steuerliche Investitionsförderung muß auf den Neubau konzentriert werden, um die besonders hohen Neubaumieten in Grenzen zu halten; der Kauf von Wohnungen in Beständen sollte nicht gefördert werden, er wirkt eher preistreibend.

d) Das Wohngeld muß erhalten bleiben. Es ist mit der schwierigen politischen Entscheidung über angemessene Wohnungsgrößen und -qualitäten in Abgrenzung zum sozialen und ökologischen Wohnungsluxus verbunden.

e) Ohne Sozialwohnungen ist eine dauerhafte Sicherung der Wohnbedürfnisse Einkommenschwächerer nicht möglich. Dabei ist weniger der subventionierte Mietpreis als das de facto-Dauerwohnrecht das sozial notwendige Kri-

terium einer Sozialwohnung. Die Kritik an der bürokratischen Kompliziertheit des sozialen Wohnungsbaus ist gerechtfertigt, allerdings auf das unerträgliche Übermaß ständiger Systemänderungen in Konkurrenz zwischen Bund und Ländern und nicht auf das Förder- und Rechtssystem selbst zurückzuführen. Sowohl Mietanpassungen wie Fehlbelegungsstatbestände lassen sich förderrechtlich unkompliziert regeln bzw. vermeiden.

f) Im Gegensatz zu fast allen anderen Wirtschaftssektoren gibt es im Baubereich die Möglichkeit des Handlungsgebots an Private in Form des Baugebots im Baugesetzbuch. Das erlaubt Überlegungen, auch die Errichtung von Wohnungen zu veranlassen, wenn andere wirtschaftliche Nutzungen baurechtlich genehmigt werden, z. B. bei neuen Betriebsstätten, die zu einer Zuwanderung Wohnungssuchender führen.

Dieser bewährte Instrumentenkatalog erfährt allerdings in den neunziger Jahren eine Einschränkung; es ist die kontinuierlich gewachsene fiskalische Handlungsunfähigkeit des Staates als Folge von Staatsverschuldung und insbesondere der damit verbundenen steigenden Zinsquoten in den Haushalten. Eine Verschiebung hin zu höherer privater Finanzierung der Wohnungsinvestitionen und der Wohnungsnutzung ist damit unvermeidlich.

Siedlungsbildung in einer wachsenden Gesellschaft

Die fiskalischen Restriktionen haben ihre Konsequenzen: Sie lähmen den politischen Gestaltungswillen. Aber nicht nur wo Geld verlangt ist: auch dort, wo es um die Gestaltung der Umwelt geht.

Zunehmende Wohnungsgröße bedeutet zunehmende Besiedlung. Das hat einerseits zum Verlangen nach neuer Flächenausweisung geführt, ist aber andererseits verbunden mit einem generellen ökologischen und einem spezielleren städtebaulichen Problem.

Das ökologische Problem ist die umweltbeeinträchtigende Wirkung von bau-

licher Zersiedlung. Zumindest als Frage ist die Entkoppelung von Flächenverbrauch zu Wohnzwecken und Wirtschaftswachstum nicht zu verdrängen, analog zur erfolgten Entkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch, zur angestrebten Entkoppelung von Wachstum und Abfall, zur zwingend erforderlichen Entkoppelung von Wachstum und Verkehrsaufkommen.

Das städtebauliche Problem liegt im Mißverhältnis von Stadtqualität und Wohnqualität. Die gewünschte und akzeptierte Qualität der Stadt, orientiert am Beispiel der historischen Stadt in den Maßstäben des zu Ende gehenden Mittelalters oder der Großstadt des 19. Jahrhunderts, bedingt eine gewisse Obergrenze von Einwohnern oder Raumnutzung je Einwohner. Wird ein Maximum an Flächennutzung je Einwohner überschritten, so breitet sich die Stadt ins Umland aus, sie zerfließt, sie verkommt zur landschaftsfressenden Agglomeration.

Aus diesen Konflikten sollten Folgen gezogen werden:

Die großräumige Raumordnungspolitik muß neue Schwerpunkte in bislang dünner besiedelten Regionen setzen, auf Dezentralisierung und die Vermeidung weiterer Zentralisierung und Ballung von Bevölkerung und Bauten ausgerichtet werden.

Funktionsfähige und erweiterungsfähige Siedlungsgefüge bedürfen der planvollen, die funktionierende Infrastruktur nutzende und auslastende Ergänzung.

Bodenpolitik bedarf der stärkeren Sozialbindung des Grundeigentums durch Baugebote, begrenzte Verfügung, Strafsteuer.

Kernpunkt des neuen wohnungspolitischen Handels sind dabei die raumordnerischen und landesplanerischen Entscheidungen für neue Siedlungen. 3 Mio. Menschen mehr und weitere mehr in den nächsten Jahren erfordern Siedlungsneubau. Dabei drängt sich natürlich auf: Bei dünnerer Besiedlung ist das ökologisch weniger problematisch als bei dichter, also eher in Ostdeutschland als in

Westdeutschland, eher in Osteuropa als in Westeuropa. Damit gewinnt die Wohnungspolitik ihre inter»nationale«, wenigstens aber ihre inter»europäische« Dimension. Und auch die ökologische Problematik kann – noch einmal – relativiert werden: Je größer das Haus der Gesellschaft, gemessen an der Zahl ihrer Menschen, desto geringer die Verschwendung.

REINHART CHR. BARTHOLOMÄI

Das Ende der alten Wohnungsbauförderung

Zur Wohnungspolitik aller staatlichen Ebenen und aller politischen Schattierungen kann ich drei Bilder anbieten: Für Märchenfreunde die Geschichte vom unglücklichen Frosch, der in einen Milchkübel gefallen ist; für nüchterne Zeitgenossen die Panikszene in einem steckengebliebenen Aufzug; für Altertumsfreunde die Laokoongruppe: Im Märchen geht die Sache gut aus. Der verzweifelte Strampler findet sich unerwartet auf einem Butterkloß. Im wirklichen Leben könnte das Ende schlimmer werden. Der Ärmste ertrinkt womöglich erschöpft in der Magermilch.

Aussichtslose Wohnungspolitik

Die Bilder nehmen ihre Erklärungskraft aus den Eindrücken, die sich jedem aufdrängen, der objektiv und distanziert die Wohnungspolitik auf sich wirken läßt. *Einmal* die Strapazen, die die Verantwortlichen auf sich nehmen, um die Wohnungsnachfrage zu befriedigen. Niemand legt die Hände in den Schoß. Finanzmittel werden bewilligt, Beschleunigungsgesetze verabschiedet, neue Subventionen erfunden, eine Verordnung jagt die andere. Wie im steckengebliebenen Aufzug drücken alle Akteure gleich-

zeitig auf alle Knöpfe, und zwar mehrmals.

Zweitens, bei den Fahrgästen im Aufzug liegen die Nerven bloß. Schuldzuweisungen werden reichlich und laut ausgetauscht. Bund, Länder und Gemeinden wissen ganz genau, daß die jeweils andere Ebene, die jeweils andere Regierungspartei den dringend nötigen Wohnungsbau durch Dummheit und Faulheit, wenn nicht gar Bosheit verhindern. Für einen Außenstehenden hört sich das so an, als wäre in einem Einparteiensentralstaat offenbar alles gelöst, wenn nur die jeweils richtige Partei endlich ihre Ideen umsetzen dürfte.

Drittens, fast überall, wo wirklich nicht nur in homöopathischen Dosen neugebaut, ausgebaut, verdichtet werden soll, regt sich der Widerstand der Nachbarn. Es soll *an sich* gebaut werden, in der Theorie, überhaupt, halt so, aber nicht an einer bestimmten Stelle, neben bestehende Häuser und Parkplätze und für Unbekannte oder gar Fremde oder Arme. Die Widerständler sind nicht leis', und sie drohen mit dem Wahlzettel. Sie sind Wähler und Mitglieder aller Parteien. Das macht in einer Demokratie Eindruck. Je überschaubarer der räumliche Bereich ist, umso mehr.

Kurz, das Symbol der Wohnungspolitik 1992 ist die Laokoongruppe, die schreiend mit der Schlange ringt, die ein widriges unbegreifliches Fatum über sie gebracht hat.

Dabei ist für die Nichteingeweihten vorderhand nicht einzusehen, warum die so gepriesene und gegenwärtig säkular und spektakulär erfolgreiche Marktwirtschaft nicht imstande sein soll, in einem der reichsten Länder der Erde einen Mangel zu beseitigen.

Der Grund ist einfach: die Rendite im Wohnungsbau ist nicht kurzfristig zu erzielen, sondern erst nach einigen Jahren. Alternative Geldanlagen rechnen sich dagegen sofort und verlangen keine so dauerhaften rechtlichen Bindungen an den oft anspruchsvollen Kunden wie das Mietrecht. Kommerzieller Mietwohnungsbau größeren Stils ist unter den heutigen Kapitalmarktbedingungen be-

triebswirtschaftlich unrentabel. Folglich findet er nicht statt. Um dennoch zu neuen Mietwohnungen zu kommen, häuft der Staat gegen das Marktkalkül vergeblich Steuervergünstigungen auf Steuervergünstigungen. Außerdem subventioniert er Sozialwohnungen direkt, indem er die auf dem Markt nicht zu erzielenden hohen kostendeckenden Anfangsmieten – genannt Kostenmieten – auf in Ballungsräumen bis zu einem Siebtel der tatsächlichen Aufwendungen heruntersubventioniert und Wohnungsunternehmen in öffentlicher Kontrolle dazu veranlaßt, unter Hintanstellung betriebswirtschaftlichen Sachverständs aus außerökonomischen Gründen zu bauen und vom ersten Tag an kalkulatorische Bewirtschaftungsverluste einzugehen.

Die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen knurren, weil sie zugehört und zugehört haben, wie der damalige Branchenführer NEUE HEIMAT wegen Unwirtschaftlichkeit zu Tode gekommen ist. Die Gemeinnützigkeit wurde mit großer Symbolik und politischer Kraftanstrengung abgeschafft. Nicht der Wohnungsunternehmer mit dem großen Herzen, sondern der mit dem spitzen Bleistift wurde zum Vorbild gekürt. Jetzt sollen die auf Controlling getrimmten Immobilienkaufleute ihren neuen PC abschalten und wieder einen sozialen Notstand beseitigen. Sie unterschreiben seufzend und bösgläubig ihre Neubauinvestitionsaufträge.

Und die Auftragssumme pro Sozialwohnung wird immer höher. Das hat im wesentlichen *drei* Gründe: Gesetze der Ökonomie, Rahmenbedingungen des einschlägigen Mietrechtes und Verarbeitung der öffentlichen Kritik an der Ästhetik und Kreativität des sozialen Wohnungsbaus.

Ökonomie

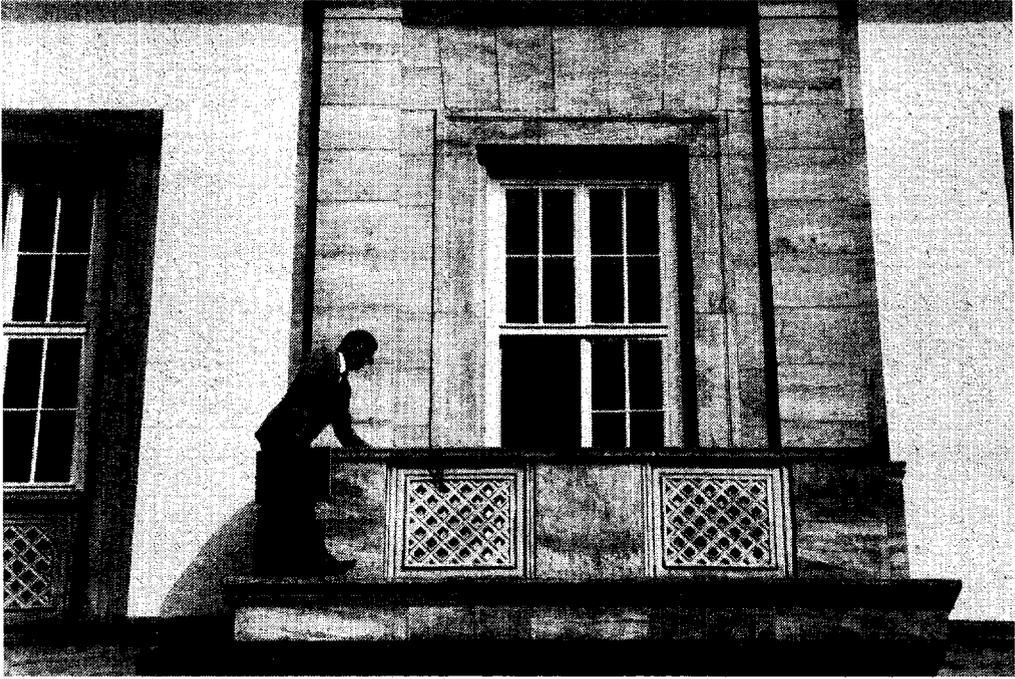
Beginnen wir mit dem ersten, der *Ökonomie*. Sie steht unter dem Rubrum der Knappheit. Bauen ist teuer geworden, weil alle Zutaten knapp sind: Boden ist knapp und teuer, Geld ist knapp und teuer, Baufirmen, Bauarbeiter und Bau-

ingenieure sind knapp und werden immer teurer. (Nur Architekten gibt es wie Sand am Meer, mehr als Maurer.) Selbst Baumaterial ist durch den Beitritt Ostdeutschlands knapp und wird teurer. Je länger ein Vorhaben braucht – Genehmigung, Einsprüche, Prozesse –, umso teurer wird es. Die Ressource *Zeit* ist der zentrale Punkt für die Kontrolle der Baukosten.

Man will es nicht wahrhaben, aber die Gesetze des Marktes gelten wirklich. In keinem Lehrbuch ist nachzulesen, daß die Preise sinken, wenn der Nachfrager, hier die öffentliche Hand und ihre Unternehmen, ständig erklärt, er werde alles aufkaufen, bis der Markt im Gleichgewicht sei. Baufirmen, die die Bereinigungskrise der achtziger Jahre überlebt haben, können rechnen. Charles Darwin kann das erklären. Sie sind aber vorsichtig mit der Ausweitung ihrer Kapazitäten, weil der Schreck noch im Pulsschlag weiterwirkt.

Die Serie der großen Zahl ist verteuert und sowieso nicht zu erreichen. Kleine individuelle Einheiten für anspruchsvolle quengelige Eigenheimer und Kleinabnehmer lassen jeden Bauunternehmer zur Schonung von Nerven und Geldbeutel nach Aufträgen im Gewerbebau, der viel durchrationalisierter und potentiell einträglicher ist, Ausschau halten. Da die öffentlichen Vergabebedingungen orientalisches Feilschen untersagen, wird der Auftraggeber auf die preußischen Tugenden einer Branche verwiesen, deren Geschäftsgebaren aber multikulturell orientiert ist, weil sie ihre Märkte weltweit suchen mußte. Staatsanwaltschaftliches und kartellrechtliches Wirken wird in den Preisen global diskontiert.

In keinem Lehrbuch der Ökonomie steht auch, daß das Angebot steigt, wenn die Preise staatlich kontrolliert werden. Um *Windfall-Profits* durch steigende Knappheitsmieten von nichtinvestierenden Wohnungsvermietern abzuschöpfen, begrenzt der Staat die Mietpreissteigerungen. Kein Anreiz für rentable Neubauinvestitionen. Das politische System verhält sich dabei jedoch durchaus ratio-



Wohnungsnot macht erfinderisch

Foto: Voller Ernst

nal: weit über 90 % der Bevölkerung und mehr als 95 % der Wähler haben eine Wohnung und möchten nicht für die gleiche Leistung mehr Geld bezahlen. Eine steigende Minderheit könnte es auch nicht. Was auf dem Wohnungsmarkt sinnvoll sein könnte, die Miethöhe versuchsweise freizugeben, ist auf dem Wählermarkt kontraproduktiv.

Mietrecht

Für den sozialen Wohnungsbau klassischer Art kommt ein Weiteres hinzu. Als Preis für seine hohe Anfangssubvention setzt der Gesetzgeber die Miete fest. Sie darf nur bei einschneidenden und deshalb die Mieter beim Umbau hunzenden Modernisierungen erhöht werden. Darüber wachen die Mietrichter. In der Miete ist eine statische Instandhaltungspauschale enthalten, die der Dynamik der Baupreisinflation hohn spricht. Also klotzt jeder kluge Investor im sozialen Wohnungsbau bei der vollsubventionierten Erstausrüstung, damit er erst möglichst spät – dann aber wirtschaftlich un-

auskömmlich – instandhalten muß. Wer sich anders verhält, handelt gegen die Wirtschaftlichkeit seines Wohnungsbestandes.

Ästhetik

Bauen ist schließlich auch deshalb so teuer geworden, weil niemand mehr häßlich und primitiv bauen will. Die Häuser stehen über ein Jahrhundert. Sie sollen sich so lange auch sehen lassen können. Das verbietet das schnelle Hochziehen von Schund. Die Wohnungsunternehmen und ihre Architekten haben sich viel vorbehalten lassen müssen, weil sie in der Vergangenheit der schnellen und billigen Unterbringung von Wohnungsuchenden den Vorrang vor dem ästhetischen Empfinden der Passanten gegeben haben.

Die Branche hat diese Schelte, die durchaus auch von zyklischen Geschmackswechseln motiviert war, selbstkritisch aufgearbeitet und sperrt sich aufgrund dieser noch sehr frischen Erfahrung gegenüber nur allzu bekannten Wünschen nach Schlichtwohnungsbau.



Wohnen in Berlin-Kreuzberg

Foto: Paul Glaser

Notwendige Rationalisierung

An diesen Tatsachen, die das Bauen so teuer machen, kommt niemand so bald vorbei. Es wäre falsch, darüber zu resignieren. Trotzdem müssen wir über Rationalisierung im Bauen – Neubau und Modernisierung – nachdenken. Die Branche steht vor einem betriebswirtschaftlich bedingten Rationalisierungsschub, den wir fördern und ästhetisch begleiten sollten.

Bleibt die politisch entscheidende Frage nach der Bauunlust der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie speist sich aus mehreren Strömungen. Am spür-, und für den, der will und muß, hörbarsten, ist die Abneigung gegen Neueinwanderung. Die Zeit arbeitet weder im Wohnzimmer noch in der Frühstückspause noch am Tresen für Aussiedler, geschweige denn für Asylanten.

Politik, die diese Signale nicht registrieren will, weil sie die Gefühle der Unterschicht moralisch für problematisch hält, wird finden, daß die Demokratie Möglichkeiten gibt, schrille Botschaften ins politische System zu geben, wenn

sich dieses als schwerhörig erweist. Solange sich in den Köpfen der Mehrheit die Kausalkette »Zuwanderung verschärft die Wohnungsnot« hält, wird sie den Neubau weiterhin als Zustimmung zur unkontrollierten Zuwanderung mißdeuten und sich dagegen auflehnen.

Die von Abstiegsängsten und von Überfremdung bedrohte Unterschicht findet einen völlig andersartigen Koalitionspartner in den Kreisen, die aus ökologischen Gründen das Boot für voll halten und deshalb mehr Häuser, mehr Parkplätze, mehr Verkehr, mehr Energie grundsätzlich für verhängnisvoll halten. Die Warner vor Übervölkerung und vor *Umwolkung* treffen sich aus entgegengesetzten Richtungen auf der gleichen Kreuzung, bevor sie gemeinsam gegen Neubau protestieren. Ohne eine – und sei es nur schemenhafte – Vorgabe über die beabsichtigte Zuwanderung hat die Wohnungswirtschaft kein Rahmendatum für ihre kommenden Investitionsentscheidungen und deren Kapitalbedarf. Werden die Bestimmungen des Handelsrechts von den Vorständen und Geschäftsführungen ernst genommen, geht ihre Investitionsbereitschaft in einer solchen Lage nach unten, im schlimmsten Fall gegen Null. Die Kommunen werden sie in der Situation nicht zum Neubau ermuntern. Im Gegenteil. Sie sehen sich derzeit nicht politisch legitimiert, im größeren Stil Wohnungsbau für Neueinwanderer zu finanzieren.

Die Bereitschaft der Bevölkerung, als neue Nachbarn einheimische Randgruppen begrüßen zu wollen, ist noch geringer als die Bereitschaft, sich für sie wenigstens verbal einzusetzen. Nur die Anonymität der Großstadt gewährt diesen – noch (?) – Unterschlupf und Bewilligungen.

Sozialwohnungen für junge Menschen

Es gibt nur eine Gruppe, für deren Wohnungsbedarf zu werben erfolgreich ist: unsere wohnungssuchenden jungen Menschen, die flügge werden und eine Familie gründen wollen. Sie sind aber die einzigen, für die es keinen sozialen Woh-

nungsbau im ersten hochsubventionierten Förderungsweg gibt, weil zwei ausgebildete Facharbeiter oder Angestellte zuviel verdienen für eine Sozialwohnung (zusammen 44 000 DM im Jahr).

Es ist meine bei vielen unpopuläre, aber noch nicht widerlegte Überzeugung, daß der soziale Wohnungsbau politisch zum Erliegen kommt, wenn nicht die Einkommensgrenzen so hoch gesetzt werden, daß junge Einheimische eine Sozialwohnung erhalten können. Zwar erhöht sich dadurch die Zahl der Berechtigten, aber es handelt sich um Wahlberechtigte, die sich dankbar oder zornig in die Politik rückkoppeln können und dabei ihre Eltern und Geschwister auf ihrer Seite haben.

Die Kombination zweier Negativkomponenten – Abneigung der Wählerschaft gegen unkontrollierte Zuwanderung und die Weigerung des Staates, für die junge Generation Wohnungen zu fördern – kann man nur als eine chemische Bombe bezeichnen, die dringend entschärft werden muß.

Der Zorn der Bürger über die finanzielle Seite der Wohnungsbauförderung steht erst noch ins Haus. Diese hat einen Grad von Irrationalität erreicht, der nur noch von der Agrarpolitik geteilt wird. Im ersten direkten staatlich bezuschußten Förderweg werden mit immer höheren Kosten immer bessere und schönere Wohnungen für Randgruppen gebaut, deren Subventionswirkungen zu den höchsten und dauerhaftesten Sozialleistungen der Republik gezählt werden müssen. Die Steuervergünstigungen auf der anderen Seite fördern überproportional diejenigen, die dieser Förderung nicht bedürfen. Ein System, das einem Spitzenmanager unter die Arme greift, damit er sich, bedrängt von seinem Steuerberater, zunächst eines und demnächst mehrere Häuser oder Eigentumswohnungen bauen kann und am anderen Ende seiner eingewanderten Putzfrau eine Sozialwohnung verschafft, aber seinen Fahrer und seine Sekretärin auf den freien unsubventionierten Wohnungsmarkt verweist, ist in einer Demokratie auf Dauer nicht zu halten.

Viele Interessenten, auch wir Wohnungsunternehmer, haben sich auf das heutige verwirrende Förderungssystem mit seiner direkten Objekt- und Subjektförderung und seiner indirekten Steuerbegünstigung mit Abzug einmal vom zu versteuernden Betrag und andererseits der Steuerschuld eingestellt. Sie halten an etwas fest, was fallen wird, weil es so nicht weiterbestehen kann.

Paradigmawechsel

Die Diagnose ist leichter als die Therapie. Weil drei staatliche Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) direkt und indirekt mit drei verschiedenen Instrumenten (Kreditsubventionen, Wohngeld und Steuerschraube) in der Wohnungsförderung herumhantieren, ist die unumgängliche Reform technisch und politisch sehr schwer machbar. Es soll hier das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß wir vor einem Paradigmawechsel in der Wohnungsbauförderung stehen, wo über alles, auch das bisher Undenkbare, nachgedacht werden muß. Ähnlich wie bei der erfolgreichen Rentenreform bedarf es eines Konsenses aller Parteien. Die dazu notwendigen Gespräche müssen mit Offenheit und der Bereitschaft zur Einigung und Abrüstung, möglichst einem Wahlkampfmoratorium in der Wohnungsfrage, geführt werden. Der Beschluß des Bundestages vom 13. 3. 1992, eine Reformkommission zu berufen, ist deshalb, wenn er nicht schlaumeierisch-taktisch gemeint war, ein richtiger, aber noch nicht ausreichender Schritt. Erfolg haben wir erst, wenn der Frosch vom Butterkloß hüpf, wenn der Aufzug wieder fährt und Laokoon seine Söhne und sich von der Schlange befreit haben. Vorher sollten wir uns nicht zufrieden geben.

Obdachlosigkeit in Deutschland

Vom Elend des Sozialstaats

Der Freitod des ostdeutschen Kommunalpolitikers Detlef Dalk im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Zwangsräumung seines Wohnhauses verdeutlicht – trotz aller grundsätzlichen Sinnlosigkeit eines solchen Schritts – eines auf individuell besonders tragische Weise: man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt – so sah es bekanntlich schon Bert Brecht. Der Fall Detlef Dalk ist insofern zu einem über das politische Alltagsgeschäft hinausweisenden Fanal geworden, als hier erstmals ein Angehöriger der politischen Klasse selbst durch einen letzten verzweifelten Akt der Konsequenz auf die verheerenden Auswirkungen einer verfehlten Bonner Politik hingewiesen hat. Daran gewöhnt, daß Armut, auch wenn sie politisch mitverursacht wird, unter den Bedingungen einer hochgradig individualisierten Gesellschaft sich zumeist verdeckt äußert und im besten Fall zur anonymen Sozialstatistik gerinnt, so hat das Motiv dieses Suizids manchen Politiker vielleicht doch wenigstens für einen kurzen Moment aus der Routine seines zumeist abgehobenen Bonner Alltags gerissen.

Die Tragik des Einzelfalles symbolisiert vielleicht am besten den Sachverhalt, der seit Anfang der achtziger Jahre mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die CDU/CSU/FDP-Koalition immer neue sozialpolitische Begrifflichkeiten von seiten der Soziologie evoziert hat: ›Neue Armut‹, ›Zweidrittel-Gesellschaft‹, ›neue Zweiklassengesellschaft‹ oder ›Modernisierungsverlierer‹ – alles abstrakte Umschreibungen für einen durchaus dramatisch zu nennenden sozialstrukturellen Wandel, der in der Tat auf ganz neue und bislang unbekannt Dimensionen von Verarmungsprozessen in der deutschen Wohlstandsgesellschaft hinweist. So beschreibt der Sozialexperte Norbert Preußner in einer beeindruckenden

Studie über die Zukunft der Armut die möglichen dramatischen Konturen von massenhafter Verelendung: Erstmals in der deutschen Sozialgeschichte wird darin auf die Wahrscheinlichkeit von Slums und Armutsghettos in deutschen Großstädten hingewiesen. Die Bronx also bald auch in Hamburg und Berlin? Wer dies für übertrieben hält, begeben Sie sich einmal spätabends in bestimmte Straßenzüge von Berlin-Marzahn. Und weiter: Ziellosh umherwandernde Gruppen von neuen *Armutsnomaden* mit eigener – notwendigerweise – krimineller Subkultur? Was sich jetzt noch wie sozialpolitische Science Fiction ausnimmt, könnte schon bald bedrückende Realität werden, wobei man gar nicht erst das berühmte Beispiel New York bemühen muß, um zukünftige Erscheinungsformen sozialen Massenelends ins Auge zu fassen – bereits Großbritannien bietet diesbezüglich bedrückenden Anschauungsunterricht. Der Thatcherismus hat es mit möglich gemacht, daß sich die Polizei in bestimmte Stadtviertel nur noch in Stärke einer Hundertschaft einzurücken getraut.

Auch in Deutschland sind die Instrumente des Wohlfahrtsstaates mittlerweile nicht nur stumpf geworden, sie rosten seit einigen Jahren in geradezu skandalöser Weise vor sich hin. Dabei ist unübersehbar, daß in sozialpolitischer Hinsicht die neuen Gefährdungslagen besonders im unteren Drittel der Gesellschaft spürbar sind: Im komplexen Bedingungs-zusammenhang dieser ›Neuen Armut‹ kristallisiert sich seit einigen Jahren nun immer mehr eine ganz neue Allokationsebene heraus, die sich immer exklusiver am Fehlen oder Vorhandensein einer eigenen Wohnung orientiert. In diesem Sinne fokussiert die dramatische Wohnungsnot ebenso spiegelbildlich wie anschaulich eine immer deutlicher werdende grundlegende Divergenz zwi-

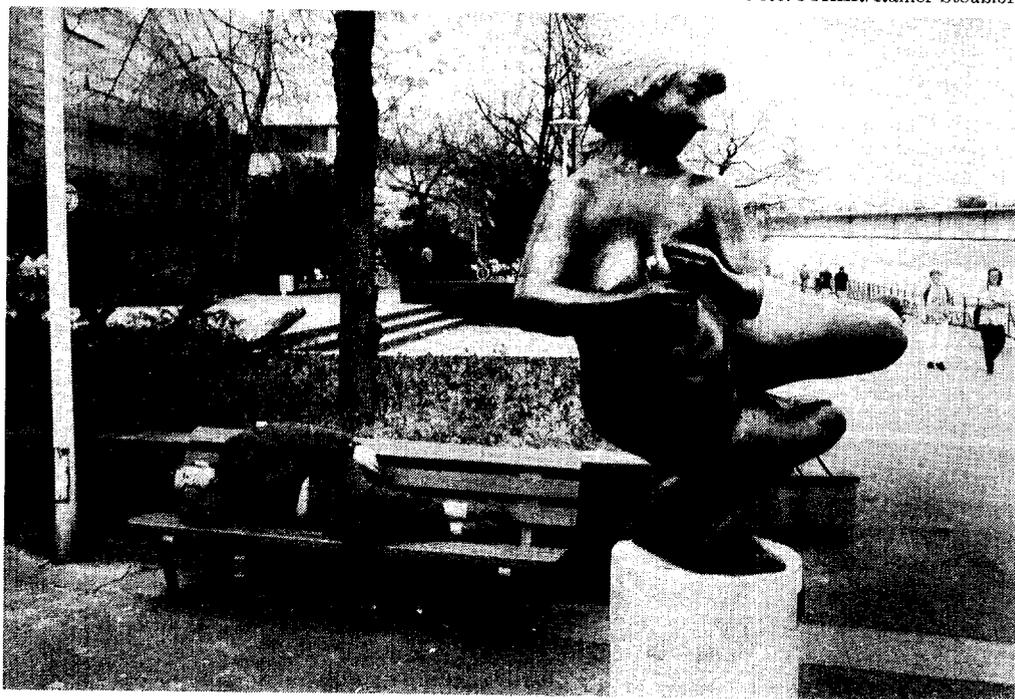
schen Arm und Reich im nicht nur größer, sondern auch sozialstrukturell unübersichtlicher gewordenen Deutschland, die in der Nachkriegszeit in der Tat historisch ohne Beispiel ist: Schon jetzt ist hinsichtlich der geschätzten Zahl von rund einer Million Obdachlosen der diesbezügliche Stand der unmittelbaren Nachkriegszeit übertrifft, als »nur« rund eine Dreiviertel Million Ausgebombte und Flüchtlinge in primitiven Notunterkünften mit einer gewissen Berechtigung auf bessere Zeiten warten konnten. Das ist heute paradoxerweise anders. So prophezeit vor dem Hintergrund von 2,7 Millionen fehlenden Wohnungen der Hamburger Sozialsenator Ortwin Runde (SPD) eine dramatische Entwicklung: »Die neunziger Jahre werden das Jahrzehnt der Obdachlosigkeit«, denn eine auch nur mittelfristige Entlastung der dramatischen Wohnungssituation ist nach dem Totalausstieg der Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition aus dem sozialen Wohnungsbau 1986 bei realistischer Betrachtung jedenfalls kaum zu erwarten. Und das bedeutet wiederum: Der

Verdrängungswettbewerb um bestehenden Wohnungsraum wird noch härter werden – oder anders ausgesprochen: Jede (per Gesetz leichter gewordene) Eigenbedarfskündigung des Vermieters wird zum potentiellen biographischen Super-Gau mit ungewissen sozialen wie individuellen Folgen für den davon Betroffenen.

Neue soziale Gefährdungslagen

Während sich in einigen bundesdeutschen Großstädten gebietsweise also schon so etwas wie »New Yorker Verhältnisse« abzuzeichnen beginnen, räsonniert man in Bonn noch über Grundsätzliches und setzt wie weiland Adam Smith unbeirrt auf die angeblich stets so segensreichen Kräfte des freien Marktes. So ist die Wohnungsbauministerin Irmgard Schwaetzer bezeichnenderweise der Auffassung, es sei »ordnungspolitisch genauso verfehlt wie finanzpolitisch unvertretbar, weitere Fortschritte zur Überwindung des Wohnungsmangels in immer höherem (!) staatlichen Aufwand

Foto: JOKER/Rainer Steußloff



zu suchen« (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. 3. 1992). Eine wahrhaft verkehrte Welt: Wohnungsbaupolitik definiert sich aus dieser Sicht vornehmlich gerade aus ihrer faktischen Nicht-Existenz und nimmt so die massenhafte »Kolonisierung der Lebenswelt« (Jürgen Habermas) in Form von Obdachlosigkeit billigend in Kauf: Die privaten Lebensräume geraten nicht länger nur in kritisch-theoretischer Hinsicht, sondern nun auch alltagsweltlich ganz konkret unter das alles beherrschende Diktat der Marktökonomie. Die sozialen »Problemgruppen«, die heute von Obdachlosigkeit betroffen oder bedroht sind, haben sich in diesem Zusammenhang nicht nur quantitativ ausgeweitet, sondern auch qualitativ verändert: Obdachlosigkeit ist folglich nicht mehr länger exklusiv dem klassischen *Tippelbruder* und seiner spezifischen Subkultur als Stigma zuzuordnen, sondern greift neuerdings aus in Segmente von »sozialer Normalität«: Betroffen sind nicht länger nur kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter und Väter, Ausländer, Vorbestrafte, Suchtkranke oder arbeitslose Jugendliche – ein Teufelskreis schließt sich immer mehr auch um sogenannte Normalbiographien, die lediglich von der materiellen Einkommenssituation her unter der Ebene des gesellschaftlich Notwendigen liegen. Die idealtypische Dynamik moderner Verelendung ist in der Tat fatal: Arbeitslosigkeit führt mit zunehmender Dauer nicht nur zu den bekannten negativen psychosozialen Begleiterscheinungen, sondern fast immer eben auch zu umfassender finanzieller Verschuldung, die wiederum in vielen Fällen Mietrückstände beinhaltet – zur Räumungsklage ist es dann nicht mehr weit. Doch wo *vice versa* kein fester Wohnsitz mehr existiert, ist ein geregeltes Arbeitsverhältnis ferner denn je.

Die sozialen Risikolagen sind in diesem Zusammenhang dabei höchst ungleich verteilt, generell scheinen die unteren Mittelschichten (»blue collar jobs«) von den zunehmenden Modernisierungs- und Strukturwandelrisiken des modernen Produktions- und Dienstleistungs-

sektors stärker betroffen als die anpassungsfähigeren »white collar jobs«. Gerade der umfassende anstehende Strukturwandel in den neuen Bundesländern birgt im Hinblick auf mögliche Arbeits- und Obdachlosigkeit massenhafte Gefährdungslagen in sich. Sozialexperten schätzen denn auch, daß bereits jetzt ein Drittel aller Obdachlosen aus der ehemaligen DDR stammt. Nach Schätzungen der Bielefelder Arbeitsgemeinschaft stellt sich die soziale Struktur der Obdachlosigkeit derzeit wie folgt dar:

- 300 000 Bundesbürger sind in zu meist wenig anspruchsvollen kommunalen Notunterkünften (oft Containern), Lager- und Turnhallen sowie im Sommer auf Campingplätzen untergebracht.

- Rund 100 000 Menschen bewohnen teils mit ihren Kindern sogenannte Billipensionen, die die Kommunen anmieten (und die meistens so preisgünstig gar nicht sind). Nach einer Schätzung des Deutschen Städtetages kommt diese Praxis die Kommunen etwa siebenmal teurer, als wenn sie durch Übernahme von Mietschulden drohende Obdachlosigkeit prophylaktisch verhindern würden.

- Mindestens 150 000 Menschen haben derzeit überhaupt kein festes Dach über dem Kopf. Als klassische soziale Außenseiter nächtigen sie als Nichtseßhafte auf Bahnhöfen, Parkbänken oder in leeren Zugabteilen. Vor allem bei den Frauen und Jugendlichen ist in diesem Milieu der Hoffnungslosigkeit eine dramatische Zunahme zu verzeichnen.

- Weitere 200 000 Personen müssen zur Kategorie der »verdeckten Obdachlosen« gerechnet werden. Sie belegen psychiatrische Heilanstalten oder Suchtkliniken, obwohl sie eigentlich entlassen werden könnten. 50 000 Frauen halten sich ferner noch in Frauenhäusern auf, da sie kaum eine Chance auf eine eigene Wohnung haben.

- Einige hunderttausend Um- und Aussiedler aus der früheren DDR und aus Osteuropa sitzen in Containersiedlungen und *Wohnschiffen* – auch für sie besteht wenig Aussicht auf Rückkehr in normale Wohnverhältnisse. Von den Problemen anerkannter und integrationswil-

liger Asylbewerber auf dem Wohnungsmarkt einmal ganz zu schweigen.

– Zur verdeckten und sozialstatistisch nirgends erfaßten Obdachlosigkeit zählt auch jene hohe Dunkelziffer von Menschen, die bei Verwandten oder Freunden Unterschlupf gefunden haben und so vorläufig noch vor Schlimmerem bewahrt werden.

– Mindestens 700 000 Wohnungsinhaber sind wegen anstehender Räumungsklagen akut von Obdachlosigkeit bedroht (besonders auch in den östlichen Bundesländern). Hier tickt eine wahre sozialpolitische Zeitbombe.

Die neue Dimension des sozialen Massenelends, die sich hier offenbart, hat seine Ursachen allerdings nicht allein in der »Amerikanisierung« hiesiger Wohnungsbau- und Sozialpolitik ganz generell (Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau, Kürzungen von Sozialleistungen auf breiter Front). Die Ursachen dafür liegen – jenseits aller ordnungspolitischen Wertvorstellungen und der finanzpolitischen Haushaltsmisere aller Gebietskörperschaften – auch in der Verlaufsdynamik des modernen sozialen Wandels selbst, der erwiesenermaßen eben weitgehend ungesteuert und ungeplant verläuft (*Norbert Elias*).

Die Logik der zunehmend divergierend verlaufenden Reichtumsverteilung geht spätestens seit den achtziger Jahren einher mit einem Phänomen, das Ulrich Beck treffend die »Individualisierung sozialer Ungleichheit« genannt hat: Die Individuen werden durch die ökonomische Kolonisierung der Lebenswelt weitaus schneller als früher aus traditionellen sozialen Bindungen freigesetzt, was im Falle der biographischen Krise (Ehescheidung, Arbeitslosigkeit, Kündigung der Wohnung u. ä.) eben auch heißt: Verlust menschlichen Rückhalts und Akzeptanz von vermeintlichen »Bewältigungsstrategien«, die das zugrundeliegende Problem eher noch verschärfen (Apathie, Alkoholmißbrauch).

Wo früher Gewerkschaften, Großfamilie und Arbeiterhilfsvereine, also überhaupt das relativ homogene Arbeitermilieu im Falle der Krise noch für ausrei-

chenden materiellen und emotionalen Rückhalt sorgten, verweist heute die soziale Modernisierungsdynamik die zeitweise oder dauernd aus der Normalbiographie herausfallenden Individuen idealtypisch auf die fiktiven Hoffnungswelten des Fernsehens – die exorbitanten Einschaltquoten der *Schwarzwaldklinik* und der *Drombuschs* zeigen das tief empfundene Defizit an »heiler Welt« und sozialer Solidarität überdeutlich an.

Das ist also das Neue an der Obdachlosigkeit: Die Schicksalsbiographien Obdachloser und Nichtseßhafter verlieren zusehends ihre frühere spezifisch-individuelle Substanz und weichen einem gesellschaftlich ubiquitär aufscheinenden Kausalbündel: Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum, Ehescheidung und Verschuldung werden in je abgewandelter Form zu denkbaren Präliminarien für den drohenden Wohnungsverlust, der die temporäre Krise dann zur substantiellen macht. Der Sozialstaat führt sich so selbst ad absurdum: Denn muß der Rettungsanker jedweder bürgerlichen Existenz – die eigenen vier Wände – einmal eingezogen werden, ist der Platz unter der Flußbrücke, sinnbildlich gesprochen, in der Tat nicht mehr weit. Die dann manifest werdenden Folgeprobleme von Obdachlosigkeit, angefangen von gesundheitlichen Risiken, Alkoholmißbrauch, Kleinkriminalität und physischer Gefährdung durch Skinheads, zementieren den Status des sozialen Außenseiters schließlich definitiv – und dieser »bürgerliche Tod« wird unbemerkt von den Medien wohl täglich hundertfach gestorben. Die populär gewordene Rede von der *Risikogesellschaft* (Beck) muß zukünftig folglich nicht nur mehr technologiepolitisch, sondern auch sozialpolitisch gelten.

Düstere Prognosen

Allzu große Hoffnungen, daß sich der Sozialstaat wieder auf seine ihm per definitionem zukommende Rolle besinnen könnte, bestehen solange nicht, wie das liberal-konservative Politikverständnis in Sachen Wohnungsbaupolitik exklusiv nur auf das Steuerungsinstrument des



Die idyllischen Zeiten sind vorbei

Foto: JOKER/Steußloff

Marktes zu rekurrieren in der Lage ist. Wo die amtierende Wohnungsbauministerin durch die propagierte Minimal-Option unbemerkt ihre eigene Rolle in Frage stellt, fordert die SPD-Opposition mittlerweile ein Wohnungsbauprogramm in zweistelliger Milliardenhöhe. Selbst hartgesottene Wirtschaftsjournalisten beschwören jetzt sogar wieder eine Renaissance des Genossenschaftsmodells im Wohnungsbau, während Bonn hingegen lieber über die Anschaffung des *Jäger 90* nachdenkt: Selten wohl war die Diskrepanz zwischen abgehobener Parteipolitik und gesellschaftlichen Notwendigkeiten größer als jetzt – ob in der Verkehrspolitik, in der Rüstungs- oder Wohnungsbaupolitik.

Die Folge solch skandalösen Staatsversagens liegt auf der Hand: Der Politik läuft der Wähler davon. Wo das nicht der Fall ist, grassiert – auch nicht besser – das *Schönhuber-* oder *Haider-*Syndrom. Offensichtlich hat man es in den maßgebenden Ministerien schon vergessen, daß eskalierende sozialpolitische Defizite in nuce die Krise der Demokratie schon in sich tragen: Das war 1933 so und ist, wie es das Erstarken der Rechtsextremen zeigt, heute nicht anders. Wo 2,7 Millionen Wohnungen fehlen und weit über

drei Millionen Menschen arbeitslos sind, kann es für den in Zusammenhängen denkenden Sozialwissenschaftler um die Zukunft der demokratischen Kultur eines Landes nicht besonders rosig aussehen.

Fehlt dem Bund also einerseits der politische Wille zur Behebung des Wohnungselends, so sind die Länder und besonders die Kommunen andererseits haushalts- und finanzpolitisch bei der Lösung des Problems schon lange überfordert. Sie als traditionell am wenigsten finanzstarke Gebietskörperschaft steht der faktischen politischen Verlagerung des Problems Obdachlosigkeit vom Bund auf die Gemeinden denn auch weitgehend hilflos gegenüber. Der finanzielle Ausstieg aus der Wohnungsbaupolitik impliziert damit faktisch eine gigantische Lastenumverteilung auf die Gemeinden, deren Gestaltungsspielraum für andere kommunale Politikbereiche dadurch noch mehr schrumpft. Solange ein grundlegend neuer sozial- und wohnungsbaupolitischer Kurswechsel in Bonn nicht in Sicht ist (der wohl auch nur über einen Regierungswechsel zu erreichen wäre), ist von den Betroffenen wie auch von den Kommunen als vor Ort zuständiger Verwaltungsinstanz ein gewisses Maß an Phantasie bei der Bewältigung des Problems notwendig.

Die Bandbreite unkonventioneller, aber wirksamer Maßnahmen in Form verschiedener Modellprojekte ist durchaus beachtlich und reicht vom Wohnungsbau mit tätiger Selbsthilfe der Betroffenen über Bildung von Wohngemeinschaften bis hin zur Bildung von neuen Baugenossenschaften.

Unterhalb dieser politischen Handlungsebene ist auch auf das sogenannte *Kölner Modell* hinzuweisen, das durchaus Schule machen könnte: Die Stadt kauft beispielsweise für Wohngemeinschaften Belegrechte von bestehenden Wohnungsgesellschaften auf, beschlagnahmt konsequent leerstehenden Wohnraum und springt bei Mietrückständen vorbeugend ein. Flankiert werden diese Maßnahmen durch eine gezielte und stadtteilorientierte Sozialarbeit, die die

möglichst schnelle Re-Integration von bereits Arbeits- und Wohnungslosen anstrebt. Auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege gehen ähnliche Wege, auch wenn ihr Arbeitsschwerpunkt häufig bei jenen rund 150 000 Menschen liegt, die als klassische Nichtseßhafte vielmals schon alle Hoffnung fahren ließen. Dabei steht zu befürchten, daß gerade diese Problemgruppe in den nächsten Jahren dramatisch wachsen wird.

Im Problem massenhafter Obdachlosigkeit und Wohnungsnot scheinen die aktuellen Tendenzen der Sozialstaatsentwicklung hin zur schleichenden Selbstliquidierung wohl am unverblühtesten auf. Sie sind die sinnbildlich auf den Kopf gestellte berühmte Spitze des Eisbergs, unter der sich noch ganz andere Dimensionen von »Neuer Armut« verbergen. Die Chancen, ihr mit einer wiederbelebten Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient, in Zukunft wieder besser beizukommen, müssen in Anbetracht der langfristigen finanziellen Folgekosten der deutschen Einheit als eher schlecht eingeschätzt werden. Auch ohne expliziten Rekurs auf das Marx'sche Klassenverständnis könnte sich in den nächsten Jahren also folglich ein neuer, eher pragmatischer Klassenbegriff z. B. der Stadtsoziologie zur Beschreibung sozialer Ungleichheit anbieten, der nicht mehr länger beim traditionellen politik-ökonomischen Paradigma von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ansetzt, sondern als Ausgangspunkt nimmt, ob jemand als wohnhaft, obdachlos oder nichtseßhaft zu gelten hat. Fast ist man geneigt, Konrad Adenauer zu zitieren: »Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?«

Literatur:

- K. A. Chasse/N. Preußner/W. Wittich: Wohnhaft. Armut und Obdachlosigkeit. Analysen – Modell – Perspektiven, München 1988
W. Wagner: Angst vor der Armut, Berlin 1991
D. Döring/W. Hanesch/E.-U. Huster: Armut im Wohlstand, Frankfurt/Main 1990
G. Vobruba (Hrsg.): Strukturwandel der Sozialpolitik, Frankfurt/Main 1990

GERD DE BRUYN

Tony Garniers sozialistische Stadtutopie oder: Sind Städte planbar?

Le Corbusier, der sich laut André Corboz ein Leben lang wie ein Raubtier benommen hatte, das gierig die historische und zeitgenössische Architekturtheorie und -praxis ohne Hinweis auf die Urheber verschlungen, zu Eigenem umgearbeitet und derart »seine Muskeln gestärkt und sein Blut gereinigt hat«, dieser Le Corbusier machte zuweilen auch Ausnahmen und nannte ein potentiell Opfer beim Namen. So beispielsweise Tony Garnier, den 18 Jahre älteren Kollegen aus Lyon, dessen *Industriestadt* er in seiner 1922 erschienenen berühmten Schrift *Vers une Architecture* erwähnte.

Verdient hatte sich Garnier diese große Ehre mit seinem Entwurf einer erstaunlich konkret durchgestalteten und in über 160 Zeichnungen veranschaulichten Stadtutopie, die 1917 unter dem schlichten Titel *Une Cité Industrielle* veröffentlicht wurde. Über diese fiktive Industriestadt, die Garnier einen festen Platz in der Architekturgeschichte sicherte und den modernen Städtebau nachhaltig beeinflusste, bemerkte Le Corbusier: »Mag man sich auch das Urteil über die Gleichsetzung der Zonen bei dieser Stadt vorbehalten, so unterliegt man doch den wohltuenden Wirkungen der hier herrschenden Ordnung. Wo Ordnung herrscht, entsteht Wohlbefinden.«

Die Cité Industrielle

Tony Garnier wurde am 13. August 1869 als Sohn einer Industrienerbin und eines Textilzeichners in einem Arbeiterviertel von Lyon geboren. Trotz seiner Herkunft durfte der offensichtlich begabte Schüler mit 17 Jahren in seiner Heimatstadt ein Architekturstudium beginnen, welches uns heute durch seine auffallend lange Dauer erstaunt. Als 20jähriger wechselte er zur *Ecole Natio-*

nale des Beaux-Arts in Paris und studierte hier zehn Jahre von 1889 bis 1899. Die letzten drei Studienjahre waren dabei dem ehrgeizigen Versuch gewidmet, den begehrten Grand Prix de Rome in Gold zu erlangen, was ihm nach sechs Anläufen schließlich auch gelang.

Hier begann er mit den Planungsarbeiten für seine Stadtutopie – seine *ideale Industriestadt* –, die indes so ideal und wirklichkeitsfern von ihm gar nicht gedacht war. Und schon gar nicht ohne Ortsbezug!

Daß Garnier die Vision einer modernen Industriestadt in den gebirgigen Südosten Frankreichs und damit in seine Heimat verlegte, begründete er mit dem Hinweis auf vorhandene Rohstoffvorkommen und natürliche Energiequellen wie Sturzbäche, die sich zum Betrieb von Wasserkraftwerken stauen lassen. Auf diese günstigen Naturumstände reagiert der Lageplan der *Cité* mit der Verlegung des riesigen Industrieareals und des Bahnhofsviertels in ein zwischen Wasserkraftwerk und schiffbarem Fluß gelegenes Tal. Völlig abgetrennt hiervon, thront auf einem Plateau, nach Süden

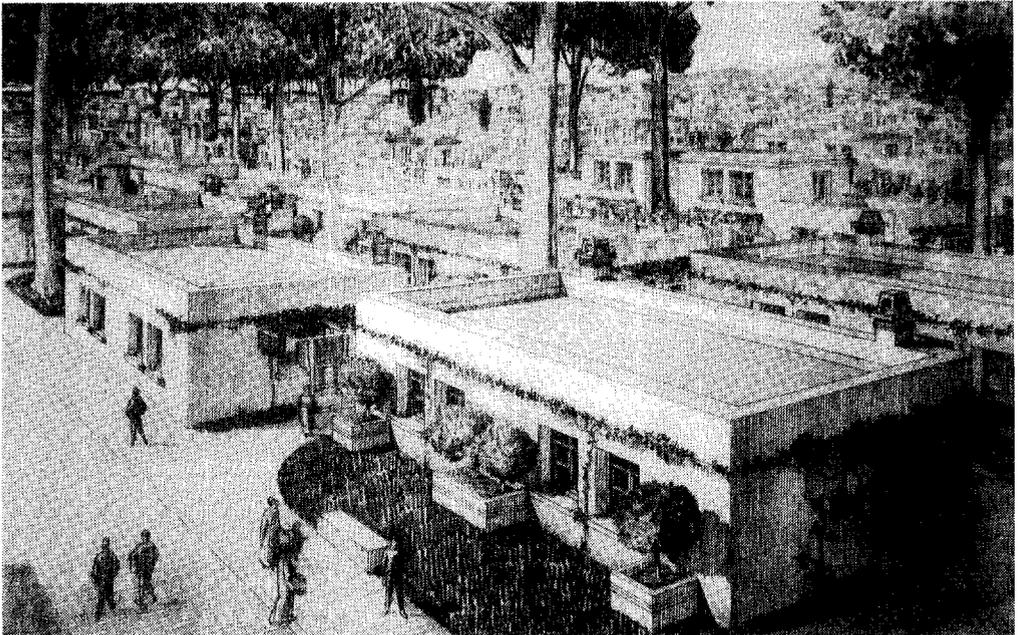
ausgerichtet, die Wohnstadt mit den öffentlichen Einrichtungen. Und etwas höher noch, am Sonnenhang gelegen, befinden sich großzügige Krankenhausanlagen. Garnier erklärte sein Schule machendes Konzept der Trennung städtischer Bereiche mit den knappen Worten: »Jeder dieser Hauptabschnitte (. . .) ist separat errichtet, um nötigenfalls eine Erweiterung möglich zu machen.«

Die sozialpolitische Konzeption

Fragen wir nach den Einflüssen, denen die *Cité* ausgesetzt war, so muß insbesondere das politische Klima Lyons erwähnt werden. Hier erschienen die ersten Artikel des utopischen Sozialisten Fourier, dessen gesellschaftsumwälzende Ideen Emile Zolas Roman *Travail* inspirierten, der vom Aufbau der Ansiedlung *Beauclair* berichtet, die wiederum als Vorbild der *Cité Industrielle* angesehen werden muß. *Travail* hatte 1900 in der Zeitung einen Vorabdruck erfahren und große Popularität in Lyon gewonnen, wo sich ein *Freundeskreis Emile Zola* gründete, dem auch Garnier ange-

Wohnviertel in der »Cité Industrielle«

Foto: Verlag Ernst Wasmuth



hört haben soll. Daß er den Roman gelesen hat, kann gar keinem Zweifel unterliegen, hat er ihm doch in seiner Stadt ein unübersehbares Denkmal gesetzt: Wichtige Zitate des Buches finden sich neben illustrierenden Abbildungen rund um den Portikus seines gigantischen Versammlungsgebäudes in Beton *gemeißelt*.

Die Verwandtschaft der literarischen Stadtutopie Zolas mit der architektonischen Stadtvision Garniers basiert zuallererst auf einem gleichlautenden Gesellschaftsmodell: dem *Syndikalismus*. Beide Male handelt es sich um genossenschaftlich organisierte Kommunen, die auf sozialisiertem Grund und Boden siedeln und durch ihre solidarischen Kooperationsformen sowie durch den Einsatz modernster Energiegewinnung und Produktionstechniken größte Effizienz gewinnen sollen. Dahinter steckt die Hoffnung, daß sich allein durch die Vorbildhaftigkeit einer solchen prosperierenden Modellstadt immer mehr Kommunen für das Genossenschaftswesen entscheiden, bis auf diesem gewaltfreien Weg erst der Kapitalismus beseitigt wird und schließlich auch der bürgerliche Staat seine Funktion verliert.

Gemeinschaftskult und absolutierte Öffentlichkeit

Tatsächlich sind nicht so sehr der technische Aufwand, die Energiegewinnung, die Produktionsabläufe und die gesamte Infrastruktur als das eigentlich Utopische der *Cité* anzusehen, als vielmehr ihr sozialrevolutionärer Gehalt. Dieser aber ließ sich nicht in allen Aspekten mit architektonischen und städtebaulichen Mitteln ausdrücken. So konnte Garnier die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden allein durch den konsequenten Verzicht auf trennende Elemente wie Mauern, Zäune und Abgrenzungen aller Art ins Bild bringen. Im Gegensatz hierzu war selbstverständlich die Beschwörung des solidarischen Stadtkollektivs durch Gemeinschaftsbauten um so leichter darstellbar.

Insgesamt bietet Garnier den 35 000 Bewohnern seiner kleinen Stadt über-

reichlich Möglichkeiten, in großen Gruppen zu diskutieren und sich gemeinsam zu bilden: Im Zentrum der Wohnstadt steht das schon erwähnte Gebäude für die Versammlungssäle – die eigentliche *Stadtkrone* der *Cité* – mit einem Saal für 3 000, einem für 1 000 und zwei weiteren Räumen für jeweils 500 Personen sowie etlichen Konferenzzimmern. Dieser monumentale *Gemeinschaftstempel* wird umsäumt von den städtischen Verwaltungsbauten, von einem Archivviertel mit dem stattlichen Bau für die historischen Sammlungen, einer Bibliothek und einem Ausstellungsgebäude, beide mit jeweils rund 4 000 m² Fläche versehen, sowie dem Haus für die botanische Sammlung. Das Sportviertel ist u. a. mit einem Fußballstadion, Tennisplätzen, einer monströsen *Schwimmoper* mit Massage- und Gymnastikräumen, einem Theaterbau für 1 900 Zuschauer und einer Freilichtbühne (dem Amphitheater!) ausgestattet.

Man möchte Julius Posener zustimmen, der für eine Kleinstadt wie die *Cité* das anspruchsvolle Angebot an Versammlungssälen und Bildungsstätten für übertrieben ansieht und beklagt, daß sich niemand in der Industriestadt eines eigenen Gartens erfreut. Aber es mangelt ja nicht nur an Haus- und Schrebergärten in dieser von Bäumen und Grünanlagen durchwirkten Stadt, es fehlen in Garniers Planung auch alle anderen halbprivaten und halböffentlichen Zwischenräume, die sich eine Bewohnerschaft spontan und weitgehend unbeobachtet aneignen könnte.

Einzig die Türschwelle markiert in der Industriestadt die äußerst schmale Grenze zwischen der Intimsphäre des Wohnens und dem öffentlichen Raum. Mit dem Schritt aus der Haustür steht man schon »draußen« auf einem Terrain, das allen gehört.

Rationalisierung der Planung

Beschäftigt man sich mit den immensen Industrieanlagen, verwundert zunächst, daß sie von Garnier vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wurden.

Gleichwohl lassen sich den wenigen Plänen einige Hinweise über den Produktionsablauf entnehmen, der als ein System folgerichtig organisierter Veredelungsstufen anzusehen ist: vom Rohstoff bis hin zu den hochentwickelten Endprodukten der Auto-, Eisenbahn- und Flugzeugfabrikation sowie der Schiffswerften. Den Funktionen dieses industriellen Netzwerks suchte Garnier mit einer streng linearen Anordnung der einzelnen Fertigungsabschnitte auf dem Fabrikareal zu entsprechen.

Schaut man sich daraufhin den Gesamtplan der Industriestadt an, so fällt auf, daß die von Garnier gewählte Organisation der Arbeitsvorgänge ein städtebauliches Strukturprinzip zu sein scheint, das nicht nur die Sphäre der Arbeit, sondern die *Cité* im Ganzen charakterisiert.

Letztlich findet sich das produktionslogische Raster der Fabrikanlagen in der gesamten Parzellierungsstruktur der Wohnstadt und des Bahnhofsviertels wieder. Planung wird derart zu einem den Stadtgrundriß rationalisierenden Vorgang, der sich in Analogie zu den industriellen Prozessen zu entfalten sucht. Le Corbusier hat dies sogleich erkannt. Im Zusammenhang mit seiner Erwähnung der *Cité* in *Vers une Architecture* schreibt er: »Im gegenwärtigen Wartezustand (der moderne Städtebau ist noch nicht geboren) müßten die Fabrikviertel von Rechts wegen die schönsten Bezirke unserer Städte sein, denn bei ihnen resultieren die Gründe für Größe und Stil (. . .) direkt aus der Problemstellung selbst.«

Die Schönheit und die wohltuende Wirkung, die Le Corbusier mit dem Grundriß der *Cité* verband, entspricht sicher eher der Friedhofsruhe, welche die Zeichnungen Garniers insgesamt ausstrahlen, als dem Charakter einer lebensfrohen Stadt.

Die Verknüpfung strenger Formvorgaben und serieller Ordnungsstrukturen mit der Vision eines Gemeinwesens, das lebensfähiger und kulturell vielgestaltiger sein soll als gewachsene Städte, ist nun freilich ein merkwürdiger Umstand, der es verdient, näher beleuchtet zu wer-

den. Zumal es sich bei Garnier ja keineswegs um einen Einzelfall handelt. Haben sich doch nicht nur die Idealstadtplaner seit der Renaissance, sondern genauso die Architekten der konkreten Siedlungsplanungen der zwanziger, fünfziger und sechziger Jahre zugetraut, vollgültig ausgestattete, geordnete und durchgestaltete Stadtgebilde entwerfen zu können, die nicht nur für funktionsfähiger und hygienischer als die herkömmlichen Städte angesehen wurden, sondern zugleich adäquate Heimstatt *glücklicher Gemeinschaften* sein sollten. Was aber dieses *Glück* ausmacht, das glaubten diese Planer ebenso festlegen zu können, wie fast sämtliche Lebensvollzüge der Bewohner ihrer Städte.

Die *Stadt aus einem Guß*, welcher der Anspruch auf eine lückenlose Planung innewohnt, die sowohl den Bauwerken wie auch dem Gesellschaftskörper gilt, ist nicht einfach nur Ausdruck einer übertriebenen planerischen Fürsorge, die restlos einer humanen Gedankenwelt entspringt. Zwar haben die Planer zweifellos stets nur das *Beste* gewollt (wie die Eltern mißratener Kinder), gleichwohl ist es sehr merkwürdig, daß sie derart unempfindlich waren gegenüber den Zwängen ihrer Planungen, die doch so radikal die Ansprüche des Individuums negieren. Muß nicht hinter solcher Blindheit eine den Architekten offensichtlich unbewußt gebliebene Macht vermutet werden, die mindestens ebenso wie ihre bewußten Intentionen aktiv an der Konzeption der Idealstädte und Reformsiedlungen mitgewirkt hat?

Auch Garniers *Cité Industrielle* bietet selbst in den Aspekten, die mit den Zielen einer aufgeklärten Vernunft voll in Einklang zu stehen scheinen, das Beispiel einer Rationalisierung unbewußter Wunschvorstellungen. Der urbane Außenraum ist hier zum Gefäß einer Gemeinschaft interpretiert worden, die in ihrer Gesamtheit derart familiär, intim und symbiotisch vorgestellt wird, daß den Individuen offenbar keine Möglichkeiten eigenständiger Formen der Lebensgestaltung geboten werden müssen. Eine solche stadtplanerische Verhinde-

zung von Rückzugsmöglichkeiten, von spezifischen Gruppen- und Milieubildungen, die unterstützt wird von der Abschaffung der sozialen Klassen und Schichten, der Besitzunterschiede und der Religionszugehörigkeiten – es gibt in der ganzen *Cité* keine einzige Kirche –, eine solche gesellschaftliche Indifferenz ist, selbst wenn sie unter Aufbietung aller planerischen Intelligenz zustandekommt, Ausdruck einer gewaltigen Regression.

Wir dürfen spekulieren, daß ein Konzept wie die *Cité Industrielle* Resultat eines Rivalitätskonfliktes ist mit höchst befriedigendem Ausgang für den Planer. In der Industriestadt wird die Not, die *ideale Stadt* mit anderen Menschen teilen zu müssen, in die Tugend einer solidarischen Gemeinschaft umgebildet, in der, wie es ja das Genossenschaftsmodell vorsieht, niemand benachteiligt wird, aber auch keiner aus der Masse der Bürger herausragen darf. Das »Gleichheitsdiktat«, welches der Planer in der Idealstadt aufrichtet, tarnt sich mit der realitätsfernen Vision eines in seinen Bedürfnissen restlos übereinstimmenden Kollektivs.

Der sozialen Uniformität der utopischen Städte entsprechen auf seiten der Architektur rationale Grundrißoperationen, die sich – ob nun als Stadt- oder Wohnungsgrundrisse – beliebig reihen und miteinander kombinieren lassen. Und ausgerechnet diese stupiden Strukturen, die auch den Gesamtplan der *Cité* auszeichnen, empfand der vielleicht kreativste Architekt seiner Generation, Le Corbusier, als wohltuend. »Wo Ordnung herrscht, entsteht Wohlbefinden«, urteilte er, und es scheint mir auf der Hand zu liegen, daß er damit nicht das Wohlbefinden der fiktiven Bewohnerschaft der Industriestadt im Auge hatte, als vielmehr das ihres Planers und anderer *Stadtvisionäre*. Sie alle witterten in der Handhabbarkeit und Universalisierbarkeit des Rasters eine grandiose Chance, ihre Idealstädte so groß wie den Globus selbst gestalten zu können und damit ihre Omnipotenzgefühle schier bis ins Unendliche zu steigern.

Sind Städte planbar?

Solange diese größenwahnsinnigen Projekte nur auf dem Papier standen, taten sie ja keinem weh – umgesetzt in Großwohnanlagen und Trabantenstädte mußte sich mit dem, was von der Utopie im gebauten Zustand übrigblieb, nun auch eine konkrete Bewohnerschaft auseinandersetzen. Deren Mißbehagen stieg mit der Dimension und vor allem mit dem Grad der Verdichtung der Siedlungen, die sich in den sechziger Jahren zu monströsen Wohnsilos auswuchsen und darum auch nicht lange auf einen so wortgewandten Kritiker wie Alexander Mitscherlich warten mußten. Dieser ermahnte die Architekten dazu, sich gegenüber den psychischen Bedürfnissen der Bewohner zu öffnen und ihre Wünsche nach einer differenzierteren Umweltgestaltung zu beachten. In der Hauptsache aber machte er das Konzept der Entmischung städtischer Funktionen, das in Garniers Industriestadt seinen spektakulären Auftakt erlebt hatte und in der Charta von Athen festgeschrieben wurde, verantwortlich für die Monotonie der Trabantenstädte und das wachsende Aggressionspotential insbesondere ihrer jugendlichen Bewohner.

Ausgehend von der Erfahrung, daß »die Grenzen der planerisch lebendigen Durchdringung von Umwelt und Lebensvorgängen (. . .) enger gesteckt zu sein (scheinen), als es jener Planungsoptimismus glaubte, der die Planung in den letzten hundert Jahren getragen und durchgesetzt hat«, bemühten sich in den siebziger Jahren selbstkritische Städtebauer wie *Thomas Sieverts* um neue planungstheoretische Ansätze, die auf »ein Überdenken des Verhältnisses von planender Steuerung von außen und Selbstregulierung von innen« zielten. Stadtplanung wurde nicht mehr als ein versorgungs- und bedürfnistechisch optimierbares System baulicher Maßnahmen angesehen, das den Bürger bevormundete und in seinem Aktionsradius immer stärker einschränkt, sondern als ein sich aus dem Zusammenspiel von Planerwissen und Nutzerbedürfnissen zusammensetzender Prozeß.

Aus dieser einleuchtenden Forderung erwuchs freilich die Frage, ob denn der oftmals langwierige Selbstbestimmungsprozeß betroffener Bürger in administrative Planungsvorgänge, die stets durch politische Optionen, Zeit- und Kostenrahmen stark eingeengt sind, überhaupt zu integrieren ist. Folglich favorisierte man den Gedanken, daß die Städtebauer vermehrt unbestimmte *Spielräume* für einen nicht in allen Aspekten vorhersehbaren Entfaltungswillen der Bürger in ihre Entwürfe einplanen sollten, statt weiterhin städtebaulich lückenlos durchgebildete Endprodukte in die Welt zu setzen. Wie aber solche *offenen Aneignungsräume*, deren konkrete Funktionen noch unbekannt sind, innerhalb städtebaulicher und architektonischer Konzepte *gestalterisch* ausgewiesen werden können, scheint bis heute ein ungelöstes Problem.

Warum dies so ist, mag ein Vorwurf erhellen, den *Gerd Albers* jüngst gegen die Entwürfe von Architekten für städtebauliche Planungen erhob, »in denen die Stadt wie eine vergrößerte Architektur behandelt (wird), als gäbe es ein festes Bauprogramm und einen Bauherrn mit einheitlicher Willensbildung«. Tatsächlich ist ja ein fundamentaler Unterschied zu machen zwischen der eher »abstrakten« *Stadtplanung*, die »als das kontinuierliche Bemühen um die Lenkung von Veränderungskräften zu definieren (ist)«, und den konkreten Aufgaben der *Architektur*. Der Städtebauer schwebt zwischen diesen beiden Sphären, unterliegt aber recht leicht der Verführung, seine gezeichneten Pläne so anzulegen, als müßten diese prinzipiell und jederzeit in spezifische architektonische Körper umgedeutet werden können. Damit wird er aber dem stadtplanerischen Aspekt – der Veranschaulichung von Veränderungskräften – nicht gerecht.

Durch die gewohnheitsmäßige Interpretation der Stadtplanung mit den Mitteln der Architektur hat ein spezifischer Aspekt der Stadtutopie bis heute im Städtebau überleben können: die Präformierung des städtischen Lebens mit einer architektonisch viel zu präzise ope-

rierenden Planung. Der Zementierung des sozialen Diktats in Garniers Idealstadt durch eine detaillierte Bauplanung entspricht in unseren alltäglichen Planungsprozessen die Einschränkung der Selbstentfaltungschancen der Bürger ebenfalls durch ein Zuviel an architektonischen Festlegungen. Hinzu kommt, daß in Planungen, die mit dem Grad ihrer Konkretion den Faktor Zeit ignorieren, Strukturwandelprozesse aller Art nur durch Umnutzung und Abriß der verbauten Flächen durchsetzbar werden.

Die unvollständig determinierende Planung

Dieselbe Architektur, die ein Gebäude den individuellen Bedürfnissen des Bauherrn flexibel anzupassen weiß, verwandelt sich auf dem Feld der Stadtplanung, das genauso von vagen Spekulationen wie von konkreten Interessen beherrscht wird, zu einem starren Ordnungsinstrument. Werden nämlich einige der planerischen Vermutungen durch ihre architektonische Umsetzung definitiv, so sind damit automatisch bestimmte Veränderungsprozesse für die Zukunft eines solchen Planungsgebietes behindert oder gar ausgeschlossen. Und dies ist sicher nur in wenigen Fällen begrüßenswert. Es gilt daher die Regel: Kann und sollte ein Einzelbauwerk als ein vollständig die Bedürfnisse der Nutzer integrierender Entwurf angelegt werden, ist hingegen der Städtebau gehalten, den unkalkulierbaren Faktoren städtischer und regionaler Entwicklungen durch eine *unvollständig determinierende Planung* gerecht zu werden.

Planung, verstanden als ein *offenes System*, kann sich nicht darin erschöpfen, die Entfaltung selbstbestimmter Prozesse mit flächenmäßig exakt ausgewiesenen Leerstellen im Bebauungsplan garantieren zu wollen. Vielmehr muß sie die wesentlichen sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungskräfte in ihrer Tendenz erfassen und im Nebeneinander, in Überlagerungen und Durchdringungen mit bestehenden Strukturen absichtsvoll verknüpfen.

Kontrovers

NORBERT SEITZ

Die Chuzpe des linken Randes

Chuzpe nennt man im Jüdischen das Plädoyer des Elternmörders, Freispruch für die entstandene Vollwaisenschaft zu fordern. Die gewöhnlich für bierernst und defätistisch gehaltene Linke taugte bislang wenig zur Chuzpe. Die Umwälzungen dieser Tage scheinen freilich auch vor diesem Status quo nicht Halt gemacht zu haben.

Gemeint sind damit besonders wendige ehemalige Linkssektierer aus dem Alt- oder Nach-68er-Milieu, zumeist Uni-Kommunisten aus den 70ern, die sich zumindest vorübergehend eine politische wie publizistische Spielwiese verschafft haben, sei es bei der TAZ oder KOMMUNE, den GRÜNEN wie in grassierenden Osteuropa-Zirkeln. Man sollte sie nicht überschätzen oder gar dämonisieren, dazu gibt es ihrer viel zu wenige, zumal sich unter ihnen keine ernstzunehmenden Arthur Koestlers oder Manes Sperbers, André Glucksmanns oder Bernard Levys befinden. Und doch betätigen sie sich in diesen chaotischen Zwischenzeiten unüberhörbar als agitatorische Mitmischer und Abrechner, ganz wie sie in den 70ern Studenten nach ihren Megaphonen tanzen lassen wollten.

Nun, der pure Meinungswandel oder Frontwechsel reicht gewiß noch nicht zum schwer definierbaren Sachverhalt von Chuzpe. Hinzu tritt eine pffiffig bis unverschämte Durchhaltermoral oder Überlebensmeisterschaft, die es versteht, die eigene Großartigkeit hin und wieder neu einzukleiden und die alten Schürfwunden als moderne Schönheitskosmetik zu überpinseln.

Die Rede sei vom elenden Spiel gestrandeter Westlinker mit der osteuropäischen Dissidenz und Intelligenz. Deshalb nenne ich es Chuzpe:

- wie sich manche Ex-Linke doch noch auf die Seite der historischen Sieger gemogelt zu haben scheinen;
- sich über ihre oppositionellen Ostkontakte einen Ausweis der moralischen Überlegenheit gegenüber dem blutbefleckten Rest der Welt auszustellen versuchen;
- und an den Rockschöen intellektueller Protagonisten im Osten ihren elitären Anspruch auf Politik gleichsam historisch untermauern möchten.

Eugen Kogon hat einst in dieser Zeitschrift das Recht auf den politischen Irrtum formuliert. Im

Zeichen der *Stasi*-Hysterie erinnerte Rita Süsmuth jüngst daran. Jenen Linkskonvertiten oder *Ewig-Moralos*, die im Westen gescheitert und im Osten neusatteln, möchte man jedoch nicht nur mit Kogon das Recht konzederieren, daneben gelegen zu haben, sondern auch mit Karl Kraus die Pflicht abverlangen, vor die Öffentlichkeit zu treten und endlich zu schweigen -, denn: Gesinnungsmoral ist früh-totalitär so abstoßend wie spät-republikanisch.

Das elende Spiel mit den Ost-Intellektuellen

Bis vor kurzem waren viele freudig erregt darüber, daß während der »sanften Revolution« in Osteuropa Intellektuelle endlich das erreicht zu haben schienen, wovon gestrandete Linke im Westen nur träumen konnten. Unter dem verunglückten Titel von »Antipolitik« luden sich György Konrad und Vaclav Havel – gewiß nicht freiwillig – eine altlinke Kundschaft auf, die über das Exempel des revolutionären Ostens den maroden Westen gleich mitsanieren wollte.

Bezeichnend, daß hierzulande »Antipolitik« schon wie eine säkulare Botschaft zur historischen Ablösung des klassischen Berufspolitikerturns und seiner seit jeher gesinnungsmoralisch befehdeten Realpolitik gefeiert wurde. Und dies, obwohl Konrad darunter nur eine »Rolle als Außenseiter, als Analytiker« und nicht als »Aktivist« versteht, und es bei Havel eher wie ein sympathisches Eingeständnis seines unkonventionellen Politikerdaseins klingt – »Ich mache Politik wie ein genialer Spielverderber«.

Der westliche Vereinnahmungsversuch im revolutionären Osten scheiterte jämmerlich, vor allem die Vorstellung, die zivilen Tugenden der oppositionellen Notnische zum Modell einer neuen politischen Klasse zu erheben bzw. über den Runden Tisch auch reinen Tisch zu machen mit der seit je so bekämpften politischen Klasse. Es gehörte schon ein gerüttelt Maß an Unverfrorenheit dazu, die »sanfte Revolution« und ihre großartigen Havels und Konrads, Dinescus oder Geremeks, Michniks oder Mazowieckis in das altlinke Erwartungsnetz einer Totalintellektualisierung von Politik einzspannen zu wollen. Dabei glich der intellektuelle Anspruch auf die politische Macht einem arrogan-

ten Überlebensversuch nach der historischen Hinfälligkeit von sozialistischen Systemmodellen.

Doch als viele Alt-Linke sich bei Havel die Zukunftsliturgie besorgen wollten, reagierte dieser mit nüchterner Gegenwartsprosa – und wollte in die NATO eintreten! Bis dahin hatten Teile der ehemaligen Linken geglaubt, sich über den Schleichpfad der semantisch so schillernden *Civil Society* doch noch in den diffusen Massenblock des Anti-Stalinismus retten zu können. Dies versprach eine im Westen selten erlebte legitimatorische Behaglichkeit und zudem das Gefühl, sich doch noch auf die Seite der historischen Sieger gemischt zu haben. Überdies versprach die neue Entwicklung im Osten enorme Schadenfreude für die im Westen so arg gekränkte Sektiererseele: Die Sozialdemokratie endlich einmal so klein und kümmerlich erleben zu dürfen, wie man sich das im Westen immer gewünscht hatte!

Die Rechthaberei mit den Ost-Dissidenten

Seit dem realsozialistischen Niedergang bläst sich jene Szene in alter Rechthaberpose auf und ernährt sich am Legitimationstropf ihrer oppositionellen Ostkontakte. Aus der Berufung auf »Solidarność«, »Charta 77« u. a. ist ein perfides *Survival*-Programm einer historisch abgehalfterten altlinken Szene geworden. Dabei gipfelt ihre ewige Rechthaberei dieses Mal in der Annäherung, man habe im Osten nur die »guten« Menschen – von Adam Michnik bis Bärbel Bohley – zu kontaktieren brauchen, um das Krachen der realsozialistischen wie weltpolitischen Fundamente vernehmen zu können. Daß hier eine stets an der Wirklichkeit gescheiterte Szene plötzlich doch noch ihren politischen Empirieschein nachliefert, kann man nur begrüßen. Leider ist daraus jedoch ein Rechtsanspruch auf Abrechnung geworden.

So scheint mittlerweile das gesamte politische System des Westens in Mithaftung gegenüber der osteuropäischen Dissidenz genommen zu werden. Vom Richterstuhl jenes moralischen Rigorismus aus wirkt der Rest der Welt wie ein einziger Schuldzusammenhang, der zum großen Reinemachen berechtigt:

- Da wird der gesamten *politischen Klasse* im Westen der Prozeß gemacht, weil sie das übersah, womit sich jene brüsten: die angeblich erkennbaren Frühwarnsignale des postkommunistischen Endes rechtzeitig erkannt zu haben.
- Da wird der *Rechtsstaat* an den Pranger gestellt, weil er angeblich keine materielle Ge-

rechtigkeit herzustellen imstande sei, die SED nicht als terroristische Vereinigung und Honecker nicht wie einen gewöhnlichen Kriminellen behandeln kann oder keine *rumänischen* Lösungswege vorsieht.

- Da soll die gesamte westliche *Realpolitik* überholt werden, weil diese im Namen der Ostpolitik nur Kumpaneie gegen die Opposition getrieben habe und dadurch historisch diskreditiert worden sei.
- Schließlich soll noch die *Sozialdemokratie* neben dem Poststalinismus in den historischen Orkus wandern, weil ihre Prinzipien durch den Realsozialismus entwertet worden seien.

Dagegen wird »Bürgerrechtspolitik« zum kategorialen Oberbegriff einer neuen (Anti- oder Anti-Real-)Politik stilisiert. Thomas Schmid hat im KURSBUCH darauf aufmerksam gemacht, wie bei der Verwendung von Begriffen wie »Bürger-Gesellschaft«, »Bürger-Forum« oder »Bürger-Bewegung« sprachlich zusammenwachsen soll, was politisch nicht zusammengehört. Avantgardistische Termini wie *Bewegung* verschafften sich durch das plebiszitäre Präfix *Bürger* ein wohlthuendes Feeling von Normalität und Mehrheit: »Avantgarde bleiben, Mehrheit werden, Normalität untergraben, zugleich aber deren Früchte genießen«. Die Chuzpe des linken Randes könnte nicht besser beschrieben werden!

Der Gesinnungskrieg um die Ostpolitik

Beginnen wir ausnahmsweise nicht in Tutzing 1963, sondern bei Paul Sethe 1966, ein Jahr vor seinem Tod und kurz vor Bildung der Großen Koalition. *Öffnung nach Osten* hieß die letzte große Botschaft jenes vielleicht bedeutendsten konservativen Kritikers Adenauers, der wegen seiner Gegnerschaft 1955 aus dem FAZ-Herausgebergremium hinausgeekelt worden war. Sethe wurde gerne als *links* oder *linksliberal* bezeichnet. In Wahrheit hielt er sich selbst für einen klassischen Konservativen, der Adenauers antikommunistische Verbohrtheit als außenpolitisches Unglück anprangerte. Im Gegenzug plädierte er für eine »staatsräsionale«, eher gaullistisch orientierte Politik. Adenauer war nach Ansicht Sethes im Schlepptau des frommen Puritaners John F. Dulles vom Tugendpfad einer staatsräsionalen Außenpolitik abgekommen und statt dessen im ideologischen Gestrüpp einer manichäisch angelegten Weltpolitik gelandet, die sich als »Kampf zwischen Gut und Böse« oder zwischen Freiheit und Kommunismus verstand. Selten habe der Außenminister eines großen Staates das *Wesen*

der Außenpolitik so verkannt wie Dulles. Mit einer staatsrationalen Politik verband Sethe eine aktive Wiedervereinigungspolitik, die zur Voraussetzung haben sollte, »daß auch das staatliche Interesse, die staatlichen Wünsche der Sowjetunion erwogen würden«.

Ohne den Gedanken einer Abtrünnigkeit Adenauers vom klassischen Pfad einer konservativen Außenpolitik ist die Ost- und Entspannungspolitik wohl nicht zu begreifen. Stieß sie nicht gerade in jene konservative Leerstelle? Erinnern wir uns daran, wie Golo Mann, noch lange vor seiner Unterstützung für Strauß, der Brandtschen Ostpolitik sogar Bismarcksche Züge bezeugte, obwohl sie sich ihrem Selbstverständnis nach natürlich nicht nur auf die Einhaltung der Staatsraison bezog.

Die Ostpolitik war ambivalent – kein Zweifel. Wenn Egon Bahr nunmehr auf die Frage, ob sie *subversiv* angelegt war, mit einem klaren, jungfräulich uneingeschränkten Ja antwortet, dann ist dies, als wenn die Chuzpe des linken Randes jetzt auch die Veteranen der Ostpolitik erfaßt hätte. Anders gesprochen: die Antwort ist ebenso kühn wie die Behauptung der Gegenseite, die *Détente* habe der DDR-Opposition nachhaltig geschadet.

Der häßliche Streit um die Ostpolitik ist längst ein allzu durchsichtiger Stellvertreter-Gesinnungskrieg mit ewigen Rechthabern, vielen Kronzeugen und alten Rechnungen. Die TAZ betätigt sich seit Wochen in Sachen Ostpolitik wie eine ideologische Treuhandanstalt zur endgültigen Abwicklung der Sozialdemokratie.

Für *Matthias Geis* ist die Entspannungspolitik ein »Skandal«, weil sie mit einer »flächendeckenden Ignoranz gegenüber den Bürgerrechtlern« einherging (TAZ, 21. 2. 92). Er widerspricht jedem Versuch, das glückliche revolutionäre Ende der Epoche mit jener Politik in Zusammenhang zu bringen: Das Volk vom Oktober 1989 habe sich nicht nur vom alten System, sondern auch von den etatistischen Spielregeln der Ostpolitik emanzipiert: »Mit keiner noch so gewieften Interpretation läßt sich die epochale Bruchlinie verkleistern, die die Phase etatistischer Normalisierungspolitik vom gesellschaftlichen Aufbruch des Herbstes '89 trennt.« Schließlich knüpft der Autor die ostpolitische Glaubwürdigkeit an die Existenzbe-



Bohley bei Gauck

Foto: dpa/Kumm

rechtigung der Partei: Die historische Entwertung des »eigentlichen Beitrags zur deutschen Nachkriegsgeschichte« nehme »identitätsbedrohliche« Konsequenzen an. Nur Willy Brandt wird eine »brachiale Korrektur« bescheinigt – »die überschlaue Wende aufs nationale Gleis«.

Auch *Christian Semler* spielt in seinem Artikel »Fetisch Stabilität« (TAZ, 20. 2. 92) die revolutionären Vorgänge gegen die SPD aus, indem er mit »ein paar Konstanten sozialdemokratischen Denkens« abrechnet: dem in Dekaden angelegten Zeithorizont, der Vorstellung einer schrittweisen Evolution wie des Prozesses des gesellschaftlichen Wandels und seiner Stufenfolge, bis hin »zur Abneigung in Kategorien der Krise, ja der Revolution zu denken« – kommt einem diese Diskussion nicht irgendwie bekannt vor? Werden hier nicht alte Schlachten auf neuem Terrain geschlagen?

Den Gipfel erklimmt aber *Ulrich Hausmann* (TAZ, 14. 4. 92), der am Beispiel der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine »geistige Nähe der SPD zum Kommunismus« behauptet, und das Ende der tragenden Idee der sozialen Gerechtigkeit eingeläutet sieht: »Mit dem Zu-

sammenbruch des Kommunismus ist auch die Idee der Gerechtigkeit als eine neben der Freiheit gleichberechtigte konstitutive Idee gescheitert. . . Man kann es auch anders sagen: Die Menschen in Osteuropa optierten für die Freiheit – ohne Wenn und Aber«. Auch hier hat ein gescheiterter Altlinker in neuer Montur nicht aufgehört, an der Wirklichkeit zu scheitern. Man möchte sich den Freiheitshelden Hausmann nicht bei der Verbreitung seiner Thesen im Kreise ostdeutscher Arbeitsloser vorstellen!

Cora Stephan dreht in ihrem jüngsten Buch »Wir Kollaborateure« die Tatsachen, wenn sie das eigentliche Ärgernis der Debatte um die Ostpolitik in der »linksliberalen und sozialdemokratischen Intransigenz und Angst vor der Neubewertung einer vormals für unabdingbar gehaltenen Politik« sieht. Mehr sei ja gar nicht verlangt, fügt sie in Klammern hinzu, was angesichts des vorangestellten starken Tobaks ja wohl nicht ernst gemeint sein kann.

Nach der bellizistischen Golf-Partie gegen den Popanz Pazifismus ist »Ostpolitik« zur Chiffre für das nächste Abrechnungsmanöver gegen die »linksliberale Intelligenz« geworden. Dieser wird mittlerweile sogar unterstellt, sie habe an die DDR Hoffnungen auf einen »dritten Weg« verschwendet und deshalb das Unrechtsregime billigend in Kauf genommen.

War nicht für ein liberales Verständnis vom Linkssein gerade eine Totalabsage an jedes Systemmodell von Sozialismus konstitutiv?

Haben sich nicht jene *linksliberalen* Linken von jenen Ex-Linksradikalen vor nicht allzu langer Zeit noch als *Scheißliberale* beschimpfen lassen müssen, gerade weil sie auf ein sinnloses, allumfassendes Konzept einer sozialistischen Gesellschaft verzichteten; statt dessen wurde ihr Linkssein doch als modische oder schicke Attitüde und bestenfalls als sozialer Tugendkatalog stigmatisiert.

Große Teile der linksliberalen Intelligenz pflegten mit dem *Prager Frühling*, der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung oder dem schwedischen Wohlfahrtsstaat zu sympathisieren. Die üble Nachrede von einem linksliberalen *Traum*, die DDR möge oder könne sich zu einem reformfähigen Modellstaat entwickeln, weswegen sie schonend zu behandeln gewesen sei, grenzt an die denunziatorische Gebetsmühle eines Gerhard Löwenthal aus den frühen 70er Jahren.

In Wahrheit hat die angegriffene linksliberale Intelligenz seit den 60er Jahren eine *aktive* Deutschlandpolitik gefordert. Es sollte endlich Schluß sein mit dem bloß deklamatorischen Antikommunismus und einer ebenso verlogenen

wie restlos erschöpften Wiedervereinigungsphraseologie. Sollte nicht an die Stelle eines toten Symbolismus, der von Springers Gänsefüßchen bis zu Kiesingers »Phänomen« reichte, endlich wieder eine *aktive* Politik treten, für die Willy Brandt die klassische Formel geprägt hat: »Besser schlechte Beziehungen zur DDR als gar keine.«

Daß die Publizistin Stephan im »westdeutschen Medienstreit« gegen den »moralisch-linksliberalen Mainstream« ein schlechtes »moralisches« standing hat, geht aus ihrer »Aktienlage« hervor: Als im Frühjahr 1988 Freya Klier und Stephan Krawczyk unfreiwillig in die Bundesrepublik gelangten, wurden sie von Frau Stephan im Frankfurter PFLASTERSTRAND folgendermaßen »willkommen« geheißen: »Die deutsch-deutsche Teilung hat . . . schon ihren guten Sinn . . . Die DDR hat auch den Widerstand, den sie verdient, und ich möchte herzlich darum bitten, daß sie ihn gefälligst bei sich behält.« Mit Verlaub: Unfreundlicher als in diesem Text wird man heutzutage nur noch in Hoyerswerda empfangen!

Die Güstrow-Legende

Am Beispiel der etatistisch orientierten Ostpolitik wird nunmehr versucht, ihren »Menschenhändlern« eine moralische Bringschuld gegenüber der ostdeutschen Demokratiebewegung einzureden. Zum Argumentationsprügel gerät dabei die Güstrow-Legende gegen Helmut Schmidt – ganz in historischer Anlehnung an die Berlin-Legende gegen Adenauer. Wo 1961 Adenauers *Kommen*, hätte 1981 Schmidts *Gehen* erfolgen müssen. Erinnerung sei an den Mauerbau im August 1961, als der eherne Kanzler nicht sofort zur trostspendenden Visite vor Ort erschien und viele Berliner sich deshalb von Bonn verraten fühlten. Übrigens kann nicht verwundern, daß Paul Sethe gegen jene Berliner Verratslegende argumentiert und Adenauers spontanes Fernbleiben nach dem Mauerbau als eines seiner wenigen großen »staatsrationalen« Verdienste würdigt: »Er fürchtete, daß seine Anwesenheit in Berlin in diesen Tagen ungeheurer Erregung bei der Bevölkerung der DDR einen Ausbruch des Unwillens und damit unabsehbare Verwicklungen mit sich bringen könnte.«

Güstrow wird zum Kennwort der entspannungspolitischen Ignoranz gegenüber der osteuropäischen Dissidenz stilisiert. Jene Oppositionellen sind gewiß berechtigt, an symbolische Defizite zu erinnern, kaum aber viele ihrer westdeutschen Freunde, die zumeist die veräümelte Symbolik nicht *in Ergänzung* zur, son-

dern *anstelle* von Politik einklagen. Eine angeblich wahrhaftigere, ja »existenziell« genannte Politik entpuppt sich dabei als impotenter Symbolismus, der jenem Kranzniederlegungs- und Dauerversöhnungsverständnis von realsozialistischer Politik typmäßig nicht unähnlich ist.

Die Güstrow-Legende gegen Schmidt ist so falsch wie die Berlin-Legende gegen Adenauer. Daß der erste Kanzler trotz seines »gewissenhaften« Handelns sein Berlin-Trauma übrig behielt, bewertete Paul Sethe als »eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der Psychologie der deutschen Massen«.

Die vielgepriesene Bewegung »bewegt sich nicht« – um mit Wolf Lepenies zu reden! Und die bewegungspolitisch orientierte Generalatlacke auf die politische Klasse – auch eine altlinke Marotte! –, bleibt nach wie vor Ausdruck eines anti-etatistischen Primitivreflexes von bislang zukurzgekommenen Politmilieus. Die alte 68er-Fehde gegen das *Establishment* hat sich längst in den anti-bürokratischen Populismus neueren Datums hinübergerettet. Hier sitzen die Bewegungsorientierten am Stammtisch mit Jörg Haider und Erwin K. Scheuch.

Wer Politik bislang nur aus dem Bauchladen seiner Kampfanekdoten, Geschichtslegenden und Generationskonflikte verstand, wird für die ostpolitischen Paradoxien und Ambivalenzen, ihre Verdienste und Versäumnisse, Phasen und Fraktionen keine differenzierte, geschweige denn gerechte Beurteilung finden.

Freiheit statt Sozialismus

Die Auseinandersetzung um die alte Ost- und Entspannungspolitik droht sich zu einem ideologischen Flächenbrand auszuweiten. Eine nüchterne Neubewertungsdebatte hat keine Chance. Während die unter Druck geratenen *Reals* immer mehr dazu neigen, exkulpatorische Blankoschecks auszustellen, holen die *Moralos* immer weiter rechts aus und reißen alte Tabuschränken nieder. Eine immer zahlreicher werdende Gruppierung von Altlinken orientiert sich außenpolitisch rückblickend an Adenauers Antikommunismus, ohne darin einen Prinzipienverrat zu sehen.

Hier sei an jenen vermutlich wegweisenden Kommentar erinnert, den der Kolumnist *Wolfgang Pohrt* im Januar 1982 zum Putsch in Polen in KONKRET und KUCKUCK veröffentlichte. Was der ehemalige SDSler hier mit Horkheimer im Tornister an Außenpolitik einklagt, erlaube ich mir das »RAF-Kommando John Foster Dulles« zu nennen. So stellt Pohrt die Ostpolitik in eine Traditionslinie mit dem Hitler-Stalin-Pakt

und bescheinigt dem westlichen Antikommunismus, bei der Verteidigung der Freiheit gegen die kommunistische Sklaverei »nur einäugig, aber nicht blind zu sein«. Durch den propagandistisch organisierten Haß auf die sowjetischen Unterdrücker habe sich im Westen zu mindest temporär eine Ahnung davon entwickeln können, »was Freiheit wäre. . .« Das Pathos des freien Westens hätten gerade jene geprägt, die später im Westen als Kommunisten und Terroristen verfolgt wurden, »weil sie sich entschlossen hatten, die Propagandaphrase beim Wort zu nehmen«.

Pohrt kann sich Außenpolitik offenbar nur als Befreiungskrieg vorstellen. Was wunder, daß er noch eine linke Lanze für die *roll-back*-Strategie des Kalten Krieges bricht, »in der Idole wie John Foster Dulles, Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy und sogar Konrad Adenauer den Ton angaben, und wo jenes moralische und intellektuelle Potential (entstand), welches Adorno lesen, vom Vietnam-Krieg hören und dann tötlich werden konnte«.

Ostpolitik war zumeist grundsolide konservative Diplomatie. Fundamentalistische Heißluft, ihr nunmehr etwas »SPD-Wesenhaftes« nachzureichen: sei es mit einer Verratslegende oder durch den vulgäradornitischen Griff in die antiautoritäre Kiste: den Bezugsparteien des »autoritären Arbeiters« eine quasi natürliche Nähe zueinander zu bescheinigen, die in der Ostpolitik ihren praktischen Niederschlag gefunden hätte!

Ein alter, im Westen jäh gescheiterter Gesinnungsmoralismus erfährt seit geraumer Zeit den Status eines Kriegsgewinners beim Niedergang des real existierenden Poststalinismus. Bloße Feindfixierung und eine selbstgerechte Aufrechnungsmentalität sind gefragt bei der täglichen Enttarnungsflut und versprechen ein agitatorisches Mitmischen in unsicheren Übergangszeiten, wo Einkehr, Selbstbefragung und reservierte Nachdenklichkeit geboten wären.

Kein Zweifel, die demokratische Linke muß nicht im Büßergewande durch den Hintereingang schleichen; wenn es gleichwohl eine Haltung gibt, der man in Sack und Asche zu gehen wünschte, dann jener Rechthaberei und Gesinnungsmoral, die nunmehr unter dem diffusen Etikett des »Antistalinismus« ihre alten Kämpfchen austrägt, obwohl ihr Denken selbst eine totalitäre Altlast darstellt.

Walter Benjamin sprach einst von den Siegern der Geschichte, die nicht aufgehört hätten zu siegen. In Anlehnung daran müßte man von den ewigen Rechthabern sprechen, die nicht aufgehört haben, recht zu haben.

Michael Walzer und der Universalismus

Naturrechtliches Denken hebt ab vom Unterschied zwischen Rechtswirklichkeit und Rechtswahrheit. Indem es geltendes positives Recht an der von ihm beanspruchten Wahrheit seiner Geltung – der Idee der Gerechtigkeit – mißt, überschreitet es bereits die Begrenztheit menschlicher Rechtssetzungen und hält deren Geltung in der Schwebe. Damit tritt zugleich die ureigenste Intention naturrechtlichen Denkens zutage: Widerstand aufzubieten gegen jede sich auf geltendes positives Recht berufende Willkür von Menschen gegen Menschen. Ein Widerstand, zu dem wir jedoch nur in der Lage sind, insofern wir die Gerechtigkeit bereits *metaphysisch* verbürgt sehen, d. h. der Natur selber schon Rechtsfähigkeit zutrauen. Mithin leisten wir diesen Widerstand auch weniger in utopistischer, das Reich der Gerechtigkeit herbeizwingender Hinsicht, als im Vertrauen auf die moralischen Wahrheiten, die in unseren Gewohnheiten und Ülichkeiten verkörpert sind; Wahrheiten, die, wie sich nur allzuoft zeigt, von den geltenden positiven Gesetzen wie der herrschenden politischen Praxis systematisch verletzt werden.

Eine Gesellschaftskritik nach naturrechtlicher Maßgabe begnügt sich daher, anstatt neue ethische Grundsätze zu erfinden, damit, die Menschen auf ihre je eigenen moralischen Prinzipien zu verweisen; ihr einziges Geschäft ist die Aufdeckung und Anprangerung von Heuchelei. Eben einer solchen Gesellschaftskritik hat sich der amerikanische Sozialphilosoph Michael Walzer verschrieben, wenn er unsere Wahrnehmung für all die Abweichungen von dem, was wir für uns selber moralisch beanspruchen, zu schärfen sucht. Das mag, zumal in Deutschland, Anlaß geben zu allerlei Mißverständnissen: etwa dem, daß diese Art Sozialkritik harmlos sei, nur weil sie Kontakt zu halten sucht mit der in unserer Alltagspraxis inkorporierten »konventionellen Moral«. So, wenn Axel Honneth Michael Walzers sozialkritische Programmatik als einen bloßen philosophischen Reflex »auf bestimmte Zerstörungsfolgen der kapitalistischen Zivilisation« abtut, um darüber hinaus eine aus einem »leichten hermeneutischen Idealismus« herrührende »Naivität« auszumachen (vgl. das Gespräch mit Joachim Volke und Peter-Erwin Jansen in der NG/PH 1/1992). Vordem schon währte Honneth bei Walzer eine von antiuniversalistischem Affekt

geleitete »Rhetorik des Partikularismus« (vgl. MERKUR 11/1991) – ein Mißverständnis, das auf eine schlechte Lektüre hindeutet. Wie fundamental dies Mißverständnis ist, zeigt mithin Honneths Einordnung des Walzerschen Denkens in die Reihe Hegelscher und Herderscher Vernunftkritik nach organzistischer Manier – anstatt es dort zu suchen, wo sich Walzer selber situiert: in der Tradition naturrechtlich-republikanischen Denkens.

Drei Pfade der Moralphilosophie

Michael Walzers moralische Reflexionen wenden sich gegen den Glauben, Moral bleibe der alltäglichen Erfahrungswelt notwendig äußerlich, so als ob unsere von Gewohnheiten und Ülichkeiten geprägte Welt der Imperative weltlos-distanzierter Philosophen bedürfe. Vielmehr beschreibt er die Alltagswelt als je schon moralische Welt, deren Maximen, Übereinkünfte und Ideale ernst zu nehmen uns besser anstünde, als ihnen auf irgendeinen »objektiven« Standpunkt, ein ethisch-universales Jenseits hin, zu entfliehen. In der Moralphilosophie unterscheidet Walzer folglich zwischen drei »Pfadern«: dem Pfad der Entdeckung, der Erfindung und der Interpretation.

Auf dem Pfad der Entdeckung werden uns Gebote in Form des *Du sollst* oder *Du sollst nicht* offenbart, Gebote, welche, so Walzer, von Anbeginn *kritischer* Natur sind: Offenbarung bedeutet immer schon, von bestimmten, liebgewordenen Gewohnheiten abzusehen und einer Moral folgen zu lernen, die zunächst in scharfem Kontrast zur Überlieferung steht. Sobald allerdings die geoffenbarten Gebote moralisches Gemeingut werden, gerät ihre kritische Stoßrichtung zusehends in Vergessenheit. So kommt es dazu, daß eine einmal entdeckte Moral samt ihrem anfänglich kritischen Inhalt *wiederentdeckt* werden kann – ein Phänomen, das wir von den religiösen Reformationen kennen. Solche Wiederentdeckungen gehen dann von moralischen Grundsätzen aus, die *verzerrt* im Alltag verkörpert sind und gleichsam nur *freigelegt* zu werden brauchen.

Auf dem Pfad der Erfindung hingegen wird die moralische Wahrheit nicht mehr entdeckt oder wiederentdeckt, sondern eigens konstruiert. In Abkehr von der Idee einer sei es göttlichen, sei es natürlichen Vorsehung kümmert

man sich zunächst um die Entwicklung des Konstruktionsverfahrens selber – indem man etwa, wie Descartes, eine Abhandlung über die Methode verfaßt oder, wie Hobbes, einen vor-moralischen ›Naturzustand‹ fingiert. Demgegenüber hält sich der Pfad der Interpretation eng an die moralische Alltagserfahrung, im Wissen, daß das moralische Argument seinerseits bereits hermeneutisch aus im Alltag sich verkörpernden Praktiken und Überzeugungen hervorgegangen ist. Auf diesem Hintergrund konnte Aristoteles bekanntlich den Menschen als ein von Natur aus politisches Wesen begreifen; genauso wie er, umgekehrt, die Politik im Wesen des Menschen ontologisch verankert sah. Eine Verankerung, die im realen Bestand der Polis insofern ihre phänomenologische Bestätigung erfuhr, als die Gesetze der Polis den Erfahrungen der Menschen miteinander »abgeschaut« waren.

In der Neuzeit nun wird diese hermeneutische Rückbeziehung des Politischen aus der Grundverfaßtheit des Menschen zunehmend aufgegeben werden. So verändert sich auch der Richtpunkt des Naturrechtsgedankens: An die Stelle der Polis als einer gleichsam naturhaft vorgezeichneten Gesellschaftsordnung treten allgemeine Menschenrechte, die sich nicht mehr ontologisch aus dem Wesen des Menschen herleiten, sondern sich juridisch am Schutz des einzelnen, der Gewährleistung seiner freien Selbstbestimmung, orientieren. Die antike Bürgerstaatslehre weicht so dem Liberalismus; das Naturrecht wird von einem Vernunftrecht abgelöst.

Indem der Liberalismus die Gleichheit der einzelnen postuliert, während er gleichzeitig in der marktorientierten Konkurrenzgesellschaft

deren faktische Ungleichheit ins Werk setzt, beginnt die Differenz von Rechtswirklichkeit und Rechtswahrheit spiegelverkehrt, in der Kluft zwischen *formellen* und *reellen* Freiheiten, wiederzukehren. Eine Kluft, die Karl Marx dazu veranlaßte, die politische Demokratie bürgerlich-liberaler Herkunft in Hinblick auf jene *wirkliche* Demokratie überwinden zu wollen, wie sie der Kommunismus verheißt – wo, bei einem Zustand materieller Fülle, über die Verschmelzung von Arbeiter und Bürger, Wirtschaft und Politik die Herrschaft über Menschen einer bloßen Verwaltung von Sachen weichen würde. Auf die Weise klagt die sozialistische Kritik die materielle Einlösung jener Freiheiten ein, die der Liberalismus, in Form allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte, nur in Aussicht stellt. Allein, so plausibel das sozialistische Argument auch sein mag, so sehr setzt es auf der anderen Seite einen naturwüchsigen Prozeß in Gang, der mit der »Realisierung« formell garantierter Freiheiten die Freiheit selber zu opfern droht.

Der verleugnete Gemeinsinn

Michael Walzer sieht denn auch das augenfälligste Defizit des Marxismus darin, daß es ihm sowohl an einem schlüssigen Konzept von Politik als auch an einer explizit formulierten Mo-



Noch aufzuhalten?

Foto: JOKER/A.v.d. Osten-Sacken

rallehre mangelt. »Ihre Ausführungen liefen zwar auf die Annahme einer sozialistischen Zukunft – ohne Unterdrückung und Ausbeutung – hinaus, aber die präzise Gestalt dieser Zukunft wurde kaum jemals diskutiert. [...] Implizit und manchmal explizit lehnten sie die Vorstellung von Gesellschaftskritik als kollektiver Reflexion über das kollektive Zusammenleben ab; denn sie leugneten die Wirklichkeit des kollektiven Lebens, d. h. gemeinsamer Werte und einer gemeinsam geteilten Tradition.« (*Kritik und Gemeinsinn*, Berlin 1990, S. 68 f.)

Von dieser Leugnung zeugt nicht zuletzt die den Marxisten so teure Kategorie des »falschen Bewußtseins«, welche die Idee eines moralisch-politischen Gemeinsinns gleichsam als kollektive Fehlleistung abtut. Just solcher Gemeinsinn aber bildet das Integral jeglicher naturrechtlich fundierter Verfassungslehre, einer Lehre, die an der Integrität des einzelnen und dem ihm verpflichteten Gemeinwohl ihre inhaltliche Grenze findet – und dies in einem doppelten Sinne: Zum einen endet hier die Zuständigkeit jener staatlichen Regelungen, zu deren Gunsten einst die Menschen dem Verharren im Naturzustand ungeschiedener Freiheit und Gleichheit entsagt hatten; zum anderen bezieht der Staat aus dem Schutz des einzelnen und der Wahrung des Gemeinwohls erst sein *Telos*, seinen über die eigene Erhaltung – die *Staatsraison* – hinausgehenden Sinn. Der Anspruch jenes, nach John Lockes emphatischem Wort, ungeschriebenen, nirgends als in der Seele des Menschen zu findenden Naturrechts darf keinem die Sicherung der Bürger *absolut* durchsetzenden Staat überantwortet werden.

Ähnlich hat Montesquieu, in der Nachfolge Lockes, auf der unauflöselichen Verbindung zwischen den *Grundsätzen der Billigkeit* einerseits und den positiven Gesetzen andererseits beharrt; hat es doch, ehe Recht gesetzt wurde, bereits *Rechtsbeziehungen* gegeben – in der Weise, wie die Radien, noch bevor der erste Kreis gezogen worden ist, nicht weniger gleich gewesen sind. Die unterschiedlichen Staats- und Zivilgesetze jedes Volkes begreift Montesquieu gleichsam nur als die einzelnen Anwendungsfälle einer Vernunft, die, nach naturrechtlich-gemeinsinnigem Credo, über alle Völker gleich verteilt ist; als Gesetze, die bei alldem auf das jeweilige Volk so genau zugeschnitten sein müssen, daß es, wie er sagt, ein sehr großer Zufall wäre, sollten sie sich im gleichen Maße auch einem anderen Volk als angemessen erweisen.

Damit sind wir am Nervenpunkt des Universalismus, jener Lehre, die »die Menschheit« im Titel führt, angelangt. Im Bewußtsein dieser

Schwierigkeit unterscheidet denn auch Michael Walzer zwischen *zwei* Arten des Universalismus: einem umgreifenden Gesetzes-Universalismus (*»covering law-Universalismus«*) und einem schöpferisch wiederholenden Universalismus (*»reiterativer Universalismus«*). (Vgl. »Zwei Arten des Universalismus«, in: *BABYLON* – Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 7 [1990]) Propagiert der umgreifende Gesetzes-Universalismus, in Analogie zu dem einen Gott, ein alles umschließendes Gesetz, *eine* Gerechtigkeit und *eine* Ethik für die gesamte Menschheit, so bringt der schöpferisch wiederholende Universalismus gerade die Besonderheiten und individualistischen Ausprägungen universaler Werte in Anschlag: das Recht auf Innerlichkeit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Personen, Stämmen wie Völkern.

Gesetz und Wiederholung

Wenn etwa im *Exodus*, diesem universalistischen Text par excellence, nach umgreifender Gesetzes-Lesart die göttliche Errettung Israels die Befreiung der gesamten Menschheit repräsentierend vorwegnimmt, dann meint schöpferische Wiederholung, umgekehrt, daß jedes Volk, das Unterdrückung erfährt, seine eigene Befreiung erst noch realisieren muß; daß es dann, über seine je spezifische, partikulare Selbstbefreiung, die universal-naturrechtliche Dimension von Errettung, wie sie den Kindern Israels in der Wüste widerfahren ist, »wiederholt«. Dementsprechend hat Michael Walzer den Exodus in einer Weise interpretiert, die uns das Ereignis des Auszugs der jüdischen Sklaven aus Ägypten politisch nach zweierlei Mustern, in sowohl leninistischer als auch sozialdemokratischer Perspektive, begreifen läßt. Die leninistische Politik wird aus dieser Erzählung, in Rekurs auf die levitische Priesterschaft und Mosis »Säuberungen« nach dem Rückfall des Volkes Israel in ägyptische Praktiken, eine Legitimation ihrer »avantgardistischen« Politik ableiten können. Die sozialdemokratische Version hingegen – und ihr gehört ganz offensichtlich Walzers Sympathie – betont den gleichermaßen zornesfähigen wie gütigen Erzieher Moses, der zwar dem Volk das göttliche Gesetz übermittelte, dieses jedoch weniger durchsetzte, als daß das Volk im Angesicht des Gesetzes freiwillig seinen Bund am Berge Sinai schloß.

Dieser Bund wird zu gleichen Teilen theokratische und republikanische Züge aufweisen: So haben zwar die einzelnen an einer Übereinkunft teil, die sie zum auserwählten Volk werden läßt, *in* der Auserwähltheit aber erfahren

sie sich zugleich auf ihre Selbständigkeit verpflichtet. Das Wunder göttlicher Errettung erscheint gleichsam nur als ein Vorspiel zu den kommenden Mühen moralischer Autonomie; Mühen, die zeigen, daß der Marsch durch die Wüste, der einen moralischen Fortschritt, ja eine tiefgreifende Wandlung bringen soll, natürlicherweise von Rückschlägen begleitet bleiben wird. Mithin ruft der Rückfall dieses auserwählten Volkes in Götzendienerei bei Moses einen tiefen Ekel hervor – zeigt dieser Rückfall doch, daß Menschen *freiwillig* der Knechtschaft huldigen, ja, daß die Knechtschaft ihrerseits eine Art »Freiheit« verbürgt, die ihnen, über die Preisgabe der Willensfreiheit, zugleich auch die Bürde, nach Geboten der Sittlichkeit zu leben, abnimmt. »Tatsächlich ist eine Art Freiheit in der Knechtschaft enthalten; es ist eines der ältesten Themen in der politischen Philosophie, vor allem im klassischen und neoklassischen Republikanismus und im calvinistischen Christentum, daß Tyrannei und (negative) Freiheit einander ergänzen. Der unmündige und jeder Verantwortung entbundene Sklave oder Untertan ist auf eine Weise frei, wie der republikanische Bürger und der protestantische Heilige es nie sein können. Und die Freiheit schließt eine Art Bindung (*bondage*) ein: dem Gesetz, der Verpflichtung und der Verantwortung gegenüber. Wahre (positive) Freiheit liegt nach rabbinischer Anschauung in der Knechtschaft für GOTT. Die Israeliten waren die Sklaven des Pharaos gewesen; in der Wüste wurden sie zu Gottes Dienern – das hebräische Wort für beide ist dasselbe – und nachdem sie Gottes Herrschaft akzeptiert haben, zwingen ER und Moses, Sein Stellvertreter, sie, frei zu sein.« (*Exodus und Revolution*, Berlin 1988, S. 62)

Die *conditio humana* selbst scheint also die »Konterrevolution« zu bedingen. Demgemäß versucht die Sozialdemokratie, die revolutionäre Erneuerung »gradualistisch« zu begreifen. Zwar mag die Flucht aus Ägypten als solche heroischen Charakters sein; in der Folge jedoch erweist sie sich, psycho-politisch, als ein Geduldsspiel. Ist einmal die Befreiung von Fremdherrschaft und Unterdrückung physisch vollzogen, beginnen die »Mühen der Ebenen«, drängt sich erst die dem Universalismus innere Problematik auf. In dem Augenblick, da man nämlich die äußerlich erlangte Autonomie inhaltlich füllt, erweist sie sich, Walzer zufolge, nicht mehr bloß als ein Anspruch auf *Selbstbestimmung*, sondern als je spezifische Art des *Selbstbesitzens*. Einerseits ist das Gebot »Liebe deinen Nächsten« das umschließende Gesetz schlechthin, während andererseits jede Liebesbeziehung, die es umfaßt, partikular, einzigar-

tig und unvergleichbar ist. Michael Walzer erinnert an ein anderes umschließendes Gesetz: »Selbstbestimmung ist das Recht jedes Menschen und Volkes«, und zeigt, daß dieses Gesetz schnell an sein Ende kommt, da es das, was aus ihm folgt, nicht mehr spezifizieren kann. Einer Selbstbestimmung können wir aber nur dann irgend Wert beimessen, sofern sie *ihrem Inhalt nach* selbstbestimmten, individuellen Charakters ist. Das heißt: Schon die Bestimmungen variieren je nach dem Selbst, auf die sie »angewandt« werden sollen. So verstanden setzt ein Satz wie »Selbstbestimmung ist das Recht jedes Menschen und Volkes« von jeher unterschiedliche Akte der Selbstbestimmung in Gang; er schafft, mit einem Wort, weniger eine Welt der Gleichheit als der Differenzen. In einer solchen konstitutiv von Unterschieden geprägten Welt wächst mithin der *Indifferenz* eine universalistische Potenz zu, deren reflektierteste Spielart bekanntlich die Toleranz ist.

Bei seinem Versuch, den Schnittpunkt von umfassendem Gesetzes-Universalismus und seiner schöpferisch wiederholenden Spielart, von objektivem Gebot und gelebter Innerlichkeit zu bestimmen, unterscheidet Walzer mit Stuart Hampshire zwischen zwei Aussagearten: zwischen ethischen »Steuerungen«, wie sie etwa die je nach Region und Kultur differierenden Sexualmoralen, Familienkodexe und Freundschaftspflichten darstellen, und allgemeinen Setzungen nach Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit. Danach geben allgemeine Setzungen wie die Menschenrechte den Rahmen ab, innerhalb dessen die Menschen erst – schöpferisch wiederholend – zu handeln vermögen. Nicht zuletzt deswegen tendiert der schöpferisch wiederholende Universalismus schon aus sich heraus zu seiner Formulierung in Begriffen eines umschließenden Gesetzes-Universalismus.

Von »Rhetorik des Partikularismus«, wie sie Axel Honneth ausmachen zu können glaubt, kann mithin keine Rede sein. Vielmehr scheinen Honneth die starken universalistischen Implikationen von Walzers Konzept eines schöpferisch wiederholenden Universalismus entgangen zu sein. Sonst hätte er Walzer nicht ins Stammbuch schreiben müssen, worauf dieser selber schon ausdrücklich in genanntem Aufsatz hinweist: daß nämlich die Verteidigung des Partikularen notwendigerweise eine Moral voraussetzt, die die Anerkennung kultureller Differenzen *auf universalistische Weise* sichert.

Thatcherismus – die nächste Generation?

Innerhalb von Stunden flossen Milliarden Pfund in britische Aktien.« Mit diesem Satz leitete die FINANCIAL TIMES ihre Auswertung der Unterhauswahlen ein. Auch wenn das Wirtschaftsblatt seine Unterstützung erstmals nicht zugunsten der Konservativen in die Waagschale geworfen hatte, wurde das Ergebnis in der City als Ausdruck der Kontinuität gewertet. Nach Jahren der neokonservativen Veränderung, dem wirtschaftlichen Wandel und der Erneuerung des außenpolitischen Selbstbewußtseins sollen Major, Lamont und Hurd nun das Werk fortführen.

Majors Doppelstrategie

Aber die Attitüde der Kulturrevolution, die Mrs Thatcher Ende der siebziger Jahre zum Erfolg verholfen hatte, ist verfliegen. Ängste um die in jenen Jahren erworbenen Eigenheime – und Bankschulden – wandelten die Ansprüche der Tory-Klientel. Der *fürsorgliche Konservatismus* hat den Thatcherismus beerbt und die Konservativen an der Macht belassen.

42,3 % der wahlberechtigten Briten, ebenso wie 1987, gaben der CONSERVATIVE PARTY ihre Stimme. Trotz ihrer Sitzverluste gelang der Regierungspartei also nicht nur die Sicherung ihrer Regierungsfähigkeit, sondern vor allem der politischen Vorherrschaft im Parteienspektrum. Die LABOUR PARTY gewann 3,9 % hinzu, im Vergleich zum letzten Mal, während die Liberalen etwa 3 % verloren. Das Mehrheitswahlrecht bescherte Major eine ausreichende weil absolute Mehrheit, während die von Experten errechneten Zugewinne der Opposition ausblieben. Bis zum Wahlabend waren sich Beobachter aus fast allen politischen Lagern einig gewesen, daß es sicherlich für eine historische vierte Amtszeit der Konservativen nicht reichen würde.

Warum aber hatte die Mixtur aus Thatcher und Disraeli Erfolg? In den Analysen der britischen Zeitungen steht die Angst der Wähler vor den potentiellen Steuererhöhungen durch eine LABOUR-Regierung ganz oben auf der Liste. Überzeugt, daß ein Wahlerfolg der Opposition schädlich für das eigene Portemonnaie sein würde, hatten die von der Rezession bedrohten Gewinner des letzten Jahrzehnts für eine bekannte Politik votiert. Gerade in den Boomregionen des Südens England blieb die Zustim-

mung der Konservativen konstant – nicht trotz, sondern wegen der Wirtschaftskrise. Im Wahlkampf war es der Opposition gelungen, den ökonomischen Niedergang des Inselreiches in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken. Allgemein wurde erwartet, daß dies ein entscheidender Faktor für den Regierungswechsel sein würde. Eine Regierung könne die Wahlen nicht gewinnen, wenn die wirtschaftliche Zukunft ungewiß sei, hieß es. Falsch, sie kann, wie am 9. April in Großbritannien bewiesen, wenn sich die Krise nicht mit einem Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung verbindet. Es gelang der konservativen Parteiführung anscheinend, die Wählerschaft davon zu überzeugen, daß die Ursachen der Rezession außerhalb ihrer direkten Macht lagen. Der Verweis auf die prekäre Lage anderer Industrienationen wirkte nicht als bloße Entschuldigung, so daß die Kompetenz des Kabinetts, die exogenen Einflüsse mittelfristig wieder in den Griff zu bekommen, nicht in Frage gestellt werden. Die Rückkehr Michael Heseltines ins Kabinett wirkte als Symbol der Kurskorrektur.

Ein entscheidender Baustein dieser Kompetenzsicherung dürfte der Gipfel von Maastricht gewesen sein. Während die nationalkonservative Strömung um Thatcher und Tebbit durch den Ausschluß der Sozialcharta und den Rücktrittsvorbehalt bezüglich der Währungsunion befriedet wurden, gelang Major und Hurd das scheinbar Unmögliche. Sie verhinderten eine politische Isolierung im westeuropäischen Verbund und wahrten zugleich die britischen Interessen. Hatte Margaret Thatcher immer aus einer Minderheitsposition die Brüsseler Bürokratie bekämpft, so erschien Major als guter Europäer – trotz der Vorbehalte.

Gerade seine Mischung aus thatcheristischer Orthodoxie und sozialer Marktwirtschaft à la Patten ließ die bedrohte Mittelschicht auf eine modifizierte Fortsetzung der neokonservativen Erfolgsstory hoffen. Die wirtschaftliche Krise wurde nicht als Ergebnis einer falschen Politik wahrgenommen, sondern als äußere Bedrohung. Eine rigider Beststeuerung durch LABOUR löste Furcht aus, weil sie die eigene finanzielle Lage verschärft hätte.

Diesen Nachteil hätte LABOUR nur ausgleichen können, wenn es Kinnock und seinem Schattenkabinett gelungen wäre, die Konservativen mit eigener Fachkompetenz auszustechen. Aber, obwohl das Duell Lamont-Smith zugunsten des Letzteren ausging, konnte der Schotte weder die Probleme des Persönlichkeitsprofils seines Parteichefs noch die des Parteibildes ausgleichen. Die Tage, da LABOUR den zügigen Übergang zu sozialistischen Wirt-

schaftsstrukturen, einschließlich EG-Austritt und Verstaatlichung, forderte, sowie der *winter of discontent* sind lange her. Dennoch bleiben die Bilder virulent und schrecken ab.

Kinnocks Kompetenzdefizit

Hatte die Partei zur Wahl 1987 erfolglos versucht, die Modernisierungsverlierer gegen den Thatcherismus zu sammeln, revidierte sie seither ihre Ziele. Auf dem Boden der neokonservativen Strukturreformen sollten Einseitigkeiten nachgebessert werden. Kinnock und seine Mannschaft betonten vor allem die langfristig wirkenden Parameter der Wirtschaft, wie Forschung, Bildung und Investitionen, sowie die Risse im Sozialgefüge des Inselreiches. Ihre Vorstellungen einer sozialdemokratischen Marktwirtschaft sollten den rigiden Wirtschaftsliberalismus der achtziger Jahre überwinden, d. h. die Modernisierung fortführen und die Folgen abfedern.

Bis zum Beginn der neunziger Jahre hatte LABOUR seine wirtschaftspolitische Respektabilität wiedergewonnen und konnte sich als kompetente Alternative zum Radikalthatcherismus darstellen. Die Regierung isolierte sich zunehmend und in allen Punkten konnte sich LABOUR mit moderaten Positionen profilieren. Nach dem Wechsel zu Major wurde ihr dies jedoch zum Verhängnis. Entgegen dem in der Partei populären Mythos waren es nicht bloß die Verzerrungen und die Hetze der *Tory*-Presse, die den Sieg kosteten. Die zuletzt vom scheidenden Parteivorsitzenden wiederholten Anschuldigungen greifen als Erklärungen viel zu kurz. Die Wahl ging bereits in den ersten Monaten nach dem Einzug Majors in Downing Street verloren. LABOURS Wahlkampf und Manifest waren Ausdruck einer verfehlten Strategie und Taktik. Das Team um den Waliser hatte die Konfrontationslinien mit der Regierung falsch eingeschätzt und Major als Klon seiner Vorgängerin mißverstanden.

Trotz einer Palette von Einzeldifferenzen blieb Major letztlich der glaubwürdigere Pragmatiker. Die Wählerinnen und Wähler trauten ihm eher als dem *walisischen Windbeutel* zu, Großbritannien nach innen und außen zu sichern, zumal Kinnock als ähnlich gewerkschaftsabhängig eingeschätzt wurde wie der letzte Labourpremier 13 Jahre zuvor. So sehr es ihm gelang, seine Partei aus der politischen Isolierung herauszuführen, konnte er das Kompetenzdefizit in den Augen der Öffentlichkeit nicht ausgleichen. Er unterlag in der Konkurrenz um die bessere Verwaltung eines *Kapitalismus mit menschlichem Antlitz*.

Nach den Erschütterungen der achtziger Jahre sehnten sich die Briten anscheinend nach Stabilität und Prosperität. So wählten sie kein konstitutionelles Reformprogramm, wie es Paddy Ashdown im Sinn hatte. Als kleine Partei, im Mehrheitswahlsystem zur Bedeutungslosigkeit verdammt, hatten die LIBERAL DEMOCRATS eine Modernisierung der politischen Strukturen in Großbritannien auf ihre Fahnen geschrieben. In der Absicht, eine der FDP vergleichbare Position zu gewinnen, hofften sie auf eine Pattsituation zwischen den Großparteien. In einem solchen *hung parliament* hätten sie wohl am ehesten mit LABOUR das Verhältniswahlrecht einführen und zum *Zünglein an der Waage* werden können.

Auf der Basis eines gut geführten Wahlkampfes war ihr Abschneiden enttäuschend. Zwar gewannen sie Sitze hinzu, verloren aber zugleich noch mehr. Sogleich folgerten konservative Kommentatoren, damit sei das Projekt der britischen Verfassungsmodernisierung gescheitert. Aber diese Konsequenz scheint verfrüht angesichts des Problemdrucks. Zwar hat John Major in der kommenden Legislaturperiode nichts mit einer Wahlrechtsreform im Sinn, aber ein *Weiter so* kann er sich kaum leisten.

Die Formulierung und Propagierung einer überzeugenden Alternative zum *fürsorglichen* Konservatismus ist nach dem Wahlsieg der *Tories* notwendiger und schwieriger denn je geworden. Entscheidend ist hierbei die künftige Entwicklung der LABOUR PARTY. Zum vierten Mal hintereinander besiegt, bedarf es zur Mehrheitsfähigkeit wohl mehr als eines zügigen Wechsels an der Parteispitze. Auch wenn die Angst vor einer erneuten Selbsterfleischung wie zu Beginn der achtziger Jahre durchaus reale Hintergründe hat, sind doch die Voraussetzungen heute gänzlich anders. Dank der Ära Kinnock ist die Linke nicht mehr vom radikalen Flügel um Tony Benn und Ken Livingstone dominiert. Die Aushängeschilder des britischen Sozialismus und ihre alten Parolen sind matt geworden. Linke Vorbehalte gegenüber der EG und dem Verhältniswahlrecht basieren auf überholten Vorstellungen: Der Traum einer absoluten Mehrheit und Alleinregierung Labours ist spätestens seit dem 9. April dieses Jahres zur Illusion geworden.

Mit einer möglichen Nachfolge John Smiths im Amt des Parteivorsitzenden würden Voraussetzungen geschaffen für die weitere Modernisierung der Partei. Der Opposition muß also an einer breiten Diskussion über Wandel, Herausforderungen und eine alternative Politik gelegen sein, damit sich die prozentuale Mehrheit in entsprechende Sitzanteile umsetzen kann.

Der Streit um das Streitpapier

Zwei Mitautoren äußern sich

Das Jahr 1989 markiert einen der großen Umbrüche in der Geschichte dieses Jahrhunderts. Noch ist kaum abzusehen, wohin sich die Welt entwickeln wird, nun da die Völker Mittel- und Osteuropas befreit, der Ost-West-Konflikt zu Ende gegangen ist. Noch haben wir genug damit zu tun, das Vergangene zu verarbeiten, die Verbrechen einer Epoche ans Licht zu ziehen, die Schuld auszumessen, die Täter dingfest zu machen und den Opfern nach Möglichkeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der eigenen und der der anderen, ist ein mühsames Geschäft, vor allem, wenn sie mehr sein will als jene zeitgeistigen Wendemanöver, die sich als »Vergangenheitsbewältigung« ausgeben.

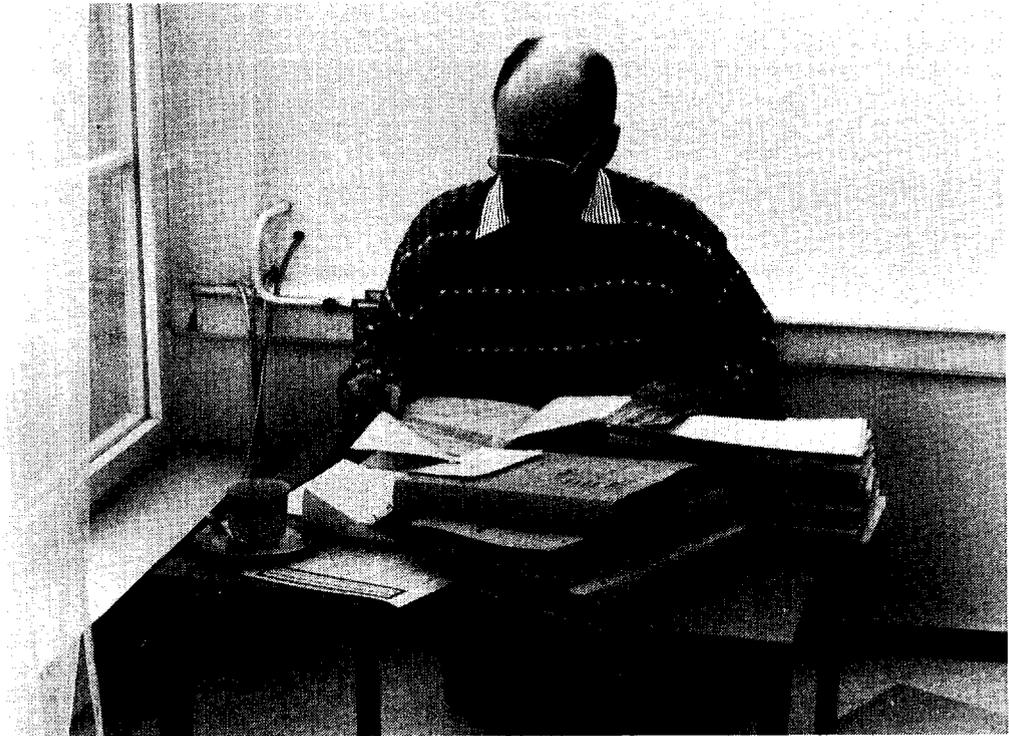
Wer nicht will, daß ein zweites Mal innerhalb weniger Jahrzehnte die *Unfähigkeit zu trauern* die Deutschen daran hindert, ein realistisches, geschichtlich fundiertes Selbstbild zu entwickeln, der muß ein Interesse daran haben, daß die Nachkriegspolitik und die Ära des Ost-West-Konflikts in Deutschland gründlich und sachlich analysiert und bewertet wird.

Wer über die Ost- und Entspannungspolitik der SPD in den letzten drei Jahrzehnten ein begründetes Urteil abgeben will, muß zunächst ihre Voraussetzungen und ihre Ausgangslage bedenken. Mit prinzipienloser Anpassung an die poststalinistische Barbarei, mit Feigheit und Opportunismus, mit dem Verlust des Freiheitswillens, gar mit stillschweigender Übereinstimmung mit den Zielen und Interessen der KPDSU und der von ihr abhängigen SED, oder wie die fixen Unterstellungen sonst noch lauten mögen, hatte die sozialdemokratische Ostpolitik seit den 60er Jahren zu keinem Zeitpunkt irgendetwas zu tun. Wenn heute im nachhinein einige wieder so tun, als hätte eine Politik der Stärke, d. h. der starken Worte und der verweigerten Kooperation die Regime in Mittel- und Osteuropa eher zu Fall gebracht, so wird dabei völlig übersehen, daß es eben diese Politik der Stärke war, die Anfang der 60er Jahre mit dem Bau der Mauer in Berlin ihr Fiasko erlebte. Verbalradikalismus einerseits und politische Handlungsunfähigkeit andererseits, das charakterisierte die Ostpolitik der Adenauer-Ära, und das Ergebnis dieser Politik war die Zementierung der deutschen Teilung.

Es ist die schmerzhafteste Erfahrung des Scheiterns dieser Politik, die Erfahrung der Ohnmacht angesichts des von Ulbricht brutal vollzogenen hermetischen Abschließung der DDR, die die Sozialdemokraten dazu veranlaßte, von einer Politik folgenloser Deklamationen zu einer Politik schrittweiser realer Verbesserungen im Verhältnis der Blöcke und der beiden deutschen Staaten überzugehen. Im Interesse der Menschen, die unter den totalitären Regimen leben mußten! Und weil ein Atomkrieg unter allen Umständen vermieden werden mußte, der, wie jeder Vernünftige mittlerweile wissen konnte, zumindest in der Mitte Europas zur Auslöschung allen Lebens führen würde.

Jetzt, nachdem wir Zeugen eines in der Geschichte beispiellosen Prozesses fast gewaltloser Veränderungen geworden sind, haben viele offenbar verdrängt, was noch vor wenigen Jahren die Haltung aller verantwortungsvollen Politiker im Westen bestimmte: die *Angst vor dem Atomkrieg*. Erst als durch die dramatische Veränderung der sowjetischen Politik unter Gorbatschow sich das Verhältnis zwischen den Supermächten verbesserte, erste Schritte zur Abrüstung unternommen wurden, und die Gefahr eines Atomkriegs in den Hintergrund trat, begann sich die Lage von Grund auf zu ändern. Kaum jemand hat in den 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre, also vor dem Auftreten Gorbatschows, eine substantielle Veränderung im Ost-West-Verhältnis für möglich gehalten, und mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme rechnete auch in den ersten Jahren der Gorbatschowschen Reformbemühungen weit und breit niemand.

Man mag dies Blindheit nennen, aber etwas anderes vermochte keine realistische Analyse sichtbar zu machen. Diese Beurteilung der Lage war im Westen Konsens. Henry Kissinger formulierte ihn weit apodiktischer, als Willy Brandt oder Egon Bahr es je getan haben. »Wir sehen uns heute«, schrieb Kissinger in den 70er Jahren, »zum ersten Mal in unserer Geschichte der nackten Tatsache gegenüber, daß die (kommunistische) Herausforderung nie enden wird. . . Wir müssen lernen, eine Außenpolitik zu betreiben, wie sie andere Länder jahrhundertlang betreiben mußten: ohne Ausweg und ohne Atempause. . . Diese Bedingung wird sich nie ändern«.



Eppelmann bei Gauck

Foto: Paul Glaser

Die Erfolge der Entspannungspolitik

Erst Michail Gorbatschow hat mit seinem »neuen Denken« die Koordinaten der Ost-West-Politik nachhaltig verändert. Aber Gorbatschow und seine neue Politik wären ohne die Ost- und Entspannungspolitik gar nicht denkbar gewesen. Die Politik der Verträge und der Kooperation, der KSZE-Prozeß und die vielen kleinen Schritte zur Begrenzung und zum Abbau der Ost-West-Konfrontation haben wesentlich dazu beigetragen, die Blockbindung im Warschauer Pakt zu lockern, die starre Feindfixierung der sowjetischen Politik zu untergraben und die Hoffnung der Menschen auf ein friedliches Miteinander über Grenzen und eiserne Vorhänge hinweg zu beleben. Und eben dadurch hat diese Politik auch die verschiedenen Dissidentenbewegungen begünstigt (man denke nur an die Bedeutung der Helsinki-Erklärung als Appellationsgrund für die Opposition in Mittel- und Osteuropa) und schließlich auch einen wirklichen Wechsel an der Spitze der Sowjetunion selbst ermöglicht.

Wer sich ein wenig Sinn für geschichtliche Zusammenhänge bewahrt hat, wird Robert Leicht zustimmen, der in der ZEIT vom 20. 3.

1992 schreibt: »Die neue Ostpolitik nach 1969 war in der Substanz unausweichlich, und sie war erfolgreich.« Erfolgreich auch gerade darin, daß sie den Prozeß der Gärung im östlichen Block förderte, indem sie die zum Zwecke der Herrschaftsstabilisierung von den Regimen Mittel- und Osteuropas bewußt geschürte Angst vor dem »westdeutschen Revanchismus« und dem »aggressiven US-Imperialismus« mehr und mehr als unbegründet erscheinen ließ. Daß der schließliche Zusammenbruch der poststalinistischen Systeme andere, vor allem auch ökonomische Gründe hat, ist dabei unbestritten. Seit Ende der 70er Jahre vergrößerte sich der Entwicklungsabstand zwischen Ost und West wieder, die Planwirtschaften erwiesen sich zunehmend als unfähig, bei den Innovationen in der Spitzentechnologie mitzuhalten und die steigenden und sich ausdifferenzierenden Ansprüche ihrer Verbraucher zu erfüllen. Zweifellos spielte es auch eine Rolle, daß die Sowjetunion unter diesen Umständen kaum noch hoffen konnte, die von den USA in den 80er Jahren forcierte Rüstungseskalation erfolgreich mitzumachen.

Wenn auch der Reformdruck, der Gorbatschow auf den Kurs von »Glasnost« und »Pere-

strijka« zwang und schließlich zum Zusammenbruch des sogenannten »realen Sozialismus« führte, ganz wesentlich in der Leistungsschwäche der Planökonomie und ihrem sich vergrößernden technologischen Rückstand begründet ist, so ist es doch ohne Zweifel ein Ergebnis der Ost- und Entspannungspolitik, daß der gewaltige Umbruch im Osten fast gewaltlos vonstatten ging, daß im entscheidenden Moment die sowjetische Armee nicht marschierte, es in der DDR und in anderen Ländern nicht zu der im Prinzip ja durchaus möglichen »chinesischen« Lösung kam. Ganz sicher ist, daß dieser Prozeß nicht so glücklich verlaufen wäre, wenn sich im Westen jene Gegner der Entspannungspolitik durchgesetzt hätten, die noch 1987 mit Begriffen wie »politisch-moralische Knochenweichung« und »Genscherismus« diejenigen politischen Kräfte der Bundesrepublik bekämpften, die dafür eintraten, Gorbatschow endlich beim Wort zu nehmen.

Analyse statt Denunziation

Um so empörender, daß neuerdings linke wie rechte Gegner der Entspannungspolitik den Eindruck erwecken möchten, die Ost- und Entspannungspolitik habe die Regime in Mittel- und Osteuropa künstlich am Leben gehalten, während sie durch eine Forcierung der Ost-West-Konfrontation früher hätten in die Knie gezwungen werden können.

Es ist wohl etwas daran, daß große Teile der SPD, auch viele in der Führung der Partei, von den Erfolgen der eigenen Ostpolitik überrascht wurden. Viel zu spät nahmen sie zur Kenntnis, daß in den Staaten Mittel- und Osteuropas die Gesellschaften selbst in Bewegung geraten waren, daß somit neben die auch weiterhin notwendigen Kontakte zu offiziellen Vertretern von Staat und Partei Beziehungen zu den sich überall bildenden Bürgerbewegungen treten mußten, wenn die eigene Glaubwürdigkeit und der Blick für die Realität nicht leiden sollten.

Nun gab es zwar solche Beziehungen in nicht geringer Zahl – man denke nur an die Rolle der Zeitschrift *L'80*, die in den 80er Jahren den Dissidentenbewegungen im Ostblock breite Aufmerksamkeit widmete, oder an die vielfältigen Kontakte von SPD-Bundestagsabgeordneten wie Freimut Duve, Norbert Gansel, Peter Glotz, Gert Weißkirchen u. a. zur Ostblock-Opposition –, aber in der offiziellen Politik der SPD herrschte doch jene diplomatische Fixierung auf Staats- und Parteikontakte vor, die lange Zeit ihre Berechtigung hatte, weil nur auf diesem Weg Fortschritte zu erzielen waren, die

aber in den 80er Jahren, als die Risse und Brüche im östlichen Herrschaftssystem deutlicher wurden, unbedingt durch die Intensivierung der Kontakte zur gesellschaftlichen Opposition ergänzt werden mußte.

An den führenden SPD-Politikern wäre also zu kritisieren, daß sie der politischen Logik des Anfangs der Entspannung auch dann noch folgten, als diese sich durch ihre eigenen Erfolge schon in zentralen Elementen entbehrlich gemacht hatte. Freilich, diese Logik wurde keineswegs nur von der in der Opposition stehenden SPD, sondern auch von der Bundesregierung und zugleich von den meisten anderen westlichen Regierungen akzeptiert. Es steht auf einem anderen Blatt, daß die Bitterkeit von Teilen der osteuropäischen und ostdeutschen Opposition einer übermäßig gouvernementalistischen Entspannungspolitik gegenüber allzu verständlich ist. Sie bezieht sich aber nicht auf deren Grundsätze, sondern auf die Wahl der Mittel.

Im Zusammenhang mit der Pauschalkritik an der Ostpolitik taucht auch immer wieder der Vorwurf auf, die Grundwerte-Kommission der SPD habe in ihren Gesprächen mit der SED den Machthabern in Ost-Berlin Zugeständnisse gemacht und gutes Einvernehmen mit der SED demonstriert, während diese gleichzeitig die Kritiker im eigenen Machtbereich brutal ausschaltete. Da wir an all diesen Gesprächen selbst teilgenommen haben, wollen wir im folgenden hierzu etwas ausführlicher Stellung nehmen.

Es war methodisch zwingend, der anderen Seite nicht von vornherein jede Reformfähigkeit abzusprechen, sondern, wie dies in dem Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« getan wird, davon auszugehen, »daß beide Systeme reformfähig sind«. Ohne eine solche methodische Unterstellung hätten Gespräche dieser Art gar nicht sinnvoll geführt werden können. Welchen Sinn hätte es denn machen sollen, die anderen zu Reformen in den Bereichen Menschenrechte und Liberalismus zu drängen und sie gleichzeitig öffentlich der Reformunfähigkeit zu zeihen? Eine solche Politik der symbolischen Selbstbefriedigung hätte nichts bewegt und niemandem genützt, außer in der eigenen Loge.

Die Rolle des Streitpapiers

Die Gespräche zwischen der Grundwerte-Kommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED wurden 1985 zu dem Zeitpunkt begonnen, als die ersten Anzeichen für eine Veränderung der sowjetischen Politik unter Gorbatschow sichtbar wur-

den. Die Absicht von seiten der SPD war es, auszuloten, ob und wie weit auch die SED den sich abzeichnenden Weg Michail Gorbatschows gehen würde, und jene Kräfte in der SED nach Möglichkeit zu unterstützen, die einen Kurs der Liberalisierung befürworteten, um die Handlungsspielräume für die Opposition Zug um Zug zu erweitern. Daß dies nicht völlig abwegig war, erhellt daraus, daß unsere Gesprächspartner von der SED in den ersten Gesprächsrunden ihre Ausführungen vorzugsweise mit Gorbatschow-Zitaten krönten und zu erkennen gaben, daß dies die Richtung war, auf die sie hinauswollten. Trotz dieser anfänglich größeren Offenheit auf Seiten der SED wurde aber von Beginn an heftig über fast alle politischen Grundsatzfragen gestritten. Ganz zweifellos haben unsere Gesprächspartner den Eindruck gewonnen, daß eine »ideologische Aufweichung« und eine Annäherung an Positionen der SED von der SPD unter keinen Umständen zu erwarten sei.

Von Anfang an ist in diesen Gesprächen die Frage der Menschenrechte, die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und die brutale Behandlung von Dissidenten in der DDR von den SPD-Teilnehmern zum Thema gemacht worden, obwohl unsere Gesprächspartner immer wieder den Versuch machten, diese Fragen mit dem Hinweis auf den »Vorrang der Friedenssicherung« auszuklammern. Da diese Gespräche teilweise öffentlich waren, läßt sich auch aus den damaligen Presseberichten entnehmen, daß die heute so gern verbreitete Behauptung, die SPD habe bei dieser Gelegenheit um des lieben Friedens willen die brisanten Themen gemieden, schlicht unwahr ist. Im Gegenteil: hier wurde der Grundsatzstreit offensiv und schonungslos geführt, der bei diplomatischen Kontakten, wie dem Honecker-Staatsbesuch in Bonn im Jahre 1987, aus guten Gründen ausgeklammert werden mußte. Dabei wurden auch konkrete Beispiele von Menschenrechtsverletzung in der DDR zum Gegenstand harter Kontroversen gemacht.

Das vielberedete SPD/SED-Papier, das im Laufe dieser Gespräche entstand und im August 1987 veröffentlicht wurde, ist alles andere als ein Dokument der Anpassung. Vielmehr ist es erstaunlicherweise gelungen, die SED zur Anerkennung wichtiger Grundsätze der pluralistischen Demokratie (jedenfalls auf dem Papier) zu bewegen. So heißt es im Abschnitt V u. a.: »Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als »Einmischung in innere Angelegenheiten« der anderen Seite zurückgewiesen werden. . . Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems

möglich sein. . . Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozeß der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlußakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.«

Kein Wunder, daß die Führung der SED kurz vor der Fertigstellung des Papiers, als sie sich entschieden hatte, dem Kurs Gorbatschows nicht zu folgen, die Verabschiedung und Veröffentlichung des Papiers zu verhindern suchte und nach der nicht mehr zu vermeidenden Veröffentlichung alsbald davon in Stellungnahmen von Politbüromitgliedern wieder abrückte. Dennoch hat das Papier in dieser prekären Phase in der DDR seine Wirkung getan. Einmal belegen zahllose Stellungnahmen oppositioneller Gruppen, daß ihnen das Papier in der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gute Dienste leistete, weil sie nun den Unterdrückern ihre eigenen Erklärungen vorhalten konnten. Neben vielen einfachen Parteimitgliedern hat zuletzt Manfred Uschner, ein früherer SED-Funktionär, in seinem Buch bestätigt, daß die Verhandlungen und Abmachungen der SPD innerhalb der SED eher aufweichend als stabilisierend gewirkt haben.

Über diese positive Wirkung des Papiers war sich seinerzeit, vor dem Fall der Mauer, selbst die konservative Presse in der Bundesrepublik weitgehend einig. So schrieb Jürgen Engert im RHEINISCHEN MERKUR – CHRIST UND WELT vom 29. 1. 1988: »In diesem Kontext ist die Bedeutung jenes Papiers gar nicht zu überschätzen, das die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im August letzten Jahres (. . .) vorlegte. Der Prinzipienkatalog hat nicht nur innerhalb der Partei Erich Honeckers eine dauernde und heftige Debatte ausgelöst, er dient auch den Bürgerrechtlern als Berufungsinstanz.« Und in der WELT hieß es am 7. 12. 1987 unter der Überschrift »SED unter Druck durch SPD-Papier« zum selben Thema: »Wie schwer sich die SED mit den Folgen des Parteien-Dokuments für die Diskussion innerhalb der DDR tut, belegt auch ein der WELT vorliegendes »Informations«-Blatt, in dem die SED-Parteikader darauf eingestimmt werden.«

Es kann keine Rede davon sein, daß die SPD mit ihren Gesprächen und namentlich mit dem Papier über den Streit der Ideologien der DDR-Opposition in den Rücken gefallen sei. Im Gegenteil: diese Aktivitäten wurden von den Bür-

gerbewegungen und von neutralen Beobachtern seinerzeit nahezu ausnahmslos als hilfreich angesehen. Gerade als sich gleich nach der Veröffentlichung des Papiers herausstellte, daß die Spitze der SED gar nicht daran dachte, in die Praxis umzusetzen, was da soeben mit ihrem Wissen und ihrer Duldung aufgeschrieben worden war, geriet die Staatspartei von innen und außen immer mehr unter Druck. Die Grundwerte-Kommission der SPD hat selbst mehrmals in öffentlichen Erklärungen scharf dagegen protestiert, daß die SED die von ihr unterzeichneten Prinzipien in der Praxis immer wieder gebrochen habe, und so den Druck auf die Ost-Berliner Machthaber erhöht. In einer Presseerklärung der Grundwerte-Kommission anlässlich des brutalen Vorgehens der DDR-Behörden gegen die *Umweltbibliothek* heißt es:

»Gemeinsam haben wir uns für die Internationalisierung der Grundsätze und Normen der Streitkultur eingesetzt und neue Projekte der Zusammenarbeit und der Klärung unserer Streitfragen begonnen. Dem steht jedoch gegenüber die Einengung des gesellschaftlichen Dialogs in der DDR und die Verschlechterung seiner Bedingungen, die wir schon wenige Monate nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Projektes mit Unverständnis und Empörung zur Kenntnis nehmen mußten. Wir erinnern beispielhaft an die Vorgänge um die Zionskirche in Berlin im Oktober 1987, die Demonstration zum Gedächtnis an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 in Berlin sowie die zunehmend repressivere Behandlung von Teilnehmern an Kundgebungen und Mitgliedern von Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen, an Ausbittungsverbote gegen Schüler. Wir sehen in alledem massive und folgenreiche Versuche, einzelne und Gruppen, die außerhalb der Staatspartei am öffentlichen Dialog über Fragen, die sie als Bürger ihres Landes unmittelbar betreffen, teilnehmen wollen, einzuschüchtern oder zu bestrafen, ihre Mitwirkung am innergesellschaftlichen Dialog zu behindern oder gar zu verhindern.«

Zudem sind Mitglieder der Grundwertekommission auf Kirchentagen, in Kirchen und auf Diskussionsveranstaltungen der Opposition aufgetreten. Ihr Versuch, die SED auf diesem Wege zum Dialog mit der eigenen Opposition zu zwingen, wie sie es im gemeinsamen Papier eingeräumt hatte, blieb ohne Erfolg. Den Erfolg aber, der in der Stärkung der Legitimationsansprüche der Opposition und in der Schwächung des Selbstbewußtseins der Staatspartei ihr gegenüber bestand, konnte die SED nicht verhindern. Die Grundsätze der Entspannungspolitik und der Beitrag, den das SPD/SED-Papier zu ihr geleistet hat, bleiben auch in Zukunft die bessere Alternative zu einer Politik der fundamentalistischen Anklage und Verweigerung, die als moralische Reinheit mißverstehet, was doch nur selbstgewählte Ohnmacht ist.

Kultur

DANIELA CASTNER

Herder – der grandiose Dilettant

Jeder vernünftelt doch nur nach seiner Empfindung; wie klingt dem psychologisch gebildeten Zeitgenossen dieser Satz Herders so vertraut. So mühselig, so anstrengend selbstbeherrscht, so bitter vertraut auch; der Verzicht auf die Behauptung der eigenen Wahrheit als absoluter muß immer erst schmerzhaft erlernt werden. Manche freilich lernen's nie, die Anerkennung der eigenen Begrenztheit, der eigenen Relativität verlangt ein Maß an Selbst-SICHERHEIT, das nur wenigen gegeben ist. Es blökt sich zweifellos gemüthlicher gemeinsam im Herdenchor einer Ideologie, unter der sicheren Fahne ewiger Wahrheiten und Werte. Und wieder Herder: »Das Vorurteil ist gut zu seiner Zeit, denn es macht glücklich.« Auch dies ein bekannt wehmütiger Ton, die nostalgische Klage um den Verlust der allgemeinen Mitte, und wenn diese Mitte auch Täuschung sein mag, Geborgenheit gibt sie zweifellos. Doch keine Bange, wir leben im »Zeitalter des Wassermanns«, noch sind die Ressourcen beglückender Täuschungen keineswegs ausgeschöpft. New Age, Esoterik, Anthroposophie, Feminismus, überall sprießen die Ideologien, für's Glück des Selbstbetruges wird gesorgt.

»Herz und nicht Kopf genährt, mit Neigungen und Trieben alles gebunden, nicht mit kränkelnden Gedanken!« Dieser Kampfruf des jungen Herder (der übrigens auch Goebbels Schlachtruf war, in seinen Tagebüchern nachzulesen) war gegen die Aufklärer, vor allem gegen Voltaire gerichtet, heute geht's im (weiblichen) Namen der Gefühle gegen die Männerlogik überhaupt. Diesem Kampf: hie Herz, da Kopf, liegen, so scheint mir, sowohl Ungenauigkeit des Denkens wie Gewalttätigkeit der Gefühle zugrunde; »le coeur a des raisons que la raison ne connaît pas« (das Herz hat Gründe, die der Verstand nicht kennt). Dieser Satz Pascals müßte nicht nur bedacht, er müßte auch beherzigt werden.

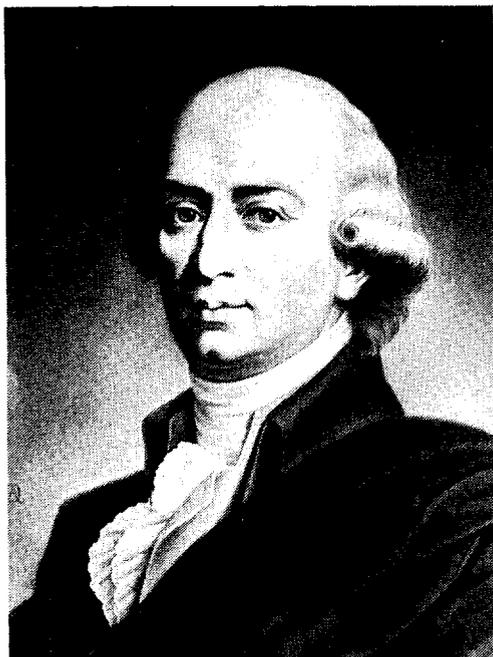
Doch – jeder vernünftelt nur nach seiner Not. Johann Gottfried Herders Werk ist grandioses Zeugnis für den verzweifelten Kampf zwischen Gefühls- und Erkenntnisimperialismus; am Ende seines Lebens dann hat das Bedürfnis nach absoluter Wahrheit den redlich-skeptischen Intellekt unterworfen. Der Antiideologe Herder, der ausgezogen war, die Man-

nigfaltigkeit der Wahrheiten zu verteidigen, das Recht des einzelnen auf das Glück seiner ureigenen Begrenztheit, das niemand vor dem Richterthron einer allgemeinen Gattungsvernuhnft aburteilen darf – als alternder Mann schwört auch Herder auf die Macht des Großen Ganzen, um sein geplagtes Herz zu befriedigen.

Ein geplagter Mensch war er von Kindheit an, gepeinigt durch kleinliche Widrigkeiten des Leibes, eine Tränenfistel piesackte ihn schon als Kind. (Vielleicht daß er deshalb das Auge als den »sonnenhaften, höchsten Sinn« entthront, das Gehör, und damit die Sprache zur eigentlichen Quelle des Erkennens macht?) Später kamen dann Hämorrhoiden dazu, die ihm kein ruhiges Sitzen beim Schreiben vergönnnten. Und wer will, kann die Sprunghaftigkeit Herders, seine Unfähigkeit, einen Gedanken mit Stetigkeit zu verfolgen, wie auch seine Sehnsucht nach göttlicher Erkenntnis zurückführen auf die Unmöglichkeit, unabgelenkt gerade vom schmähdlichsten Teil des Leibes den Geist zu erheben. Sind es die peinlich-kleinlichen Tücken der Materie, die unangenehm zwackende Empfindung, in einer mickrigen Maschine zu hausen, notdürftig, vorläufig zusammengesgestüstert von einem Lehrling der Konstruktion, der sich seit Menschengedenken immer noch am Gesellenstück übt, aus denen Herder sich fortdenken will, ins Große?

Der Gott Herders (vor allem der seiner Weimarer Jahre) ist kein in absoluter Vollkommenheit thronender jenseitiger Herr. Er ist ein in Natur- und Menschheitsgeschichte sich selbst Entwickelnder, ein Werdender, der sich von Stufe zu Stufe seiner Schöpfung emporarbeitet, zu einem Ziel, das der einzelne Mensch nur ahnen, nicht erkennen kann. (Ein von Spinoza inspirierter Gottesbegriff, der für die Romantiker und in diktatorisch-idealistischer Umwandlung auch für Hegel große Bedeutung gewann.)

»Eben die Eingeschränktheit meines Erdpunktes, die Blendung meiner Blicke, das Fehlschlagen meiner Zwecke, das Rätseln meiner Neigungen und Begierden, das Unterliegen meiner Kräfte (...) – eben das ist mir Bürde, daß ICH nichts weiß, das Ganze aber ALLES sei!« Es spricht kein Selbstgenuß aus diesen Sätzen. Die Eingeschränktheit als Bürge für die Hoffnung auf ein großes sinnvolles Ganzes – welch fast gewaltsam? sich zur Bescheidenheit zwingende Haltung. »Nicht die Dinge bringen die Menschen in Verwirrung, sondern die Ansichten über die Dinge.« Nach diesem Satz von Epiktet (der übrigens auch von Lawrence Sterne zum Motto seines *Tristram Shandy* gewählt und wiederholt auch von Wieland und Schopenhauer paraphrasiert wird), nach die-



Johann Gottfried von Herder (1744–1803)

Foto: Archiv f. Kunst u. Geschichte, Berlin

sem Motto WILL Herder sich – glücklich denken. Und wenn auch das Glück nur um den Preis der Selbsteinschränkung zu haben ist.

Einschränken mußte Herder sich von Anbeginn an. Geboren am 25. August 1744, aufgewachsen in einer »dunklen, aber nicht dürftigen Mittelmäßigkeit«, der Vater war Mädchenschulmeister im ostpreußischen Nest Mohrunge, unterster in der bürgerlichen Bildungshierarchie, die Mutter Schuhmacherstochter. Anders als bei den Zeitgenossen Wieland und Goethe beobachteten die Eltern die Entwicklung ihres hochbegabten Sohnes mit ängstlichgedrückter Beklommenheit. »Aus tausend Vorurteilen wollten mich meine Eltern nicht zur Wissenschaft bestimmen ... Betäubt, unwissend, mußte ich blindlings folgen.«

Eine fundierte Bildung hat Herder nie genossen, der Unterricht in der Stadtschule Mohrunge beschränkte sich auf pedantisches Einbleuen von Latein, ein wenig Griechisch, etwas Hebräisch. Herders phänomenale polyhistorische Gelehrsamkeit behielt vom akademischen Standpunkt aus immer Züge eines berümpften autodidaktischen Dilettantismus. Wissenschaftliche Wahrheit – und darin ist er typischer Vertreter des Sturm und Drang (und auch heute wieder hochaktuell) – ist ihm gegenüber dichterischer Wahrheit im besten Falle

zweitrangig. Es sind die Worte, die ihn zu Gedanken verlocken, seine geradezu eruptive Einbildungskraft, sein Assoziations- und Analogiezwang entzünden sich am klingenden, tönenden Wort. (Das Schönschreiben, das über den Gedanken herrscht, auch das eine bekannte zeitgenössische Erscheinung, der, wie Arno Schmidt ihn nennt, »irrational angelegte Hochintellektuelle«.)

Gegen den Willen der Eltern reißt Herder sich, 18jährig, aus der Enge los. Nach Königsberg, wo der noch vorkritische Kant und Hamann unterrichten. Ein verschärfteres intellektuelleres Kontrastprogramm läßt sich kaum entwerfen. Kant, unter Humes Einfluß, von äußerster aufklärerischer Skepsis, Hamann, nach einem Bekehrungserlebnis von antirationalistischer Religiosität – der Streit zwischen Kopf und Herz steht am Anfang vieler Bildungsgeschichten des 18. Jahrhunderts. (Auch das ein heute immer wieder noch aktueller Streit, wenn allerdings das populistische Niveau, auf dem er mittlerweile geführt wird, den Leser sehnsüchtig ins 18. Jahrhundert flüchten läßt, das sich doch selbst schon als müdes Zeitalter des Niedergangs beklagte.)

Kant und Hamann, beide nimmt der Jüngling ganz unakademisch persönlich, ganz emotional eklektisch in sich auf, bei Kant hört er nicht Erkenntnistheorie, sondern Natur- und Menschheitsgeschichte, bei Hamann lernt er Shakespeare und morgenländische Dichtung kennen. Auch wenn er sich in die theologische Fakultät eingeschrieben hat, viel Zeit zum Studium blieb ihm nicht. Sein Leben lang diktieren Brotarbeit und Geldsorgen den Tagesablauf, noch als Lernender mußte er schon den Lehrer spielen. Und da er (nach deutscher Art) niemals spielte, sondern alles, was er auch tat, im vollen Ernst zur ureigensten Aufgabe machen mußte, vom Schulmeister, Prediger, Beichtvater bis hin zum Weimarer Superintendenten, vom Liebenden zum Ehemann, zum Hausherrn und Vater, blieb für den Dichter und Forscher nur die dem Schlaf gestohlene Zeit der frühesten Morgenstunden.

Herder wird zum Sänger der Morgendämmerung, seine Exegese der Genesis (»Die älteste Urkunde«) strömt über von der Seligkeit des All-Einseins, unbehelligt vom Gebölke der Herde. Bedrückend die Notiz seiner Ehefrau Caroline: »Wenn in Gesellschaft manchmal von der Gefangenschaft auf einer Festung die Rede war, sagte er scherz- und ernsthaft: ›Ich preise den Gefangenen glücklich, wenn er ein gutes Gewissen hat und sich zu beschäftigen weiß; mir könnte man keinen größeren Dienst erweisen, als mich einige Jahre auf eine Festung zu

setzen, mit der Erlaubnis, arbeiten zu dürfen und die notwendigen Bücher zu haben – ach, ich bin des Treibens unter den Menschen so satt! Wenn ich mein eigener Herr wäre, ich würde mich wo einschließen und eine Zeitlang ausschließlich mit Naturwissenschaften beschäftigen.«

Naturwissenschaften? Dieses Bedürfnis nach Naturwissenschaft entspringt nicht nur Herders begründetem Überdruß am Allzumenschlichen. Natur und Mensch stehen für ihn von Anfang an in einem Analogieverhältnis (auch das ein esoterisch wiederbelebter Gedanke), die Naturgeschichte ist ihm Abbild auch der Geschichte des Menschen.

Wobei die Grundbegriffe der Betrachtung jedoch wechseln. Für den jungen Mann (und den verliebten Gatten) ist die »Glückseligkeit« der Zweck, den jedes Leben in sich trägt, für den 40jährigen Weimarer Superintendenten ist es die »Kraft«, aus der alles Seiende lebt; die letzten 13 verbitterten, kränklichen Jahre, bevor er mit erst 59 starb, ging's dann ums Überleben. Und nicht nur um das Eigene, die Gattung, die Ideen, die sollen erhalten bleiben und wachsen, dann mag der einzelne dahingehen, ein schöneres Morgen dämmert schon am Horizont.

Nach Zukunft, Zunahme von Humanität, von Billigkeit und Vernunft sehnt sich der Kränkelnde. Er starb am 18. Dezember 1803, ein halbes Jahr vor Napoleons Krönung, neun Jahre, nachdem im Namen der Humanität – die Guillotine in Betrieb genommen worden war, welch ein Triumph menschlichen Fortschritts.

Der junge Herder aber wehrte sich mannhaft gegen sein diktatorisches Bedürfnis, der Menschheitsgeschichte einen Zweck vorzuschreiben. Nach gut nominalistischem Grundsatz: »Jeder einzelne hat den Punkt seiner Glückseligkeit in sich selbst«, verteidigt er mit Leidenschaft das Recht des Individuums, sich selbst sein eigener Zweck zu sein.

Er hatte die Vergewaltigung des einzelnen durch die Zwecke des Allgemeinen auch als leibhaftige Bedrohung erfahren; im Preußen »Friedrichs des Großen« galt die allgemeine Wehrpflicht, das Schreckbild der Uniform, erinnert sich Frau Caroline, die ihn »auf ewig von den Studien entfernt und seine vorherrschende Neigung unterdrückt haben würde, hielt ihn mehrere Jahre hindurch in beständiger Unruhe«.

Mit 20 Jahren wird Herder als Lehrer und Prediger an die Domschule nach Riga berufen: »Als ich mein Vaterland Preußen zum ersten Mal verließ, hätte ich vor Freude an der Grenze . . . auf die Erde fallen und sie wie Brutus küs-

sen mögen.« Riga, quirlig-bunte Hafenstadt, bevölkert von Letten, Deutschen, Russen. Hauptstadt Livlands, zwar unter russischer Herrschaft, doch mit weitgehend erhaltener republikanischer Selbstverwaltung – für den 20jährigen, bald hochgerühmten Lehrer, Prediger, Schriftsteller und – Völkerkundler eine regelrecht berauschte Mannigfaltigkeit, Vielfalt der Sprachen, Sitten, Wertungen und Wahrheiten.

Als 1765 dann die »Nouveaux Essays« von Gottfried Wilhelm Leibniz erschienen, hatte der junge Selbstdenker auch die Theorie gefunden, mit der er das Individuelle gegen die »Machtansprüche Lobes und Tadels« fremder Wertmaßstäbe verteidigen konnte. Alles Lebendige existiert einzig als Individuelles, nicht ein Blatt ist dem anderen gleich, nicht ein Volk dem anderen. »Individuum est ineffabile«, das Individuum in seiner lebendigen Fülle ist begrifflich, mittels Worten, unerkennbar: »Mattes, halbes Schattenbild vom Worte!« Herders Jugendzeit ist beherrscht von einem geradezu trotzigem intellektuellen Nominalismus; mit FÜHLEN, mit EMPFINDEN, verstehen, wirken, lieben will er und ohne schulmeisterlich vorhergeplantes Erziehungsziel.

Aber – er will! Herders stürmische Aufrufe zur Toleranz (nicht einmal expressionistische Texte übertreffen die seinen im Übermaß an Ausrufezeichen), seine ungestüm drängenden Appelle an die Liebe zu einzelnen, wirklichen Menschen – wieviel regelrecht gewalttätige Selbstbeschwörung, Selbsterniedrigung, ja Selbstverachtung liegen in des jungen Herders Verboten zu werten und zu richten. »Insekt einer Erdscholle, siehe ... auf Himmel und Erde! Findest du im Ganzen tot und lebendig, auf einmal webenden Weltall DICH den ausschließenden Mittelpunkt, auf den alles würke? oder würkest du nicht selbst mit (wo? wie? und wann? – wer hat dich darum gefragt?) zu hören, dir unbekanntem Zwecken?« Herders Leiden (wie das seines großen Nachfolgers Nietzsche): er liebte sich selbst nicht innig, nicht selbstverständlich genug, um eine nominalistische Erkenntnistheorie auch gefühlsmäßig ertragen zu können. Wie todtraurig sein tapferer Verzicht auf absolute Wahrheit gegen Ende der 1774 erschienenen Schrift *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*: »Lasset uns, meine Brüder, mit mutigem, fröhlichem Herzen auch mitten unter der Wolke arbeiten: denn wir arbeiten zu einer großen Zukunft. Und lasset uns unser Ziel so rein, so hell, so schlackenfrei annehmen, als wirs können: denn wir laufen in Irrlicht und Dämmerung und Nebel.«

Wahrscheinlich ist die klare Erkenntnis menschlicher Begrenztheit überhaupt nur denjenigen erträglich, deren Lebensgefühl nicht von permanentem Mangel an emotionaler Anerkennung beherrscht wird. Einfühlung, Mitgefühl, Verständnis waren keine Erziehungsprinzipien der Zeit, wohl aber Unterdrückung des Eigensinns, Unterwerfung der Neigungen unter die Herrschaft einer strengen allgemeinen Vernunft. Von den »Klassikern« besaßen nur die verwöhnten Muttersöhnchen Wieland und Goethe dieses »angeborene Verdienst« der weisen Selbstliebe, die sich die Begrenztheit des Menschseins humorvoll zu verzeihen vermag und deshalb verzichten kann auf die Kompensation durch selbstüberhöhende Ideologie.

Herders Empfindung des Mangels stellte sich gegen seine tapfer skeptische Vernunft, er muß seinen Wert gespiegelt sehen im Auge Gottes, geringer erträgt er sich nicht selbst. Sein Predigeramt, ob in Riga, am Schaumburger Hof in Bückeburg oder in Weimar, ist keineswegs nur »Brotberuf«, es geht ihm, auch in der skeptischen Zeit des Bückeburger Eheglücks, immer um Gotteserkenntnis und am verzweifeltsten dort, wo er sie für unmöglich erklärt.

Nichts Geringeres als ein neuer Reformator Rußlands wollte er werden, sein Ehrgeiz war durchaus und überall weltumspannend, weswegen man sich die Qual, später neben Goethe höchstens der zweite, wenn nicht gar nur der dritte Mann im winzigen Weimar zu sein, kaum erniedrigend genug vorstellen kann. Wenn auch gemildert durch: seine Ehefrau Caroline. Kein Bettschatz, keine züchtige Hausfrau, kein bequemes Hausmittel gegen die Unordnung der Triebe – Herder ist der einzige des Weimarer Kreises, der die bürgerliche Liebesheute nicht nur proklamiert, sondern auch zu leben versucht.

Viel wurde gefordert von Caroline Flachsland, der Frau eines Mannes, der »die Fußstapfen Gottes in der Geschichte der Menschheit« erkennen wollte und zeitlebens peinigend daran litt, welche geringfügige Rolle er selbst nur in dieser Geschichte spielen durfte. Nicht nur sein zwischen dem Stolz des Gottschauenden und kriechenden Ameisengefühl hin- und hergeworfenes Selbst mußte sie stützen, sie sollte nicht nur seinen Trieben eine leidenschaftliche Antwortende sein (Herder war kein sittsam verklemmter Geliebter, seine Loblieder auf den Tastsinn als einzig adäquates Sinnesorgan zur Erkenntnis der Plastik, am Beispiel weiblicher Schönheit, ließen die Zeitgenossen aufkriechen in prüder Entrüstung) – Frau Caroline mußte nicht nur Mutter von sieben Kindern, Vorstand eines gastfreundlichen Hauses sein,

sie war auch, wie Herder sie nannte, »actor auctoris«, die erste Leserin seiner Schriften. 60 Bände insgesamt! Und schließlich hatte sie, und das war sicherlich die wichtigste Aufgabe, das Geld einzutreiben, nicht selten es geradezu vom Weimarer Herzog zu erbetteln.

Und dennoch – wenn sicherlich auch viel Verklärung die Erinnerung der Caroline Herder verzaubern hilft – »Die Täuschung ist gut zu ihrer Zeit, denn sie macht glücklich.« Wenn auch die Liebe eines Weibes nicht ausreicht, einen Mann glücklich zu machen, erträglicher macht sie ihm das Leben wohl. Doch leider nicht erträglich genug, um sich mit dem Menschsein versöhnen zu können. Die »Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit«, erschienen ab 1784, sind ein Versuch, sich fortzudenken aus den Widrigkeiten der Gegenwart in eine paradiesische Zukunft. Das Insekt erkennt den Zweck des Ganzen, und wenn Herder noch so sehr gegen Kants Primat des Allgemeinen polemisiert, am Ende werden auch ihm die einzelnen nur Stufen und Mittel auf dem Weg zum Fortschritt.

»Nahe an den Affen stellt die Natur den Neger hin, und von der Negervernunft an bis zum Gehirn der feinsten Menschenbildung ließ sie ihr großes Problem der Humanität von allen Völkern aller Zeiten auflösen . . . Wie nun alles Wohlgeordnete und Schöne in der Mitte zweier Extreme liegt, so mußte auch die schönere Form der Vernunft und Humanität in diesem gemäßigten Mittelstrich ihren Platz finden.«

Feiner, schöner. Wir sehen das Maß, es ist sein eigenes, europäische Humanität. Die Noten werden verteilt; sicherlich, da jedes einzelne Ausdruck Gottes ist, muß jedes auch geliebt werden, und es ist unmenschlich, die Neger zu versklaven, daß sie aber entfernter stehen vom Throne Gottes, das ist der Fortschrittslogik nach zwingend.

Über den Begriff der Humanität sind alle »Anmaßungen von Lob- und Tadelsprüchen« wieder eingesetzt in ihre Rechte. Das Gefühl für die eigenen Werte erhebt den Anspruch auf Wissen, auf objektive Gültigkeit; der Mensch, der abendländische natürlich, als die Mitte, »ist ein Bild der Gottheit, denn er erforscht die Gesetze der Natur, die Gedanken, nach denen der Schöpfer sie verband und die er ihnen wesentlich machte.«

Wir hören Hegel, der denn auch viel gelernt hat von Herder. Und so viele Anrufungen und Beschwörungen des individuellen Rechtes es auch immer in »den Ideen« gibt, und es gibt viele und schöne, EIN Ideal vom Menschen, das europäische Ideal, wird zum göttlichen Maß für alle.

Wielands Warnruf: Die Natur kennt keine Ideale, nur die Menschen sind's, die SICH welche schaffen (weshalb jedes Ideal ein nur relatives und hypothetisches ist!), verhalte ungehört. Herders EMPFINDEN brauchte eine absolute Vernunft. Und wir hören das Dröhnen der Stiefel, die den Weltgeist in alle Winkel dieser Erde tragen müssen, nach göttlichem Gesetz, und die mahlenden Räder der Geschichte knirschen dem Guten Ganzen zu, und die Fahnen flattern, und die Scheiterhaufen flackern. Und am Ende dann singen auch die Geschundenen das Lob der großen Harmonie: »Geschichte der Menschheit, im edelsten Verstande – du wirst werden!«

HEINZ-GÜNTER VESTER

Postmodern ist nicht nur neokonservativ

Von deutschem Nachholbedarf

Das Thema »Nach der Postmoderne« mag verwundern. Erleben wir nicht gerade im Zuge der Vereinigung Deutschlands und der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa enorme Modernisierungsschübe? Muß da nicht jedes Gerede über die Postmoderne anachronistisch erscheinen? Ist die Beschäftigung mit ihr mehr als ein intellektuelles Sandkastenspiel, angesichts der Bemühungen postkommunistischer Gesellschaften um Modernisierung? Die Antworten auf diese Fragen seien thesenartig vorweggenommen:

1. Die Postmoderne ist mehr als das feuilletonistische Gerede über sie; sie ist ein real existierendes Phänomen.

2. Die Postmoderne hat eine Vergangenheit, die in Deutschland noch gar nicht verarbeitet worden ist.

3. Die Postmoderne hat noch eine Zukunft vor sich. Diese ist offen, unbestimmt, vielschichtig und bunt.

4. Das vereinte Deutschland wird zu einem postmodernen Experimentierfeld und Katalysator.

I.

Die Postmoderne ist nicht ein Spezialthema für Philosophen, Literaten, Künstler, Architekten oder Kulturtheoretiker. So verlegen und ver-

schwommen der Begriff auch sein mag, so steht er doch für real existierende Entwicklungen in Kultur und Gesellschaft. Einige zentrale Merkmale seien genannt, die die westlichen Industriegesellschaften soweit transformiert haben, daß es angebracht ist, diese nicht einfach als lineare Verlängerung der sogenannten modernen Gesellschaft zu beschreiben. Das Stichwort *postindustriell*, das zwar nicht das Gleiche abdeckt wie *postmodern*, aber auf die sozialstrukturelle Basis der postmodernen Kultur verweist, besagt nicht, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. Doch hat sich in der postindustriellen Gesellschaft die Struktur der Erwerbstätigkeit entscheidend verändert. In der Bundesrepublik ging zwischen 1960 und 1988 die Zahl der im warenproduzierenden Gewerbe Beschäftigten von 12,497 Mio. auf 10,459 Mio. zurück. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Dienstleistungsunternehmen von 2,364 Mio. auf 4,239 Mio. Allein in den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 383.000 (1960) auf 837.000 (1988). Einen hohen Anteil bei dieser Umstrukturierung der Erwerbstätigkeit hat auch der Staat, der 1960 2,09 Mio. Menschen beschäftigte, im Jahre 1988 bereits 4,202 Mio.

Zugleich zeichnet sich die postindustrielle Gesellschaft durch die wachsende Bedeutung

der Finanzmärkte, des wissenschaftlichen Wissens, des Informationsaustausches und des Transports von Menschen und Gütern aus. Die postindustrielle Gesellschaft ist besser als Finanz- denn als Arbeitsgesellschaft zu charakterisieren. Die Architektur der Fabriken, Zechen und Werften wird verschrottet, ins Museum transportiert oder in schicke Wohn- und Erlebnislandschaften transformiert. Symbol der postindustriellen Wirtschaft sind die Bankpaläste, Bürotürme und Shopping Malls im postmodernen Design.

Die postindustrielle Gesellschaft sprengt die nationalstaatlichen Grenzen. Ein simpler Indikator hierfür ist die Zunahme des Außenhandels. So wurden 1960 Waren im Werte von 42,723 Mio. DM in die Bundesrepublik eingeführt und für 47,946 Mrd. DM exportiert; 1988 belief sich der Wert der Importe auf 439,768 Mrd. DM, der der Exporte auf 567,750 Mrd. DM. Die statistischen Belege für einen Wandel der Bundesrepublik von der klassischen Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft ließen sich fortführen.

Die postindustrielle Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft unterscheidet sich von der Industriegesellschaft nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Die Informationstechnologie der postindustriellen Gesellschaft bietet nicht nur ein Mehr an Information, sondern

Auf der Düsseldorfer Kö: Postmoderne Lifestyle-Attribute

Foto: JOKER/A.v.d. Osten-Sacken



führt auch zu einer Veränderung der Kodierung von Informationen, zu anderen Speicher- und Zugriffsweisen. Die Veränderungen in den Modalitäten des Informierens, Kommunizierens und Wirtschaftens, das Ausgreifen der sozialen Austauschbeziehungen über die nationalen Grenzen hinweg, das alles bewirkt auch Veränderungen in der Kultur, wie umgekehrt kulturelle Veränderungen auf die Sozialstruktur zurückwirken.

II.

In der Tat gibt es eine Vergangenheit der Postmoderne im Sinne kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Veränderungen, die sich doch schon seit den 60er Jahren abzeichnen. Das heißt jedoch nicht, daß die Postmoderne kulturell schon *ad acta* gelegt wäre. Im Gegenteil, gerade in Deutschland besteht noch Nachholbedarf in Sachen Postmoderne. Einmal mehr gibt sich Deutschland als verspätete Nation zu erkennen. Beim Aufspringen auf den Zug der Postmoderne hat man sich in Deutschland teutonisch schwerfällig gezeigt. Während im Deutschland der 50er und 60er Jahre erst einmal ein Rückstand an kultureller und sozialer Modernität aufzuholen war, kristallisierte sich in den USA die Postmoderne schon in den 60er, ja sogar 50er Jahren heraus, einmal abgesehen von vereinzelt Verwendungen der Vokabel *postmodern*, die noch früher erfolgten. In der amerikanischen Literatur sind Schlüsselwerke der Postmoderne in den 60er Jahren entstanden, noch bevor die Architektur den Postmodernismus auch einem größeren Publikum vor Augen führte. Die amerikanische Postmoderne hat für viel frischen Wind gesorgt. In Literatur und Architektur, in Film und Video kommt sie mit Witz, Ironie und frecher Attitüde daher. Dies sind Eigenschaften, die bekanntlich nicht zu den Stärken des deutschen Geisteslebens und seiner Intellektuellen zählen, was eine Teilerklärung für die verspätete und oft verkrampfte Rezeption der Postmoderne in Deutschland sein mag.

Als die Postmoderne mit Verspätung endlich in Deutschland ankommt, trifft sie auf ein kulturell erschlafenes, politisch desengagiertes und sozial befriedetes Klima. Nach den wildromantischen Zeiten um 1968 hat sich eine Generation von Intellektuellen in Schulen und Hochschulen, Verlagen, Museen und öffentlich-rechtlichen Anstalten eingerichtet und abgesichert. Die Naivität des Weltverbesserungswillens hat der Selbstgenügsamkeit bei der Reise durch Innenwelten, durch Selbsterfahrungen

und Beziehungskrisen Platz gemacht. Der Egotrip verläuft mal in durchaus bürgerlichen Bahnen, mal auf alternativen Pfaden. Die Reaktionen auf die Signale und Impulse der Postmoderne fallen eher müde aus. Im deutschen Feuilleton dient die Postmoderne nur als unverbindliches Schlagwort, das nicht für analytische Bemühungen genutzt wird, sondern eine ähnliche Rolle spielt wie die Glocke in Pawlows Experimenten. Im Vertrauen, daß sich irgendein Reflex beim Leser einstellen wird, belegt der Feuilletonist mit dem Etikett *postmodern* alles, was sich nicht in den vertrauten Kategorien ästhetischer und moralischer Bewertung unterbringen läßt. Bemühter, aber letztlich nicht weniger ermüdend, verfährt man in den akademischen Zirkeln, in denen mit philosophischer Gründlichkeit versucht wird, die Querverbindungen zwischen Postmoderne und den Heroen der Philosophiegeschichte zu knüpfen. Nach teutonischer Philosophenmanier wird der Postmoderne der angloamerikanische *sense of humor*, der französische Sinn für Ironie ausgetrieben, erfährt die Postmoderne eine Spätgeburt aus dem Geiste der modernen Philosophie.

Doch die Postmoderne ist mehr, als der feuilletonistische Provinzialismus oder das philosophische Seminar zu erfassen vermögen. Die Postmoderne ist kein freischwebendes kulturelles Phänomen ohne Verbindungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen. Wie immer im einzelnen die empirischen Befunde zu den komplizierten Zusammenhängen zwischen sozialstrukturellen Veränderungen und kulturellen Entwicklungen aussehen mögen, das Erscheinungsbild von Gesellschaft und Kultur hat sich qualitativ verändert und läßt sich nicht mehr im Bezugsrahmen der sogenannten Moderne begreifen. Wenn der Begriff des Postmodernen noch einem Passepartout gleicht und dies den Apologeten des Postmodernen kritisch entgegengehalten wird, so sollte man sich zunächst einmal klar machen, wie vage und unbestimmt die Begriffe *Moderne*, *modern*, *Modernismus* geworden sind, es vielleicht immer waren. *Modern* – ursprünglich als Gegensatz zu *antiquus* – ist doch oft als nichts anderes denn als das jeweils Neueste oder Zeitgemäße begriffen worden, was noch keine zufriedenstellende inhaltliche Bestimmung liefert und schon gar keine moralische oder ästhetische Rechtfertigung. Auch die Stilisierung des Projekts der Moderne als ein Unternehmen der Aufklärung und Emanzipation hilft da nicht weiter. Philosophen, Sozialplaner und Architekten mögen an Projekten arbeiten; Geschichte insgesamt, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung, stellt aber keine Projektanträge.

Die Geschichte aber hat längst den Weg in die Postmoderne eingeschlagen. Der Rationalitätsbegriff der philosophischen Moderne oder ihrer Theoretiker hat sich als problematisch herausgestellt. Das Vertrauen in ein rationales Telos der Geschichte oder, weniger metaphysisch, in die Überzeugungs- und Durchschlagskraft westlicher Vorstellungen von gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung, der Ethnozentrismus abendländischer Vernunft sind erschüttert. Die *Meta-Erzählungen* und Großideologien der Moderne sind in Versatzstücke zerfallen. Spätestens mit den Scheitern des real existierenden Sozialismus sind die großen Optionen auf die Verwirklichung von Utopien im Diesseits enttäuscht, wenn nicht diskreditiert. Nach wirtschaftlichen Kriterien bemessen, hat sich der Kapitalismus als rationaler erwiesen. Der real existierende Kapitalismus ist allerdings auch alles andere als die Verwirklichung eines einheitlichen und universellen Programms. Das Prinzip des freien Marktes wird binnengesellschaftlich von sozialstaatlichen Programmen und außenwirtschaftlich von Handelsbarrieren eingedämmt. Postindustriell-postmoderne Gesellschaften sind hybride Kreuzungen aus heterogenen und partiell wirksamen Prinzipien sozialer Organisation und Kommunikation.

Der Moderne ging es um die Verwirklichung der reinen Lehre, egal ob kapitalistische oder sozialistische, und um die Ausmerzung des Gegensätzlichen, Widersprüchlichen, Fremden, das der angeblichen Logik des Einheitsprinzips nicht entsprach. Die Postmoderne hingegen akzeptiert das Andere, scheinbar Unlogische, das Unvereinbare, Inkommensurable und das Uner-schöpfliche. Das läßt sich nicht einfach als Irrationalismus abtun; die postmoderne Vernunft versucht nur nicht, alles Gegensätzliche und Widersprüchliche in einer höheren dialektischen Logik zu versöhnen. Die Postmoderne läßt das Heterogene einfach zu, ist polyzentrisch, transnational und multikulturell.

III.

So liegt denn auch die Zukunft der Postmoderne nicht in der Wiedergeburt eines bekannten sinnstiftenden Prinzips der Moderne, dem der Nation. Daß Deutschland später als England, Frankreich oder die USA den Weg in die Moderne gefunden hat, hängt auch mit den Geburtswunden der deutschen Nation zusammen. Am Ende des 20. Jahrhunderts kann aber die Zukunft Deutschlands nicht in der Besinnung auf die deutsche Nation liegen. Daran ändert auch die *Wiedervereinigung* nichts. Die Post-

moderne ist trans- und multinational, auch wenn in Mittel- und Osteuropa das Bewußtsein vieler Nationalitäten wieder erwacht. Weder für Deutschland noch für eine der sich aus bisherigen staatlichen Einbindungen herauslösende Nationen gibt es einen nationalen Sonderweg jenseits internationaler Verflechtungen. Erscheint in der Staatsphilosophie der Moderne die Ineinssetzung von Nation und Staat, womöglich noch stilisiert zu einer Art höherer Vernunft, als das universelle Prinzip moderner Entwicklung, präsentiert sich die Postmoderne politisch weniger sakral und zugleich unübersichtlicher. In den einzelnen, oft durch historische Zufälligkeiten und Unglücksfälle zustande gekommenen Staaten erklären sich Nationen, ethnische Gruppen oder Straßenzüge zu »autonomen Republiken«. Einzelne Bundesländer oder Städte betreiben ihre eigene Außenpolitik. Das System der Verflechtungen wird polyzentrischer und vielschichtiger. Die kollektiven und individuellen Identitäten, die sich aus diesen Vernetzungen und Überlagerungen ergeben, werden flexibler.

IV.

Deutschland hat Nachholbedarf in Sachen postmoderner Kultur. Gerade angesichts des vereinten Deutschlands mit all seinen Widersprüchen, Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten wären von der Literatur oder der Architektur postmoderne Würfe zu erwarten, die es mit den andernorts gesetzten Standards aufzunehmen hätten. Werden die Kulturschaffenden in Deutschland aus den politischen, sozialen und kulturellen Umbrüchen Impulse erfahren und kulturelle Produkte hervorbringen, die – wenn schon nicht tiefgreifend Neues – doch neue Mischungen und interessante Experimente darstellen? Traditionell haben die deutschen Intellektuellen politische Machtlosigkeit mit der Verquickung von ästhetischen und moralischen Prinzipien zu kompensieren versucht. Statt die Antennen auf den Empfang von Impulsen seitens der Außenwelt auszurichten, richtet man sich gern in ideologisch-ästhetischen Gebäuden ein oder horcht auf das Rumoren der Innenwelt. In den eingefahrenen Bahnen und den einmal bezogenen Standorten kann man sich behaglich fühlen, während kulturelle und ästhetische Entwicklungen unbemerkt vorüberziehen. Ignoranz genügt sich selbst, wenn man ohnehin Teil des etablierten Netzwerkes kultureller Produktion, Distribution und Nachfrage ist. Die Langweiligkeit, Unbeweglichkeit und verstümmelte Kreativität des deutschen Geisteslebens hat mentale und institutionelle Gründe.

Das verbeamtete Bildungswesen neigt zur Versteinering. Besitzstandsdenken, Bürokratismus und fehlende Autonomie hemmen Neugierde und Kreativität in den Universitäten. Verlagslektoren und Museumsdirektoren gebärden sich spätpatriarchalisch. Die großen, bürokratisch strukturierten Kulturinstitute sind eher kulturverwaltende Behörden als kulturfördernde oder -schaffende Institutionen. Ob sich an diesen Verkrustungen durch die Einigung Deutschlands Entscheidendes verändert, ist fraglich.

Von den Intellektuellen ist einmal mehr zu befürchten, daß sie sich entweder in Schmolliwinkel zurückziehen oder Töne des nationalen Heimatgefühls, wenn nicht gar der neudeutschen Kraftmeierei anschlagen. Wenn die postmoderne Kultur ein freies und dynamisches Spiel der Zeichen ist, aus dem immer wieder neue Bedeutungen hervorgehen, dann mag die Gefühls- und Kreativitätslage der deutschen Intellektuellen ohnehin von sekundärer Bedeutung sein. Die postmoderne Kreativität ist ortsungebunden und maßlos: sie bedient sich allenfalls der Intellektuellen, aber sie richtet sich nicht nach deren Maßstäben und Wunschvorstellungen.

Die Postmoderne wird insbesondere hierzulande immer wieder verdächtigt, neokonservativ, wenn nicht gar reaktionär zu sein. Da aber Postmodernität gegen die Kanonisierung und Vereinheitlichung von ästhetischen Entwürfen, Erkenntnisweisen und Lebensformen gerichtet ist und den Pluralismus fördert, ist dieser Verdacht nicht gerechtfertigt oder trifft allenfalls einige Spielarten des Postmodernismus. Die Gefahren einer postmodernen Kultur liegen nicht in einem angeblichen Neokonservatismus, sondern im Paradox von *différence* und Indifferenz. *Différence* ist nach Jacques Derrida ein unendlicher Prozeß der Herstellung von Bedeutung. Dies geschieht mittels feiner Unterschiede zwischen den Zeichen, die zu immer wieder neuen Bedeutungen führen, wobei die Differenzen nicht versöhnt werden. Wenn nun aber die Differenzen immer subtiler und zeichenhafter werden, mag die Tendenz wachsen, daß es keinen Unterschied macht, an welche Zeichen sich der Sinn heftet.

Die Meta-Erzählungen, die großen Sinnentwürfe, die klassischen Ideologien der Moderne haben sich in der Postmoderne in ein dynamisches Vexierspiel von *Mikrosinnen* und Ideologemen aufgelöst. Als angemessene Haltung gegenüber subtilen und minimalen Differenzen erscheint dann die Indifferenz. Da die Flut von Zeichen und Informationen ohnehin nicht zu bewältigen ist, bietet sich Ignoranz als Überle-

bensform an. Der postmoderne Pluralismus hält für jeden eine Nische bereit. Der Nischenbewohner kann darauf verzichten, über den Zaun zu schauen. Ihm scheint es überflüssig, die angrenzende Nische auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn sich mit ihr auseinanderzusetzen. Zugleich eröffnen sich dem Opportunismus ungeahnte Möglichkeiten. Da die Grenzen zur anderen Nische ja nur durch Ignoranz, nicht aber durch unüberwindliche – etwa ideologische – Hürden gezogen sind, und da die Unterschiede minimal ausfallen, ist es ein leichtes, sich aus Opportunitätsgründen in der einen oder anderen Nische zeitweise niederzulassen. Indifferenz, Ignoranz und Opportunismus sind Risiken der Postmoderne. In das ideologische Vakuum, das die Postmoderne bewußt offenhält, können dann Ersatzreligionen und Fundamentalismen vorstoßen. Das gehört zu den Risiken der postmodernen Zukunft, vor denen aber auch die Flucht in die moderne Vergangenheit nicht schützen kann. Bestenfalls läßt sich aus der Vergangenheit der Moderne manche Lektion für die postmoderne Zukunft entnehmen.

GÜNTER ERBE

Sozialismus als Gemeinschaft?

Die kulturkonservativen Eliten in der Ex-DDR

Fragt man nach den Gründen für den utopisch-sozialistischen Elan im politischen Denken von Schriftstellern, Künstlern und Angehörigen anderer Intelligenzgruppen in der nun schon Geschichte gewordenen DDR, begegnet einem das Bedürfnis nach einer radikalen geschichtlichen Zäsur, das sich gegen vielfachen Widerstand behauptete und nicht zuletzt in der Faschismuserfahrung seiner ersten Trägergeneration wurzelte. Auffallend ist, daß diesem Beharren auf dem Sozialismus als utopischer Provinz ein Festhalten an vormodernen Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit korrespondiert, das Rückschlüsse auf das Gesellschaftsbild der kulturellen Elite zuläßt. Ihr Plädoyer für Solidarität in der Gemeinschaft, ihr Affekt gegen gesellschaftliche Differenzierung und Individualisierung und ihr reduziertes Verständnis von bürgerlicher Demokratie verweisen



Historiker. Berlin

Foto: Stefan Moses

ebenso wie die Hochschätzung der Kulturwerte auf einen älteren Topos der deutschen Literatur- und Geistesgeschichte.

Es ist eine gängige soziologische und literaturhistorische These, der deutschen Literatur fehle im Unterschied zu den Literaturen anderer europäischer Länder der Gesellschaftsbezug. Durch ihre Absperrung von den Fürstenhöfen habe sie kein bedeutendes gesellschaftliches Terrain finden können. Die Schriftsteller flüchteten sich in Ersatzwelten und geistige Provinzen. Charakteristisch sei mithin ihr Mangel an gesellschaftlicher Repräsentanz. Spricht man dieser These eine gewisse Plausibilität für frühere Epochen der deutschen Literatur zu, so bleibt zu fragen, ob der gesellschaftliche Repräsentationsdefekt noch für die Literatur des 20. Jahrhunderts kennzeichnend geblieben ist. Im Streit zwischen dem frühen Thomas Mann und dem *Zivilisationsliteraten* Heinrich Mann klingt diese Problematik ebenso an wie in Hofmannsthals Rede über »Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation«. Es ist dies der Konflikt zwischen dem Zivilisationsbewußtsein der westlichen bürgerlichen Demokratien und dem deutschen Kulturbewußtsein, das sich dem Ge-

sellschaftlichen, dem Nur-Zivilisatorischen durch seine geistige Tiefe überlegen glaubt.

Damit ist der geistige Umkreis der antika-
pulistischen Romantik angesprochen, dem ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen philosophisch-wissenschaftlichen und literarisch-künstlerischen Intelligenz vor und nach der Jahrhundertwende zuzurechnen ist. Der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft, Kultur und Zivilisation wurde zum Bestandteil rechter und linker politischer Ideologien. Eine messianisch-utopische Variante des Gemeinschaftsgedankens charakterisiert z. B. das Frühwerk von Georg Lukács und Ernst Bloch, während Leitfiguren der *konservativen Revolution* wie Oswald Spengler und Stefan George ihre Kulturkritik mit rückwärts gewandten politischen Vorstellungen verbanden.

Die Ambivalenz der Verwendung der Gemeinschaftsprogrammatik zwischen Rechts und Links zeigt sich besonders deutlich in der Rezeption der kulturkritischen Schriften Richard Wagners und des Hauptwerks eines der Begründer der deutschen Soziologie, Ferdinand Tönnies. Wagners Postulat einer revolutionären Erneuerung in einer neuen Gemeinschaft fand starke Resonanz bei Kulturtheoretikern der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung. Tönnies geht in seiner Begründung der über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinausweisenden Vorstellung von einer neuen Gemeinschaft auf Marx zurück, der den Sozialismus/Kommunismus als eine Form von klassenloser Gesellschaft, d. h. Gemeinschaft assoziierter Individuen antizipiert. Bei Tönnies schließt der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft bereits den von Kultur und Zivilisation mit ein. Kultur wird der Gemeinschaft, Gesellschaft der Zivilisation zugeordnet. Gemeinschaft steht für die traditionell organisierte und organisch gewachsene Gruppe, die durch unmittelbare und jeweils persönliche Beziehungen ihrer Mitglieder zusammengehalten wird, während Gesellschaft gleichbedeutend ist mit den modernen Formen des Soziallebens, die durch Anonymität der zwischenmenschlichen Beziehungen bestimmt sind.

Tönnies' Differenzierungen wurden im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts von Sozial- und Geisteswissenschaftlern aufgegriffen und – gegen die Intentionen des Autors – ideologisch aufgeladen. Kultur geriet dabei zu einer Chiffre für angeblich spezifisch deutsche geistige, ethische und ästhetische Werttraditionen, während Zivilisation mit technisch-materiellem und industriellem Fortschritt gleichgesetzt und mit der englischen und französischen Geistes-
tradition in Verbindung gebracht wurde.

In der deutschen Literatur kommt diese Problematik wohl am deutlichsten in Thomas Manns *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918) zum Ausdruck. Deutschtum, das sei Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und *nicht* Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. Zivilisation sei Geist im Sinne der Vernunft, der Sittigung, des Zweifels, der Aufklärung und der Auflösung, während Kultur im Gegenteil das künstlerisch organisierende und aufbauende Prinzip bedeute. Bei Thomas Mann findet sich die eigentliche Bemerkung, es bleibe die Eigenart des deutschen Individualismus, »daß er sich mit ethischem Sozialismus, den man Staatssozialismus nennt und der etwas anderes ist als der menschenrechtlich-marxistische, sehr wohl verträgt«. Nach seiner Hinwendung zur Tradition der westlichen bürgerlichen Demokratie spricht Thomas Mann in seinem Essay *Kultur und Sozialismus* (1928) vom Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft als dem zwischen der kulturellen und der demokratischen Form der Sozialität. Die »Hinüberleitung des Gemeinschaftsbegriffs ins Gesellschaftlich-Sozialistische würde die wirkliche, innere und geistige ›Demokratisierung‹ Deutschlands bedeuten.« Er nimmt nun eine vermittelnde Haltung zwischen der Kulturidee und der Gesellschaftsidee im Sinne der Erlösungsaufgabe des Proletariats ein. Was not tate, wäre eine Verbindung »der konservativen Kulturidee mit dem revolutionären Gesellschaftsgedanken«. Die Kulturpolitiker in der DDR meinten sich noch Mitte der sechziger Jahre auf diesen Gedanken Thomas Manns berufen zu können.

Mit Blick auf die in der frühen DDR wirksam gewordenen kulturell-geistigen Traditionen ist zu fragen, was von den Ideen und der Mentalität der antikapitalistischen Romantik am Leben geblieben ist, obgleich führende kulturelle Repräsentanten wie Johannes R. Becher, Alfred Kurella und Georg Lukács ihrer früheren Verwurzelung in Expressionismus, Jugendbewegung oder revolutionärer Romantik längst abgeschworen hatten. In ihrem Bestreben, das *kulturelle Erbe* in den Dienst aktueller politischer Programmatik zu stellen und der DDR als Hüterin der nationalen Kultur gegen den Kulturverfall im Westen eine Legitimation zu verschaffen, blieben sie jedoch spezifischen Denkmustern der antikapitalistischen Romantik verhaftet.

Die kommunistischen Schriftsteller der Emigrationszeit, die der frühen Literatur in der DDR wichtige Impulse gaben, waren als politisch engagierte Antifaschisten auf gesellschaftliche Wirkung bedacht. Ins stalinistische Fahrwasser

geraten und unter dem Eindruck des Faschismus, erhielt für sie das marxistisch-leninistische Entlarvungsargument gegen bürgerlich-demokratische Verfassungen als formal-demokratischer Schein und gegen die kapitalistische Wirtschaftsform als Wurzel des Faschismus axiomatische Bedeutung. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland mußten sie erleben, daß zwischen ihnen und der Bevölkerung, die den Nationalsozialismus mitgetragen hatte, eine unüberbrückbare Kluft bestand. Der traditionelle Repräsentationsdefekt der deutschen Literatur blieb folglich erhalten, ja verschärfte sich noch, als die antifaschistischen Schriftsteller die ihnen zugewiesene Rolle im Rahmen einer stalinistischen Erziehungsdiktatur bereitwillig annahmen.

Die Kampagne der SED gegen die Moderne und die Verpflichtung der Schriftsteller auf das kulturelle Erbe sollten zur Eliminierung einer Reflexionskultur beitragen, die auf dem Autonomieanspruch des Individuums gründet. Als affirmative Kulturwerte aufgeladene Begriffe wie Humanismus, Antifaschismus und Solidarität beschworen eine Gemeinsamkeit zwischen politischer Führung und kultureller Elite auf dem Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft. Obgleich sie zu Stereotypen und politischen Durchhalteparolen verflachten, prätendierten sie – auch im Bewußtsein vieler Schriftsteller – politisch-moralische Höherwertigkeit und geschichtliche Höherentwicklung in Abgrenzung von einem Zivilisations- und Gesellschaftstyp, der durch liberale Grundnormen, politischen Pluralismus und soziale Differenzierung und Individualisierung gekennzeichnet ist. Die Werte der westlichen Zivilisation, wie sie in den bürgerlichen Verfassungen kodifiziert sind, trafen somit auf Vorbehalte bei einer Intelligenz, die – in obrigkeitstaatlichen und klassenkämpferischen Traditionen aufgewachsen – die Auflösung des parteistaatlichen Gemeinschaftszusammenhangs als Bedrohung ihrer geistigen Identität und ihres sozialen Status empfinden mußte. Diese Vorbehalte sollten sich in der Zeit des Kalten Krieges verfestigen, begünstigt durch eine Kulturpolitik, die den traditionell-konservativem Denken entsprechenden Gegensatz von deutscher Kultur und dekadenter westlicher Zivilisation als geistige Frontlinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik aufrichtete.

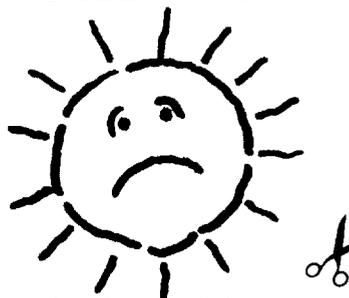
Wenn hier von einer Adaptierung kulturkonservativer Denkmuster der antikapitalistischen Romantik durch Schriftsteller in der DDR gesprochen wird, muß die spezifische gesellschaftliche und politische Ausgangslage berücksichtigt werden, in der solche Ideen erneut

Aktualität erlangen konnten. Gemeint ist nicht ein unmittelbares Aufgreifen von Vorstellungen der politischen und literarischen Romantik, sondern ein aus romantischen Bezügen des Marxismus und Marxismus-Leninismus hergeleitetes Gesellschaftsbild und Politikverständnis. In den fünfziger und sechziger Jahren wurde die Romantik von der SED als reaktionäre, irrationalistische Geistesströmung abqualifiziert und aus dem auf die Klassik eingeschworenen kulturellen Erbe ausgegrenzt, ohne daß der als »revolutionäre Romantik« apostrophierte sozialistische Realismus und die romantisch-utopischen Elemente des Marxschen Kommunismusentwurfs selbst kritisch hätten befragt werden können. Mit dem Ulbrichtschen Projekt einer parteigesteuerten, die technokratischen Züge der Neuen Ökonomischen Politik kompensierenden sozialistischen Menschengemeinschaft wurde die revolutionär-romantische Idee einer neuen organischen Gemeinschaft ad absurdum geführt. Es entstand eine »Quasi-Gemeinschaft« (Márkus/Hegedüs), die unter dem Anschein von Kollektivität die individuelle Isolierung ihrer Mitglieder im Grunde bestärkte.

Die Aneignung der literarischen Romantik durch die Schriftsteller geschah vor dem Hintergrund *gestockter Widersprüche* (Franz Fühmann) in der Entwicklung des parteistaatlichen Sozialismus. Was die literarisch-philosophische Intelligenz in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Frühphase des industriellen Kapitalismus als *Entfremdung* erfuhr und den Boden für die – am Ende des Jahrhunderts wieder auflebenden – Ideen der antikapitalistischen Romantik bereitete, fand eine Parallele in der Enttäuschung vieler DDR-Schriftsteller über eine am Modell der westlichen Konsumgesellschaft ausgerichteten Politik der Partei. Der Rückzug in die Innerlichkeit als Ausprobieren neuer Gemeinschaftsformen und das Einklagen der Utopie blieben jedoch an den herrschenden politischen Diskurs gebunden. Der utopische Impetus war kritisch und verschleiernd zugleich. Seine kritische Stoßrichtung galt der politischen Macht, deren Legitimation in dem Maße abzubröckeln begann, wie sie ihre Postulate nicht einlöste. Verschleiernd war das Insistieren auf der sozialistischen Utopie, weil es einen Bestand stabiler Errungenschaften und unverbrauchter Werte unterstellte, einen Sozialismus im Larvenzustand (*Volker Braun*) gleichsam, dessen Potential nur freizusetzen wäre. Zu fragen ist, ob die DDR-Literatur nicht in dem Maße an politischem Realitätsbezug gewann, wie sich der Projektionsraum der antikapitalistischen Romantik erschöpfte und die utopischen Hoffnungen dahinschwanden.

Seit etwa Mitte der sechziger Jahre erlangte die ästhetische Moderne, die den Autonomieanspruch in der Kunst radikalisierte, für die Literatur in der DDR mehr und mehr an Bedeutung. Mit ihrer Rezeption erfolgte jedoch nicht notwendig eine Adaption des die Geschichtsutopie negierenden Elements dieser Literaturtradition. Erst in der jüngeren Autorengeneration kam der nichtutopische Aspekt der Moderne voll zum Durchbruch. Es fällt auf, daß bei den Jüngeren die weniger ideologiebefruchtete offene Einstellung zu den westlichen politischen Normen und Werten mit dem Nichtutopismus der Werke zusammenfällt. Der Distanz der Angehörigen der älteren und mittleren Generation zur bürgerlichen Demokratie entspricht demgegenüber ein die Zeit des Umbruchs nicht selten überdauerndes Festhalten zumindest an Restelementen der sozialistischen Gesellschaftsutopie. Der Prozeß der Differenzierung des politischen Bewußtseins der verschiedenen Intelligenzgruppen hat sich seitdem rapide beschleunigt. Die Art und Weise, in der sich die Integration der DDR in die Bundesrepublik vollzieht, ist freilich dazu angetan, auch westliche Ressentiments zu verstärken und die Chance der kulturellen Einheit zu verspielen.

Wer im Treibhaus sitzt...



Wenn Sie wissen möchten, was Sie gegen Treibhauseffekt und Ozonloch tun können, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.

BUND · Im Rheingarten 7 · 5300 Bonn 3

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e.V.



BUND

THOMAS KREUDER

Die Anekdotensammlung des Ehepaars Scheuch

Die Lage ist schlecht. Die Bundesrepublik Deutschland, einst ein Hort von Stabilität und Prosperität, wird mit den Folgeproblemen der Einheit nicht fertig, die Wirtschaft steht vor einer Rezession, Streiks bei Banken und im öffentlichen Dienst, und in Zukunft müssen wir und die Welt sogar ohne Hans-Dietrich Genscher auskommen, dessen Funktion als ruhender Pol in einem Meer der Unübersichtlichkeit durch das anschließende Gerangel um seine Nachfolge noch einmal verdeutlicht wurde. Aber das Rettende ist nah. Schuldige an der Misere sind bereits ausgemacht. Es sind die Parteien, genauer gesagt ihr Personal, die Politiker.

Diese Erkenntnis verdanken wir Ute und Erwin Scheuch, die ihre im Auftrage der Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen erstellte Arbeit »Parteien und Politiker in der Bundesrepublik (alt) heute« flugs zu Taschenbuchformat erweiterten, nachdem ihnen die christdemokratischen Honoratioren Kölns einfach nicht folgen und das Papier in der Schublade verschwinden lassen wollten. Was die betroffenen Politiker in Rage brachte und zugleich das Interesse der Öffentlichkeit erregte, war die Verdichtung vieler seit langem bekannter Skandale zu einem als solchen dargestellten System. Die namentlich bezeichneten Akteure sahen sich als Profiteure von Cliquen und Klüngeln denunziert, denen an nichts anderem mehr gelegen ist, als ihren Machterhalt durch Vorteilsgewährung und -nahme zu sichern.

Die Autoren haben eine Anekdotensammlung vorgelegt, der jeder zustimmen kann, weil er selbst solche Geschichten kennt und sie zu Recht verurteilt. Damit ist aber die Akzeptanz, die solche kritische Publikationen zum Zustand der Parteien allenthalben erfahren, nicht erklärt. Die Popularität dieser Schriften hat ihren Ursprung im Unbehagen mit den Handlungsbedingungen moderner Gesellschaften, im Unbehagen mit den Begleiterscheinungen der Massendemokratie.

Ute und Erwin Scheuch fangen diese anwachsende Stimmung auf und radikalisieren sie in der These, daß sich der bis dahin homogene

Kreis der politisch bestimmenden Eliten im Zuge der 68er-Rebellion um die Angehörigen der »Kulturberufe« erweitert und damit auch das Anforderungsprofil des Führungspersonals verändert habe. Anstelle der Sach- sei die kommunikative Kompetenz getreten. Zugleich hätte sich die Verwaltung in dem Maße parteipolitisiert, wie die neuen politischen Mehrheiten ihre ideologischen und gesellschaftsverändernden Vorstellungen auch umgesetzt sehen wollte. Diese einmal eingeleitete Entwicklung habe mit der parallel dazu entstehenden Erkenntnis der »Gesellschaftsveränderer« in die mangelnde Gestaltbarkeit der bundesdeutschen Realität dazu geführt, daß nur noch mittelmäßiges, aber parteipolitisch ausgewiesenes Personal in die Politik und die Verwaltungen eingezogen sei.

Diese Leute nun seien auf Gedeih und Verderb auf ihre Politikkarriere angewiesen. Demzufolge wären sie gezwungen, mit allen möglichen Gruppen in Kontakt zu bleiben. Dies koste Zeit, hindere sie, Sachpolitik zu betreiben und setze sie den Einflüsterungen ihrer Stichwortgeber aus. Überdies richte sich der Stellenwert eines Berufspolitikers weniger nach seinen inhaltlichen Fähigkeiten als seiner Medienpräsenz. Und das wiederum führe zu Anpassung an die dort herrschenden linken Erwartungshaltungen. Kein Wunder also, wenn sich die Politiker von ihren Wählern immer weiter entfernten. Fast als sei ihnen dies alles bewußt, knüpften die Angehörigen der politischen Klasse schon in Jugendorganisationen fleißig Seilschaften und sicherten die eigene Machtbeteiligung wie den Platz an den Vergabetöpfen mehr und mehr und immer selbstverständlicher durch Postenschiebereien und Gewährung anderer Vorteile. So könnten sie im Amt bleiben, egal wie die Abstimmungen ausfallen. Ganz natürliches Ergebnis dieser, von einer überparteilichen Superkoalition betriebenen Praxis sei schließlich Politikverdruß, Wahlenthaltung und das Votum für radikale Parteien.

Zum Beleg dieser Theorie wird Jürgen Habermas mit Peter Radunski und Heiner Geißler, Fritz W. Scharpf mit Matthias Wissmann und Wolfgang Roth in einen Topf geworfen. Den

Autoren ist auch gleich, daß nicht die Republikaner, sondern die NPD seit der letzten Kommunalwahl im Frankfurter Römer sitzen. Wichtig ist ihnen jedoch die Botschaft, daß praktisch alle Personen in öffentlichen Ämtern unfähig sind und ihren Posten nur parteipolitischer Patronage verdanken. Ein Beispiel: »Heinz Günter Zavelberg schaffte diesen Sprung . . . ins Präsidentenamt des Bundesrechnungshofes dank der persönlichen Intervention . . . (von) Franz Josef Strauß. . . Die SPD stimmte dem zu, nachdem die CDU wiederum deren Kandidaten Ernst Heuer, zuvor Abteilungsleiter, als Vizepräsidenten . . . akzeptiert hatte.« (S. 159) Ute und Erwin Scheuch mögen ihre Kenntnisse zur Abfassung ihres »Studie« genannten Textes zu einem Gutteil der BILD-ZEITUNG, dem Kölner EXPRESS, dem KÖLNER STADT-ANZEIGER oder den verschiedentlich zitierten Zeitschriften MUT und CRITICON verdanken. Ein Blick in das seit kurzem als *Kommentar zum Haushaltsrecht* erscheinende *Handbuch der Finanzkontrolle*, einem Standardwerk, hätte sie wahrscheinlich in ihrer Voreingenommenheit nur irre gemacht,

entspricht doch dessen Bearbeiter, Ernst Heuer, dem *Scheuchschen* Ideal des hochqualifizierten Fachbeamten.

Idealwelten sind es, die hinter dem Konzept der Autoren wie ihren Reformvorschlägen stehen. Es ist ein als ideologiefrei hingestelltes Gesellschaftsbild, dem die Formierung und Durchsetzung organisierter Interessen im Grunde fremd ist. Wer wie Ute und Erwin Scheuch vorgeht, Partei- und Sachpolitik ließen sich säuberlich trennen, muß eine bestimmte Vorstellung vom Gemeinwohl haben; wer einen Mangel an Kompetenz bei den Politikern beklagt, muß eine Vorstellung von deren Fähigkeiten haben. Hierüber erfahren die Leser jedoch nichts Genaues. So bleibt nur, darüber zu spekulieren, ob sich für die Autoren deas Gemeinwohl aus den Ansichten »vielbeschäftigter Wirtschaftsführer« ableitet oder etwa sie selbst ihrer Meinung nach gute Wissenschaftsminister abgäben oder ob beispielsweise – um einen der Vorschläge aufzugreifen – Hans-Dietrich Genscher als außenpolitischer Experte in einer personalisierten Verhältniswahl reüssieren könnte. Andere



Rechtspopulistische Führer unter sich: Schönhuber und LePen

Foto: Paul Glaser

Empfehlungen schlagen die Einführung eines leicht modernisierten passiven Censusbahlrechts vor, weil für ein politisches Amt nur noch derjenige wählbar sein soll, der sich zehn Jahre lang in einem den Lebensunterhalt voll deckenden Beruf bewährt hat.

Die Lage ist schlecht, und Analysen zu den Steuerungsproblemen moderner Gesellschaften sind intellektuelle Anstrengungen wert. Ute und Erwin Scheuch jedoch haben ein Zerrbild gezeichnet, das populistische Vorurteile eher bestätigt als deren Ursachen beseitigen hilft. Wirklich empfehlenswert zum Thema Politik, Parteien und Politiker ist dagegen ein anderes Taschenbuch, eine Neuauflage von John F. Kennedys Klassiker ›Zivilcourage‹, die für DM 12,80 bei ECON zu haben ist.

Erwin K. und Ute Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie, rororo-Aktuell, Reinbek 1992, 183 Seiten, DM 9,80.

PETER MERSEBURGER

Carl Schmitt und die deutschen Männer

Die Faszination durch Carl Schmitt hält an – vielleicht, weil es nach ihm keinen Staatsrechtslehrer gab, der so brillant wie er analytische Tiefenschärfe, wahrhaft radikales Denken, umfassende Bildung und philosophisches Vermögen zu vereinen wußte. Noch die Art, mit der dieser Verächter von Liberalismus, Pluralismus und westlichen Werten der Republik von Weimar den Totenschein ausstellte, hinterließ Eindruck bei der FRANKFURTER SCHULE. Schmitt nahm ja Maß am frühbürgerlichen Ideal eines Parlaments, in dem »gegenseitige rationale Überredung« stattfindet und unabhängige Abgeordnete einander überzeugen können. Eine Demokratie, in der ideologisch bestimmte Massenparteien das Sagen haben, eine Volksvertretung, in der Fraktionszwang oder der »Pluralismus der festorganisierten Komplexe« herrschen und Entscheidungen nicht mehr im Plenum, sondern in den Ausschüssen fallen, war seine Sache nicht. Die Folgerungen, die er aus der vernichtenden Kritik des Parteienstaates zog – die Einwendung zum Führerstaat –, zei-

tigte wahrhaft fatale Wirkung. Doch ändert dies nichts an der Genauigkeit seiner Diagnose, nach der Demokratie in der Massengesellschaft zum bloßen Schleier verkommen kann, hinter dem mächtige Interessengruppen ihre Geschäfte besorgen. Es war diese Kritik eines im Formalen verharrenden Demokratie-Konzepte, die Walter Benjamin, Otto Kirchheimer, Franz Neumann und selbst den frühen Habermas beeinflusste. In diesem Sinne bezeichnet sich ein Mann wie Ulrich Preuß – selbstironisch? – heute gelegentlich als Links-Schmittianer.

Die jüngst veröffentlichten Notizen und Reflexionen aus den Jahren 1947 bis 1951 belegen ausführlich, daß Schmitt wieder zu seinen katholischen Ursprüngen fand. Aber hatte er sich je völlig von ihnen entfernt? In seiner politischen Theologie zeigt er sich ganz von Donoso Cortéz inspiriert, der die Bourgeoisie haßte, weil er hinter der »biedermännischen Fratze des Bürgers« den Satan erkannte und forderte: »Angesichts des radikal Bösen gibt es nur die Diktatur.« Gegen den Liberalismus gewendet, postulierte Schmitt fünf Jahre später in seinem berühmten-berühmten Traktat über den »Begriff des Politischen« denn auch, daß der Mensch von Natur aus nicht gut sei – im Gegenteil: Alle politische Theorie habe von der Annahme auszugehen, daß er böse, weil ein »gefährliches und dynamisches Wesen« sei. Aber hat er das als Warnung oder gar als Anleitung zum Handeln verstanden?

Im *Glossarium* findet sich die selbstgefällige Notiz: »Ich habe in meinem Leben nichts anderes getan, als wohlüberlegte, wohldurchdachte, uneigennützig und wohlwollende Warnungen auszusprechen. Aber immer haben die Gewarnten das als lästige Störung empfunden, und schließlich haben sie mich zur Strecke gebracht.« So notiert in seiner Villa *San Casciano* im sauerländischen Plettenberg, benannt nach jenem Landsitz, auf den kein Geringerer als Machiavelli nach seiner Entmachtung durch die Medici geflüchtet war. Wen hatte er eigentlich warnen wollen, als er Hitler nach dem Putsch und der Ermordung Röhm als obersten Richter pries – etwa die vom Nationalsozialismus Verfolgten, denen nun die Rolle von Opfern blutigen Terrors ohnehin sicher war? Es ist richtig, daß sich Carl Schmitt, der auf Anraten Heideggers der NSDAP beitrug, einige Jahre vor dem Zusammenbruch 1945 vom Nationalsozialismus entfernte. Jetzt wandte er sich England zu, erklärte das Empire und die maritime Lebensform, die allem Terranen überlegen sei – und hatte damit natürlich Deutschland im Sinn, jenen »verhältnismäßig kleinen, geistig nicht abgeschlossenen Raum in der Mitte Europas.«



Carl Schmitts deutsche Männer schießen gern

Foto: Voller Ernst

Spät vollzog der Deزيونist, der Anwalt des starken Staates, hier geistige Wende, als er – nicht ohne Neid und Bewunderung – schrieb, daß England sich der »staatlichen Geschlossenheit« entzogen habe und »offen« geblieben sei. Englischem Denken liege der Deزيونismus fern. Im Kern ist darin die Absage an alles, was er vorher predigte, enthalten. Aber von Trauerarbeit findet sich im *Glossarium* keine Spur.

Carl Schmitt war nach dem Krieg zwei Jahre von den Amerikanern interniert. Er verlor seinen Berliner Lehrstuhl, aber verzehrte im Sauerland eine nicht unbeträchtliche Pension. Was heißt da also »zur Strecke gebracht«? Hatte der dezidierte Antisemit nicht das Dritte Reich als den »deutschen Rechtsstaat Adolf Hitlers« bezeichnet, »Artgleichheit« als »unumgängliche Voraussetzung und Grundlage« für die »politische Führung des Volks« gefordert und liberale jüdische Staatsrechtler ob ihres »artfremden positivistischen Geistes« getadelt?

Der späte Carl Schmitt beklagte immer wieder die »Geschichte des deutschen Unglücks«. Daß er dies maßgeblich mitverschuldete, ist die Kernthese einer umfangreichen Studie, die Ni-

colaus Sombart vorgelegt hat. In ihr wird der sauerländische Don Capisco – so nannte Schmitt, der zu Eulenspiegelien neigte, gern sich selbst – zum »deutschen Schicksal par excellence«, zum typischen Exponenten jener Generation deutscher Männer stilisiert, die den Weg in die Katastrophe programmierten. Der deutschen Ideologie verfallen – also radikal antimodern, antiwestlich, antiliberal, antikapitalistisch und antisozialistisch zugleich –, wählten sie die »männlich-martialisch-heroisch-tragische Lebensform«. Sie alle erfuhren ihre Prägung in wilhelminischer Zeit – auch Carl Schmitt, der nur ein Jahr älter als Hitler war und mit diesem das Trauma des Zusammenbruchs von 1918 teilte. Sehr einleuchtend beschreibt Sombart, wie Schmitt auf der Suche nach den Ursachen dieses Debakels schließlich jenen Verfassungsdualismus entdeckt, der für das Zweite Reich so charakteristisch war. Denn der Kaiser hatte ja volle Souveränität über das Militär, brauchte für jeden Regierungsakt aber die Gegenzeichnung eines Ministers. An diesem inneren Widerstreit von preußischer Militärmonarchie und bürgerlichem Verfassungsstaat

sei das wilhelminische Deutschland schließlich zerbrochen. 1918 habe der Bürger – als Repräsentant einer staatsfeindlichen, ordnunggefährdenden, subversiven Gegenbewegung – über den Soldaten gesiegt. Bei Carl Schmitt liest sich das so: »Ein vom deutschen Soldaten her aufgebauter Führerstaat kann mit einem vom liberalen Bürger her konstruierten Rechtsstaat keinen echten Kompromiß schließen.« Es handele sich ja um einen »unendlich tief greifenden Widerstreit wesensverschiedener Menschentypen«, um den »Gegensatz von Bildung und Besitz« – sprich Bürger – »gegen Blut und Boden« – sprich Soldat. Daß der Wehruntaugliche Schmitt auf seiten des Soldaten steht, überrascht hier nicht.

Um Schmitt in seiner Zeitverbundenheit und Verstricktheit vorzuführen, schildert Sombart ausführlich das geistige Umfeld des Deutschlands der Jahrhundertwende, die deutsche Ideologie und die Ideen von 1914. Der Versuch gerät zu einer knappen ideologiekritischen Kulturgeschichte, und warum auch nicht? Schon Karl Dietrich Bracher hatte gemeint, daß sich die deutsche Katastrophe nur verstehen lasse, wenn das gesamte Bildungsgut des deutschen Nationalbewußtseins in Frage gestellt werde. Sombart argumentiert schlüssig, das Dritte Reich sei nur zu begreifen, »wenn man es in der Nachfolge des Zweiten sieht«. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die Schilderung der wilhelminischen Gesellschaft bei ihm breiten Raum erhält. Die umfaßt, wie mir scheint, auch die besten Kapitel dieses Buchs.

In Anlehnung an Schmitts These vom wilhelminischen Verfassungsdualismus sieht Sombart die deutsche Gesellschaft vor 1914 vom Gegensatz zweier Pole geprägt – »der ›offiziellen‹ Kultur der aristokratischen deutsch-preussischen (soldatischen) Führungsschicht und der bürgerlich-liberalen-deutsch-jüdischen Gegenkultur«. Da findet sich manch brillante Anmerkung etwa zur deutsch-jüdischen Symbiose, deren einzigartige Besonderheit Sombart in der »providentiellen Schicksalsverbundenheit« beider Völker sieht: Die Juden waren das Weltvolk schlechthin, und die Deutschen, bis zur Reichsgründung Weltbürger ohne Staat, fühlten sich als Weltgeistvolk. (Jahrzehnte vor Bismarck erträumte sich der deutsche getaufte Jude Heinrich Heine nicht zufällig eine deutsche Universalherrschaft.)

Sombart sieht sich in der Tradition von Roland Barthes, und Theweleits *Männerphantasien* haben bei ihm zweifellos tiefe Spuren hinterlassen. Ausgiebig macht er vom Instrumentarium der Psychoanalyse Gebrauch, weil sie allein »in der Triebstruktur wurzelndes Zwangs-

verhalten« diagnostizieren kann. Dabei wird dann Ernstes und Amüsantes zutage gefördert. Mit Blick auf den Fürsten Eulenburg und die Liebenberger Tafelrunde heißt es: »Das Problem der Homosexualität« in seiner spezifisch deutschen Ausprägung war im wilhelminischen Deutschland tatsächlich das zentrale Problem.« Wilhelm II. wird als *closed Queen* gedeutet, worunter die Angelsachsen bekanntlich einen verkappten Homosexuellen verstehen: Einer, der es ist, aber sich nicht traut. Der jugendliche Kaiser repräsentiert nach Sombart das Männerbündlerische, Bismarck mit seinem schlafenden Heldenkaiser das »patriarchalische Modell des Herrschervaters mit allen Symptomen der Homosexualitätssphobie«. Kultur-Geschichte weitet sich so zu einer Art Sexualpathologie der Seele jener Generation »deutscher Männer«, die, wie Hitler, um 1890 geboren, deutsches Unheil heraufbeschworen. Aber Sombart tut des guten wahrlich zuviel, wenn er das Problem des Vorhofs der Macht und des Zugangs zum Machthaber, das Carl Schmitt stets beschäftigt hat, auf Phallus und Vagina reduziert. Es geschieht das zum Schaden einer trefflich lesbaren, gescheiten und den Leser nie ermüdenden kulturgeschichtlichen Deutung Carl Schmitts, die freilich eher ein großangelegtes polemisches Essay darstellt denn eine Biographie.

Carl Schmitt: Glossarium – Aufzeichnungen der Jahre 1947–1951, hrsg. von Eberhard Freiherr von Medern. Duncker und Humblot, Berlin 1991, 364 Seiten, DM 78,-.

Nicolaus Sombart: Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt. Ein deutsches Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatsmythos. Carl Hanser Verlag, München 1991, 400 Seiten, DM 58,-.

Kritische Liebe zu Israel

Seit mehr als zweitausend Jahren kämpfen Juden ums Überleben. Nicht einmal die Gründung des Staates Israel vor über 40 Jahren hat ihnen bisher Frieden und Sicherheit beschert. Noch immer ist die Frage nach Möglichkeiten des Überlebens und der Sicherheit in Israel Kernpunkt aller Überlegungen und Streitigkeiten. Vieles, was der israelische Staat unternimmt oder unterläßt, Unrecht eingeschlossen, entspringt seiner Position des Bedrohtseins und der Notwehr.

Wie kompliziert die Lage in diesem Land, und wie gespalten und polarisiert seine Bevölkerung ist, wie groß ihre Sorgen und Nöte, und wie fast unlösbar ineinander verzahnt die Probleme zwischen den Israelis und Palästinensern mittlerweile geworden sind, das alles veranschaulicht Ralph Giordano in seinem breitgefächerten Reisetagebuch *Israel, um Himmels willen* lebendig und eindringlich, ohne zu verhehlen, wie sehr das Leid, das die mörderischen Auseinandersetzungen über beide Völker gebracht hat, ihn immer wieder von neuem entsetzt und erschüttert.

Vier Monate lang ist der bekannte Fernsehjournalist und Verfasser mehrerer Bücher ein halbes Jahr vor dem Ausbruch des Golf-Krieges kreuz und quer durch das gelobte Land gefahren. Er hat jüdische Kibbuzim und Palästinenserlager besucht und viele Gespräche geführt, mit dem ehemaligen Botschafter Yochanan Meroz, dem Religionsphilosophen Jeschajahu Leibowitz, mit Joseph Walk, dem Leiter des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem, dem vor wenigen Wochen verstorbenen Dichter Max Zweig und mit Opfern auf beiden Seiten. Er war bei den Beduinen in der Wüste, bei den Siedlern in den besetzten Gebieten und den vor einem halben Jahrhundert aus Deutschland eingewanderten Jekkes in Haifa.

Alle haben dem Schriftsteller, der sich wegen seiner jüdischen Herkunft mit dem israelischen Volk eng verbunden fühlt, ihre ganz persönliche Lesart der Ereignisse vermittelt und dabei die Überzeugung geäußert, den einzig richtigen Standpunkt zu vertreten. Nicht immer konnte Giordano, bei allem Bemühen, sich in die Seelenlage seiner Gesprächspartner hineinzuversetzen, ihre Ansichten teilen.

Manche Israeli befürworten Gespräche mit den Palästinensern und sind zur Rückgabe der besetzten Gebiete bereit, obgleich auch sie, wie viele andere ihrer Landsleute, den Arabern

kaum über den Weg trauen. Eine Reihe israelischer Frauen engagiert sich für palästinensische Opfer israelischer Gewalt und unterschätzt dabei häufig die von den Palästinensern ausgehende Gefahr. Andere Israelis wiederum leugnen jegliche Mitverantwortung Israels an den ungelösten Problemen der Palästinenser und wollen deren Notlage nicht wahrhaben.

Auch den arabischen Völkern und ihren Herrschern liegt die Erkenntnis der eigenen Mitschuld an den Zwistigkeiten offenbar fern. Die Zahl der Palästinenser, die sich mit Israel versöhnen wollen, wächst zwar ständig, dennoch fühlen sich die meisten von ihnen als Opfer der Israelis. Aber nicht die Palästinenser seien das eigentliche Hindernis auf dem Weg zum Frieden, meint Giordano, sondern die vielen arabischen Staaten ringherum, die noch keine Bereitschaft signalisiert hätten, daß sie sich mit der Existenz eines modernen, demokratischen und hocheffizienten Staates wie Israel in ihrer Region abfinden wollen. Äußerst skeptisch beurteilt der Autor die Friedensfähigkeit der PLO und fragt sich, ob Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten nicht vielleicht doch, trotz Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten israelischer Soldaten in den besetzten Gebieten, über eine höhere Intellektualität und Moral verfügt als die arabischen Staaten. Schließlich hätte die israelische Armee die Intifada schon am ersten Tag nach ihrem Ausbruch beenden können, wie es im umgekehrten Falle die PLO-Leitung sicherlich getan hätte. Inzwischen habe sich die Intifada als die größte Erblast des Sechstagekrieges von 1967 erwiesen, dessen Folgen, laut Leibowitz, den Charakter des israelischen Staates völlig verändert hätten. Statt die politische und nationale Selbständigkeit des jüdischen Volkes zu sichern und zu bewahren, wie es den Zielvorstellungen des Zionismus entsprochen hätte, sei der israelische Staat zum Instrument jüdischer Gewaltherrschaft über ein anderes Volk geworden. »Man ist nicht ungestraft Besatzungsmacht«, betont Joseph Walk.

»Was wäre geschehen, wenn die Araber nur ein einziges Mal gesiegt hätten?« überlegt Giordano besorgt und weigert sich, Israel die Alleinverantwortung an der israelisch-arabischen Konfrontation zuzuschreiben, bei der ohnehin die Kategorien gut und böse, Schuld und Verantwortung nicht eindeutig auszumachen seien. »Bei jedem Unrecht und jeder Untat, die

von Israelis begangen wird, schlage ich mich auf die Seite der Betroffenen, aber ich verliere darüber die Zusammenhänge des Konflikts nicht aus den Augen«, schreibt er. Die Tatsache, daß die Palästinenser die Schwächeren seien, dürfe nicht über ihre Fehlerhaftigkeit hinwegtäuschen und mache sie auch nicht automatisch zu besseren Menschen.

Kritisch beleuchtet der Verfasser ferner die schwierige Lage im Inneren des Landes: die Verschärfung des Wohnungsmangels durch russische Immigranten, den Kampf der israelischen Araber um Gleichberechtigung, die Kluft zwischen aschkenasischen und sephardischen Juden sowie die Benachteiligung der Beduinen. Kopfzerbrechen bereiten ihm vor allem die Siedler mit ihrer fanatischen, geradezu missionarischen Aggressivität. Ihnen fehle jede innere Beziehung zu den Motiven des Gegners. Gleichwohl findet der Verfasser jene, die er kennenlernt, sympathisch – ein Zwiespalt, dem sich andere Israelbesucher ebenfalls oft ausgesetzt sehen. Für intolerant und engstirnig hält Giordano auch die religiösen Orthodoxen, in denen sich einerseits die Kraft eines Glaubens manifestiert, der den Juden über die Jahrtausende hin ihre Identität erhalten habe und sie andererseits unfähig mache, liberale Meinungen und Überzeugungen zu respektieren.

Bedrückend und vielfach unbekannt sei zudem, erfährt Giordano von einem seiner Interviewpartner, der anfänglich lieblose Umgang des israelischen Gesellschaft mit den Überlebenden des Holocaust gewesen. Diese Menschen kamen just zu einer Zeit ins Land, als sich der neu gegründete Staat in einem Kampf auf Leben und Tod gegen arabische Armeen behaupten mußte und Widerstand und Heldentum gefragt waren, nicht aber Leute, die sich anscheinend wehrlos zur Schlachtbank hatten treiben lassen. Die Ankömmlinge nahm man daher zunächst überhaupt nicht wahr. Mittlerweile habe man jedoch das Unrecht eingesehen, wird Giordano versichert, und zeige jetzt mehr Verständnis für die Opfer des Hitler-Regimes.

In Yad Vashem begegnet der Autor seiner eigenen Geschichte und entdeckt im Rückblick, daß die Zeit nichts geheilt hat und die Bilder des Schreckens näher rücken, je größer die zeitliche Distanz zum realen Geschehen wird. Gleichzeitig fühlt er dankbar, daß Israel das einzige Land ist, in dem die Mehrheit aus Juden besteht. »Du bist hier also unter lauter deinesgleichen«, ruft er aus in der ihm eigenen empfindsamen, mitunter leicht pathetischen Sprache, »und das kann dir nirgendwo sonst passieren – phantastisch!«

Obwohl sich Giordano als glaubensloser Hu-

manist versteht, wird auch er, wenn er am See Genezareth entlang fährt oder sich der Negev-Wüste nähert, von der mystischen, geschichtsträchtigen Landschaft der Bibel gepackt. Dabei ist er voller Bewunderung für die Leistungen der Israelis, die eine Wildnis in einen blühenden Garten verwandelt haben, ohne zu verkennen, daß auch dieses Werk zum Teil auf Kosten der Palästinenser geschah.

Blumenreich und wortgewaltig teilt Ralph Giordano zwischendurch immer wieder seine Eindrücke, Empfindungen und die ihn bedrängenden Fragen mit und wird nicht müde, seine eigene Position genau zu erklären und seine leidenschaftliche und zugleich kritische Liebe zu Israel zu bekennen, die durch keine Maßnahmen abwählbarer Regierungen angetastet werden könne. Um so tiefer nagt an ihm der Kummer, daß selbst Israelis Menschenrechte verletzen und Minderheiten unterdrücken.

Ralph Giordano: Israel, um Himmels willen Israel, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991, 410 S., DM 45,-.

BERNHARD USKE

Kulturkritik – »verspiegelt«

Das Buch des SPIEGEL-Redakteurs Klaus Umbach über das Millionengeschäft mit der klassischen Musik bestätigt alle Erfahrungen, die man mit den Produkten der Hamburger Nachrichten-Schmiede gemacht hat. Der Magazin-Jargon in der spiegelspezifischen Machart, ein Klischee mittels eines anderen zu benennen, bestimmt den Text nicht weniger als die hausgemachte Mischung aus Fakten und personalisierend-anekdotescher Aufbereitung: Der SPIEGEL-Autor ist eigentlich immer genauso »dabei«, wie es BILD auf seine Weise auch für sich reklamiert.

So scheint es reichlich vermessen, die »Geldscheinsonate« in einen Zusammenhang mit der Kulturindustrie-These der Kritischen Theorie zu bringen. Und doch ist dieser weitergeholt scheinende Bezug die Ursache für den Gewinn, den die Lektüre dieses Buches abwerfen kann. Die hier angesprochene Nachbarschaft etwa zum Kapitel »Aufklärung als Massenbetrug« aus der Dialektik der Aufklärung,

zu Adornos Musiksoziologie oder seinem frühen Aufsatz »Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens« soll nicht die Unterschiede in Darstellung und Reflexion verwischen, die zwischen den Frankfurter Begründern der Kulturindustrie-These und dem Hamburger SPIEGEL-Redakteur bestehen. Aber als Materialsammlung, als Fundus neuester empirischer Daten genommen, bietet das Buch reichlich Gelegenheit, die auf diskurstheoretischen Hoffnungen begründete Haltung manches Kulturtheoretikers in Zweifel zu ziehen, die Kritische Theorie verhalte sich gegenüber den latent aufklärerischen Zügen der Kulturindustrie unangemessen.

Neben der vor zwei Jahren erschienenen soziologischen Studie von Kurt Blaukopf, »Beethoven in der Mediokratie«, die den systematischen Umbau der öffentlich-rechtlichen Kulturbereiche in solche privatwirtschaftlicher Natur auf seine Konsequenzen hin untersuchte, offeriert das Buch Umbachs gleichsam die Intimperspektive auf Akteure und Vorzeigefiguren der Kultur, und zwar gerade dort, wo der Nimbus und die Aura der Geld- und Machtferne am größten ist: im Bereich der sogenannten E-Musik, ihrer namhaften Kulturträger, wie Dirigenten, Solisten und Plattenfirmen. Natürlich ist es kein Geheimnis, daß die »Wohlklangindustrie« den »Auto- und Waffenschmieden, Pillendreher und Baulöwen« gleicht. Aber wie weit das »Geraffe und Geschaffe der E-Musik-Szene« geht, auf welch identische Weise in der »Ära des musikalischen Konservenhandels« etwa ein Leonard Bernstein wie ein Michael Jackson den PR-Agenten unterworfen ist – das wird hier auf plastische Weise vermittelt.

Breiten Raum nimmt das Phänomen Karajan ein, das erstmalig und einzigartig in der Musikgeschichte einen Dirigenten zum Wirtschaftsfaktor erster Güte werden ließ. Nachgezeichnet wird der Erfolg Karajans anhand einer »grandiosen und immer wieder variierten Inszenierung«, einer Personality-Show hollywoodesken Kalibers im Kontext des deutschen Wirtschaftswunders, für das nicht nur Erhards Zigarre stand, sondern auch Karajans Taktstock: »als Insignie für ein Künstlertum, das seine Vergangenheit bewältigt hatte und – entnazifiziert und währungsreformiert – in nobelster Gesinnung nach oben ins Reine strebte«. Karajans Installierung eines Medienverbunds, in dem öffentliche Gelder und private Geschäfte sich auf mafiose Art verfilzten, wird ebenso beschrieben wie der »kalte Krieg um die unsterblichen Überreste aus Karajans Imperium« nach seinem Tod. Der Kampf zwischen dem japanischen Sony-Konzern und der Deutschen Gram-



Foto: Stefan Moses

mophon im Verein mit Leo Kirch um die Marktanteile im Bereich von Musik-Video und Bildplatte ist der aktuellste Aspekt des Buches. Aufschlußreich auch die Darstellung des »Dirigenten der Dirigenten«, Ronald A. Wilford, des mächtigsten Dirigenten- und Solistenmaklers der Welt, dessen Columbia Artists Management Inc. fast alle berühmten Künstler der Branche unter Vertrag hat und dessen kaufmännischer Einfluß mit künstlerischen Folgen anhand einiger Fallbeispiele präsentiert wird.

Musiker wie Friedrich Gulda, Mstislav Rostropowitsch, Nigel Kennedy, Justus Frantz, Peter Hofmann, Pavarotti und Carreras werden als je spezifische Ausprägungen kulturindustrieller Strategien beschrieben. Diese Kapitel vermitteln Elemente einer Rollentypologie, die künstlerische Profilvarianten zwecks Steigerung öffentlicher Aufmerksamkeit mit entsprechenden Einnahmen beschreiben.

So viel aktuelles Material für die Fortsetzung der musik-soziologischen Typenbildung hier auch vorliegt – letztlich ist Umbachs Umgang damit moralisierend und nicht strukturell begründet. Denn warum soll in der freien Marktwirtschaft gerade der Künstler sich Einkommensgrenzen setzen und auf gewinnsteigernde Werbung verzichten? Was der kapitalistische Verhaltenskodex für die Präformierung der Kunst als musikalischer Ware bedeutet – das bleibt hier unerkannt. Wo Umbach sich einmal an die musikalischen Resultate macht, fällt er selbst in kulturindustriellen Jargon: »seelenruhiges Singen«, »umwerfende Opulenz«, »unwiderstehlicher Drive«, »faszinierende Sensibilität« . . .

Klaus Umbach: Geldscheinsonate. Das Millionenspiel mit der Klassik, Ullstein Verlag, Frankfurt/M. 1991, 296 S., DM 39,80.

Zu den Autorinnen und Autoren

REINHART CHR. BARTHOLOMÄI, geb. 1936, Soziologe, leitet ein Wohnungs- und Entwicklungsunternehmen in Frankfurt am Main. Er ist Präsident der Bundesvereinigung der Landesentwicklungsgesellschaften und Heimstätten in Bonn. Von 1976 bis 1985 war er Chef der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden.

GERD DE BRUYN, geb. 1954, war Redakteur der Zeitschrift *Baukultur*, Projektleiter der Ausstellung *Utopie und Fragment - Tony Garniers Cité Industrielle und ihre Folgen*, die im Mai dieses Jahres in den Galerieräumen des Deutschen Werkbundes in Frankfurt am Main zu sehen war.

DANIELA CASTNER, geb. 1948, lebt als Philosophin und Publizistin in Wien, schreibt für den *Standard* und die *Wienerin*.

GÜNTER ERBE, geb. 1943, Soziologe an der Freien Universität Berlin.

LOTHAR GUTJAHR, geb. 1959, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

KLAUS HARPPRECHT, geb. 1927, lebt als freier Schriftsteller und Publizist in Südfrankreich; war Redenschreiber und Berater des früheren Bundeskanzlers Brandt.

URSULA HOMANN, geb. 1930, ist freie Publizistin. Veröffentlichungen in: *Das Parlament*, *Tribüne*, *faz* und *Neue Zürcher Zeitung*.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, Publizist, ist Assistent bei Prof. Simitis am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Frankfurt am Main.

PETER MERSEBURGER, geb. 1928, langjähriger ARD-Korrespondent in Washington, Ost-Berlin und London, lebt als freier Publizist in Berlin.

ROLF SCHNEIDER, geb. 1932, Schriftsteller; Romane, Erzählungen, Bühnenstücke, Essays, letzte Veröffentlichung *Volk ohne Trauer*, lebt in Schöneiche in Brandenburg.

ANDREAS SCHWORCK, geb. 1960, Politikwissenschaftler und Publizist in Konstanz und Zürich.

FRANZ STEINKÜHLER, geb. 1937, ist 1. Vorsitzender der *IG Metall*.

BERNHARD USKE, geb. 1952, Musikkritiker, lebt in Frankfurt am Main.

HEINZ-GÜNTER VESTER, geb. 1955, ist Privatdozent für Soziologie an der Universität München, Veröffentlichungen: *Zeitalter der Freizeit*, 1988; zahlreiche Aufsätze zur Postmoderne.

RENÉ WEILAND, M.A., geb. 1957, Essayist und Publizist in Berlin, hat zusammen mit Wolfgang Pircher den Band *Mythen der Rationalität - Denken mit Klaus Heinrich* (Wien 1990) herausgegeben.

CHRISTOPH ZÖPFL, geb. 1943, Bundestagsabgeordneter, war Staatsminister in Nordrhein-Westfalen.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Rastle 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 20
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.